

Bestand:

Preußische

Akademie der Künste

AKTE 1144

ANFANG

REGISTRATUR

4

M 17

1144

M 17

Musikangelegenheiten

Band 2

Georg Meier

1917

J.Nr. 821

, 25. Juli 1927

Urschriftlich nebst 1 Anlage

dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst
und Volksbildung

Berlin

Weitergereicht

Der Präsident

Im Auftrage

mit folgendem Berichtesergebnis zurückgereicht:

Der Entwurf eines Lehrplanes für die Harmonielehre ist durchaus brauchbar, aber die in ihm entwickelten Gedanken sind nicht neu, denn jeder gründlich ausgebildete Theorielerhrer wird in heutiger Zeit weit über die alte Generalbasslehre hinausgehen, das theoretisch Erarbeitete praktisch verwerten und vor allen Dingen die Harmonik in ihrer vielschichtigen, organischen Zusammenhängen im Unterricht zu erschöpfender Darstellung bringen. Gewiss wird es der heranwachsenden musikalischen Jugend von ^{wesentlichem} Vorteil sein, wenn auf diese Dinge immer wieder hingewiesen wird; ob aber im Hinblick auf die bereits vorhandenen, durchaus wissenschaftlich aufgebauten Lehrbücher für Theorie die Herausgabe eines weiteren Lehrbuches notwendig ist, dürfte zweifelhaft sein, zumal eine grosse Zahl tüchtiger Pädagogen für

h. it

Гуз Митчан

Luitpold
 Peter und Paul England
 für die Jahre in die Jahre in
 Edward Selbore Frankfurt Main
 UIV Nr. 20761

[illegible]

Kunst der kaiserl. Kellerei
der Hofkammer

7.



Berlin W 8
Pariser Platz 4

1. 10. $\sqrt{1}$. 23

[illegible]

in der Natur liegen: das nämlich die mittel-
schwere und gediegene musikalische Lektüre
des Jünglings, auf die die jüngere Generation,
sehr sehr, für die Zukunft, d. h. auf die
die Lektüre der Lektüre zu erwarten.
Hilf das mit u. f. m. Keine Notwendigkeit, die
gelebten Lektüre der Jünglinge zu erwarten
folgen zu lassen.

o. Bauszner

Charlottenburg, den 14. Juli 1927.

Dem Urteile des Professors v. Bauszner kann ich mich nur
anschließen. Die Gedanken des Theorielehrers G e l b a r t
sind richtig, aber nicht neu. Es gibt wohl heute kaum ei-
nen guten Theorielehrer, der seinen Unterricht auf der ein-
seitigen Ausnutzung der alten Generalbaßlehre aufbaut. Über-
all ist das Streben zu merken, das theoretisch Erarbeitete
auch praktisch anzuwenden, die Erkenntnis der tonalen Be-
ziehungen, der harmonischen Verwandtschaften u. s. w. zu ver-
mitteln. Aber die Sache ist wichtig genug, und es schadet
garnichts, wenn immer wieder darauf hingewiesen wird. Jeden-
falls ist der Plan für den Harmonieunterricht brauchbar.

L. Thiel

Für Banderklasse von Ministerium.

Tag und Nr. des Eingangs: 11. Juni 1941. 21

Zahl der Anlagen:

Kurze Inhaltsangabe: Ich bin noch jung, 15 Jahre
mein Alter ist die Garantie.

Datum und Nr. des Erlasses: 7. Juni 1917. 12 47 1834

Der Erlaß ist gerichtet an: *Herrn v. d. H.*

und enthält folgenden Text:

74. *Chrysomelidae*
 Virens *Leptis* as
 de *Jaen* *Prof. v. Dapner*
 " *Jaen*
 Thiel, f. *Chrysomelidae*

Frist für die Rückgabe:

*Druck
z. m. m.
geplant*

J.Nr.948

18. Juli 1927

Auf die Anfrage vom 11.d.Mts. erwidern wir, dass seitens der Akademie der Künste "Kunstscheine" nicht ausgestellt werden.

Der Präsident

Im Auftrage

Herrn

Karl Dobrzinski

Ortelsburg/Ostpr.

Jägerstr. 19

MH

J.D.

Ortelshagen 11. 7. 27

An
die Preussische Akademie der Künste
Muskulatur 14. 7. 27 Berlin W. 8. Pariserstr.

! Hiermit bitte ich pol. um einen Kunstschein, welcher
dienen soll zur öffentlichen Musikvorträgen in
Kompositionen

Ortelshagen
Hud 2004
Ortelshagen
Tag

Preussische Akademie der Künste
J. Nr 912

Berlin W8, den 13. Juli 1927

Ueberreicht.
Der Präsident
Im Auftrage

Urschriftlich mit 8 Anlagen
dem Herrn Minister für Wissenschaft,
Kunst und Volksbildung

Berlin W8

nach Kenntnissnahme ergebenst zurückgereicht.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

Dr. Apfmann

Erlass vom 29. Juni 1927 U IV Nr 21 109 betr. Konzertreise des
Philharmonischen Orchesters unter Furtwängler nach der Schweiz

M R

Abschrift

Deutsches Konsulat

Basel, den 31. Mai 1927.

Nr. 398

Inhalt: Berliner Philharmonisches
Orchester in Basel.

2 Durchschläge.
2 Anlagen.

Am Sonnabend, den 28. Mai d. Js. gab das Berliner Philharmonische Orchester unter Leitung von Wilhelm Furtwängler ein Konzert. Ich beehre mich gehorsamt auf die anliegenden Zeitungsbesprechungen Bezug zu nehmen. Das sehr schwer zu befriedigende Baseler Publikum geriet in eine Begeisterung, wie ich sie kaum hier erlebt habe. Das Konzert war ein durchschlagender Erfolg; wie man allgemein hörte, ein Ereignis.

Durchschlag erhält die Deutsche Gesandtschaft Bern.

gez. F o e r s t e r .

An das

Auswärtige Amt,
Berlin.

75 77
Abschrift

30. Mai 1927.

Deutsches Generalkonsulat
Zürich.

Inhalt: Konzert des Berliner Phil-
harmonischen Orchesters unter
der Leitung Furtwänglers.

2 Durchschläge dieses Berichts

4 Anlagen

In der Anlage beehre ich mich einige
Ausschnitte aus der hiesigen Presse zu über-
senden, aus denen sich der starke Eindruck
des Konzertes des Berliner Philharmonischen
Orchesters unter der Leitung Furtwänglers
ergibt. Besprechungen zeigen gleichzeitig,
daß hier nur Leistungen ersten Ranges Erfolge
versprechen.

gez. Heilbron.

An

das Auswärtige Amt
Berlin

über Gesandtschaft Bern.

Erlaß vom 14. Juni 1927 U IV Nr 20 743, UI betr. Ausstellung
von Musikhandschriften der Preussischen Staatsbibliothek
auf der Internationalen Musikausstellung in Genf.

Info muss vorliegen
✓
Preussische Akademie der Künste Berlin WS, den 13. Juli 1927.
J. Nr 836

Ueberreicht *✓* Urschriftlich mit 1 Anlage
dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und
Der Präsident Volksbildung
Im Auftrage Berlin WS

nach Kenntnisnahme ergebenst zurückgereicht.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

Dr. Meumann

Mr 17

Abschrift.

Preussische Staatsbibliothek
Musikabteilung

Berlin, den 5. Mai 1927.

Fgb. Nr. 436/27

Euer Hochwohlgeboren

beehre ich mich folgendes zu berichten:

Die Beteiligung der Preussischen Staatsbibliothek an der Internationalen Musikausstellung in Genf ist von deren Veranstaltern und allem Anschein nach auch von den Besuchern, die der Eröffnung beigewohnt haben, mit grosser Dankbarkeit begrüsst worden; der schweizerische Bundes-Präsident hat dies mir gegenüber zum Ausdruck gebracht und mit grossem Interesse die Handschriften beschen.

Besonders erfreut war man über den als Liebhaber-Druck in deutscher und französischer Sprache mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amtes hergestellten Katalog unserer Ausstellung; es hat sich als durchaus richtig erwiesen, dass dieser Katalog nicht für Gelehrte, sondern für das grosse Publikum berechnet war. Bei der durchaus französischen Einstellung der Genfer Bevölkerung konnte es nicht verwundern, dass die Nachfrage nach der französischen Ausgabe dieses Kataloges reger war, als nach der deutschen, aber diese wurde doch auch gar nicht selten besonders erbeten, teils allein, teils in Verbindung mit der französischen Ausgabe. Sogar die anwesenden Pariser sprachen sich ganz entzückt über diesen Katalog aus, obwohl sie kein Seitenstück zu bieten hatten.

War unsere Ausstellung, die einen sehr günstigen Platz mit besonderen Vitrinen und ein grosses Schild "Preussische Staats-

bibliothek"

13

bibliothek " erhalten hatte, auch nicht sehr umfangreich-sie
 umfasste nur 22 Werke - , so bestand sie doch aus erlesenen
 Kostbarkeiten und unterschied sich dadurch vorteilhaft von der
 Ausstellung der Franzosen und Ungarn, die ganz offenbar mehr
 auf die Menge als auf die Qualität der ausgestellten Werke
 Wert gelegt hatten; sie hatten auch viele Bilder von Sängern
 und Sängerinnen, die z.T. in Theater-Kostümen abgebildet waren,
 ausgestellt, um dadurch das grosse Publikum anzuziehen, hatten
 aber nicht erreicht, dass dieses von unserer Ausstellung abgelenkt
 wurde.

Die französische Regierung hatte mehrere Personen,
 darunter den Bibliothekar und die Unter-Bibliothekarin der
 Grossen Oper, auch den Musik-Gelehrten P r u n i è r e s ab-
 gesandt, um die Ausstellungs-Objekte aufzubauen und bei der
 Eröffnung dem Publikum Auskunft zu geben. Es war daher sehr gut,
 dass auch ich den gleichen Auftrag erhalten hatte. Die Art und
 Weise, wie mir die französischen Kollegen, sowie auch die schwei-
 zerischen, ungarischen und tschecho-slowakischen Aussteller
 entgegengekommen sind, zeigte aufs deutlichste, dass die Preus-
 sische Staatsbibliothek sich im Auslande grössten Ansehens
 erfreut. Auch die anwesenden deutschen Musikverleger empfanden
 meine Anwesenheit mit wirklicher Befriedigung und zogen mich
 mehrfach zu Rat. Dass mir bei dem offiziellen Festmahl ein
 bevor-

besten ich mich folgendes zu berichten
 Die Beteiligung der Preussischen Staatsbibliothek an der Intern-
 ationalen Musikausstellung in Gent ist von hohen Verehrungen
 und einem Aussehen nach auch von den Besuchern, die der Willkür
 der Ausstellung haben, mit grosser Dankbarkeit begreift worden; der
 belgische Bundes-Präsident hat dies als besonderes Lob aus-
 gesprochen und mit grossen Interesse die Handwrittenen Geschenke
 besonders erfreut war man sich der die Bibliothek-Bücher in
 deutscher und französischer Sprache mit literarischer Wertigkeit
 des Ausstellenden unter hergebrachten Kataloge unserer Ausstellungs-
 an hat sich als besonders richtig erwiesen, dass diese Kataloge
 nicht nur Gelehrte, sondern für die grosse Zahl der Besucher war
 und die Preussische Staatsbibliothek Ausstellung der Gent
 konnte es nicht verwundern, dass die Nachfrage nach den französischen
 Ausgabe dieser Kataloge sehr war, als man der deutschen, aber diese
 wurde doch auch gar nicht selten besonders erbeten, teils allein,
 teils in Verbindung mit der französischen Ausgabe. Jeder die
 anwesenden Besucher sprach sich über diese Kataloge
 aus, obwohl die kein Selbstzweck an diesen hatten.
 Wer unsere Ausstellung, die einen sehr günstigen Platz mit den
 anderen Vorkommen und ein grosses Bild " Preussische Staats-
 bibliothek "

bevorzugter Platz eingeräumt war, und dass der Präsident des
Arbeits-Ausschusses der Ausstellung mir immer wieder seine
Freude über die Beteiligung unserer Staatsbibliothek aus-
sprach, darf ich auch nicht unerwähnt lassen.

gez. Altmann

An den Herrn Generaldirektor der Preussischen Staats-
bibliothek B e r l i n

Ergebenst
dem Herrn Minister für Wissenschaft,
Kunst und Volksbildung
nach Kenntnisnahme
Sehr geehrter Herr
Der Vorsitzende

W 12

beruhten nicht allein auf dem Willen der
Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaften mit ihnen
sondern auch auf der Beteiligung anderer Wissenschaftler
aus anderen Ländern.
Hochachtungsvoll
Herrn Minister für Wissenschaft,
Kunst und Volksbildung
Berlin W8

Preussische Akademie der Künste
Juli 822
Berlin W8, den 13. Juli 1927.

Ueberreicht
Der Präsident
Im Auftrage

Urschriftlich mit 1 Anlage
dem Herrn Minister für Wissenschaft,
Kunst und Volksbildung

Berlin W8

nach Kenntnisnahme ergebenst zurückgereicht.

Senat, Sektion für Musik
Der Vorsitzende

Gu. Hermann

in 12

Für Banderlasse des Ministeriums.

Tag und Nr. des Erlasses:

Zahl der Anlagen:

Kurze Inhaltsangabe:

Datum und Nr. des Erlasses:

Der Erlass ist gerichtet an

und enthält folgenden Text:

Frist für die Rückgabe:

Deutsches Generalkonsulat

1 G 189/27

Danzig, den 8. April 1927.

Auf den Erlass vom 7. Februar d. Js.

VI C 240/27

und im Anschluss an den Bericht vom
14. Januar d. Js. I G 9/27.

Betrifft: Reise der Berliner Akademischen

Orchestervereinigung nach Danzig

Die Berliner Akademische Orchestervereinigung trat auf ihrer Danzigfahrt mit zwei Konzerten an die hiesige Öffentlichkeit. Am 31. März gab sie ein Konzert in Danzig unter Mitwirkung des Danziger Lehrergesangsvereins und am 1. April ein solches in Zoppot, an dem sich der Zoppoter Männergesangsverein beteiligte. Beide Konzerte, in denen Professor Nagel Werke von Beethoven dirigierte, waren sehr gut besucht, das Publikum spendete an beiden Abenden den Künstlern stürmischen Beifall. Das Konzert in Zoppot gewann an besonderer Bedeutung dadurch, dass es in dem Rahmen der Jubiläumsveranstaltungen der Stadt Zoppot, die am 1. April ihr 25 jähriges Bestehen als Stadt feierte, fiel und mit einer Ansprache des Oberbürgermeisters von Zoppot eingeleitet wurde. Da auch die Aufnahme durch die Danziger Presse ausserordentlich günstig war, so darf die diesjährige Fahrt der Berliner Akademischen Orchestervereinigung als voller Erfolg bezeichnet werden

gez. Oster

An das Auswärtige Amt Berlin

Preussische Akademie der Künste
J.Nr. 929

Berlin WB, den 13. Juli 1927.

Ueberreicht.
Der Präsident
Im Auftrage

Urschriftlich mit 4 Anlagen
dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und
Volksbildung

Berlin WB

nach Kenntnisaufnahme ergebenst zurückgereicht.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

Dr. G. G. G.

Erlass vom 4. Juli 1927 UIV Nr. 21 157 betr. Konzert des
Berliner philharmonischen Orchesters in Brünn.

Am 17

Deutsches Konsulat Brünn

Brünn, den 23. Mai 1927

J.N: 114-G 4-

Mit Bezug auf den Erlass vom

27. 4. 1927 -N: VI C 1939/27-

Betr. Konzert des Berliner phil-

harmonischen Orchesters.

Am Donnerstag, den 19. d. Mts., hat das Konzert der Berliner Philharmonie unter Leitung ihres Dirigenten Wilhelm Furtwängler im Saale des hiesigen Stadions stattgefunden. Die Veranstaltung bedeutet einen ausserordentlichen Erfolg der deutschen Musiker, der nicht nur von deutscher, sondern auch von tschechischer Seite voll anerkannt worden ist. Das Konzert bildet den Abschluss einer Reihe von musikalischen Veranstaltungen deutscher Künstler, die der hiesigen Bevölkerung die hervorragende Leistungsfähigkeit Deutschlands auf diesem kulturellen Gebiet in der vergangenen Saison in wirkungsvollster Weise vor Augen und damit das Ansehen der Deutschen gefördert hat. Konzerte wie die der Berliner Singakademie, der Berliner Philharmonie, der Konzertsängerin Emmi Leisner, tragen ausserdem wesentlich dazu bei, bei den hiesigen Deutschen ein Gefühl der Genugtuung über die Leistungen der deutschen Landsleute hervorzurufen und damit das Zusammengehörigkeitsgefühl mit Deutschland zu steigern, zumal neben den sehr guten musikalischen Leistungen des hiesigen tschechischen Orchesters in Brünn auch viele namhafte slawische Künstler zu gastieren pflegen. Gerade in dieser Hinsicht hat das Konzert von Furtwängler sehr gut

ge-

Bei der Auswahl des Programmes das mit Weber: Ouvertüre zu Euryanthe, zwei Nocturnos von Debussy, Don Juan von Strauss und der 4. Symphonie von Tschaiikowsky einen ausgesprochenen internationalen Charakter hatte und das von Brünn aus bestimmt war, hat die Konzertleitung offenbar mehr Rücksicht auf tschechische Wünsche, als auf die Gefühle der hiesigen Deutschen, die lieber etwas mehr Bach, Beethoven, Schubert gehört hätten, genommen. Dies ist vielleicht insofern zu verstehen, als es ja darauf ankam, auch auf die hiesigen sehr musikverständigen tschechischen Kreise die Leistungen der deutschen Künstler stark wirken zu lassen. Das Ergebnis ist denn auch nach den Kritiken nicht nur in deutschen, sondern auch in den tschechischen Zeitungen ein uneingeschränktes Lob des Dirigenten und des Orchesters. In den Besprechungen wurde neben der hohen Kunst des Dirigenten besonders auch die exakte Ausführung durch das Orchester als Beweis für die bekannt deutsche Gründlichkeit hervorgehoben.

Dirigent

Gerade in dieser Hinsicht hat das Konzert von Furtwängler sehr gut
Begriff auch viele anhaltende slawische Künstler zu gastieren pflegen.
musikalischen Leistungen des hiesigen tschechischen Orchesters in
Gefühl mit Deutschland zu steigern, ummal neben den sehr guten
schon Landeplätze hervorzuheben und damit das Zusammengehörigkeits-
Gefühl der Genuß der Genußung über die Leistungen der hiesi-
geister, tragen ausserdem wesentlich dazu bei, bei den hiesigen
Stagkakademie, der Berliner Philharmonie, der Kaiserlichen Oper
sehen der Deutschen geliebt hat. Konzerte wie die der Berliner
weisen in der wirtgenwelt keine Form vor Augen und damit das in
Deutschland auf diesem kulturellen Gebiet in der Vergangenheit
die der hiesigen Bevölkerung die hervorragende Leistungsfähigkeit
einer Reihe von musikalischen Veranstaltung deutschen Künstler,
Reise voll anerkannt werden ist. Das Konzert bildet das Abschluß
Musiker, der nicht nur von deutscher, sondern auch von tschechischer
Anstellung bedeutet einen ausserordentlichen Erfolg der deutschen
Furtwängler im Laufe des hiesigen Jahres stattgefunden. Als Ver-

Dirigent Furtwängler und das Philharmonische Orchester haben sich über die Aufnahme durch das hiesige Publikum und auch über den Besuch des Konzertes, der hier stärker gewesen sein soll, wie bei den vorhergehenden Konzerten in Prag, sehr freundlich geäußert.

Kritiken aus dem Tagesboten und den hiesigen tschechischen Zeitungen " Lidove Noviny " und Narodni Noviny " lege ich bei.

gez. Bethusy-Huc

Leit. d. Orchest.

[Handwritten signature]

Bei dem Konzert des Philharmonischen Orchesters unter der Leitung von Furtwängler, das am 1. März 1933 stattfand, war das Publikum sehr zahlreich und der Besuch des Konzertes, der hier stärker gewesen sein soll, wie bei den vorhergehenden Konzerten in Prag, sehr freundlich geäußert. Kritiken aus dem Tagesboten und den hiesigen tschechischen Zeitungen " Lidove Noviny " und Narodni Noviny " lege ich bei.

gez. Bethusy-Huc

Leit. d. Orchest.

[Handwritten signature]

Dirigent

Preussische Akademie der Künste
J. Nr. 226

Berlin W 8, den 13. Juli 1927.

Ueberreicht.
Der Präsident
Im Auftrage

Urchriftlich mit 1 Anlage
dem Herrn Minister für Wissenschaft,
Kunst und Volksbildung

Berlin W 8

nach Kenntnissnahme ergebenst zurückgereicht.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

Paul Hinz

Erlaß vom 30. Juni 1927 UIV 21 107 A III O betr. Dänisches

Konzert in Kiel dahier eingewirkt, unheimliche Ereignisse
zu bringen. Auch hatte man das Konzert in Hamburg als
jüngere „schwedische“ Musik nicht als „dänisch“,
sondern als „nordisch“ bezeichnet und so den Eindruck
das Programm einige norwegische Kompositionen enthalte. Der
dänische Generalkonzert in Hamburg zeigte besonders
sorglos vor einem „Skandal“ und scheint aus diesen Gründen
gegen eine amtliche Festlegung von dänischer Musik

In 14

22
Abschrift

Deutsche Gesandtschaft

Kopenhagen, den 27. Mai 1927.

Kopenhagen.

Nr. 132 VIII.

Mit Bezug auf den Bericht

vom 25. d. M. - Nr. 132. VIII.

Inhalt:

Dänisches Konzert in Kiel.

Die Vorführung dänischer Musik in Kiel am 16. d. M. als ein erfreulicher Erfolg für die deutsch - dänischen Geistesbeziehungen angesehen werden. Man hatte auf manchen Seiten dem Feste mit einiger Sorge entgegengesehen. War es doch der erste Versuch, in Deutschland durch ein deutsches Orchester ganz überwiegend dänische Musik unter Leitung des dänischen Komponisten aufführen zu lassen, noch dazu in Kiel, der Hauptstadt Schleswig - Holsteins, und dem Zentrum der deutschen Abwehr gegen das Dänentum. Man fürchtete eine von vornherein ablehnende Haltung großer Teile des Publikums und der Presse. Als vorbeugende Maßnahme hatte die Stadtverwaltung auf die Zeitungen dahin eingewirkt, unfreundliche Äußerungen nicht zu bringen. Auch hatte man das Konzert im Gegensatz zum vorjährigen „schwedischen“ Musikfest nicht als „dänisch“, sondern als „nordisch“ bezeichnet und zu dem Zwecke in das Programm einige norwegische Kompositionen eingefügt. Der dänische Generalkonsul Yde in Hamburg zeigte besonders Besorgnis vor einem „Skandal“ und scheint aus diesem Grunde gegen eine amtliche Einladung an den Gesandten Zahle Stellung

An

das Auswärtige Amt

Berlin.

genommen zu haben, der dann auch leider nicht zu dem Feste erschien. Auf der anderen Seite war man in Kopenhagen durch die Bezeichnung „nordisch“ statt „dänisch“ zunächst nicht sehr angenehm berührt.

Der tatsächliche Verlauf hat allen besorgten Äußerungen Unrecht gegeben und gleichzeitig die zuletzt erwähnte Verschnüpfung leicht überwunden. Die dänische Musik hatte einen vollen Erfolg und irgend ein Widerspruch gegen die Vorführung kam nicht zur Geltung. Zwar hatte die Fülle gleichzeitiger Veranstaltungen in Kiel und der Umstand, daß der Komponist Karl Nielsen bisher in Deutschland ziemlich unbekannt war, einen starken Billetvorverkauf verhindert. Die Stadtverwaltung griff aber geschickt durch Verteilung von Freikarten ein, sodaß von jedem Haus erzielt wurde und schließlich noch mancher Eintrittsuchende unverrichteter Sache abziehen mußte. Die Musik Nielsens und das Spiel des Violinisten Peder Möller fanden zusammen mit dem Kieler Orchester lebhaftes Interesse und sehr starken Beifall. Nielsen selbst gewann das Publikum sofort durch sein natürliches und einnehmendes Wesen. Im Anschluß an das Konzert fand im Hause des dänischen Vizekonsuls Bruhn ein großer Empfang zu Ehren der dänischen Gäste statt, an dem die Spitzen der Behörden teilnahmen, während am Vortage der Leiter des Kieler Orchester Professor Stein einen Tee, am Tage selbst der Rektor der Universität Professor Haseloff ein Frühstück gegeben hatte.

In Dänemark hat der Erfolg des Konzerts, um das sich Professor Karl Larsen, Professor Stein, Vizekonsul Bruhn und Stadtrat Gluck besonders verdient gemacht haben, ein sehr freundliches Echo gefunden.

gez. v. Hassell.

Preussische Akademie der Künste

J. Nr. 925

Berlin W8, den 13. Juli 1927.

Ueberreicht.
Der Präsident
Im Auftrage

Urchriftlich mit 8 Anlagen
dem Herrn Minister für Wissenschaft,
Kunst und Volksbildung

Berlin W8

nach Kenntnisnahme ergebenst zurückgereicht.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

Jo. Meumann

Erlasse vom 1. Juli 1927 U IV Nr. 21 138 betr. Beethoven-Hundertjahrfeier
in Tokio

M. H.

Deutsche Botschaft
J. Nr. 1213

Tokio, den 20. Mai 1927.

Beethoven-Hundertjahrfeier
in Tokio.

Vom 28. April bis 10. Mai d. Js. hat das
hiesige "Neue Sinfonie-Orchester" (Dirigent: Viscount
Hidemaro Konoye) eine Beethoven-Hundertjahrfeier veran-
staltet, über die ich das Protektorat übernommen habe.
Die Feier bestand aus fünf grossen Orchesterkonzerten mit
Solisten, in denen neben anderen Werken sieben Sinfonien
(Nr. 1, 3, 5-9) und drei Klavierkonzerte (Nr. 3-5) zur
erfolgreichen Aufführung gelangten. Das Programm der einzelnen
Konzerte füge ich in der Anlage bei. Die ersten vier Kon-
zerte fanden im Abonnement an den ursprünglich vorgesehenen
Tagen in dem grossen Konzertsaal des neuerbauten Gebäudes
der bekannten Zeitung "Tokyo Asahi" statt, die sich der
Förderung der gesamten Veranstaltung angelegen sein liess.
Das fünfte Konzert, das bei freiem Eintritt als Volkskon-
zert unter freiem Himmel stattfand, musste wegen der ausser-
ordentlichen Tagung des Parlamentes auf den 10. Mai ver-
schoben werden. Anstelle des eigentlichen Dirigenten Vis-
count Konoye hielt ich am 10. Mai im Hibiya-Park gehalten habe. count
habe ich in Anbetracht der besonderen Anlässe und der dort
gebotenen Leistungen eine Anerkennung in besonderer Form auszusprechen
An

das Auswärtige Amt

Berlin

26

Viscount Konoje, der kurz vor dem ersten Konzert an Typhus erkrankte, wurden die Konzerte von dem zweiten Dirigenten des Orchesters Herr Josef König, einem Russen deutscher Abstammung, mit grossem Erfolg dirigiert. Unter den Solisten, die ebenfalls vollen Beifall ernteten, befanden sich Frau Hanka Petzold, Frau Margarete Netke-Löwe und Herr Leonid Kochanski.

Die Feier muss als überaus gelungen bezeichnet werden und ist als ein weiterer Beweis für die stetige Hebung des Niveaus der japanischen Leistungen auf dem Gebiet der europäischen Musik, auf dem die deutsche Musik hier führend ist, zu bewerten. Europäer auch anderer Nationalitäten, die die Feier besucht hatten, haben sich durchweg mit Erstaunen und Anerkennung über die dargebotenen Leistungen ausgesprochen, die allein schon bei ihrem Umfang in der kurzen Zeit von fünf Abenden besonders an das Orchester ausserordentliche Anforderungen stellten. Dass das Interesse für europäische Musik in weite Kreise gedungen ist, zeigte besonders das Volkskonzert im Hibiya-Park, dessen annähernd 10 DDO Besucher sich vorwiegend aus den mittleren und unteren Klassen zusammensetzten. Allen Konzerten folgte das Publikum mit sichtbarem Genuss und spendete ihnen reichen Beifall. Auch finanziell war die Veranstaltung ein Erfolg, da sämtliche Abonnementskonzerte ausverkauft waren.

Die Bedeutung Beethovens und dieser Feier habe ich in zwei kurzen Ansprachen zum Ausdruck gebracht, die ich am Eröffnungsabend und bei dem öffentlichen Konzert im Hibiya-Park gehalten habe. Darüber hinaus glaube ich in Anbetracht des besonderen Anlasses und der dargebotenen Leistungen eine Anerkennung in sichtbarer Form zum Ausdruck bringen

bringen zu müssen. Ich habe daher am vierten Abend, an dem die neunte Sinfonie zur Aufführung gelangte, an die Dirigenten und die einzelnen Solisten und bei dem letzten Konzert an einige Herren der "Tokyo Asahi", die sich um die Förderung der Veranstaltung besonders verdient gemacht haben, Geschenke mit persönlicher Widmung mit einigen anerkennenden Worten überreicht; die Ueberreichung der Geschenke wurde von dem Publikum als eine wohlverdiente Ehrung der Mitwirkenden empfunden und mit rauschenden Beifall aufgenommen. Für die Mitglieder des Neuen Sinfonie-Orchester habe ich unter Berücksichtigung ihres besonderen Wunsches eine kleine silberne Medaille prägen lassen, die auf der Vorderseite den Kopf Beethovens mit der Umschrift "Beethoven-Hundertjahrfeier Tokio 1927" und auf der Rückseite die Widmung "Dem Neuen Sinfonie-Orchester zur Erinnerung Solf" trägt. Der Wunsch der Orchestermmitglieder nach einer solchen Erinnerungsmedaille, die sie äußerlich sichtbar tragen wollen, ist übrigens für den Standpunkt des Japaners zur Frage von Orden und Ehrenzeichen überaus charakteristisch und als ein weiterer Beitrag zur Frage der Wiedereinführung von Orden zu bewerten, deren Wichtigkeit für Japan ich wiederholt betont habe.

Das Neue Sinfonie-Orchester, das aus 55 Musikern, sämtlich Japanern, besteht, veranstaltet unter seinem deutschfreundlichen begabten Dirigenten Viscount Konoye, der in der Pflege der europäischen, hauptsächlich der deutschen Musik und der Entwicklung seines Orchesters seine Lebensaufgabe sieht, regelmäßige Abonnementskonzerte, in denen deutsche Werke im Vordergrund

stehen

...haben zu müssen. Ich habe daher im letzten Hefen, der die
neue Saison zur Einführung gelangte, an die Dirigenten und
als einzelnen Solisten und bei der letzten Konzerte am 1. und
Herren der "Tosca" Nacht", die sich um die Forderung der Japaner
zum Besondere verdient gemacht haben, besondere Mitteilungen
Widmung als einzigen anerkannten Worten überreichte; die Lehrer
reichung der Gesandten wurde von dem Publikum als eine wohlver-
diente Ehrung der Mitwirkenden empfunden und als zusammenfassend
teilhaft aufgenommen. Für die Mitgl. der Japaner Sinfonie-Or-
chester habe ich unter der Aufsicht ihrer besonderen Wünsche
eine kleine silberne Medaille prägen lassen, die auf der Vorder-
seite den Kopf Beethovens mit der Umschrift "Beethoven-Fondation"
jahrhundert Tokio 1927" und auf der Rückseite die Widmung "Der
Japaner Sinfonie-Orchester zur Erinnerung 1927" trägt. Der Wunsch
der Orchestermitglieder nach einer solchen Erinnerungsmedaille,
die als Ehrentafel ebenfalls tragen sollen, hat übrigens in der
Stabskapitel des Japaners zur Frage von Orden und Ehrenzeichen
Besondere charakteristisch und als ein weiterer Beitrag zur Frage
der Förderung der Kunst von Seiten der Regierung, der Japaner
für Japan ich wiederholt betont habe.
Das neue Sinfonie-Orchester, das aus 55 Musikern, eben-
falls Japanern, besteht, veranstaltet unter seinem deutschen
Leiter, dem Kapellmeister Vizekonsul Komoro, der in der Pflege
der europäischen, haupt sächlich der deutschen Musik und der
Entwicklung seines Orchesters seine Lebensaufgabe sieht, regel-
mäßige Abonnementskonzerte, in denen deutsche Werke im Vordergrund
stehen.

28
13
stehen. Da sich das Orchester vor einiger Zeit in unverschuldeten
finanziellen Schwierigkeiten befunden hatte, habe ich die Feier
als willkommenen Anlass benutzt, um dem Orchester auch eine
materielle Förderung zuteil werden zu lassen.
In der Anlage füge ich noch eine Beethoven-Gedächtnis-
nummer der Monatszeitschrift "Zenjin" (Ganze Menschen)
nebst Übersetzung der Inhaltsangabe bei, die eine Reihe interes-
santer Aufsätze über Beethoven aufweist.
gez. S o l f

Inhaltsverzeichnis

der Gedächtnisnummer der "Zenjin" (Ganze Menschen)
an die Beethoven-Hundertjahrfeier.

1. Widmung von Ohara Kuniyoshi.
2. Beethoven als ein ganzer Mensch von Koizumi.
3. "In zwei Stücke zerissener Beethoven" (Gedicht)
von Takamura.
4. Ueber Beethoven und Romain Roland von Zakata Hiroatsu.
5. Der Verfasser von "Jean Christoph" und Beethoven von
Katayama Toshihiko.
6. Beethoven von Ema Shu.
7. Verschiedenes über Beethoven von Shinjo Waichi.
8. Bedeutung der Beethovenschen Musik für unser Publikum
von Tanaka Kotara.
9. Biographie von Beethoven von Mazasa Toshio.
10. Beethoven als Dirigent von Konoye Hidemaro.
11. Gedanken über Beethoven als Operndichter von Hattori Ryutaro.
12. Die "Mondscheinsonate" und ihre Tradition von Ushiyama.
13. Einseitige Betrachtung Beethovens von Iba Ko.
14. Deutschland das Land Beethovens von Yamashita Tokuchichi.

Erläuterungen zu Programmstücken der Gedächtniskonzerte
von Kantsune Kiyosuke

J. Nr. 876

, den 9. Juli 1927.

Auf das Schreiben vom 23. v. Mts. Nr. B. 422 II/27
erwidern wir ergebenst, dass wir dem Wunsche des Herrn
Reifenberg nachkommend, sein bereits an mehrere amtliche
Stellen gerichtetes Ersuchen um Auskunft über die Hinter=
bliebenen des Musikdirektors Wilhelm Taubert dorthin
abgegeben haben. Die Nachforschungen nach den Erben des
Musikdirektors Taubert liegen also nur im Interesse des
Herrn Reifenberg. Wir sind daher nicht in der Lage, die
Auskunftsgebühren von 1,20 RM unsererseits zu übernehmen
und stellen anheim, diesen Betrag von Herrn Reifenberg
einzuziehen.
1 Anlage.

Der Präsident

Im Auftrage

An

Das Einwohner-Melde-Amt
des Polizeipräsidiums Berlin

Berlin C 25
Alexanderstrasse 3/6

Einwohner-Melde-Amt
des Polizeipräsidiums Berlin.
Tgb.Nr.B.422 II/27.

Berlin C. 25, den 23. Juni 1927.
Alexander Str. 3/5.

An die

Preuss. Akademie der Künste,

Berlin W. 3,
Pariser Platz 4.

Unter Bezugnahme auf Ihre gefl. Zuschriften vom 27.4.
27 - J Nr. 560 und vom 1.6.27 - J Nr. 672 - betreffend das
Schreiben des Herrn Alfred Reifenberg, München, Kaiserstr.
54 I, haben wir diesem die anl. Auskunft mit Adressenangabe
der Nachkommen des ehem. Musikdirektors Wilhelm Taubert
unter Nachnahme der Auskunftsgebühren zugesandt. Die Annahme
ist von Herrn R. verweigert worden, wie aus dem anl.Umschlag
hervorgeht.

Durch die Nichtannahme sind uns 1,20 RM Kosten entstanden,
um deren Erstattung höfl. gebeten wird.

gez: M ö l h u s e n .



Beglaubigt:
Haugstein
Polizeisekretär.

Wa.

20
25
30
35
J. Nr. 802

Ueberreicht.
Der Präsident
Im Auftrage

ist mit 4 Anlagen
H. H.

,den 4. Juli 1927.

Unschriftlich mit 4 Anlagen

dem Herrn Minister für Wissenschaft,
Kunst und Volksbildung

Berlin W 3

mit dem Erwidern ergebenst zurückgereicht, dass
seitens des Senates gegen die Einbürgerung des
Tonkünstlers Jakob Süssmann Bedenken
nicht erhoben werden. Sein langjähriger Aufent-
halt in Deutschland, seine musikalische Ausbildung
an der Hochschule für Musik sowie seine Ehe mit
einer gebürtigen Deutschen sprechen für die Ge-
nehmigung seines Gesuches.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

Dr. G. G. G.

M. H.

Für Banderlasse des Ministeriums.

Tag und Nr. des Eingangs: 1. Juni 1884. Nr. 172

Zahl der Anlagen: 3

Kurze Inhaltsangabe:

Einbringung des Gesuchs
von Lüpsmann

Bill

Datum und Nr. des Erlasses:

1. Juni 1884. Nr. 172

Der Erlass ist gerichtet an

Kunst, Maria von Meißel 4. VI. 84

und enthält folgenden Text:

zu gfl. Kollisionsgesetz

H.

zu gfl. Gesetz

Frist für die Rückgabe:

1. April

Das Gesuch wird beauftragt, eine Anzeige an den Gerichtshof
Lüpsmann zu richten: auf welcher Angelegenheit
Sitzung am 1. Juni Festsetzung bezieht.

von Prof. Dr. Seiffert
1. 10. 1884.
Münster

ausgegeben

Lili

In Nr. 16 der Akademie gibt P. H. Finkemann
 ein Diskussionsamt im Jahr 1926 ca. 1500 M. an. Ein
 aufwands Aufsp in dieser Richtung ist demnach überflüssig,
 eine weitere Einsparung ist aber auch überflüssig.

Da P. von Finkemann der Jugend gegeben wird, hat
 seine Aufstellung aufzukommen & ist, wenn es keine
 Gründe gegeben, die gegen eine Naturalisierung spricht. Ein lang.
 jähriger Aufenthalt in Deutschland, eine mündliche Erklärung in
 der Schrift für mich, seine Ehe mit einer gebürtigen Deutschen
 werden wirksam für die Naturalisierung.

Es empfiehlt also dem Senat Empfehlung

der Schrift.

24/6 27

Erst

Herrn Prof. Dr. Finkemann zu
 bitten aufzusuchen den Herrn Minister
 zu Berlin
 28/6. 27. A. Finkemann

20
35
43

Zutritt
Friedensgericht
des Magistrats Jakob Lupsmann
N^o IV d^e 20 863

Die Magistrats-Rathen des Kneip. Standes des
Amtes unter ~~der~~ ~~Friedensgericht~~ mag sollen
Mündigkeit des mündigen Altkneip. Standes des
Kneip. Standes, dass der Friedensgericht des Magistrats
Jakob Lupsmann keine Einreden entgegenstellen.

Von der Magistrats-Rathen
des Kneip. Standes

7. Samm

Preussische Akademie der Künste
J. Nr. 196

Berlin W 8, den 27. Juni 1927.
Pariser Platz 4

Ueberreicht
Der Präsident

~~im Auftrage~~

J. G.
G. Spinnemann

Urschriftlich mit 2 Anlagen
dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst
und Volksbildung

Berlin W 8

nach Kenntnisaufnahme ergebenst zurückgereicht.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

G. Spinnemann

M H

Ab mit F + Paul
174
✓

J. Nr. 841

Ueberreicht.
Der Präsident
Im Auftrage

guy

22
37
43

,den 27. Juni 1927.

Urschriftlich mit 4 Anlagen
dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und
Volkbildung

Berlin

mit dem Erwidern ergebenst zurückgereicht, das es
nach den vorliegenden Urteilen der Professoren
Braunfels und Abendroth sowie des Deutschen Sängers-
bundes durchaus gerechtfertigt erscheint, das für den
Komponisten Bungard-Wasem von dem Bürgermeisterei-
Amt Godesberg a/ Rh. eingereichte Gesuch nicht un-
berücksichtigt zu lassen, zumal er sich in sehr
drückenden Lebensverhältnissen befindet. Der Senat
bittet daher, ihm eine einmalige Unterstützung zu
gewähren.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

Reichmann

4

Prinzip der Hilfe an die
römischen Legionen

St. John N.Y. Aug 11. 1893

Quat. Littera. Co. Inst. 2

mit der Hilfe am ggl. Hof
zu v. Liching. M. Kynzler
Herrn Langart. Hagen. Oberst.
In bester Lage, im grünen Feld
im schönen Garten so schön.

9. ^{10.} ^{11.} ^{12.} ^{13.} ^{14.} ^{15.} ^{16.} ^{17.} ^{18.} ^{19.} ^{20.} ^{21.} ^{22.} ^{23.} ^{24.} ^{25.} ^{26.} ^{27.} ^{28.} ^{29.} ^{30.} ^{31.} ^{32.} ^{33.} ^{34.} ^{35.} ^{36.} ^{37.} ^{38.} ^{39.} ^{40.} ^{41.} ^{42.} ^{43.} ^{44.} ^{45.} ^{46.} ^{47.} ^{48.} ^{49.} ^{50.} ^{51.} ^{52.} ^{53.} ^{54.} ^{55.} ^{56.} ^{57.} ^{58.} ^{59.} ^{60.} ^{61.} ^{62.} ^{63.} ^{64.} ^{65.} ^{66.} ^{67.} ^{68.} ^{69.} ^{70.} ^{71.} ^{72.} ^{73.} ^{74.} ^{75.} ^{76.} ^{77.} ^{78.} ^{79.} ^{80.} ^{81.} ^{82.} ^{83.} ^{84.} ^{85.} ^{86.} ^{87.} ^{88.} ^{89.} ^{90.} ^{91.} ^{92.} ^{93.} ^{94.} ^{95.} ^{96.} ^{97.} ^{98.} ^{99.} ^{100.} ^{101.} ^{102.} ^{103.} ^{104.} ^{105.} ^{106.} ^{107.} ^{108.} ^{109.} ^{110.} ^{111.} ^{112.} ^{113.} ^{114.} ^{115.} ^{116.} ^{117.} ^{118.} ^{119.} ^{120.} ^{121.} ^{122.} ^{123.} ^{124.} ^{125.} ^{126.} ^{127.} ^{128.} ^{129.} ^{130.} ^{131.} ^{132.} ^{133.} ^{134.} ^{135.} ^{136.} ^{137.} ^{138.} ^{139.} ^{140.} ^{141.} ^{142.} ^{143.} ^{144.} ^{145.} ^{146.} ^{147.} ^{148.} ^{149.} ^{150.} ^{151.} ^{152.} ^{153.} ^{154.} ^{155.} ^{156.} ^{157.} ^{158.} ^{159.} ^{160.} ^{161.} ^{162.} ^{163.} ^{164.} ^{165.} ^{166.} ^{167.} ^{168.} ^{169.} ^{170.} ^{171.} ^{172.} ^{173.} ^{174.} ^{175.} ^{176.} ^{177.} ^{178.} ^{179.} ^{180.} ^{181.} ^{182.} ^{183.} ^{184.} ^{185.} ^{186.} ^{187.} ^{188.} ^{189.} ^{190.} ^{191.} ^{192.} ^{193.} ^{194.} ^{195.} ^{196.} ^{197.} ^{198.} ^{199.} ^{200.} ^{201.} ^{202.} ^{203.} ^{204.} ^{205.} ^{206.} ^{207.} ^{208.} ^{209.} ^{210.} ^{211.} ^{212.} ^{213.} ^{214.} ^{215.} ^{216.} ^{217.} ^{218.} ^{219.} ^{220.} ^{221.} ^{222.} ^{223.} ^{224.} ^{225.} ^{226.} ^{227.} ^{228.} ^{229.} ^{230.} ^{231.} ^{232.} ^{233.} ^{234.} ^{235.} ^{236.} ^{237.} ^{238.} ^{239.} ^{240.} ^{241.} ^{242.} ^{243.} ^{244.} ^{245.} ^{246.} ^{247.} ^{248.} ^{249.} ^{250.} ^{251.} ^{252.} ^{253.} ^{254.} ^{255.} ^{256.} ^{257.} ^{258.} ^{259.} ^{260.} ^{261.} ^{262.} ^{263.} ^{264.} ^{265.} ^{266.} ^{267.} ^{268.} ^{269.} ^{270.} ^{271.} ^{272.} ^{273.} ^{274.} ^{275.} ^{276.} ^{277.} ^{278.} ^{279.} ^{280.} ^{281.} ^{282.} ^{283.} ^{284.} ^{285.} ^{286.} ^{287.} ^{288.} ^{289.} ^{290.} ^{291.} ^{292.} ^{293.} ^{294.} ^{295.} ^{296.} ^{297.} ^{298.} ^{299.} ^{300.} ^{301.} ^{302.} ^{303.} ^{304.} ^{305.} ^{306.} ^{307.} ^{308.} ^{309.} ^{310.} ^{311.} ^{312.} ^{313.} ^{314.} ^{315.} ^{316.} ^{317.} ^{318.} ^{319.} ^{320.} ^{321.} ^{322.} ^{323.} ^{324.} ^{325.} ^{326.} ^{327.} ^{328.} ^{329.} ^{330.} ^{331.} ^{332.} ^{333.} ^{334.} ^{335.} ^{336.} ^{337.} ^{338.} ^{339.} ^{340.} ^{341.} ^{342.} ^{343.} ^{344.} ^{345.} ^{346.} ^{347.} ^{348.} ^{349.} ^{350.} ^{351.} ^{352.} ^{353.} ^{354.} ^{355.} ^{356.} ^{357.} ^{358.} ^{359.} ^{360.} ^{361.} ^{362.} ^{363.} ^{364.} ^{365.} ^{366.} ^{367.} ^{368.} ^{369.} ^{370.} ^{371.} ^{372.} ^{373.} ^{374.} ^{375.} ^{376.} ^{377.} ^{378.} ^{379.} ^{380.} ^{381.} ^{382.} ^{383.} ^{384.} ^{385.} ^{386.} ^{387.} ^{388.} ^{389.} ^{390.} ^{391.} ^{392.} ^{393.} ^{394.} ^{395.} ^{396.} ^{397.} ^{398.} ^{399.} ^{400.} ^{401.} ^{402.} ^{403.} ^{404.} ^{405.} ^{406.} ^{407.} ^{408.} ^{409.} ^{410.} ^{411.} ^{412.} ^{413.} ^{414.} ^{415.} ^{416.} ^{417.} ^{418.} ^{419.} ^{420.} ^{421.} ^{422.} ^{423.} ^{424.} ^{425.} ^{426.} ^{427.} ^{428.} ^{429.} ^{430.} ^{431.} ^{432.} ^{433.} ^{434.} ^{435.} ^{436.} ^{437.} ^{438.} ^{439.} ^{440.} ^{441.} ^{442.} ^{443.} ^{444.} ^{445.} ^{446.} ^{447.} ^{448.} ^{449.} ^{450.} ^{451.} ^{452.} ^{453.} ^{454.} ^{455.} ^{456.} ^{457.} ^{458.} ^{459.} ^{460.} ^{461.} ^{462.} ^{463.} ^{464.} ^{465.} ^{466.} ^{467.} ^{468.} ^{469.} ^{470.} ^{471.} ^{472.} ^{473.} ⁴⁷⁴

4 August

Antwort auf Ihre
sehr interessante
Anfrage vom 1. d. d. d.
für den 1. d. d. d.
Wasser. N IV N^o 20923

[illegible]

Stamps. Alexander L. King
 Friend of the People's Cause
 the Northampton
 Sturges

16.

die Lieder, die Mühsal und Kummer.
 Was ich nicht anders konnte. Denn
 mich Leidete. Und ich ist mir
 keine Abhilfe mehr nicht gekommen.
 Ich bin meine Leiden und Kummer
 nicht mehr und nicht die Abende
 noch die Lieder mehr.

J. 28. 27

J.

Ich bin mir eingewissen
 nicht nur. Aber ich in
 Gräber, denn der Mensch
 ist nicht mehr. Denn ich
 einmal. Und ich ist mir
 die Jahre nicht mehr
 gegeben worden.

26/6. 27

H. 27

Preussische Akademie der Künste
J. Nr. 621

Berlin W 8, den 27. Juni 1927.
Pariser Platz 4

Ueberreicht
Der Präsident
Im Auftrage

*Wm F
2. Aufl. 1927*
Schriftlich mit 2 Anlagen
dem Herrn Minister für Wissenschaft,
Kunst und Volksbildung

Berlin W 8

mit dem Erwidern ergebenst zurückgereicht, dass
nach Einholung eines Urteils von kompetenter Seite
über Leistungen und Person des Geigenbauers Joseph
B a u s c h in Schwerin nicht günstig geurteilt
werden kann. ~~unverändert~~

~~Die von ihm hergestellten Instrumente über-~~
schreiten keinesfalls das Niveau der Erzeugnisse
unserer anerkannten deutschen Geigenbauer. Der
Senat ist daher nicht in der Lage, das Gesuch des
B a u s c h zu befürworten.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

Kühn

M H

Für Runderlasse des Ministeriums.

Tag und Nr. des Erlasses: 15. April 1884. Nr. 821

Zahl der Anlagen: 1

Kurze Inhaltsangabe: Jäger, Kämpf, K. H. im Fiskus
K. H. im Fiskus.

Datum und Nr. des Erlasses: 15. April 1884. Nr. 821

Der Erlass ist gerichtet an: K. H. im Fiskus

und enthält folgenden Text:

mit dem K. H. im Fiskus
K. H. im Fiskus
K. H. im Fiskus
K. H. im Fiskus

K. H.
K. H.

K. H.
K. H.

Frist für die Rückgabe: 4 Tage

Indiff.
J. H. im Fiskus
Joseph K. H. im Fiskus
K. H. im Fiskus
K. H. im Fiskus

K. H. im Fiskus
K. H. im Fiskus
K. H. im Fiskus
K. H. im Fiskus
K. H. im Fiskus
K. H. im Fiskus
K. H. im Fiskus
K. H. im Fiskus
K. H. im Fiskus
K. H. im Fiskus

K. H. im Fiskus
K. H. im Fiskus
K. H. im Fiskus

K. H.

Herrn von B.

Ich bin nun zufrieden, dass ich den geeigneten
Beisatz in Tschernstein General nicht habe,
Prof. Kähler von mir auf die Entzifferung
eingesetzt wird & das Entziffern & Uebersetzen
geleistet wird.

May den Entziffern und typ. Dr.
Herr Prof. Flavenstein.

Sach, ich bin sehr
bedrückt, ich lichte in diesem
Dienste an den für mich
zu leisten, wie ich schon längst
wünschte, so ist am 29.10.16 auf Wunsch
Lorenz Grotzmann

Am.
Johann Hoff. von
Dampnen

18627

Neubabelsberg.
d. 16. Juni 27

Sehr geehrte Frau Professor!

Die Fingerringe Bauche ist mir seit Jahren
sehr wohl und flüchtig bekannt. Vor 1/2
Jahren wurde sie die Oberbinderin von
Herrn an mich. Nachteil über seine
Bekanntheit, die Bauche in die Stadt für den
sehr mit dem gleichen Namen und fast
Kulturminister. Es ist stumm von Bauche
wusste, die in der kleinen allgemeinen
Kultur des Jahres, alle möglichen Lüste
gibt, seine Duffen wurde sehr gut, scheint
die Stadt Herrin sein. Es ist aber sehr
über seine Befürchtung, dass es nicht
wusste von ihm, es ist sehr, über seinen

wird der Gewinn unter 1000 Mark
Schutzgeld zu ändern.
Unser gesell. Minister ist vom Reich
mit größter Mühe zu überzeugen.

ganzsicherlich

Gustav Havemann

10. Juni 27

den 14. Juni 1927.

Sehr geehrter Herr Professor!

Der Geigenbauer Joseph Bausch s. Zt. in Doberan i.
Mecklenburg, hat den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und
Volksbildung um Förderung seiner Erfindung gebeten. Seitens des
Herrn Ministers ist die Sektion für Musik zu einer Äusserung über
die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Antragstellers
aufgefordert worden. Da die Sektion annimmt, dass Sie über den
Geigenbauer Bausch näher orientiert sind, darf ich Sie um
eine gefällige Auskunft ergebenst bitten.

Mit ausgezeichnetester Hochachtung

Ihr ergebener

Havemann

Herrn.

Professor Gustav Havemann

Neubabelsberg / b. Potsdam
Berlinerstrasse 145

1897. 14. 12. 1897.
 Herr Professor Dr. Gustav Havermann
 in Berlin

Die Herren Minister des Reichs
 und des Innern, des Handels
 und des öffentlichen Unterrichts
 in Berlin

Herrn
 Professor Gustav Havermann
 in Berlin

Herrn
 Professor Gustav Havermann
 in Berlin

An die Akademie der
 Künste.

Insigelt das Geprüfte
 des Ingenieurbaues
 - Pinneris, list
 in die Künste und
 vom Prof. Havermann
 in Berlin

10. 6. 27. Herr Havermann

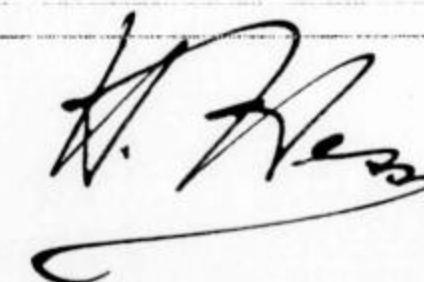
46
CHARLOTTENBURG
SCHILLERKOLONNADE der 20.6.27.
PORTAL IV

Sehr geehrter Herr Professor,

in Beantwortung Ihrer w. Zuschrift vom 11.6. bin ich gern bereit auf Ihren Wunsch hin, die Instrumente des Geigenbauers Joseph Bausch eingehender zu prüfen. Ich bitte Sie daher ihm mitzuteilen sich diestezüglich mit mir in Verbindung zu setzen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung,

Ihr sehr ergebener



Herrn
Professor Gustav Havemann
Mendelssohnstr. 14b
Berlin-Charlottenburg

47
den 11. Juni 1927

W. H. H.

Sehr geehrter Herr Professor!

Für Ihre gefällige Auskunft über den Geigenbauer Joseph B a u s c h vom 25. Mai d. Js. danke ich Ihnen verbindlichst. Ich hätte es aber sehr gern gesehen, wenn Sie über die Geigen des B a u s c h ein bestimmtes Urteil abgeben könnten. Wenn Sie daher die Freundlichkeit haben wollten, die Instrumente des B a u s c h eingehend zu prüfen, wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr
Ihr ergebener

H. H. H.

Herrn

Professor Willy H e s s

Charlottenburg
Schillerstrasse 119

48
CHARLOTTENBURG
SCHILLERKOLONNADE den 25.5.27
PORTAL IV

An die
Preussische Akademie der Künste
Sektion für Musik

Berlin W.8.
Pariserplatz 4.

Sehr geehrter Herr Professor,

In Beantwortung Ihrer werten Zuschrift vom 17.5.27. teile ich Ihnen ergebenst mit, dass mir der Geigenbauer Joseph B a u s c h z.Zt. in Dobersan 1. Mecklenburg bis vor vierzehn Tagen gänzlich unbekannt war. Er besuchte mich vor vierzehn Tagen in der Hochschule, um mir zwei seiner Geigen vorzuführen. Da ich an demselben Tag sehr stark beschäftigt war und ihm keine andere Stunde (er musste abreisen) zur Verfügung stand, konnte ich seine Geigen nur ganz flüchtig beaugenscheinigen. Ich kann daher selbstverständlich nicht ausschlaggebend urteilen. Ich habe mich bei ~~den~~ anderen Geigenbauern nach Herrn Bausch erkundigt und keiner kennt ihn. Der Einzige, der etwas von ihm zu wissen

scheint, ist Prof. Havemann, welcher mir heute sagte, Bausch sei in grosser wirtschaftlicher Bedrängnis. Havemann hält wohl sonst von ihm als Geigenbauer nichts "Spezielles". Ich bin gerne bereit, falls es im Interesse liegt dem Mann behilflich zu sein, seine Instrumente eingehend zu prüfen, soweit es mir als Künstler und nicht als Fachmann zusteht.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr ergebener

*Ja, Prof. Hess
leider ist ja Danken in
Ihr Briefen zu stellen
das mir ganz gefahr-
los ist, wenn es ein
Expertenrat Weidil über
die Geigen der Frau Bausch abgeben können
H. Hess*

PROFESSOR KARL KLINGLER

CHARLOTTENBURG 2
SOPHIENSTR. 11

2. Juni 27.

Sehr geehrter Herr Professor Dr. Schumann!

Soeben von Paris zurückgekehrt, finde ich
Ihre Zeilen vom 17. Mai vor. Leider kenne ich
den Geigenbauer Bausch nicht, vermute aber,
dass Ihnen Havemann Auskunft geben kann,
wer in Mecklenburg Zuhause ist. Würde er
auch nichts, dann wäre Philipp Hamming
Potsdamerstrasse 29 anzusprechen. Sie wissen,

Hamming war Joachims und Halles Geigen-
doktor, dem ich ebenfalls volles Vertrauen
schenke.

Mit herzlichen Grüßen

Hr. Karl Klingler

J.Nr. 621

den 17. Mai 1927

Sehr geehrter Herr Professor!

Der Geigenbauer Joseph B a u s c h z.Zt. in Doberan
i. Mecklenburg, hat den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst
und Volksbildung um Förderung seiner Erfindung gebeten.
Seitens des Herrn Ministers ist die Sektion für Musik
zu einer Äusserung über die persönlichen und wirtschaft-
lichen Verhältnisse des Antragstellers aufgefordert worden.
Da die Sektion annimmt, dass Sie über den Geigenbauer
näher orientiert sind, darf ich Sie um eine gefällige
Auskunft ergebenst bitten.

Mit ausgezeichnetster Hochachtung

Ihr ergebener

Willy Hess

Herrn

Professor Willy H e s s

Charlottenburg 2
Schillerstr. 119

Herrn

Professor Karl Klingler

Charlottenburg 2
Sophienstr. 11

mtf. 1.6.27

Preussische Akademie der Künste

J. Nr. 811

Berlin W 8, den 21. Juni 1927
Pariser Platz 4

Unschriftlich mit 5 Anlagen

dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und

Volksbildung

Ueberreicht
Der Präsident

Berlin W 8

Im Auftrage

mit dem Erwidern ergebenst zurückgereicht, daß die Frage, ob in
Anbetracht der bereits vorhandenen zwei staatlichen Seminare noch
das Bedürfnis für ein drittes Seminar vorhanden wäre, von der
Regierung in Königsberg, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen
bejaht worden ist.

Der

Der Senat kann daher das Gesuch des Musikdirektors Fiebach
unbedenklich befürworten.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

Stammann

Prof. Dr. Fiebach
Musikdirektor
Herrn
Prof. Dr. Fiebach
Musikdirektor
Herrn
Prof. Dr. Fiebach
Musikdirektor

*Antw. auf Brief vom 14. März 1932
an die Musikdirektion
Fiebach*

52
Auf die Randspalte 14. März 1932
ist zu setzen:
Befehl mit 1. und 2. in der Musik-
mit der ersten Reihe zu spielen.

Auf die Anfrage des Musikdirektors Fiebach
bezüglich der Aufnahme in die Musikdirektion
des Herrn Fiebach, 2. Musikdirektor, wurde
auf der Grundlage des Beschlusses des Senats
am 4. März 1932, dass die Aufnahme in die
Musikdirektion Fiebach unbedenklich befürwortet
wird, beschlossen, dass die Aufnahme in die
Musikdirektion Fiebach unbedenklich befürwortet
wird.

Regierung,
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

Egb. K. 3761.

Bernspr. 7140/43.

Es wird gebeten, im Antwortschreiben
vorstehende Tagebuchziffer anzugeben.

Königsberg, den 4 ten Juni 1927 192
Mitteltragheim Nr. 40. Postamt 8.



Auf das gefällige Schreiben vom 9. April 1927 Nr. 461:

Das Bedürfnis zur Anerkennung des mit dem Ostpreussischen Konservatorium für Musik verbundenen Musikseminars des Musikdirektors Plebach wird bejaht.

Es unterrichten an dem Seminar 10 Lehrkräfte; es ist in den Jahren 1925 von 20, 1926 von 32 und 1927 von 36 Seminaristen besucht worden.

gez. Hossenstein.



Beigelaubigt
Kanzl. Am.



An die Preussische
Akademie der Künste

fr in Berlin W 8.
Pariserplatz 4.



J. Nr. 461

SING-AKADEMIE

SOPRAN C. 2

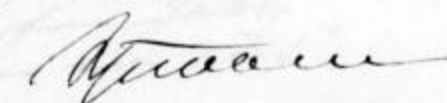
den 9. April 1927

Der Musikdirektor Fiesbach dortselbst hat für das mit dem ostpreussischen Konservatorium verbundene Musikseminar die staatliche Anerkennung nachgesucht. Seitens des Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu einer gutachtlichen Äußerung aufgefordert, wäre es für uns von Interesse zu wissen, ob, da sich dortselbst bereits zwei staatlich anerkannte Musikseminare befinden, die Bedürfnisfrage nach einem dritten Seminar bejaht werden kann.

Für eine baldgefällige Auskunft wären wir dankbar.

Senat, Sektion für Musik

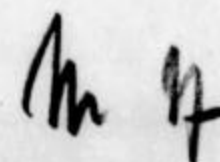
Der Vorsitzende



An

den Herrn Regierungspräsidenten

Königsberg i/Pr.



SING-AKADEMIE
zu
BERLIN C. 2
AM PESTUNGSGRABEN 2

55

In Kürze lag befinde
sich bereits 2 Geminare.
Es wäre nunmehr nötig
zu sein, ob sie
bestehen! für die
3. Teil. Denn in der
Lage.
Evt. welche die Kunst
findet bei. Den für
Regimental präsi. den
zu sein zu finden.
Daher ist zu sein, dass
ob es nunmehr nötig ist,
sich zu befinden, dass
dieses nunmehr 3. Teil
besteht in 93. Teil
bestehend, dass es
zu sein.

30. 3. 27

S. G. G. G.

Für Randerlasse des Ministeriums.Tag und Nr. des Eingangs: 14. März 1911. Nr. 481Zahl der Anlagen: 5Kurze Inhaltsangabe: Anweisung des Reichsfinanzministers
in Bezug auf dieDatum und Nr. des Erlasses: 14. März 1911. Nr. 481.Der Erlass ist gerichtet an Reichs- und Landes-
Finanzministerund enthält folgenden Text:mit dem Befehl an die Finanz-
ämterIh.
güt. AuftragFrist für die Rückgabe: 13. April

Preussische Akademie der Künste

Ab mit 3 Unt.
Kny
J. Nr. 806

Berlin W 8, den 21. Juni 1927
Pariser Platz 4

Urschriftlich nebst 3 Anlagen

Ueberreicht dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und
Der Präsident Volksbildung
Im Auftrage

Berlin W 8

Mus
mit dem Erwidern ergebenst zurückgereicht, daß, da die Fachbe-
rater und sonstigen Sachverständigen, ebenso die Wiesbadener
Kirchen- und Schulbehörde die Würdigkeit und Leistungen der An-
tragstellerin, sowie die Leistungen ihres Seminars restlos aner-
kennen, sich der Senat den vorliegenden Beurteilungen anschliesst
und

By Pittman

Frist für die Rückgabe: 7 Wk

James Lovell &
Prof. Thiel
is German

His Majesty's
 Superior Court
 Dear Sir,
 Enclosed

E. W. S. Perkins
E. E. Teabert.

Briefe Brief
 v. Elisabeth
 in Nachl. Examination
 für Buchhaltung
 VII N° 20779

bestaffelt mit 8 und
in 100 Stück
mit der für die empfindliche gestrichelt

51

Auch die Abstemigungsmittel, die
Fasces und fortwährende Versammlung,
auch die Kirchen, die in der Welt sind,
die Mündigkeit und Luthers des
Antropologen, sowie die Luthers des
Universalismus auszuweisen. Es
ist eine Aufgabe, die es erfordert,
Lutheranismus und Antropologie zu
geben die Anthropologie.

Verst. Mispel-Fischgras
1. Anzucht des Farns

✓

*Ab auf G. Paul
1-1927*

J. Nr. 679

Preussische Akademie der Künste

Berlin W 8, den 21. Juni 1927
Pariser Platz 4

Urschriftlich mit Anlagen
dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und
Volksbildung

Berlin W 8

Überreicht
Der Präsident
Im Auftrage

mit dem Erwidern ergebenst zurückgereicht, daß der Senat hierdurch
das Gesuch der Orchestervereinigung Berliner Musikfreunde um Bewilli-
gung einer staatlichen Beihilfe befürwortet. Die Bestrebungen der Ver-
einigung verdienen Anerkennung und eine wirksame finanzielle Unter-
stützung.

Senat, Sektion für Musik
Der Vorsitzende

[Signature]

Briefe
 Gebet d.
 Josephs...
 ...
 U IV 20509

Briefe mit d.
 ...
 ...

Der Kunst der ...
 ...
 ...
 ...
 ...

...
 ...

...

Für Runderlasse des Ministeriums.

Tag und Nr. des Eingangs: 9. Mai 1909. Nr. 89

Zahl der Anlagen: 0

Kurze Inhaltsangabe: In Auftragsverdingung des Herrn Reichsminister
für die öffentlichen Arbeiten.

Datum und Nr. des Erlasses: 3. Mai 1909. Nr. 10009

Der Erlass ist gerichtet an: Herr, Viktor von Wittich, P.O. 27

und enthält folgenden Text:
zu öff. Auftragsverdingung.

H.
H. H. H.

Zu der Anlage folgt
Anlage des Auftrags
vom 2. 2. 27.

Liegt abwechselnd dem Herrn Reichsminister
und Herrn Viktor von Wittich vor.
Anlage des Auftragsverdingung des Herrn Reichsminister
für die öffentlichen Arbeiten.
H. H. H.
10. 5. 27.

Frist für die Rückgabe: 4 Wochen

1) Betrifft

1) Betrifft Briefe des Grafen Hohenhausen an Prof. Dr. J. H. Müller
aus Berlin, datiert vom 2. Mai 1884. Nr. 4: 3008

2) Auf Anordnung des Herrn Vorsitzenden des Senates, Section für Musik, zirkulieren die Anlagen bei den nachbenannten Herren Senatoren mit einer Frist zur Weitergabe von je 4 Tagen.

Lf. Nr.	Name	Erhalten am	Weitergegeben am	Bemerkungen
1	Griffen N. K. K.	23. 5. 27.		Kann befreit werden. 1/2 K. K.
2	Griffen N. K. K.			Die Einwilligung des Gefängnisverwalters ist erforderlich. 1/2 K. K.
3	Griffen N. K. K.			Die Einwilligung des Gefängnisverwalters ist erforderlich. 1/2 K. K.

*mit L. Paul
H. M. G.*

J. Nr. 670

den 21. 6. 1927

Urschriftlich mit Anlagen

dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und
Volksbildung

Berlin W 8

Uebersreicht

Der Präsident
Im Auftrage

Q. 4

mit dem Erwidern ergebenst zurückgereicht, daß der Senat das Gesuch von Kurt Johnen befürwortet. Wenn auch im Augenblick schwer beurteilt werden kann, in welchem Maße die Allgemeinheit der Musikwelt auf die in der Johnen'schen Denkschrift dargestellten neuen Wege des Klavierspiels reagieren wird, erscheint es uns doch wünschenswert, dem Verfasser die Möglichkeit zu verschaffen, seine Problemstellung in breiter Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen, umso mehr als sich Autoritäten wie Professor Dr. v. Hornbostel und Professor Dr. Moede sich zu den Bestrebungen des Verfassers in denkbar günstiger Weise geäußert haben.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

G. H. M.

1. 11. 1939

1. 11. 1939

Umschreibung des Inhalts

den Herrn Minister der Wissenschaften, Kunst und

Völkervermittlung

in Berlin

Mit dem Schreiben ergeht an Sie die Bitte, dass Sie

den Herrn Minister der Wissenschaften, Kunst und

in Berlin ersuchen, dass Sie die Bitte, dass Sie

den Herrn Minister der Wissenschaften, Kunst und

in Berlin ersuchen, dass Sie die Bitte, dass Sie

den Herrn Minister der Wissenschaften, Kunst und

in Berlin ersuchen, dass Sie die Bitte, dass Sie

den Herrn Minister der Wissenschaften, Kunst und

in Berlin ersuchen, dass Sie die Bitte, dass Sie

den Herrn Minister der Wissenschaften, Kunst und

in Berlin ersuchen, dass Sie die Bitte, dass Sie

den Herrn Minister der Wissenschaften, Kunst und

in Berlin ersuchen, dass Sie die Bitte, dass Sie

den Herrn Minister der Wissenschaften, Kunst und

Best. 11. 11. 1939
an Herrn Minister
"Herrn Minister der Wissenschaften, Kunst und
Völkervermittlung"
Nr. 20439

Best. 11. 11. 1939
an Herrn Minister

mit dem Schreiben ergeht an Sie die Bitte, dass Sie

den Herrn Minister der Wissenschaften, Kunst und

in Berlin ersuchen, dass Sie die Bitte, dass Sie

den Herrn Minister der Wissenschaften, Kunst und

in Berlin ersuchen, dass Sie die Bitte, dass Sie

den Herrn Minister der Wissenschaften, Kunst und

in Berlin ersuchen, dass Sie die Bitte, dass Sie

den Herrn Minister der Wissenschaften, Kunst und

in Berlin ersuchen, dass Sie die Bitte, dass Sie

den Herrn Minister der Wissenschaften, Kunst und

in Berlin ersuchen, dass Sie die Bitte, dass Sie

Best. 11. 11. 1939
an Herrn Minister

68

abschrift.

Dozentur für Industrielle Psychotechnik
Technische Hochschule zu Berlin
Professor Dr. W. Moede

Charlottenburg, den 3. Dezember 1926
Berliner Str. 171
Fernsprecher : steinplatz 112 53

Betr.: Arbeit Johnen.

Die Studie des Herrn Johnen gibt meines Erachtens wertvolle Beiträge zu einer Psychoenergetik des Klavierspielens, die mir deswegen um so beachtenswerter erscheinen, weil Herr Johnen zu seinen Sätzen auf der Grundlage allgemeiner arbeitstechnischer Überlegungen kommt, die sich bei Hand- und Körperbetätigung einfacher und schwieriger Art auch bei anderen Berufen bewähren, auf einem Spezialarbeitsgebiet der Klavierpädagogik aber noch nicht aufgestellt und erprobt wurden..

Es wäre recht erwünscht, wenn nach den gelungenen Laboratoriumsstudien und den bisherigen mit begrenzten Mitteln ausgeführten Versuchen es Herrn Johnen möglich wäre, auf breiterer Grundlage sein Erfahrungsbereich zu vergrößern und zu vertiefen, um neues Beweismaterial für seine Hauptsätze aufzubringen.

Auch wäre es zu begrüßen, wenn durch Veröffentlichung seiner Studien eine allgemeinere Diskussion der Fachwelt über die von ihm aufgeworfene Frage angeregt würde, die nicht nur musikpädagogisch, sondern auch hygienisch und allgemein arbeitstechnisch noch weitere wichtige Aufschlüsse verheissen.

gez. M o e d e .

Gelehrter für Industrie- und
Technische Hochschule zu Berlin
Professor Dr. W. Baetzner

Charlottenburg, den 2. Dezember 1927
Berliner Str. 171
Telephonnummer: 112 52

Sehr geehrter Herr!

Die Studie des Herrn Johnen gibt mir einen wertvollen
Beitrag zu einer wissenschaftlichen Klärung der
Frage, wie weit man bei der Untersuchung von
Gefahren gehen darf, die sich bei Hand- und Körperbelastung
einfacher und schwieriger Art auch bei anderen Berufen
auf einem Spezialgebiet der Kinetik und der Kinetik
mit der Belastung und der Belastung.

Es wäre recht erwünscht, wenn nach den bisherigen
Erfahrungen und den bisherigen mitgeteilten
Gelehrten Versuchen es Herrn Johnen möglich wäre, auf
Grundlage der Erfahrungen zu vergrößern und zu
verkleinern, um neues Beweismaterial für seine Hypothese
zu gewinnen.

Nachdem es zu begründen, wenn schon Veröffentlichung
seiner Studie eine allgemeine Diskussion der Frage über
die von ihm aufgeworfene Frage anregt würde, die nicht nur
wissenschaftlich, sondern auch hygienisch und allgemein
technisch noch weitere wichtige Aufschlüsse verheißen.

gez. W. Baetzner

mit 2. Aufl.
H. B.

20. Juni 1927

Sehr geehrter Herr!

Beifolgend senden wir Ihnen auf Wunsch die
eingesandten Original-Gutachten über Ihre Denk-
schrift zurück.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. v. Baetzner

Herrn

Kurt Johnen

Charlottenburg

Steifensandstr. 9

Druckf. 11

Druckf. 11
Druckf. 11
Druckf. 11

Druckf. 11
Druckf. 11
Druckf. 11

Druckf. 11
Druckf. 11
Druckf. 11

Druckf. 11
Druckf. 11
Druckf. 11

Druckf. 11
Druckf. 11
Druckf. 11

Druckf. 11

70

Herrn

Kurt Johnson

Kurt Johnson

Charlottenburg,
Steifensandter. 9

Preussische Akademie der Künste

Berlin W 8, den 20.6.27
Pariser Platz 4

Auf das an den Herrn Minister für Wissen-
schaft, Kunst und Volksbildung gerichtete und von
diesem an uns abgegebene Schreiben vom 14. April
d. Js. ersuchen wir Sie ergebenst, uns Ihr Manuskript
skript "Neue Wege zur Energetik des Klaviers, Teil 1"
vorzulegen.

Senat, Sektion für Musik
Der Vorsitzende

Reinhold

Ann. 21.5.17

Abschrift!

Verhandelt in der Preussischen Akademie der Künste, Sitzung
des Senats, Sektion für Musik

Berlin, den 16. Juni 1927
Beginn der Sitzung: 6 1/2 Uhr.

Der Senat der Musik-Sektion benützte anlässlich
der Sitzung des Gesamtsenats am 16. Juni die Gelegenheit, mit
den anwesenden Mitgliedern des Senats der Musik-Sektion
eine improvisierte Sitzung abzuhalten. Anwesend waren die
Herren Schumann, Taubert, Reznicek und v. Bauszner.
Es wurden folgende Punkte durchgesprochen:
Gesuch von Fräulein Elisabeth Günzel, Wiesbaden um staatliche
Anerkennung ihres Klavier-Seminars. Da durchaus günstige
Gutachten des dortigen Fachberaters und der Behörde vor-
lagen, wurde das Gesuch befürwortet. Ebenso wurden befür-
wortet die Gesuche der

Orchestervereinigung Berliner Musikfreunde um Bewilli-
gung einer staatlichen Beihilfe,

des Herrn Kurt Johnen um Beihilfe für die Drucklegung
seiner Denkschrift "Neue Wege zur Energetik des Kla-
vierspiels"

und das Gesuch des Ostpreuss. Konservatoriums Königsberg
i/Pr. um staatliche Anerkennung seines Seminars.

Die Akten des Ausländers Süßmann sollen zunächst an Prof.
Seiffert zur Begutachtung gehen. Es wird dann eine Anfrage

an

47

an den Gesuchsteller zu richten sein, aus welcher Art musikalischer Tätigkeit er seine Einkünfte bezieht. Immerhin ist beachtenswert, dass die staatlichen und Ortsbehörden nach mehrjährigen Verhandlungen jetzt gegen eine Naturalisierung des Süßmann keine Bedenken äussern.

gez. v. Bausznern

gez. Schumann

Schluss der Sitzung 7 1/2 Uhr.

W. v. 1. 1. 1927
W. v. 1. 1. 1927
J. Nr. 568

den 21. Juni 1927

Betr.: Die Behandlung der Kinderstimme
Denkschrift von Ludwig Heß.
Auf den Randerlaß vom 5. April
1927 - U IV 10869 -

Ueberreicht
Der Präsident
Im Auftrage
Q

Die Denkschrift von Ludwig Heß ist eine sehr beachtenswerte Darstellung der verhängnisvollen Schädigungen, denen die Kinderstimme vor und nach der Mutation ausgesetzt ist. Darüber hinaus ist unseres Wissens hier zum ersten Mal erschöpfend der Versuch gemacht, auf Grund früherer wissenschaftlicher Feststellungen, anatomischer Erfahrungen den Gefahren der Kinderstimme in glücklich aufgebauter Methodik zu begegnen und eine sachgemäße Stimmerziehung der Jugend zu gewährleisten. Medizinische Autoritäten und Gelehrte der Phonetik haben den Darlegungen des Verfassers ihre Zustimmung ausgesprochen. Es wäre wünschenswert, die in der Denkschrift niedergelegten Erscheinungsergebnisse und richtungsgebenden Hinweise auf die Erhaltung einer gesunden und Pflege einer kranken Kinderstimme in systematischer Form den allgemeinsten Schulkreisen gegenüber zur Diskussion zu stellen.

An
den Herrn Minister für
Wissenschaft, Kunst und
Volkebildung
Berlin W 8

Senat, Sektion für Musik
Der Vorsitzende
Heß

Ministerium für Wissenschaft,
Kunst und Volksbildung.

Chef des

Betrifft:

In Befragung des

Anfragen und Bemerkungen.

Berlin W 8, den

1927

Anlage zum Protokoll
vom 5. 4. 1927 - Nr. 10869

H. f. d. d. d. d.
25. IV

An

Herrn Minister v. Künze

Rechts Minister

Sein

Zu Nr.

Nr. 10869

73

16. APR. 1927

Beantwortung.

Charlottenburg den 23. Mai 1927.

Die Broschüre enthält viel Beachtens-
wertes, wenn auch nicht gerade Neues.
Daß der weiche, lockere Tonansatz bei
der Kinderstimme gepflegt werden muß,
ist eine längst bekannte Tatsache, eben-
so, daß durch unzweckmäßiges Klassen-
und Chorsingen viele Kinderstimmen ge-
schädigt und in der Entwicklung ernst-
lich behindert werden. In den neuen
Richtlinien für den Musikunterricht ist
auf diese Tatsache besonders hinge-
wiesen. Über die Zweckmäßigkeit von
entsprechenden Singübungen während der
Mutation müßte doch wohl der Stimmarzt
mitgehört werden.

Sein
Herrn Minister v. Künze
Rechts Minister
Sein

Zurück
die Lagerung des
Rindfleischs
Druck II - Ludwig Kops
II 10869

568

Die Druckkraft von Leder, Kops ist eine
als Druckkraft bezeichnete Kraft, die auf die
Veränderungen, denen das Rindfleisch ausgesetzt
wird, die Wirkung ausübt. Diese Kraft ist
imstande, die Form des Rindfleischs zu verändern
und es zu einer bestimmten Form zu bringen.
Die Druckkraft ist eine Kraft, die auf die
Veränderungen, denen das Rindfleisch ausgesetzt
wird, die Wirkung ausübt. Diese Kraft ist
imstande, die Form des Rindfleischs zu verändern
und es zu einer bestimmten Form zu bringen.

Druck II 10869

Druck II 10869

Druck II 10869

Druck II 10869

Druck II 10869

Druck II 10869

Druck II 10869

Druck II 10869

Handwritten notes on the left page:
 Handwritten text in cursive script, mostly illegible due to fading and bleed-through. Some words like "Kunst" and "Musik" are visible.

Der private Musikunterricht unter staatlicher Kontrolle.

Der neue ministerielle Erlass.

Ein für die geistige Kultur Deutschlands wichtiger ministerieller Erlass wird der Öffentlichkeit bekanntgegeben: Der Erlass des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 2. Mai d. J. über den Privatunterricht in der Musik. Mit diesem Erlass wird einem langgehegten Wunsche der Musikpädagogik und allen an der Musik ernsthaft Interessierten Erfüllung und einem immer mehr als unhaltbar empfundenen Zustande auf dem Gebiete des öffentlichen Musikunterrichtes ein Ende bereitet. Der Erlass bedeutet eine Weiterführung der neuen Bestimmungen über den Musikunterricht in den höheren Lehranstalten.

Zur Errichtung einer privaten Musiklehranstalt ist fortan die staatliche Genehmigung erforderlich. Auch für bereits bestehende Anstalten ist, sofern der Leiter nicht schon die erforderliche Erlaubnis der Regierung besitzt, diese Genehmigung nachträglich einzuholen. Die Genehmigung wird nur solchen Personen erteilt, die die sittliche und fachliche Befähigung besitzen und sich hierüber genügend ausweisen können. Die Vorlage polizeilicher Führungsnachweise kann verlangt werden. Personen, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sollen in der Regel die Genehmigung, eine Schule zu leiten, nicht erhalten. An Ausländer soll die Erlaubnis nur ausnahmsweise erteilt werden. Die Genehmigung zur Leitung wird widerruflich erteilt. Die Musiklehranstalten unterstehen der Aufsicht der Regierung, in Berlin der Aufsicht des Provinzial-Schulkollegiums.

Der Erlass unterscheidet drei Gruppen von Privatmusiklehranstalten: 1. Konservatorien der Musik, 2. Musikseminare, 3. Musikschulen. Zur Führung der Bezeichnung „Konservatorium“ ist eine besondere behördliche Genehmigung erforderlich, die widerruflich erteilt wird. Die Bezeichnung „Konservatorium“ kann nur eine solche Anstalt erhalten, an der staatlich geprüfte oder staatlich anerkannte Lehrer unterrichten. Ferner muß an diesen Anstalten Unterricht in mehreren Fächern (Klavier, Gesang, Violine, Theorie usw.) von verschiedenen Fachlehrern erteilt werden; neben oder in Verbindung mit dem Gesang- oder Instrumentalunterricht muß jeder Schüler theoretische Unterweisung erhalten, auch muß die allgemeine musikalische Bildung möglichst gepflegt werden. Wer nach dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen ein Konservatorium leitet oder leiten will, muß die staatliche Privatmusiklehrerprüfung erfolgreich abgelegt haben. Als Musikseminare gelten nach dem neuen Erlass solche Anstalten, die der Vorbereitung für den Beruf des Privatmusiklehrers, insbesondere für die Ablegung der Prüfung dienen. Diese Musikseminare können mit Konservatorien verbunden sein. Um die Bezeichnung „Musikseminar“ allein oder in Verbindung mit einem Konservatorium führen zu dürfen, ist die behördliche Genehmigung erforderlich. Was den Leiter des Seminars betrifft, so gelten für ihn dieselben Anforderungen wie für den Leiter eines Konservatoriums. Auch bezüglich der Fortführung der Bestimmungen nicht entsprechen, kommt, wie bei den Konservatorien, eine Atempause in Betracht. Bemerkenswert ist, daß Musikseminare, bei denen eine Ausbildung gemäß den neuen Prüfungsbestimmungen gewährleistet ist, auf Grund der nachgewiesenen unterrichtlichen Leistungen von der Behörde förmlich als Musikseminare staatlich anerkannt werden können. Sie erhalten damit die Befugnis, diese Anerkennung ihrem Namen beizufügen. Vom 1. April 1920 an darf die Bezeichnung „Seminar“ überhaupt nur geführt werden, wenn eine Anstalt als Musikseminar staatlich anerkannt ist. Unter „Musikschule“ versteht der neue Erlass alle übrigen Anstalten außer den Konservatorien und Musikseminaren, jedoch nur solche, an denen mehrere Fachlehrer regelmäßig als Beauftragte tätig sind.

Will jemand als Privatmusiklehrer Unterricht an privaten Musiklehranstalten oder auch an einzelne Schüler erteilen, so hat er beim zuständigen Schulrat die Erteilung eines Unterrichts-Erlaubnisbescheides zu beantragen. Die erforderliche fachliche Vorbildung kann dortan werden durch das Zeugnis eines staatlichen Prüfungsausschusses über die erfolgreiche Ablegung der Privatmusiklehrerprüfung für das in dem Zeugnis bezeichnete Hauptfach oder durch andere Nachweise, aus denen die ausreichende fachliche Befähigung zu erkennen ist. Diejenigen Antragsteller, die am 1. Oktober 1924 bereits Privatunterricht in der Musik erteilt und das 35. Lebensjahr bereits überschritten haben, bedürfen des fachlichen Befähigungsnachweises nicht. An Ausländer wird ein Erlaubnisbescheid zum Privatmusikunterricht nur ausnahmsweise erteilt. Der Unterrichts-Erlaubnisbescheid wird nur widerruflich erteilt und ist vor Ablauf jedes Kalenderjahres dem Schulrat zur Verlängerung vorzulegen. Von der Einholung eines Erlaubnisbescheides sind befreit: diejenigen, die mit Rücksicht auf ihre pädagogische und künstlerische Tätigkeit durch die Behörde von der Verbringung des genannten Scheines ausgenommen werden, ferner Musiklehrkräfte an Hochschulen für Musik und anderen Hochschulen, ebenso auch die an öffentlichen Musiklehranstalten tätigen Lehrer, sowie diejenigen öffentlichen Lehrer, welche die Lehramtsprüfung für ein Musikfach abgelegt haben, weiterhin die Studierenden einer Hochschule für Musik, einer Akademie oder eines Institutes für Kirchen- und Schulmusik, falls sie sich über ihre fachliche und sittliche Befähigung ausweisen können. Schließlich auch Hauslehrer, Erzieher und Erzieherinnen bei Erteilung von Musikunterricht in der Familie, in deren Haus sie angestellt sind.

Die Bestimmungen, die in erster Linie das Ziel verfolgen, die Unterrichtsuchenden vor Benachteiligung durch unzulänglichen oder schädlichen Unterricht zu bewahren und befähigte Beauftragte zu schützen, sowie ungeeignete fernzuhalten, sollen, wie der Minister hervorhebt, nicht schematisch, sondern in Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse durchgeführt, und es sollen zu Anfang Härten vermieden werden. So ist es keineswegs beabsichtigt, die Tätigkeit führender Künstler und anerkannter Musikpädagogen, die den hohen künstlerischen und ethischen Aufgaben der musikalischen Erziehung vollumfänglich gerecht werden, durch behördliche Maßnahmen einzuschränken.

Die Vorteile und Nachteile der neuen Regelung des privaten Musikunterrichtes werden in volle Erscheinung treten, wenn der Erlass durchgeführt worden ist. Aber schon jetzt kann man sagen, daß einige Punkte lebhafteste Bedenken hervorrufen müssen. So mag es außerordentlich zweifelhaft erscheinen, ob besonders für Berlin das Provinzial-Schulkollegium die berufene und geeignete Instanz ist, über das Wohl und Wehe der Musiklehrer und Musiklehranstalten zu entscheiden. Besonders der Paragraph, der den Privatmusiklehrer verpflichtet, seinen Erlaubnisbescheid vor Ablauf jeden Jahres dem zuständigen Schulrat zur Verlängerung vorzulegen, dürfte Abneigung und Widerspruch erregen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Erich Wulff, Dilmersdorf.

Handwritten at the bottom of the right page:
 Blues Tagblatt 11.6.1925

Akademie der Künste zu Berlin

Berlin den

Der
erhält vom ab ein jährliches Grundgehalt
von M und einen jährlichen Ortszuschlag von M
Von dem Gesamtbetrag steht dem Genannten nach § 19,1 des Be-
amtendiensteinkommengesetzes vom 7. Mai 1920 eine Ausgleichs-
zulage zu, die für das Rechnungsjahr auf .. % festgesetzt
worden ist.

Die Kasse erhält Anweisung, dem
..... an Stelle der bisherigen vom oben genannten
Tage ab eine Ausgleichszulage von jährlich

..... M
in Worten
zu zahlen und der Ministerialbaukasse aufzurechnen.

Der Präsident

An

die Kasse der Akademie
der Künste

Hier

Handwritten notes:
~~1. Nr. 737~~
mit 2 Anl. 17/26

Preussische Akademie der Künste

1. Nr. 737

Berlin W 8, den 1. Juni 1927
Pariser Platz 4

Urschriftlich mit 2 Anlagen
dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst
und Volksbildung
Berlin W 8

Überreicht
Der Präsident
J.A.

nach Kenntnisnahme ergebenst zurückgereicht.

Senat, Sektion für Musik
Der Vorsitzende

Handwritten signature: Georg Meumann

Handwritten initials: M H

Ausgangspunkt--Grundgehalt

Frist für die Rückgabe: 4 W/W



PREUSSISCHE AKADEMIE DER KÜNSTE

K. Akademie der Künste
100793 - 4 JUN 1927

Berlin W 8 den 27. Mai 1927
Pariser Platz 4

Betr. Privatmusiklehrer-Erlass

Senat und Genossenschaft der Sektion für Musik haben in den Sitzungen vom 28. April und 5. Mai d. Js. zu den umstrittenen Fragen des Privatmusiklehrer-Erlasses Stellung genommen.

In eingehender Beratung wurde einstimmig beschlossen, in folgenden Punkten eine Abänderung, beziehungsweise Ergänzung der Bestimmungen des Erlasses dringendst zu empfehlen:

1. Die Streichung folgender Bestimmungen des Erlasses (~~Ante~~-Ausgabe) *Ort*
 - a) Seite 15 " Die Regierung (in Berlin das Provinzialschulkollegium) hat die vorgelegten Anträge " usw.
 - b) Seite 16 Absatz 3 " wie weit die Regierung " bis " überlassen".
 - c) Punkt 4 derselben Seite.
 - d) Seite 21 unter b der Satz: " Der Regierung bleibt es überlassen" bis " zu berücksichtigen ".
2. Die Bestimmung, daß der Unterrichts-Erlaubnisschein nur wider-
rufflich erteilt werden könne, fallen zu lassen.
3. Unter II Punkt 4 des Erlasses zu bestimmen:
" Diejenigen Antragsteller, die am 1. Oktober 1924 bereits Privatunterricht in der Musik erteilt und das 40. Lebens-
jahr überschritten haben ".
4. Ferner zu bestimmen, daß die Fachberater in zweifelhaften Fällen mit dem Provinzialschulkollegium nicht allein, sondern in Gemein-
schaft

An
den Herrn Minister für
Wissenschaft, Kunst und
Volksbildung
Berlin W 8

schaft mit einer dazu berufenen Kommission verhandeln müssen.

5. Im besonderen aus dem Erlaß erkennen zu geben, daß bei der Gefahr willkürlicher Behandlung zweifelhafter Fälle nach ⁿgenauem, im Erlaß ^{empfohlen} ~~angegebenen~~ Richtlinien verfahren werden muß.

6. Die Studierenden einer Hochschule bei Erlangung des Unterrichts-Erlaubnisscheines nicht den Entscheidungen des Provinzialschulkollegiums zu unterwerfen, den an einer Hochschule mit einem Reifezeugnis abgehenden Studierenden ohne weiteres als staatlich geprüfte Musiklehrer anzuerkennen und in diesem Zusammenhang (Absatz III) zu bestimmen:

" Die Reifeprüfung an einer staatlichen Hochschule für Musik und die Ablegung der Prüfung für das künstlerische Lehramt ersetzen die staatliche Prüfung als Privatmusiklehrer ".

Im übrigen stellen sich Senat und Genossenschaft der Musiksektion im wesentlichen auf den Boden der Vorschläge des Reichsverbandes Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer und unterbreiten den Vorschlag, die Akademie der Künste, Sektion für Musik als Schiedsrichter-Behörde ernennen zu wollen .

Senat und Genossenschaft bringen den dringenden Wunsch zum Ausdruck, die in diesem Bericht berührten Punkte bei den weiteren Beratungen über Aenderung des Erlasses zu berücksichtigen und bei endgültiger Fassung des Erlasses alle Ausführungen über Erziehungs- und Entwicklungsprobleme zu beseitigen.

Senat und Genossenschaft, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

B. Göttsch

18

DEUTSCHE TONKÜNSTLER-ZEITUNG

AMTLICHES BLATT

des „Reichsverbandes Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer“ E. V.
Organ der „Vereinigten Musikpädagogischen Verbände“ E. V. und des
„Verbandes der Direktoren deutscher Konservatorien u. Musikseminare“

SCHRIFTFÜHRUNG UND VERLAG: BERLIN W 57, ZIETENSTRASSE 27 : HAUPTSCHRIFTFÜHRER: ARNOLD EBEL

Verleger: Central-Verband Deutscher Tonkünstler und Tonkünstler-
Vereine (E. V.) (Der Vorsitzende: Arnold Ebel). W 57. Fernsprecher:
Kurfürst 9386. Postscheckkonto des „Reichsverbandes“ Berlin 146330 Einzel-Nr. 0,75 M. Abonnement vierteljährlich 3.- M. Anzeigen: zweispalt.
Pettzeile 2.- M. Die Zahlungen für Anzeigen sind an Otto Uhlmann
Verlag, Berlin SW 61, Postscheckkonto Berlin Nr. 117553 zu richten

Frauenfragen: Maria Leo. Wirtschaftsfragen: Fritz Wenneis. Verbandsnachrichten: Dr. Fritz Stege. Anzeigen: Heinz Mallin.

Nr. 426

Berlin, 5. Mai 1926

XXIV. Jahrg.

INHALT: Prof. Leo Kestenbergs: Die Aufgaben des Staates auf dem Gebiete des Privatmusikunterrichts. —
Ein Beitrag zum Preussischen Erlaß. — Dr. Walter Michaels: Das Schiedsgerichtswesen im Beruf
des Tonkünstlers. — Joachim Beck: Berliner Opernleben. — Der Nachtwächter. — Dr. Fritz Stege: Neuheiten
im Berliner Konzertleben. — Allgemeine Nachrichten. — Verbandsnachrichten. — Neue Bücher.

Die Aufgaben des Staates auf dem Gebiete des Privatmusikunterrichts

Vortrag gehalten auf der Berliner Tagung der Seminarleiter.

Von Prof. Leo Kestenbergs.

Bevor wir uns unserem eigentlichen Thema zuwenden, müssen wir uns über den Begriff „Staat“ klar zu werden versuchen, da gerade heute ein jeder von uns eine andere Vorstellung mit diesem Worte verbindet.

Noch lebt in uns allen der Obrigkeitsstaat mit allen Auswirkungen, noch glauben wir, daß die wichtigste Funktion des Staates in seinen Machtbefugnissen zu suchen sei, daß also der Schutzmann oder der Gerichtsvollzieher die eigentlichen Repräsentanten der Staatsautorität sind. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit haben die Voraussetzungen für die Klärung, für die Gewinnung eines neuen Staatsbegriffes so ungemein erschwert, daß noch für lange Zeit nicht damit gerechnet werden kann, daß die natürliche Lösung erreicht wird, daß Staat und Volksgemeinschaft einheitliche Begriffe sind. Noch toben die Kämpfe um die Staatsform, verständlich, weil der Inhalt des jungen Staates erst undeutlich geahnt wird, weil erst ganz schwache, noch unscheinbare Keime eine künftige Saat andeuten. Der Begriff einer deutlichen Republik erfährt schon in seiner Geburtsstunde eine entscheidende Schwächung durch seine Geburtshelfer, durch das Nebeneinander, vielfach auch Gegeneinander der Form des Reiches und der Länderregierungen. Um Form und Inhalt des Staates ringen die Parteien, die Wirtschaftsgruppen, während diejenigen Schichten, wegen deren der Kampf eigentlich geführt wird, oder jedenfalls geführt werden sollte, die Vertreter der kulturellen Interessen beiseite stehen, oder sich gar uninteressiert abwenden. Durch die wirtschaftliche Not, durch das persönliche Schicksal wird aber auch diesen Schichten allmählich klar, welche Bedeutung diese Kämpfe haben, welches Interesse die Vertreter des geistigen Deutschland an der Formung des Staates haben müssen, welche Aufgaben zu lösen sind.

Im früheren Obrigkeitsstaat haben sich feste Traditionen und Formen gebildet, die als gottgewollte Gegebenheiten von der Masse der geistigen Arbeiter hingenommen wurden. Der Staat hatte bestimmte Rechte und Pflichten, die so unverrückbar feststanden, daß sogar eine Diskussion über die Berechtigung dieser Einrichtungen abgelehnt wurde. Durch Schule, Kirche und Militär wurden die Staatsideen mit imposanter Kraft und Einheitlichkeit verkörpert, ein dem Wesen des Obrigkeitsstaates angepaßter Kulturgedanke entwickelt und in allen Einzelheiten durchgeführt.

Mit der Aufhebung dieser Bindungen, mit dem Wegfall der bequemen Krücken, die einem oft das eigene Denken von der Wiege bis zum Grabe ersparten, wird erst klar, daß äußere Formen beseitigt sind, ohne daß schon neue Kulturinhalte vorhanden wären, für die sich die jungen Formen eignen, daß der große Prozeß der Auseinandersetzung zwischen alter und neuer Gesinnung erst beginnt, daß also auch „Staat“ nicht etwas schon vorhandenes, sondern erst von uns und den nächsten Generationen zu schaffendes darstellt.

Nachdem wir uns in flüchtigster Kürze darüber verständigt haben, daß wir selbst das Gesicht dieses Staates zu gestalten haben, wird es uns auch klarer sein, daß der Streit der Meinungen über die Aufgaben des Staates, über ihren Umfang, ihre Erweiterung oder Beschränkung ganz allgemein nicht nur auf unserem engeren Fachgebiet geführt wird, daß wir mit diesem Streit, vielfach ohne es selbst zu wissen und zu wollen, in die allgemeine politische Auseinandersetzung hineingezogen werden.

Der frühere Staat hat durch die schon genannten Instrumente: Schule, Kirche und Militär eine ganz entscheidende Beeinflussung aller Staatsbürger durchsetzen können. Die allgemeine Wehrpflicht hat dem Staate die in seinem Sinne unschätzbare Möglichkeit geboten, den jungen Mann im wichtigsten Alter körperlich und geistig zu formen. Der heutige Staat hat vorläufig nichts, was er diesen entscheidenden wichtigen Einflüssen an die Seite setzen könnte. Er ist deshalb gezwungen, wenn er sich überhaupt durchsetzen will, seinen Aufgabenkreis nicht zu verkleinern, sondern mit vollem Bewußtsein und mit zielbewußter Energie zu festigen und nach Möglichkeit zu erweitern.

Die Aufgaben der Erziehung sind für den jungen Staat von einer ganz neuen Seite anzupacken. War früher die Schule Mittel zum Zweck der Erlangung tüchtiger Staatsbürger, guter Soldaten und Beamter, so tritt jetzt dieser Zweckgedanke entschieden in den Hintergrund und an seine Stelle tritt der Versuch der Menschenbildung, die erzieherische Aufgabe gegenüber der Nation und dem Individuum, der Gedanke an die Gemeinschaft und an die harmonische Persönlichkeit.

Diese grundsätzliche Umstellung, diese Umwertung aller Werte innerhalb der Erziehungsaufgaben des Staates bedingt eine Veränderung der gesamten Erziehungsorganisation in innerer und äußerer Beziehung. Neue Schulformen tauchen auf, die Unterrichtsmethoden erfahren eine starke Modifikation, die Erziehungsfächer eine neue Gruppierung. Als wesentlich neues Moment läßt sich die Betonung der jenseits der Verstandesbildung liegenden Werte, der irrationalen Kräfte bezeichnen. Die in unserer Zeit und in unserem Volke unleugbar vorhandene Sehnsucht nach einer lebendigen Religion, eine Sehnsucht, die unabhängig ist von Kirche und Dogma, begegnet sich mit dem Wiedererwachen elementarer künstlerischer Kräfte. Auf diesem Boden, der durch zahlreiche Organisationen aller Partei- und Gesellschaftsrichtungen sorgfältig gepflegt wird, gedeiht der neue Erziehungsgedanke, in Preußen frühzeitig erkannt durch einen Mann, der seit 10 Jahren im Kultusministerium tätig ist, durch den derzeitigen Minister Becker. Auf den hier angedeuteten Generalrissen lassen sich alle Erziehungs- und Schulreformen der Nachkriegsjahre in Preußen bringen. Ob an die Richtlinien für die Grundschule, an die Umwandlung der Volksschullehrerbil-

Prof. Leo Kestenbergs

dung, an die Reform der Mädchenbildung, an den neuen Lehrplan für die höheren Lehranstalten, an die staatlichen Bildungsanstalten, an die Aufbau- und Deutsche Oberschule oder an die Reformen bei den Hochschulen für die bildende Kunst und Musik erinnert wird, immer ist eine bestimmte Grundlinie wahrnehmbar, die alle Maßnahmen innerlich stark verbindet. Es ist nur folgerichtig, daß innerhalb dieses Gesamtplanes die Musik, die Erziehung mit und durch Musik, eine besondere Beachtung gefunden hat.

Zunächst galt es, die Stellung des musikalischen Faches in der Schule den neuen Staatsaufgaben anzupassen. Die schon vor dem Kriege eingeleiteten Reformen konnten, freilich in grundsätzlich anderer Form, mit Erfolg aufgenommen und weitergeführt werden. Wie immer war es auch hier zunächst notwendig, das *Lehrerproblem* zu lösen. Durch die Umwandlung und Vergrößerung des *Instituts für Kirchenmusik* zur Akademie für Kirchen- und Schulmusik, durch die Einrichtung des *Künstlerischen Prüfungsamtes* und die sozial und wirtschaftlich veränderte Stellung des Musiklehrers an der höheren Lehranstalt sind die ersten Schritte auf dem Gebiete der staatlichen Schulmusikpflege erfolgt, denen dann durch den *Schulmusikergesetz* und die *neuen Musiklehrpläne* weitere folgten, ohne daß es bisher gelungen wäre, in der Frage der *Stundenzahl* eine befriedigende Lösung zu erreichen.

Neben den organisatorischen Veränderungen und Verbesserungen stand aber als oberstes Ziel die Vertiefung des Musikunterrichts als erzieherische Aufgabe. Aus dem „technischen“ soll ein künstlerisches Fach werden, das mit den ethischen Disziplinen auf gleicher Stufe steht. Früher galt als einziges Ziel die Belebung der Lust am Singen, die Einübung vaterländischer und kirchlicher Lieder, kurz, die Gesangsreihe war auch ein Mittel zu den oben angezeigten Zwecken. Unsere Auffassung über Wesen und Wert des Musikunterrichts hat sich gerade in den letzten fünf Jahren entscheidend gewandelt. Wie schon bei Plato, Rousseau und Pestalozzi, wird die Musik als elementare Kraft im seelischen Entwicklungsprozeß gewertet. Schnell haben die Schlagworte: „Weckung der schöpferischen Kräfte“, „Fähigkeit des Musikerlebens“ Geltung gewonnen, und heute stehen wir schon wieder vor der Gefahr, daß zugunsten dieser ethisch-ästhetischen Kräfte die realen Grundlagen, die bei aller gesunden Musikpflege entscheidende Bedeutung haben, übersehen werden, daß das *handwerkliche Können* vernachlässigt wird.

War es eine Selbstverständlichkeit, daß der neue Staat den veränderten Aufgaben innerhalb der ihm anvertrauten Schuleinrichtungen Rechnung zu tragen versuchte, so war es schon zweifelhafter, ob ihm darüber hinaus die Befugnis zusteht, die gesamte Erziehung, also auch den *Privatunterricht* zu beeinflussen. Für den Obrigkeitsstaat war es nur konsequent, daß er den Privatunterricht unter dem Gesichtspunkt der *Überwachung* betrachtete, wobei auch noch bis kurz vor dem Kriege politische Fragen eine Rolle spielten. Die Kabinettsordnungen von 1834 und die Ministerialinstruktion von 1839 sind zweifellos aus diesem Geiste geboren. Welche Motive auch zu diesen Maßnahmen, die natürlich auch heute noch verbindliche Gesetzeskraft für Preußen besitzen, geführt haben: fest steht, daß durch sie der Staat die Aufgabe übernimmt, nicht nur den Schulunterricht, sondern auch den Privatunterricht in allen seinen Zweigen und Fächern zu beaufsichtigen und damit auch zu verantworten. Solange aber der Staat der Aufgabe der Musikerziehung im großen und ganzen gleichgültig und fremd gegenüberstand, waren diese Gesetze in der Tat in erster Reihe Überwachungs- und Schutzbestimmungen, die in den verschiedenen Regierungsbezirken mehr oder weniger streng gehandhabt, meist sogar völlig vergessen wurden. Noch heute muß ja immer wieder darauf hingewiesen werden, daß man diese Verordnungen nicht erst ausgegraben hat, um bestimmte Teile der Künstlerschaft zu ärgern, sondern daß sie für allen und jeden Privatunterricht ununterbrochen Geltung besitzen. Schon 1914 war der Teil des Erlasses, der sich mit den Fragen des Unterrichtserlaubnisrechtes beschäftigt, in den wesentlichen Teilen fertiggestellt, und nur der Ausbruch des Weltkrieges verhinderte die damalige Publizierung.

Mit der Staatsumwälzung, mit den Folgen des Krieges und der Nachkriegszeit wächst die Verantwortung des Staates auf dem Gebiet der Erziehung ganz wesentlich. Der Staat, der in der Schule zu anderen Auffassungen, anderen Wertmaßstäben kommt, kann sich nicht gleichgültig gegenüber dem Privatunterricht verhalten. Es sind deshalb in erster Reihe *innere*, mit einer veränderten *Staatsidee* zusammenhängende Gründe, die zu einer Beschäftigung mit dieser Materie führen. Die vom Staate geförderte Erziehung des ganzen jungen Menschen, die sich auch in der Un-

terstützung der Jugendbewegung, des Sports, der körperlichen Erziehung äußert, kann nicht vor dem Privatunterricht Halt machen, der für die seelische Gesamtentwicklung der Jugend von hoher Bedeutung sein kann. Von allen äußeren Veranlassungen abgesehen, hat also der Staat in seinem eigenen Interesse diese Aufgaben zu übernehmen. Langsam und zögernd genug ist er an diese Aufgabe herangetreten. Es bedurfte einer umfassenden Bewegung der musikalischen Organisationen, des Parlaments, der verschiedenen Behörden, um die zuständigen Stellen von der Dringlichkeit der Aufgabe zu überzeugen. Nachdem schon 1920 und 1921 Vorarbeiten geleistet wurden, übrigens im vollen Einverständnis mit sämtlichen Musiker-Organisationen, wurde 1922 die *Meldpflicht* für Privatmusiklehrer eingeführt und es wurden weitere Maßnahmen in Aussicht gestellt. Nachdem nun eingehende Beratungen mit den beteiligten Organisationen, mit den Vertretern der Länderregierungen, mit den Provinzial-Schulkollegien und den Bezirksregierungen stattgefunden hatten, wurde endlich im April 1925 dem Staat der Entwurf des Erlasses vorgelegt, und nachdem dieser in zwei sehr ausführlichen Beratungen den Erlaß billigte, wurde er am 2. Mai vom Minister gezeichnet.

Die Schwierigkeit bei der Formulierung des Erlasses war die Verbindung der aus den neuen Staatsaufgaben resultierenden Forderungen mit den durch die bestehenden Gesetze gegebenen Voraussetzungen. Durch Gesetz war der Unterrichtserlaubnischein mit allen seinen Bedingungen festgeschrieben. Also die Funktion des Schulrats, die Wiederholbarkeit, die zeitliche Begrenzung. Eine Änderung dieser Bestimmungen wäre nur auf gesetzlichem Wege, nicht auf dem Wege des Erlasses zu erreichen. Ebenso waren durch das Schulaufsichtsgesetz und durch die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung alle mit den Schulanstalten und Lehrkapellen zusammenhängenden Fragen geregelt. Es ist daher, da die weiteren öffentlichen diese gesetzlichen Voraussetzungen für den Privatmusikergesetz unbekannt sind. Aber diese Voraussetzungen boten eine erste Grundlage, um die neuen Forderungen aufzunehmen.

Die staatliche Privatmusiklehrerprüfung, ein lange von pädagogischen Organisationen verfolgtes Ziel, ist nun Wirklichkeit. Und wie man auch zu den Einzelheiten der Prüfungsordnung stehen mag: Es ist ein Anfang gemacht, der zeigt, daß der neue Staat die *Musikerziehung* als wichtigen Faktor in der Gesamterziehung wertet, daß sie ihren Platz in der nationalen Kultur zu beanspruchen hat; noch stehen wir im allerersten Stadium, noch sind Kinderkrankheiten zu bestehen, noch wird über manche Einzelheit die Erfahrung mitbestimmen müssen. Aber trotz mancher mehr oder weniger wohlmeinender Zweifel beim Stapellauf mußten wir doch angesichts der übereinstimmend günstigen Berichte aus allen Teilen des preußischen Staates von unserer Idee sagen: „und sie bewegt sich doch.“

Als ich vor und während des Krieges diese Fragen, die mir als Privat- und Konservatoriumslehrer stets am Herzen lagen, mit Dr. Karl Storck eingehend beriet, da die Volksbühne den Plan verfolgte, eine Musikschule zu gründen, wies er auf die Notwendigkeit der Begründung von Musiklehrer-Seminaren hin. Auch Anna Morsch tat die Einrichtung von Volksmusikschulen abhängig gemacht von der Voraussetzung geeigneter Seminare. Mit der vorläufig halb fakultativen staatlichen Prüfungsordnung sind wir auf diesem Wege ein gutes Stück vorangekommen. Freilich wird es noch geraume Zeit brauchen, um zu einer allgemeinen Klarheit der Begriffe zu gelangen.

Die eigentliche musikalische Berufsausbildung müßte in einer Zeit, die nicht von so unmittelbaren finanziellen Sorgen bedroht wird, zu den Aufgaben des Staates gehören. Die Errichtung von Musikhochschulen zeigt ja den Staat auf dem Wege zu diesem Ziel. Sobald aber der Staat prinzipiell diese Aufgabe anerkannt hat, ist es nur noch eine Frage des Grades, nicht des Wesens, bis er ebenso wie bei der wissenschaftlichen und der Ausbildung in der bildenden Kunst weitere Mittel zur Verfügung stellt. Auch die Entwicklung der Musiklehrerseminare steht mit dieser prinzipiellen Aufgabe des Staates in engem Zusammenhang. Während so die Berufsausbildung staatlich gesichert werden sollte, wird naturgemäß die eigentliche Volksmusikerverziehung, die musikalische Unterweisung des jugendlichen Musikliebhabers der privaten Initiative überlassen bleiben. An diese Kreise wird auch zunächst gedacht, wenn von privatem Musikunterricht gesprochen wird. Für sie gelten die allgemeinen pädagogisch-ethischen Forderungen. Hier fließen die Quellen unserer musikalischen Volkskultur, deren Erhaltung, Pflege und Erweiterung zu den wichtigsten Aufgaben des neuen Staates gehört. Alle Fragen des allgemeinen Musiklebens,

mögen sie das freie Schaffen, Oper oder Konzert, Chorgesang oder Kirchenmusik berühren, hängen mit der Frage des privaten Musikunterrichts zusammen.

Bejaht der Staat also seine Aufgabe, für eine planmäßige, im Rahmen seiner Mittel möglichst ausgedehnte *Musikpflege* einzutreten, so kann er nicht achtlos an der Gestaltung wie auch an dem eigentlichen inneren Kern des Musikunterrichts vorbeigehen, umso weniger, als er für die Schule seine Absicht mit unzweifelbarer Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht hat. Es ist aber undenkbar, daß zwischen dem gleichen Fachunterricht in Schule und Haus ganz empfindliche Gegensätze klaffen, daß der Privatmusiklehrer den Schulunterricht herabsetzt und umgekehrt sich der Schulmusiklehrer gar nicht um den Privatunterricht kümmert und so tut, als gäbe es den nicht. Hier erwarten uns noch schwierige Aufgaben, deren Lösung immer dringlicher wird.

Der Versuch eines Ausgleichs der musikalischen Interessen zwischen Schule und Haus, weiterhin auch die Anbahnung eines organisatorischen Einvernehmens zwischen Schul- und Privatmusiklehrern gehört also auch zu den nächsten staatlichen Aufgaben auf diesem Gebiet.

Im Vordergrund aber stehen die unmittelbaren Pflichten des Staates, die aus dem Erlaß vom 2. Mai erwachsen. Allmählich wird es wohl durchdringen, daß mit diesem ersten Versuch ein Weg beschritten ist, der zu weiteren Maßnahmen führen muß, die in sachlichem und sozialem Interesse der Musikerschaft liegen. Die Stellung der *Musikberater* wird weiter ausgebaut werden müssen; zu der jetzt erreichten kleinen Zahl von *hauptamtlichen* Musikberatern werden weitere kommen, deren Kompetenzen nach einiger Zeit der Erfahrung noch klar gelegt werden müssen. Die staatlich anerkannten und staatlich geprüften Musiklehrer werden eines besonderen Schutzes, einer besonderen Hervorhebung bedürfen, die Erteilung des Unterrichtserlaubnischeines wird auch von gewissen Kriterien abhängig gemacht werden, müssen, die sich in der Praxis herausfinden, kurz, der ganze Behördenapparat, der sich mit erstaunlichem Eifer und Er-

folg dieser großen, neuen Aufgabe angenommen hat, wird bei den weiteren Arbeiten ebenso wie die Berufsverbände mitzuwirken haben. Es ist unendlich wichtig, daß sich die Bedeutung dieser Aufgabe für den Staat und alle seine Organe durchsetzt, daß in allen Kreisen unseres Volkes, nicht zuletzt auch bei den mehr oder weniger beteiligten Musikern die Aufgabe des Staates für die gesamte Musikerziehung zu sorgen, als eine unabwiesbare *Pflicht* erkannt wird.

Die Seminare des Reichsverbandes haben längst den Sinn dieser Bestimmungen erkannt. In ihnen ist auch der Geist der staatlichen Prüfungsordnung lebendig. Es wird darauf ankommen, die ganze seminaristische Ausbildung gestützt auf den allgemeinen musikalischen und technischen Voraussetzungen, auf einem gesicherten pädagogisch-ethischen Fundament, auf einem verbindlichen *staatlichen Seminar-Ordnung* zu sichern und dann auch die Einrichtungen noch enger dem staatlichen Apparat anzugliedern. Aber ich will hier nicht noch weiter Zukunftsgedanken ausspinnen, sondern mich mit diesen kurzen Andeutungen begnügen, die natürlich einen rein privaten Charakter tragen und völlig unverbindlich sind. Zum Schluß muß ich nur noch auf die innere *Gesetz-mäßigkeit*, auf die kulturpolitische Zwangsläufigkeit hinweisen, die auch bei diesen Maßnahmen Geltung hat. Wohl kann die eine oder andere Einzelheit so oder anders ausgestaltet werden; aber die Grundlinie, die doch das Wesentliche ist, wird aus den Verhältnissen des neuen Staates allein erklärt werden müssen. Es schien mir wichtig, gerade in diesen Kreisen die Aufgaben des Staates gegenüber dem privaten Musikunterricht von der allgemeinen Seite her zu umreißen, da ja die anderen Referate auf die speziellen Fragen eingehen. Aber gerade aus dieser allgemeinen Betrachtung heraus müssen wir uns sagen, daß nur Vertrauen und Zuversicht, vor allem aber aktive und produktive Mitarbeit uns weiter bringen, daß eine lediglich negative, von vornherein kritische Haltung gegenüber dem Staatsganzen niemals einen Fortschritt erlaubt.

Ein Beitrag zum Preußischen Erlaß

In verschiedenen Bundesstaaten hat man analog dem preußischen Muster bereits eine *Staatsprüfung für Privatmusiklehrer* eingerichtet. In anderen Nachbarstaaten ist man noch an der Arbeit, gesetzliche Maßnahmen vorzubereiten. Die nachstehende Zuschrift an den Hauptvorstand des R.D.T.M. beleuchtet nicht nur scharf die bestehenden Verhältnisse, sie kennzeichnet auch den Wert des preußischen Erlasses bezüglich der Bekämpfung unlauterer und unfähiger Elemente in unserem Berufsstande und läßt vor allem die Notwendigkeit erkennen, daß die Musiklehrerschaft der außerpreußischen Staaten ein starkes Interesse daran hat, daß die gesetzlichen Maßnahmen den preußischen angeglichen werden. Wir bringen als Beleg für diese bereits auf der *Berliner Oktobertagung* des „Reichsverbandes“ ausgesprochene Erkenntnis die Rostocker Zuschrift an den Hauptvorstand zum Abdruck.

Rostock, den 7. April 1926.

Heute sende ich Ihnen, wie versprochen, den Rostocker „Fall“. — Am 1. Februar meldete sich bei mir ein junger Musiklehrer, der etwas schamvoll folgendes bekannte: Er gehöre zum sogenannten „Verband deutscher Musiklehrer und Musiklehrerinnen“ (Berlin) des Herrn Franz Hahnel. Er sei von seiner „Organisation“ nach Fürstenwalde zur Übernahme verschiedener Unterrichtskurse in Musik ge-

schiebt; aber da er nicht im Besitze eines Unterrichtserlaubnischeines sei, so hätte er dort nicht unterrichten dürfen und sei deswegen nach Rostock weiter „versetzt“. Hier gibt er nun hauptsächlich in Handwerkerkreisen Musikstunden in Klavier, Violine, Gitarre und Mandoline. Der etwa zwanzig bis dreißigjährige junge Mann ist nicht unbegabt, aber *unangeeignet* für den musikalischen Lehrberuf. Weil der Mecklenburg-Schwerinsche Staat bei den im Lande unterrichtenden Musiklehrern auf die Erwerbung eines Unterrichtserlaubnischeines leider verzichtet hat, kann er hier *unangefochten unterrichten*, d.h. Unheil anrichten. Ich habe unser Kultusministerium von diesem Fall in Kenntnis gesetzt und ihn mündlich dem Staatskommissar für Musikangelegenheiten vorgetragen. Die Wirkung dieses Schrittes würde sich aber noch vertiefen, wenn der Reichsverband von sich aus unserem Ministerium die Folgen auseinandersetzen würde, die der Verzicht des Unterrichtserlaubnischeines für unser Land und für den gediegenen Teil unserer Musiklehrerschaft mit sich bringt.

gez. Dr. Erich Reipschläger
Vorsitzender des Landesverbandes Mecklenburg-Schwerin im R.D.T.M.

Das Schiedsgerichtswesen im Beruf des Tonkünstlers

Von Dr. Walter Michaels

Geschäftsführender Vorsitzender des Vereins der Tonkünstler und Musiklehrer Groß-Hamburgs E. V., Ortsgruppe des Reichsverband Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer, E. V.

Der Beruf des Tonkünstlers ist leider heute nicht nur ein höherer Art, der fern im Streit der irdischen Güter um die schönen Schwellen kann, sondern er hat sich auch sehr rüchlich mit den wirtschaftlichen Forderungen unserer Zeit befunden. Nur ganz wenige Musiker sind so gestellt, daß der harte Kampf ums Dasein nicht berührt, daß sie nur als Künstler leben und jede Beschäftigung mit Geldangele-

genheiten großzügig von sich abweisen können. Die meisten müssen, so schwer ihnen das oft ankommen mag, Verträge schließen, auf Erfüllung von Verträgen bestehen, bei böswilligen oder säumigen Schuldnern auf Bezahlung drängen, ja, notfalls die Gerichte anrufen. Der Künstler muß also neben seinem eigentlichen Beruf noch ein gut Teil Kaufmann und hin und wieder auch ein bisschen Rechtsmensch sein, der sich

mit den Grundlehren des Bürgerlichen Gesetzbuches und der Zivilprozeßordnung vertraut zu machen hat. Welche große Aufmerksamkeit haben daher die Leser dieser Zeitschrift den vor kurzem in diesen Blättern erschienenen Rechtsausführungen von Dr. Fritz Stege über den Unterrichtsvertrag entgegengebracht!

Meine langjährigen Erfahrungen im Verkehr mit Musikern haben mir gezeigt, daß diese die Notwendigkeit eines „im Leben Stehens“ durchaus anerkennen, daß sie sich auch für sich und ihre Familie redlich bemühen, diesen Nebenforderungen ihres Berufes gerecht zu werden, daß sie aber auch andererseits im allgemeinen für die Erledigung aller wirtschaftlichen und rechtlichen Angelegenheiten wenig geeignet sind und dies auch selbst empfinden. Es mag da eine gewisse Gewöhnung von früher her mitspielen, wo ein Simon Dach noch singen konnte: „Ein anderer halt' auff Geld und Guth; ich liebe Kunst und freien Muth“; entscheidender dürfte dabei das Wesen der Musikausbildung mitspielen. Denn jede Kunst kommt aus dem Gefühl und nicht aus dem Verstand; der Künstler wird sich also auf dem Gebiet der Kaufleute und der Rechtsgelahrten, wo es vor allem auf scharfes Rechnen und folgerichtiges Denken, also auf Äußerungen des Verstandes ankommt, wie auf weniger vertrautem Gelände bewegen. Wie oft sah ich es geschehen, daß ein Tonkünstler sich von einem gewitzigten Gegner übertölpeln ließ oder auch im Streitfall ohne weiteres die Waffen streckte, wenn der Gegner die Schwächen seiner Rechtsstellung durch ein entschiedenes Auftreten zu verdecken suchte oder gar mit einer Anrufung der Gerichte drohte. Schon das Wort „Gericht“ und der Gedanke an unerschwingliche „Gerichts- und Anwaltskosten“ genügt, um jeden Widerstand beim Musiker zu ersticken.

Diese Zustände lassen es angebracht erscheinen, auf die Vorzüge des Schiedsgerichtswesens hinzuweisen, von denen außerhalb Hamburgs nicht immer der genügende Gebrauch gemacht wird. Man findet häufig den Irrtum vertreten, daß der Staat sich das ausschließliche Recht vorbehalten habe, alle Streitigkeiten durch seine Gerichte entscheiden zu lassen, oder man glaubt auch, daß es zwar möglich sei, einen vermögensrechtlichen Zwist durch ein Schiedsgericht schlichten zu lassen, daß aber dieser Schiedsspruch nicht gewaltsam vollstreckt werden könne, wenn sich der Gegner weigere, ihn zu erfüllen. Beides ist falsch. Jeden Streitpunkt, den die Parteien durch einen Vergleich aus der Welt schaffen können, also z. B. nicht eine Ehescheidung, können sie vereinbarungsgemäß auch durch ein Schiedsgericht entscheiden lassen; dieser Schiedsspruch hat unter ihnen dann die Wirkung eines rechtskräftigen Urteils. Sind gewisse förmliche Voraussetzungen erfüllt, so kann solcher Schiedsspruch also auch mit gerichtlichem Zwang vollstreckt werden.

Die Vorzüge des Schiedsgerichtsverfahrens gegenüber dem ordentlichen Gerichtsverfahren sind die folgenden:

1. jede Partei erspart Kosten,
2. das Gericht kann besonders sachverständig zusammengesetzt werden,
3. der Streit wird meist schnell und stets in einem Rechtszuge erledigt,
4. ein aufregender, erbitterter Kampf vor den Schranken des Gerichts wird vermieden; an seine Stelle tritt eine mehr freundschaftlich gehaltene, formlose Auseinandersetzung. „Freundschaftliche Arbitrage“ nennt der Hamburger Kaufmann den Schiedsgerichtsvertrag.

Die ersten Anfänge eines planmäßig durchgeführten Schiedsgerichtswesens finden sich bei der Hamburger Ortsgruppe des Reichsverbandes. Man hat dort zwei verschiedene Vordrucke für den Abschluß eines Musikunterrichtsvertrages ausgearbeitet und jeder von beiden trägt in auffälliger Schrift die Klausel: „Beide Parteien unterwerfen sich für alle Streitigkeiten aus diesem Verträge dem Schiedsgericht des Vereins der Tonkünstler und Musiklehrer Groß-Hamburgs, E. V.“. Ein Musikunterrichtsvertrag braucht nicht schriftlich geschlossen zu werden, es genügt daher, wenn der Lehrer dem Schüler einen der beiden Vordrucke, der die Unterrichtsbedingungen enthält, vor Beginn seiner Lehrtätigkeit überreicht und der Schüler ihn widerspruchslos entgegennimmt.

Das Schiedsgericht besteht in Hamburg aus drei Mitgliedern, nämlich dem geschäftsführenden Vorsitzenden der Ortsgruppe als Vorsitzenden, einem von diesem aus den Reihen der Vereinsmitglieder erwählten Beisitzer und einem zweiten Beisitzer, den der Schüler frei bestimmen kann. Es ist wünschenswert, daß den Vorsitz im Schiedsgericht stets ein Rechtsgelehrter führt, weil gewisse Formen beobachtet werden müssen, sofern der erlassene Schiedsspruch nicht der Aufhebung durch die Gerichte unterliegen soll. Die Zusammensetzung des Hamburger Schiedsgerichts dürfte besonders glücklich sein, weil das Gericht hinreichend sachverständig und auch nicht einseitig parteiisch zugunsten des Lehrers eingestellt ist.

Das Verfahren im Schiedsgericht kann hier nicht im einzelnen dargestellt werden; es ist gesetzlich im zehnten Buch der Zivilprozeßordnung geregelt. Nur einiges wenige sei hier hervorgehoben: Das Schiedsgericht kann Zeugen und Sachverständige vernehmen, die freiwillig vor ihm erscheinen, allerdings sie nicht vereidigen; will es die Zeugen oder Sachverständigen zwangsweise geladen oder sie vereidigen haben, so kann es diese richterliche Handlung, zu der es selbst nicht befugt ist, auf Antrag einer Partei von dem ordentlichen Gericht vornehmen lassen. Ob das Schiedsgericht Rechtsanwälte als Parteivertreter zulassen will, steht in seinem Ermessen. Wichtig ist endlich noch vor allem, daß eine Nachprüfung des Schiedsspruches durch die ordentlichen Gerichte nur in ganz engen Grenzen, nämlich nur in den 6 Fällen des § 1041 der Zivilprozeßordnung zulässig ist. Das ordentliche Gericht darf vor allem nicht nachprüfen, ob die Begründung des Schiedsgerichtsurteils richtig ist; sind die notwendigen Formen des Schiedsgerichtsverfahrens gewahrt, so schafft der Schiedsspruch endgültiges und durch Zwang vollstreckbares Recht unter den Parteien.

Es ist anzustreben, daß das schiedsgerichtliche Verfahren nicht nur beim Unterrichtsvertrag, sondern in allen Fällen vereinbart wird, wo der Tonkünstler mit einer anderen Partei in Rechtsbeziehungen tritt. In Hamburg ist eine Bewegung im Gange, daß auch die Leiter der dortigen Konservatorien in ihren Anstellungsverträgen mit den Lehrern, in ihren Unterrichtsverträgen mit den Schülern sich auf das von der Ortsgruppe geschaffene Schiedsgericht einigen. Es ist ferner eine Ausdehnung auf alle Verträge, die ein Künstler mit Konzertvermittlern oder mit Konzertveranstaltern schließt, auch mit Verlegern, mit Urheberrechtsge nossenschaften usw. durchaus erwünscht. Solche Entwicklung geht allerdings nicht von heute auf morgen vor sich. Worauf es hier ankam, war es, den Schiedsgerichtsgedanken überhaupt einmal aufzuwerfen und den Tonkünstlern zu zeigen, welche Möglichkeiten sich ihnen durch eine geschickte Ausnutzung des Schiedsgerichtsgedankens bieten.

Berliner Opernleben

Von Joachim Beck.

Daß die Staatsoper, vielmehr ihre Kroll-Dependance, Massenets „Werther“ in den Spielplan aufgenommen hat, ist ihr vielerseits verargt worden. So prüde soll man nicht sein. Vom Standpunkt der Kunst, wenn es um die Erweckung der Seele geht, läßt sich ja kaum etwas für den Fanzosen anführen. Aber breite Teile des Publikums, naive Theatergänger, treten mit anderer Psychologie an die Musik heran. Unsereiner muß sich an der oft zwingenden Melodienbildung an den süßschmerzlichen Lyrismen, an durchkomponierten Sätzen besonders der Streicher Genüge tun; dreiviertel Stunden reichs hin, dann schlafen die langweiligen breiten Tempi, die ewigen Dreiklänge mählich ein. Das Orchester gibt sich zu einfach, nur selten muten reichere Füllstimmen

wagnerisch an. Die Handlung, aufgelöst in Genrebildchen, humoristischen Details, aufdringlichen Kinderszenen, vermag kein tieferes Interesse zu wecken, sie wird vom dritten Akt sogar ungeschickt geführt, das pastose Cellothema versöhnt dann zum Schluß wieder. Die Kleinbürger mögen bei dieser Hauskost freilich angenehme Gefühle haben. Die Berliner Aufführung unter dem fein dynamisierenden Meyrowitz ist recht gut, jedenfalls unendlich besser als eine, die ich in Paris sah. Bei den Sängern soll man nicht an Caruso oder die Destinn denken; wenn es angenehm ist, zuzuhören, so muß die Leistung anerkannt werden. Und hier fast durchgehends. Zweifelfaher bleibt das Szenische: Amtmanns wohnen wie die

Akademie der Künste zu Berlin

Berlin W 8, den 1922.
Pariser Platz 4

Gemäß der Verfügung des Preussischen Ministers des Innern und des Finanz-
Ministers vom 15. 12. 23 - IV St 2002 bezw. II A 2. 3867 - wird die Fi-
nanzkassse hierdurch benachrichtigt, daß von der Gehaltszahlung am
..... von den Gehältern als Steuern einbehalten sind:

- a) für die Beamten der Akademie der Künste M
 - b) für die Beamten der Hochschule für die bild. Künste M
 - c) für die Beamten der Staatlichen Kunstschule M
- zusammen: M

Von der Lohnzahlung am sind einbehalten:

- a) für die Lohnempfänger der Akademie M
- b) für die Lohnempfänger der Hochschule für die bildenden Künste M
- c) für die Lohnempfänger der Kunstschule M

M. Gesamtsumme:

Der Gesamtbetrag ist gemäß der obigen Verfügung desselben vereinn-
recht worden und bitten wir daher um Anerkennung.
Die Kasse
der Akademie der Künste

Berlin W 7
Schadowstraße 14

An die Finanzkasse Mitte II

an

Preussische Akademie der Künste

Berlin W 8, den 1. Juni 1927
Pariser Platz 4

L. Nr. 672

Urschriftlich

dem Einwohner-Meldeamt des Polizeipräsidiums

Berlin

mit dem Bemerken ergebenst zurückgesandt, daß der Musikdirektor
Wilhelm Taubert in Berlin am 23. März 1811 geboren und am 7. Januar
1891 gestorben ist.

Der Präsident

Im Auftrage

L.Nr. 580

den 10. Mai 1927

ab mit 1. hand.
Fischer ✓

Urschriftlich

dem Herrn Minister für Wissenschaft,
Kunst und Volksbildung,

Berlin

Ueberreicht
Der Präsident
Im Auftrage

mit dem Erwidern ergebenst zurückgereicht, dass die Ge-
währung einer Unterstützung an Dobrzinski nicht befür-
wortet werden kann. Die von ihm uns vorgelegten Kompo-
sitionen sind vollkommen belanglos.

Senat, Sektion für Musik
Der Vorsitzende

[Signature]

[Handwritten initials]

1074.27

Für Randerlasse des Ministeriums.

Tag und Nr. des Eingangs:

H. May 1881. V. 484.

Zahl der Anlagen:

Kurze Inhaltsangabe:

hinzugef. Holz in die Kiste an
Aufh. d. Kiste

Datum und Nr. des Erlasses:

4. Aug 1946. to N. 1050

Der Erlaß ist gerichtet an

What letter do we get

und enthält folgenden Text:

gr. gfl. library

L. A.

99. *Neobry*

little in the handwriting
is very characteristic
of the general composition
abundant, as this method.
Museum

Гитлер

13. / 4. 22

Frist für die Rückgabe:

4 Apr

Wb mit Aufh.
K. M.
J.Nr. 589

85
10. Mai 1927

✓ Inliegend erhalten Sie die einge-
reichten Kompositionen zurück.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

[Signature]

K. Dobrzinski

Ortelsburg/Ostpr.

Jügestr. 19

M 17

Ortelburg 6.4.27.

Auf das Schreiben von 29.3. sende ich einige
Kompositionen zu für gem. Chor. Von den Liedern
habe ich mit den neuen Vers geschrieben Es sind
von den Liedern Rething, noch 2 Verse von Lebusinck und
Uben, 2 Verse und Psalm 148 noch 1 Vers.

forchtungs voll

R. Dobrzinski

Ortelburg

April 19.

Verbleib 1374.87

10. APR. 1907
Teile Hartung gegeben A.
aus in einige meiner Kämpfe-
situationen der Akademie sei
gerichtet habe in den
vorherigen Tagen

Erkennungsvoll

Paul W. W. W.

Abfender: *Karl Dobrzinski*
Wohnort: *Ortelsburg*
Straße, Hausnummer:
Gebäudeteil, Etage, Stockwerk: *Platz 19.*

Postkarte



An
die Preussische
Akademie der
Künste
in Berlin

Platz 4
Straße, Hausnummer,
Gebäudeteil, Etage, Stockwerk:
Senat Sektion für Musik

W. F. M.

29. März 1927

Mit Bezug auf Ihren an den Herrn Minister für
Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gerichteten und
von diesem uns übersandten Antrag vom 4. d. Mts.
ersuchen wir Sie ergebenst, uns zunächst einige Ihrer
Kompositionen zur Ansicht vorzulegen.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

[Signature]

Herrn
Karl Dobrzinski

Ortelsburg (Ostpr.)

W. F. Müller

J. Nr. 468

den 10. Mai 1927

Betr.: Gesangsgemeinschaft
Rosebery d'Arguto

Ueberreicht
Der Präsident

Indurmann

Auf den Erlass vom 10. März d.Js. - U IV Nr. 10841 -
beehren wir uns zu berichten, dass nach den dem Senat zugegan-
genen gutachtlichen Äusserungen die Leistungen und Tätig-
keit der Gesangsgemeinschaft Rosebery d'Arguto so wenig
befriedigend sind, dass wir die Gewährung einer Beihilfe nicht
befürworten können.

Senat, Sektion für Musik
Der Vorsitzende

Dr. Ottmann

An den
Herrn Minister für Wissenschaft,
Kunst und Volksbildung
Berlin W 8

M. F.

J.-Nr. 481

im Sitzung am
28. 4
verlesen
Neumann

- 1) Betrifft Polk & P. (angewandte) Polk. Vorlesung d. Geogr. d. Erde.
im Zusammenhang d. Geographik.
- 2) Auf Anordnung des Herrn Vorsitzenden des Senates, Section für Musik, zirkulieren die Anlagen bei den nachbenannten Herren Senatoren mit einer Frist zur Weitergabe von je 5 Tagen.

Lf. Nr.	Name	erhalten am	weitergegeben am	Bemerkungen
1.	Polk & P.	4. 4. 27	9. 4. 27	Die gedruckten Darstellungen des Polk & P. in d. Geogr. d. Erde wurden am 2. April von Prof. Dr. P. abgegeben. Die Darstellungen sollen besser sein werden sein, sonst ist die Karte nicht brauchbar. Es sollte die Karte der Erde besser sein werden sein. Man die Geogr. d. Erde besser sein werden sein.
2.	Polk & P.			

May Anteil zum Prof. Dr. Schiemann
aus der Richtung des Chores
mündlich. Ob eine Karte
Polk & P. auf 2 Seiten Anteil
Licht: Schiemann in der
Karte nicht sein nicht
ausgegeben.
10. 4. 27.

Der Minister
für Wissenschaft, Kunst und
Volksbildung

U IV Nr. 10841

Gesangsgemeinschaft Rose-
bery d'Arguto.
M.d.A.S.B.

Berlin W.8, den 10. März 1927.

Berlin, den 8. Februar 1927.

Gesuch der Gesangsgemeinschaft Rosebery d'Arguto, Berlin, um An-
erkennung der Gemeinnützigkeit.

Die Gemeinschaft besteht in ihrer heutigen Zusammensetzung
seit dem 1. Mai 1923. Das Statut ist auf ethischer, künstlerischer
und kultureller Grundlage aufgebaut. Wir berufen uns dabei auf
Gutachten hervorragender Künstler und Kunstwissenschaftler, wie
überhaupt auf die gesamte Musikkritik von Berlin und auswärts. Die
Grundbedingung für die Aufnahme eines Mitgliedes sind edle, mensch-
liche Gesinnung und ernster Wille zur Pflege der Chorkunst.

Die Gemeinschaft ist zusammengesetzt aus:

65 Kindern von 10 - 14 Jahren,

60 Jugendlichen bis zu 18 Jahren und

125 Erwachsenen über 18 Jahren beiderlei Geschlechts.

Die Gemeinschaft betätigt sich auf gemeinnützige Art durch
Konzerte in Krankenhäusern und Gefängnissen. Durch diese Veran-
staltungen ist die Gemeinschaft so populär geworden, daß die

An
den Senat der Akademie
der Künste
~~Sektion für Musik~~
hier.
=====

Innsassen

Jnsassen dieser Anstalten die betreffenden Verwaltungen drängen ,
uns zu weiteren derartigen Veranstaltungen heranzuziehen.

Unser Meister, Herr Professor Rosebery d'Arguto, stellt sich
der Gemeinschaft unentgeltlich zur Verfügung. Er erhält bei ei-
gegen Konzerten der Gemeinschaft eine Entschädigung nach Verein-
barung mit dem Vorstand. Wird die Gemeinschaft zu einer Veran-
staltung engagiert, so erhält unser Meister ein Direktionsgeld,
das ungefähr einem Viertel des verbleibenden Überschusses ent-
spricht. Jnsgesamt hat Herr Professor Rosebery d'Arguto bei einer
Anzahl von ca. 800 Übungsstunden seit der Gründung der Gemein-
schaft etwa RM 2 500,- erhalten. Von einer Bezahlung seiner Tä-
tigkeit kann daher gar keine Rede sein.

Der Vorstand übt seine Tätigkeit ebenfalls unentgeltlich aus.

Die Konzerte und Veranstaltungen der Gemeinschaft sind vom
Gutachterausschuß des Oberpräsidiums der Provinz Brandenburg
und von Berlin in jedem einzelnen Fall als gemeinnützig anerkannt
und auf Grund des § 6 Ziffer 1 der Vergnügungssteuerordnung von
der Steuer freigestellt worden. Auf Grund dieser Anerkennung
hat die Gemeinschaft bereits am Anfang des Jahres 1924 und im
Februar 1926 ein Gesuch um Anerkennung der Gemeinnützigkeit an
das Ministerium gerichtet. Das letzte Gesuch wurde vom Ministe-
rium abgelehnt, jedoch wurde uns empfohlen, erneut ein Gesuch ein-
zureichen.

Die Gemeinschaft ersucht daher nochmals, die Anerkennung der
Gemeinnützigkeit erteilen zu wollen.

Gleichzeitig

Gleichzeitig gestatten wir uns einen Antrag auf Gewährung
einer Beihilfe zu stellen in einer Höhe, die ausreichend ist, um
die Bestrebungen und Ziele der Gesangsgemeinschaft, die vorwiegend
auf künstlerischem und volkserzieherischem Gebiete liegen, weiter
fördern zu können. Zur Begründung führen wir an, daß

1.) durch die von Herrn Prof. Roseberry-d'Arguto im Interesse der
allgemeinen Kunstentwicklung angestellten gesangsmusikalischen Ver-
suche und künstlerisch-wissenschaftlichen Forschungen (absoluter
Gesang, Vierteltongesang, Förderung von Kindertalenten von Kin-
dern unbemittelter Eltern, Reform des Schul- und Jugendgesanges,
Stimmwechselgebiet, neue kollektivistische Formen) verursacht
die Heranbildung von Hilfskräften hohe Ausgaben.

2.) die von Roseberry d'Arguto geleiteten drei Gesangsgemeinschaf-
ten (zwei gemischte Chöre und 1 Kinder-Jugendchor) setzen sich
fast ausschließlich aus zahlungsunfähigen Mitgliedern zusammen.

Wir erwarten einen baldigen günstigen Bescheid und zeichnen
mit vorzüglicher Hochachtung!

gez. Roseberg d'Arguto
W.50, Rankestr.28

gez. J.A. Wilhelm Becker.

An das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung,
Berlin W 8.

Abschrift mit dem Ersuchen um Äußerung zu dem Antrage auf
Gewährung einer Beihilfe.

Im Auftrage

gez. Nentwig.



BEGLAUBIGT

MINISTERIAL-KANZLEISEKRETÄR

*an H. F. L. und
H. M. W.*

10. Mai 1927

Auf das Schreiben ohne Datum erwidern wir ergebenst, dass wir nicht in der Lage sind, Ihnen für die Vertonung Ihrer Hindenburg-Hymnen Komponisten vorzuschlagen. Die eingereichten Lieder erhalten Sie anliegend zurück.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

[Signature]

Herrn

Rudolf Gürtler

Weinböhla b. Dresden

Maxstr. 24

M 17

[illegible]

Dieses Rezept auf den Reiben verlesen ist
mir ein wenig feiner zu fügen mit
Süßholz Essig. Das gleiche ist auch
für Pfeffer verwendet.

Your young brot Wm. McCallan
 L. 1842

Rudolf Gürtler

Weinböhle Maxstraße 24

but I doubt it.

Sold. J. M. M.
Kennel 6. IV.

75
Ihre gütigsten Herrn Professor
Lied habe ich zu den feierlichen
Festlichkeiten kommen vorficht. Obgleich ich
in der größten Eile war, so habe ich
dennoch die Vorlesung derselben versprochen
ist es mir nun nicht gelungen dieselbe
an dem Orte zu bringen.

Es würde mir sehr lieb sein, wenn
ich Sie persönlich zu sehen
und Sie mich ein Mitglied der Akademie
der Wissenschaften (Abteilung für Wiss.)
finden würde, der die Vorlesung
von einem der besten Gelehrten der
Zeit am besten eignet, vorzunehmen.

Es würde mich freuen, wenn Sie
mich in der Angelegenheit mit der
Königlichen Akademie zu sprechen
würden.

Es würde mich sehr freuen, wenn Sie
auch mich zu den feierlichen Festlichkeiten
der Vaterlandskriegsfeier mitnehmen
würden, zumal ich schon früher Major
in der Kaiserlichen Armee war.

Ein neues Lyrikbuch ist mit dem Text
nach dem letzten Entwurf fertig, es
soll aber nicht anders als in der
ersten Auflage erscheinen.

Ich bitte um Ihre Genehmigung
meiner Bitte zu fördern.

Mit herzlichster Grüßung

Rudolf Griethart

Weinböhla Maestraße 24
bei Dresden.

Preussische Akademie der Künste

J. Nr. 422

Berlin W 8, den 10. Mai 1927
Pariser Platz 4

Auf den U. R. Erlaß vom 2. März d. Js. - U IV Nr. 15412
ist zu setzen:

Urschriftlich mit 1 Anlage

Überreicht
Der Präsident

dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und
Volksbildung

Berlin

mit dem Erwidern ergebenst zurückgereicht, daß der Senat mehrere
Kompositionen der Komponistin Anna Teichmüller (Lieder,
Klavierstücke und ein kleines Chorwerk) geprüft hat. Die Be-
gabung der Verfasserin geht nicht über ein bescheidenes Mittel-
maß hinaus. Mit Rücksicht auf die besonderen Umstände befür-
worten wir aber die Gewährung einer einmaligen Unterstützung
an die Komponistin Anna Teichmüller.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

Ges. Apstein

78
H K M W

12. März 1927

Mit Bezug auf Ihren an den Herrn Minister
für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gerichteten Antrag auf Gewährung einer Jahresrente an
die Komponistin Anna Teichmüller ersuchen wir Sie
ergebenst, uns einiger ihrer Kompositionen zur
Kenntnisnahme einzusenden.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

Dr. Kuhnert

Frau

Rektorin K u h n e r t

Oberschreiberhau 1/Riesengeb.

Dr. Kuhnert

12. März 1927

Mit Bezug auf Ihren an den Herrn Minister
für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gerichteten
Bescheid vom 1. März 1927 über die Gewährung einer
Jahresrente an die Komponistin Anna Fiedler-Müller erlaube ich mir
zu erklären, dass eintrag Ihrer Kompositionen zur
Kenntnisnahme einzuweisen.

Gemeins. Sekret. für Musik
der Vorstands

Herrn
Herrn K. H. H. H. H.
Opernschreiberei & Musikverlag.

12. März 1927

Die vorliegenden Arbeiten zeigen zum Teil,
besonders in den Liedern, eine Schlichtheit und
Reinheit des Empfindens, die sympathisch
berührt. Im übrigen erhebt sich die Begabung
H. Fiedler-Müller nicht über ein bescheidenes
Mittelmaß, und auch ihr Können reicht für
größere Aufgaben keineswegs aus.
Eine einmalige Zuwendung wäre zu bedauern.
Zur Gewährung einer Jahresrente liegen
künstlerische Gründe jedenfalls nicht vor.

28. IV. 27.

Robert Kahn

Die zwei Hauptwerke sind jedoch, für die
Erkenntnis besonders wertvoll sind
Joh. Teichmüller's zwei Werke über die

Optik.

Prof. Kuhn
Bayerische Akademie
in Berlin.

Für Randerlasse des Ministeriums.

Tag und Nr. des Eingangs: 2. 3. 1912. Nr. 412

Zahl der Anlagen: 1

Kurze Inhaltsangabe:

Genehmigung eines Gesuches der
Musikschule in Wien um Einweisung eines
Schülers in die 8. III. 27

Datum und Nr. des Erlasses:

2. 3. 1912. Nr. 412

Der Erlass ist gerichtet an

Lehrer der Musikschule in Wien

und enthält folgenden Text:

zu gefäll. Lösung überlassen.

ge. Auftrag

Frist für die Rückgabe:

3 Wochen

Abschrift!

Verhandelt in der Preussischen Akademie der Künste, Sitzung des
Senats und der Genossenschaft, Sektion für Musik

Anwesend
unter dem Vorsitz des
Herrn Prof. Dr. Schumann

die Herren

v. Bausznern

Kahn

Schreker

Schumann

Taubert

Thiel

Schoenberg

Seiffert

Juon

v. Reznicek

v. Schillings

Berlin, den 28. April 1927
Beginn der Sitzung: 5 3/4 Uhr.

Privat-Musiklehrer-Erlass

Prof. Schreker weist darauf hin, es
scheine aus dem Erlass nicht hervorzugehen,
dass die staatliche Prüfung als obligat be-
trachtet werden könne. Von anderer Seite wird
dem widersprochen. Der Senat vertritt den
Standpunkt, dass in Beschwerdefällen bei
Verweigerung der Unterrichtserlaubnis die
Akademie als entscheidende Behörde hinzuge-
zogen werden sollte. (Senat und Genossenschaft)
Allerdings werden auch Bedenken ausgesprochen,
dass dadurch eine grosse Belastung der Sek-
tion erfolgen könne. Schoenberg schlägt vor,
die Akademie möge für jeden einzelnen Fall
ein Schiedsgericht ernennen. Schumann befür-
wortet, die Fachberater sollen in zweifel-
haften Fällen mit dem Provinzial-Schulkollegi-
um nicht allein, sondern in Gemeinschaft mit
einer Kommission verhandeln.

Schoenberg beantragt: das Ministerium

solle

117

solle gebeten werden, zu solchen Punkten genaue Richtlinien zu geben, die die Möglichkeit bieten zu Willkürlichkeiten. Schillings beantragt: zu streichen wäre Seite 15, Punkt 3, Zeile 3 und dabei ausser der Frage des Bedürfnisses, ferner zu streichen Seite 16 Absatz 3 bis "überlassen". Ebenso Punkt 4, ferner Seite 21 unter b) "der Regierung bleibt" bis "zuberücksichtigten".

Schumann verliert auf Antrag Schillings' die Ausführungen des Reichsverbandes.

Kahn bringt sein Gutachten zum Erlass zur Kenntnis.
Auch die schriftlichen Äusserungen von Thiel werden zur
Verlesung gebracht.

Die weitere Beratung über den Erlass wird in der Sitzung am 5. Mai fortgesetzt.

gez.v.Bausznern

gez. G. Schumann

Schluss der Sitzung 7 Uhr 10 Min.

Abschrift

Verhandelt in der Preussischen Akademie der Künste, Sitzung des
Senats und der Genossenschaft, Sektion für Musik .

Anwesend
unter dem Vorsitz des
Herrn Prof. Schumann

die Herren:

Amersdorffer

Seiffert

v. Baumbach

Kahn

Schreker

Schumann

Taubert

Thiel

Schönberg

v. Schillinge

Berlin, den 23. März 1927
Beginn der Sitzung: 6 Uhr 5 Min.

Der Vorsitzende dankt zunächst Prof.
Seiffert für die ausgezeichnete Gedächtnis-
rede in der Beethoven-Feier. Zur Erwähnung
gelangt, daß vom Reichsverband deutscher
Tonkünstler und Musiklehrer e. V. eine
Denkschrift eingereicht wurde, die sich
mit Abänderungsvorschlägen zum Erlaß des
Herrn Ministers (Privatmusiklehrer) beschäf-
tigt. Professor Schreker stellt fest, daß
in der letzten Sitzung im Ministerium
keine Majorität gegen den Erlaß fühlbar
wurde. In dieser Sitzung sind von der
Opposition keine positiven Vorschläge ge-
macht worden. Das Ministerium besteht auf
der Rechtsgültigkeit des Erlasses. Es wird
darauf hingewiesen, daß mit dieser Frage
die Akademie sich kaum beschäftigen können.

Es besteht der große Gegensatz zwi-
schen den Fragen : ob die staatl. obliga-
torische

M H

terische oder die fakultative Prüfung ^{nicht} notwendig ist. Schillings hält es für unbedingt notwendig, daß der Staat sobald als möglich von sich aus klare Stellung zu der Rechtsgültigkeit des Erlasses nimmt, die von bedeutungsvoller Seite angezweifelt wird. Von Münchener Berufskreisen wurde scharf darauf hingewiesen, daß der ganze Erlass solange als etwas Unfertiges bewertet werden müsse, bis nicht in allen wesentlichen Fragen eine Einigung unter den Ländern erzielt sei.

Prof. Schreker stellt den Vorschlag zur Diskussion: die staatl. anerkannten Schulen sollen verpflichtet werden, nur staatl. geprüfte Lehrer anzustellen.

Schillings schlägt vor, eine 3-gliedrige Kommission zu ernennen, die sich mit der Vorgeschichte des Erlasses und seiner wesentlichen Fragen beschäftigen und dem Senat das Endergebnis der Untersuchung unterbreiten soll. Schreker macht den Vorschlag, alle Mitglieder des Senats und der Genossenschaft zu verpflichten, den Erlass genau zu studieren und bis zu einem gewissen Zeitpunkt konkrete Verbesserungs-Anträge zu stellen. Ferner wird vorgeschlagen, von der öffentlichen Opposition klare Gegenvorschläge einzusenden, wenn erst einmal die Akademie selbst Stellung genommen hat.

Prof. Amersdorffer berichtet über die musikalischen Stiftungen der Akademie. Anscheinend kann die Gesamtsumme der Stiftungen auf ungefähr 40 000 RM geschätzt werden, falls Aufwertung erfolgt. Prof. Schönberg wird seinen heutigen Antrag in der nächsten Sitzung stellen.

Schreker fordert auf die Tagesordnung der Sitzung vom

28. April = Abänderungsvorschläge zu den Statuten des Beethoven-Preises zu setzen. -

Prof. Schumann ist bereit, in Genf die Frage der Normalstimmung zu vertreten, wenn das Ministerium die Kosten übernimmt. Prof. Schreker wird als Delegierter in das Kuratorium der Harry Kreismann-Stiftung entsandt. Zur Frage des Männergesangs-Wettstreits soll die Akademie eine ablehnende Stellung zum Ausdruck bringen.

Schluß der Sitzung 8 Uhr.

gez. v. B a u s z n e r n

gez. S c h u m a n n .

Der Preussische Minister
für Wissenschaft, Kunst und
Volksbildung

U IV Nr. 10258 G1, G11, U111, U1

Bei Beantwortung wird um Angabe
der Geschäftsnummer gebeten.

H. Schmidt
28. II. 27

In den Anlagen übersende ich ergebenst das Programm für den
in der Zeit vom 19.-21. April 1927 an der Akademie für Kirchen-
und Schulmusik in Berlin-Charlottenburg stattfindenden Kongreß
für Kirchenmusik zur gefälligen Kenntnisnahme.

Im Auftrage

W. W. W.

*H.
Joh.
L. P. K. W.
H. P. K. W.
H. P. K. W.
H. P. K. W.*

An
den Senat der Akademie der Künste
-Sektion für Musik-
hier.

M. H.

K. Akademie d. Künste Berlin
Nr. 0300 * 27 FEB 1927

Berlin W 8 den 22. Februar 1927.
Unter den Linden 4
Fernsprecher: Zentrum 11340-11343

Deutscher Kongreß für Kirchenmusik.

In der Osterwoche 1927 (19.-21. April) wird die Akademie für Kirchen- und Schulmusik im Auftrage des Preussischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung einen Kongreß auf paritätischer Grundlage veranstalten, bei dem die großen Aufgaben liturgisch musikalischer Kunst aufgezeigt und die zweckmäßige Ausbildung und Fortbildung der Kirchenmusiker von ersten Fachautoritäten eingehend behandelt werden sollen. Von evangelischer Seite werden sprechen:

Generalsuperintendent D. Gennrich (Königsberg) über "Die gegenwärtigen Bedingungen für die Vorbildung unserer Kirchenmusiker";

Professor D. Smend (Münster) über "Die notwendige Beziehung zwischen dem Kirchenmusiker und dem Vertreter des Predigtamtes";

Pfarrer Plath (Essen) über "Die liturgischen Aufgaben des Organisten und Chordirigenten";

Professor Dr. Johannes Wolf (Berlin) über "Die Aufgaben des evangelischen Kirchenmusiklers in geschichtlicher Beleuchtung";

Professor Dr. Moser (Heidelberg) über "Musikwissenschaftliche Bildung der Kirchenmusiker";

Professor Dr. Abert (Berlin) über "Die Auffassung Bach'scher Werke, insbesondere der Matthäuspassion";

Professor Dr. Gurlitt, (Freiburg i. B.) über "Die geistigen Grundlagen der deutschen Orgelkunst von Scheidt zu Bach";

Professor Reimann (Berlin) über "Kult- und Konzertorgel".

Von katholischer Seite werden sprechen:
Professor Braunsfels (Direktor der Kölner Musikhochschule) über die Frage "Allseitige oder Spezialausbildung des katholischen Kirchenmusiklers?";

Professor Dr. Peter Wagner (Freiburg, Schweiz) über "Aesthetik des gregorianischen Chorals";

P. Dom. Johnner (Beuron) über "Wie gelangen wir zu einem würdigen Vortrag des greg. Chorals?";

Professor Dr. Hermann Müller (Paderborn) über "Kirchliche Polyphonie" und über "Das deutsche Kirchenlied".

Im Anschluß an die Vorträge sollen Stiltottesdienste im Dom, in der Marienkirche und der katholischen Hedwigskirche, sowie Musteraufführungen klassischer und moderner Chor- und Orgelmusik durch den Staats- und Domchor (Professor Rüdel), dem Madrigalchor (Professor Thiel) und die Organisten Professor Heitmann und Sittard stattfinden.

Die Eröffnung des Kongresses wird am 19. April nachm. 4 Uhr erfolgen.

Lehrer, Studierende und Freunde der Kirchenmusik, Organisten und Chordirigenten, überhaupt alle, denen die Sorge um die Kirchenmusik obliegt, sind hierzu eingeladen. Die Teilnehmergebühr beträgt 10 RM. Anmeldungen, sowie Anfragen sind an das Büro der Staatlichen Akademie für Kirchen- und Schulmusik, Charlottenburg, Hardenbergstr. 36, zu richten.

Der Preussische Minister
für Wissenschaft, Kunst und
Volksbildung

U IV Nr. 20417

Bei Beantwortung wird die Angabe
der Geschäftsnummer gefordert.

Berlin W 8 den 25. April 1927.
Unter den Linden 4
Telefon: Zentrum 11340-11343

Am 10. Mai 1927, vormittags 9 1/2 Uhr

finden im Großen Saal des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volks-
bildung, Unter den Linden 4, Besprechungen über verschiedene Fragen statt,
die sich seit dem Inkrafttreten des Erlasses vom 2. Mai 1925 -, betreffend
den Privatusikunterricht in der Musik, ergeben haben.

Joh. ersuche, einen Vertreter zu diesen Besprechungen zu entsenden.

Im Auftrage

ges. von Achenbach



BEGLAUBIGT.

MINISTERIAL-KANZLEISEKRETÄR.

An
den Senat der Akademie der Künste
Sektion für Musik
in
Berlin

M 17

Erh. d. 9. Mai 1927
H. F. A. H.
H.
Achenbach

Der Preussische Minister
für Wissenschaft, Kunst und
Volksbildung

U IV Nr. 11126

Bei Beantwortung wird um Angabe
der Geschäftsnummer gebeten.

Berlin W 8 den 11. April 1927.
Hinter den Linden 4
Fernsprecher: Zentrum 11340-11343

S o f o r t !

Mit Bezug auf den Erlaß vom 2. Dezember 1926 -U IV 14904- über-
sende ich u.R. das mir bisher zugegangene Material für die Interna-
tionale Musikausstellung in Genf.

Ich ersuche ergebenst, das Material nunmehr gefälligst umgehend
in einer für die Ausstellung geeigneten Form, gegebenenfalls als Denk-
schrift, zusammenzustellen und mir mit tunlichster Beschleunigung
wieder vorzulegen.

Das Institut für Kirchen- und Schulmusik in Breslau hat trotz
Erinnerung keine Unterlagen übersandt und muß daher in der Zusammen-
stellung fortfallen.

Im Auftrage
gez. Wentwig.

*W. Allen nach Aufg. der
Ministerialkanzlei
11/11/27 (mit Zettel beifolgt, der
Erklärung u. d. Fortschreibung der
Befragung und den Namen, die
Erklärung der Ministerialkanzlei für
die Ministerialkanzlei ist, die
Ministerialkanzlei für
den Senat der Akademie der Künste,*

Sektion für Musik

in

Berlin W.8.



BEGLAUBIGT.

MINISTERIAL-KANZLEISEKRETÄR.

M 17

Ergänzungsblatt:

773

Zu S. 42 und 47:

Als Hauptfach sollte auch Theorie allein
(~~ohne Komposition~~) zugelassen sein. Denn man kann
ein vorzüglicher Theorielehrer sein, ohne als
Komponist etwas zu leisten (z. B. die früheren
Hochschullehrer Prof. Kärtel, Prof. Franz Schalk,
Prof. C. L. Wolf etc.); und ein Klavierspieler, Geiger
etc., der Theorieunterricht nehmen will, braucht
doch dafür nicht zu einem Komponisten zu gehen.

Für die Prüfung in diesem Fach werden
dann die 3 ersten Punkte auf S. 47 c)
wegfallen: die übrigen können unversändert
beibehalten werden.

Robert Kahn

Die Bestimmungen über Privatunterricht in der *Muril* vom Mai 1925
haben in weiten Kreisen große Beunruhigung erzeugt und heftige, z.T.
gerissene übertriebene Gegnerschaft gefunden. In Frage ~~steht~~ ^{steht} - von hervor-
ragenden Juristen bestrittenen - Rechtsgültigkeit Stellung zu nehmen,
ist natürlich nicht Sache eines Murillers. Die Forderungen und Wünsche
hingegen, die der Reichsverband deutscher Turnlehrer u. Musiklehrer in seiner Denk-
schrift zum Preussischen Erlass vom 5. Mai 1925 aufstellt, verdienen durchaus
Berücksichtigung und wohl begründet; ihre Berücksichtigung ist nachdrücklich zu befordern.
Außer den in der genannten Denkschrift geforderten Änderungen wären etwa
noch folgende Stellen im Erlass zu beandworten:

§ 32 (Weidmannsche Taschenausgaben etc., Heft 24): „In den Jugendlieben
gehört nicht nur alle Personen unter 21 Jahren, sondern auch diejenigen im höheren
Alter, die nach Lage der Verhältnisse“ etc. - Diese Auslegung des Begriffs
„Jugendliebe“ ist doch eine offenkundige Willkürlichkeit.

§ 48: „Er (der Bewerber) muss in der Lage sein, die produktiven Kräfte des
Kindes im ^{Wachstum} ~~Entwickelung~~ anzuregen und zu lenken. Er muss die schöpferischen
Kräfte, die zum unwillk. Erleben und Gestalten drängen, im Unterricht
verwerten können“ etc. - „Produktive Kräfte und schöpferische Kräfte“
hat die Natur nur in wenigen Ausgewählten gelegt. Diese seltenen Aus-
nahmefälle vorzuziehen wie beim Durchschnittsschüler anzuregen zu
wollen, ist vergebliches Bemühen und stiftet weit mehr Schaden, als
Nutzen.

§ 50, letzter Satz: „Beherrschung der Theorie bis zum viertennmigen Satz.“ -
Was damit gemeint ist, ist unverständlich und müsste klar und deutlich
ausgedrückt werden.

Bitte wenden!

* mit Ausnahme des bayerischen Passus auf S. 4, Absatz 12: „In diesem Gremium
(von 3 Fachberatern) sei stets eine Frau(!) etc.“ - vertreten

14. IV. 1922

Von dem Briefe wurde gepollter Abänderung
aufgetragen und wenn fast dazugängig zu führen wäre,
Achtung weiter ist zu I^o Konversationen der
Kunde und Konsumenten.

Die Bezeichnung: Konservatorien führen wir
losgelassen, die Bandt werden nicht
bege. Die neue führen werden die Bildung von
unseren

Zu II (Privatunterricht) Abt. 4 erst von
unsern Töchtern ein Unterricht in der Alt-
griechen (35. Lebensjahr) erhalten. Auch, die die
35. Lebensjahr erreicht haben, die bestätigen sich als
Klienten, bevor sie u. i. w., obwohl sie nur haben
für die Lücken befragen.

Duß das Kunstgewerbe sich zu einem vortreflichen
stande wird u. in jedem Jahre mehr ausgeführt
werden muß, wird von guten Künstlern als dringend
erachtet.

Sie am öffentlichen Unterricht aufhalten. Sie sollen
nicht laufen, wenn Sie laufen, welche die Kunstgötze
für ein Kindspiel abzugeben geben, sind und Kopf von
der Einsicht, das Unterricht selbst auch für sich auszu-
stellen aber verweigert, daß Sie nur in ihren hands-
fagen, und in jedem Kindspiel unterrichten werden.
Bis 9. 18. 18.

Mit der Hoffnung f. - kundst, die Wiederrückk. von der f. folgung der

Unterrichtsamt wurde hienach befragt ist. Daraus
 ist aber eine offenkundige Lücke hervorgegangen, die es die Unterrichts-
 amt nicht mehr zu tun. Es besteht eine Unklarheit
 darüber, welche eine Hauptaufgabe abzugeben
 haben, von der die Führung des Unterrichtsamt
 hienach befragt ist. Klarer können zeigen
 daß die Führung des Unterrichts in einzelnen
 Klassen zu sehr dem subjektiven Ermessen einzelner
 Personen anheim gegeben ist.

zu I B

Die Forderung, daß die Unterrichtsämter in
 der Führung der Unterrichtsmittel sorgfältig
 zu sein haben, ist eine Forderung, die
 auf der Hand liegt, sollte aber auf die
 Ausführung zu sein.

Es wird ferner geltend gemacht, daß
 die Unterrichtsämter in der Führung der
 Unterrichtsmittel sorgfältig zu sein haben,
 während die Unterrichtsämter in der
 Führung der Unterrichtsmittel sorgfältig
 zu sein haben. Es wird ferner geltend
 gemacht, daß die Unterrichtsämter in der
 Führung der Unterrichtsmittel sorgfältig
 zu sein haben.

Es ist notwendig, daß die Unterrichtsämter
 in der Führung der Unterrichtsmittel sorgfältig
 zu sein haben. Es ist notwendig, daß die
 Unterrichtsämter in der Führung der
 Unterrichtsmittel sorgfältig zu sein haben.
 Es ist notwendig, daß die Unterrichtsämter
 in der Führung der Unterrichtsmittel sorgfältig
 zu sein haben.

Th.

W. mit 8. April
 T. H.

J. Nr. 489

den 6. 5. 1927

AN-
KEN-
RO

Die uns mit Ihrem Schreiben vom 17. März d. Js.
 übersandten Komposition der Komponistin Anna Teichmüller
 sende ich Ihnen nach Einsichtnahme ^{zurück} ergebenst zurück.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

Prof. Meier

Frau

Rektorin K u h n e r t

Oberschreiberhaus 1. Riesengeb.

M. H.

M. H.

TE
PE

776

Am 14. September 1890
Laut, Lektion für Anfänger.

Dem Herrn Vorpresidenten des Vereins überreicht ich ganz
ergebenst auf das Schreiben vom 12. II. einige Angelegenheiten
von Ähnlichem Anna Erdmiller für, wie dem Vorstand,
Ihre Ähnlichem Erdmiller auf direkter Anforderung für
ganz bereit ist, werden Aufklärungen zur Verfügung zu
übermitteln. - Herrn Professor Almann, Direktor der
Kommunikations Abt. König. Orden vom Herrn Aufk-
klärungsrat, der ist. Erdmiller's Sache eingereicht

unf.
Kauf

hat, sind im übrigen auf die musikalischen Eindrücke
hinsichtlich der Instrumente bekannt. Die Herrn haben gewisse
zum neuen Ansehen.
Hinsichtlich für die überlieferten Organisationsfragen
ist bei.

Kuhnen, Hisselphilharmonie.

Orkester

- 1. Orchester
- 1. Horn
- 1. Trompete
- 1. Trommel
- 1. Bass (auf der rechten Seite)
- 1. Horn mit Variationen
- 1. Leichter Horn Op. 9.
- 1. " " 3.

TELEPHON N° 4105
TELEGRAMM-ADRESSE:
WELTEMIGNON
FREIBURG-BREISOAU
A.B.C. CODE
52 EDITION

GRAND PRIX
HÖCHSTE AUSZEICHNUNG
Weltausstellung
Turin 1911.
GRAND PRIX
EXPOSITION INTERNATIONALE
DU NORD DE LA FRANCE
ROUBAIX 1911.
GOLDENE STAATSMEDAILLE
II. MUSIKFACH-AUSSTELLUNG
LEIPZIG 1909.

GRAND PRIX
INTERNATIONALE MUSIK-INSTRUMENTEN-
AUSSTELLUNG
ROTTERDAM 1909.

GRAND PRIZE
ALASKA-YUKON-PACIFIC EXPOSITION
SEATTLE 1909.

GRAN PREMIO
ESPOSIZIONE INTERNAZIONALE
MILANO 1906.

PREUSS. STAATSMEDAILLE
MUSIKFACH-AUSSTELLUNG
BERLIN 1906.

GRAND PRIZE
UNIVERSAL EXPOSITION
ST. LOUIS 1904.

DIPLOME D'HONNEUR
EXPOSITION INTERNATIONALE
LILLE 1902.

MÉDAILLE D'OR
EXPOSITION UNIVERSELLE
PARIS 1900.

GOLDENE MEDAILLE
MIT EHRENDIPLOM
BADEN-BADEN 1896.

PREISMEDAILLE UND EHRENDIPLOM
STRASSBURG I. ELS. 1895.

PRIZE MEDAILLE AND DIPLOMA
HONOR
INTERNATIONAL EXHIBITION
CHICAGO 1893.

EHRENDIPLOM
MUSIK-AUSSTELLUNG
WIEN 1892.

PREISMEDAILLE UND EHRENPREIS
KUNST- u. GEWERBE-AUSSTELLUNG
MÜNCHEN 1888.

GOLDENE MEDAILLE
INTERNATIONALE AUSSTELLUNG
ANTWERPEN 1885.

GOLD MEDAL
1ST. CLASS CERTIFICATE OF MERIT
INTERNATIONAL EXHIBITION
CALCUTTA 1883/84.

GOLDENE MEDAILLE
KUNST- u. GEWERBE-AUSSTELLUNG
KARLSRUHE 1877.

CERTIFICATE OF AWARD
INTERNATIONAL EXHIBITION
PHILADELPHIA 1876.

DIPLOMA
EXPOSITION INTERNATIONALE
CHILE 1875.

MÉDAILLE D'ARGENT
EXPOSITION INTERNATIONALE
PARIS 1867.

PREISMEDAILLE
INTERNATIONAL EXHIBITION
LONDON 1862.

GOLDENE MEDAILLE
KARLSRUHE
1861
1858
1849
ETC. ETC.

M. WELTE & SÖHNE
G.M.B.H.
FABRIK PNEUMATISCHER MUSIKWERKE
GEGRÜNDET 1832

SPEZIALITÄT: REPRODUKTIONS-PIANOS "WELTE MIGNON"
REPRODUKTIONS-ORGELN "WELTE PHILHARMONIE"
B/B. PATENTE IN ALLEN KULTURSTAATEN

BANK-KONTO:
RHEINISCHE KREDITBANK
FILIALE FREIBURG I. BADEN
GIRO-KONTO:
REICHSBANK FREIBURG
POSTSCHECK-KONTO:
KARLSRUHE N° 6701

FREIBURG I. BADEN, 6. Januar 1927.

Herrn Professor Georg Schumann,
Stellvertretender Vorsitzender des
Senats der Musiksektion,

Berlin W.8.
Pariser Platz 4.

Sehr geehrter Herr Professor,

Wir danken Ihnen für Ihre
werte Zuschrift vom 28. pto. und entnehmen derselben mit
Interesse, dass Sie beabsichtigen, im Februar ein Konzert
mit mechanischen Musikverträgen zu veranstalten.

Unsere Orgel, für die Herr Hindemith das Triadische
Ballet geschrieben hat, ist nun leider hier in Freiburg und
mindestens zu diesem Zweck nach Berlin geschafft und dort auf-
gestellt werden.

Wir sind gerne bereit, Ihnen das Instrument mit den
Notenrollen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Spesen
des Transportes und der Aufstellung könnten wir aber nicht
tragen. Wir schätzen diese Spesen auf ca. £ 300.-

b.w.

M. W.

M. WELTE & SÖHNE
G. M. B. H.
FREIBURG I. B.

Blatt 2.

Berlin.

6. Januar 1927.

Es bliebe hierbei Voraussetzung, dass einer unserer Techniker, der vielleicht gerade um jene Zeit in der Nähe Berlins weilt, diese Montage und Demontage mit übernehmen könnte. Sollte dies nicht der Fall sein, müsste ein Techniker extra von hier entsandt werden, und würde sich dadurch oben erwähnter Betrag entsprechend -- auch nur durch Berechnung der reinen Selbstkosten -- erhöhen.

Vielleicht ist es Ihnen aber nicht bekannt, dass Hindemith und Ernst Toch auch verschiedene Kompositionen für unser Welte-Mignon geschrieben haben, speziell unter Ausnutzung der Möglichkeiten, die das mechanische Klavier bietet. Diese Stücke bei dieser Gelegenheit vorzuführen, wäre mit viel weniger Kosten verknüpft, da wir dazu einen in Berlin vorhandenen Welte-Flügel und auch die dort vorhandenen Rollen benutzen könnten.

Wir hielten es für richtig, Sie auf diese Möglichkeit aufmerksam zu machen und sehen Ihren weiteren Nachrichten mit Interesse entgegen.

Hochachtungsvoll!
M. WELTE & SÖHNE
G. M. B. H.

Prokura

Der Preussische Minister
für Wissenschaft, Kunst und
Volksbildung

U IV Nr. 10277

Bei Beantwortung wird um Angabe
der Geschäftsnummer gebeten.

Berlin W 8 den 26. Februar 1927.

Unter den Linden 4

Telefon: Zentrum 11340-11343

K. Akademie der Künste
Nr. 0884 *

Auf den Antrag vom 20. Dezember 1926 - Nr. 5402 -.

Ich habe dem Magistrat der Stadt Frankfurt a.M. zur Förderung
des geplanten Internationalen Musikfestes und der Ausstellung
"Musik im Leben der Völker" eine einmalige Beihilfe von
5 000 RM,

geschrieben: "Fünftausend Reichsmark", bewilligt.

Der Betrag wird der dortigen Stadthauptkasse von der Darm-
städter und Nationalbank, Berlin W.8, Behrenstraße, im Reichsbank-
girowege überwiesen werden. Ich ersuche, mir den Empfang zu be-
stätigen und seinerzeit eine Bescheinigung über die vollständige
und ordnungsgemäße Verwendung der Beihilfe durch die Hand des Herrn
Regierungspräsidenten in Wiesbaden, der Abschrift dieses Erlasses
erhält, vorzulegen.

Ich bin auch wegen Gewährung weiterer Beihilfen mit dem Herrn
Preussischen Finanzminister und dem Herrn Reichsminister des Innern
in Verbindung getreten.

Unterschrift.

An den Magistrat der Stadt Frankfurt a.M.

An
den Senat der Akademie der Künste

Berlin W.8

M H

1927.1.15.
1927.1.15.
1927.1.15.

Lebener Zeitschrift 3. Mai 1927

Die Musikausstellung in Genf.

Eröffnung und erste Veranstaltungen.

Es war ein glücklicher Gedanke, in dieser Stadt Genf, die sonst nur voll ist von politischen Ansprachen und Unterhaltungen, von wirtschaftlichen oder soziologischen Debatten und Gesetzen, für eine kurze Zeit sanftere und angenehmere Töne erklingen zu lassen und unter dem Zeichen einer „Internationalen Musikausstellung“ die mit der Kunst in Verbindung stehenden Erzeugnisse und Veranstaltungen der musilliebenden Völker in einer gemeinsamen Schau zu vereinen. Und es war eine weitere, sehr zu lobende Folgerung dieses aus praktischen Erwägungen entspringenden Planes, parallel zu der theoretischen Uebersicht durch eine Reihe erster musikalischer Körperlichkeiten Europas, die jeweilige Eigenart der Rasse in den Kompositionen des Landes zu offenbaren oder zum mindesten den Grad der reproduktiven Technik in Solo und Ensemble festzustellen.

Die Eröffnung der Ausstellung vollzog sich am vergangenen Donnerstag in der denkbar liebendwürdigsten Form: gelegentlich eines Frühstücks, das die Leitung der Ausstellung im Hotel des Bergues, den führenden Schweizer Kreisen und ausländischen Gästen gab, wies der Präsident des Unternehmens, Robert Pory, darauf hin, daß das Wort „La musique adoucit les moeurs“ bestimmend für die Breite der Ausfüllung gewesen sei, daß dieses „arte facit“ der Kunst Genf als den Platz des internationalen Rendezvous bestimmt habe. Er begrüßte die Gäste, unter denen man an offiziellen Persönlichkeiten an erster Stelle den Bundespräsidenten Rotta, Sir Eric Drummond, den Generalsekretär des Völkerbundes, den Präsidenten des Genfer Staatsrats Bron sah. Die folgende Rede des Bundespräsidenten selbst war ein Meisterstück oratorischen Instinkts.

Ueber die Schau selbst wird nach genauerer Einsicht noch mehr zu sagen sein; in diesem Augenblick genüge der Hinweis, daß 172 Aussteller sich auf folgende Länder verteilen: Belgien, Deutschland, England, Frankreich, Italien, Niederlande, Polen, Portugal, Rußland, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Ungarn und Vereinigte Staaten von Nordamerika. Kein objektiv fällt die starke Beteiligung Deutschlands auf, die sich nicht nur auf Verlagsgeschäfte und Instrumente beschränkt, sondern ihren offiziellen Ausdruck in der reichen Beschickung der historischen und retrospektiven Abteilung fand, die, wie man bereits bei flüchtigem Ueberblick erkennt, den weithin interessantesten Teil der Ausstellung bildet. Am Eröffnungstage konnte man hier die Herren Professor Altmann von der Musikabteilung der preussischen Staatsbibliothek und Professor Sachs von der musikwissenschaftlichen Fakultät der Berliner Universität begrüßen, die eine reiche Auswahl vom Deutschen Reich zur Verfügung gestellter kostbarer Handschriften und Musikinstrumente dem internationalen Zuschauer des Eröffnungstages zugänglich machten. Wie bereits berichtet wurde, wird die bis zum 22. Mai währende Ausstellung von einer Reihe bedeutender musikalischer Veranstaltungen begleitet sein, die französische, italienische, holländische und deutsche führende Körperlichkeiten und Institute nach der Schweiz führen. Den Beginn machte das Orchester des Pariser Konservatoriums, das unter seinem derzeitigen Leiter Philippe Gaubert das Eröffnungskonzert in der Victoria Hall gab. Als erstes Stück des Programms wurde die fünfte Sinfonie von Beethoven aufgeführt. Man spielte eingangs nach dem Eintritt des Bundespräsidenten die dem „God save the king“ gleichende Schweizer Nationalhymne und die Marschelleise: etwas von dem gallischen Schwung und Fanatismus dieses Musikstücks schien in die folgende Beethoven'sche Sinfonie übergegangen zu sein, denn ich habe selten dieses heroische Werk derart elementar passioniert und verzückt gefühlsmäßig vortragen hören. Man bewunderte die unerhörte Festigkeit der Tongebung in den Streichern, die selten so rein ernommene schneidende Klarheit des Holzes in Fülle Kontrabass und Posaunen, die virtuose und doch nicht äußerliche Handtechnik des Dirigenten, die Sauberkeit und letzte Akkuratheit der ganzen Körperlichkeit. Meisterstücke der zeitgenössischen Interpretation wurden die folgenden französischen Kompositionen der Vincent d'Indy, Dukas und Debussy, während der begabte Ravel mit seinem Balzer nicht glücklich vertreten war. Ein Muster an pianistischer Geistesart gab Alfred Cortot in den wichtig verstandenen Variations symphoniques von César Franck; unter seinen zauberhaft geschmeidigen Händen wurden jene dekorativen Passagen und Akkordreihen zu wohlklingenden Mitteilungen eines wahrhaft spielfreudigen, echten Musikanten. Der Besuch, den die französischen Gäste fanden, nahm den Charakter einer gewaltigen Ovation an.

Diesem vorübergehenden Aufblitz werden sich in den kommenden Wochen die Produktionen der anderen Länder anschließen. Es wird somit Gelegenheit sein, eine Parallele zu ziehen zwischen den Charakteren und Leistungen des Nordens, Ostens und der Mitte.

in 17

Preis

Erworben

der Gerg

Anzahl

No.

Erbe

Preussische Aka.
als nach 12 Aufl.
5. Aufl.

J. Nr. 594

überreicht
Der Präsident

Präsident

First way

~~Sektion für Musik~~

H. Kuntz, Vizepräsident

2 ~~II~~ Anlagen!

Ministerium für Wissenschaft,
Kunst und Volksbildung

Mr. P.

CLIVE

14%

Abgang

Bemerkungen.

Die staatlichen und musikalischen
Bildungsanstalten in Preussen.

Die Musiksektion der Preussischen Akademie der Künste.

Die von Freiherrn vom Stein in Zeiten schwerer politischer Bedrängnis begonnene Reform der Preussischen Staatsverwaltung, die von Hardenberg, Altenstein, Wilhelm von Humboldt fortgesetzt wurde, führte zuerst zu der Begründung einer staatlichen Vertretung der Tonkunst und zu einer amtlichen Aufsichtsstelle für diesen für die Gesamtkultur der Nation so wichtigen Kunstzweig, dessen hohe Bedeutung W. v. Humboldt mit den Worten betonte:

"Kunstgenuss ist einer Nation durchaus unentbehrlich, wenn sie noch irgend für etwas Höheres empfänglich bleiben soll; durch welche Kunst aber liesse derselbe sich bis zu den untersten Volksklassen hin reiner und mächtiger verbreiten als durch die Musik."

W. v. Humboldt wurde der erste Leiter der neugegründeten Sektion des Kultus und öffentlichen Unterrichts bei dem Ministerium des Innern, aus der später das Preussische Kultusministerium entstand. Sein Berater auf dem Gebiete der Tonkunst war der Direktor der Singakademie Karl Friedrich Zelter, der dem Ministerium eine ausführliche Denkschrift eingereicht hatte, in der die Notwendigkeit einer behördlichen Vertretung der Tonkunst in überzeugender Weise begründet wurde. Die Möglich-

keit

keit der Schaffung einer solchen Stelle bot sich bei der Akademie der Künste, die seit ihrer 1696 erfolgten Gründung durch den Kurfürsten Friedrich III ausschliesslich den bildenden Künsten, dem Kunsthandwerk und den mechanischen Wissenschaften diente. Es wurde zunächst im Jahre 1809 eine Professur für Musik bei der Akademie begründet, die von W.v.Humboldt auf Goethes Fürsprache hin Zelter, der seit 1806 der Akademie bereits als Ehrenmitglied angehörte, übertragen wurde. Diese Professur bildete die Keimzelle zu einer wohl schon von W.v.Humboldt geplanten eigenen Sektion für Musik, die ein Jahr nach Zelters Tod 1833 ins Leben gerufen wurde. Den Mitgliedern dieser neuen Sektion lag die Pflicht ob, auch Unterricht auf musikalischem Gebiet zu erteilen. So war die neugegründete Sektion nicht nur "oberste Musikbehörde des Staates," sondern zugleich die erste "staatliche Schule für musikalische Komposition". Die unterrichtliche Tätigkeit der Mitglieder legte wiederum den Grund zur Begründung einer eigenen Lehranstalt für die Tonkunst, die 1869 als "Lehranstalt für ausübende Tonkunst" begründet wurde, während für das Gebiet der musikalischen Komposition 1882 (nach dem Muster der 1875 begründeten Meisterateliers für die bildenden Künste) vier "Akademische Meisterschulen" für musikalische Komposition geschaffen wurden, die ohne Zusammenhang mit der Lehranstalt direkt der Akademie unterstellt sind. Die am 1. September 1869 begründete Lehranstalt für ausübenden Tonkunst erhielt später die Bezeichnung "Akademische Hochschule für Musik." Bei der Reform der Akademie der Künste von 1875 wurde auch

auch das 1822 auf Zelters Anregung gegründete "Institut für Kirchenmusik" in die Reihe der Unterrichtsanstalten der Akademie aufgenommen.

Die Musiksektion der Preussischen Akademie der Künste ist nach dem heute gültigen Statut "eine zur Förderung der Musik berufene Staatsanstalt".

Der Senat der Sektion, der zum Teil aus gewählten, zum Teil aus amtlich bestellten Mitgliedern besteht, ist technische Kunstbehörde und künstlerischer Beirat des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Er hat das Musikleben zu beobachten, Anträge zu dessen Förderung zu stellen und Gutachten für das Ministerium zu erstatten.

Der derzeitige Vorsitzende der Musiksektion ist Professor Dr. h. h. Georg Schumann, der zugleich als Vorsitzender der Senatssektion fungiert.

Preussische Unterrichtsanstalten
=====

für Musik.
=====

I. Staatliche Akademische Hochschule für Musik
in Berlin.

Direktor:

Professor Franz Schreker:

Stellvertretender Direktor:

Professor Dr. Georg Schünemann.

Die staatliche akademische Hochschule für Musik in Berlin
umfasst 10 Abteilungen und zwar:

1. die Abteilung für Komposition und Theorie der Musik, einschl.
Geschichte und Stilgeschichte der Musik,
2. die Abteilung für Gesang (Ausbildung für Oper, Oratorium
und Konzert),
3. die Abteilung für Geige und Violoncello,
4. die Abteilung für Klavier und Orgel,
5. die Abteilung für Orchesterinstrumente einschl. Harfe und
Kontrabass,
6. die Kapellmeisterschule (Ausbildung von Kapellmeistern für
Oper, Oratorium, Chor und Konzert),
7. Seminar für Musikersziehung,
8. die Opernschule (Ausbildung von Sängern und Sängerinnen
für Oper und Singspiel),
9. die Opernchorschule (Ausbildung von Chorsängern für Oper
und Singspiel),

10. die

10. die Orchesterschule,

In allen Abteilungen wird sowohl für ausübende Kunst wie für Lehrberuf ausgebildet.

Zur Aufnahme in die Hochschule ist das Bestehen einer Prüfung erforderlich.

Der Instrumentalunterricht und der Unterricht im Sologesang wird als Einzelunterricht erteilt.

Die pflichtmässigen Nebenfächer für alle Schüler sind:

1. Klavier
2. Theorie der Musik
3. Geschichte der Musik
4. Instrumentenkunde für Theorie, Klavier- und Instrumentalklassen

5. Gehörbildung.

Die Gesangsschüler erhalten ausserdem wöchentlichklassenweise

- 1 Stunde Theorie der Gesanglehre,
- 1 Stunde Anatomie, Physiologie und Hygiene des Stimmorgans,
- 1 Stunde Italienisch,
- 1 Stunde Deklamation,
- 1 Stunde Rhythmik und Körperbildung (fakultativ). Schüler,

die für Oper geeignet sind, treten in die Operschule ein.

Diese Schüler erhalten wöchentlich Unterricht in:

1. Sprechübungen,
2. Gesang,
3. Partienstudium,
4. Rhythmische Studien und Gehörbildung,
5. Italienisch,

6. Gymnastik

6. Gymnastik,
7. Dramt. Unterricht,
8. Stilbildung,
9. Vorträge über Bühnenbild und Bühnenkostüm,
10. Körperbildung.

Schüler, die für den Opernchor geeignet sind, erhalten in der Opernschule wöchentlich Unterricht in:

1. Sprechübungen,
2. Partienstudium,
3. Klavier,
4. Dramt. Unterricht,
5. ~~Rhythmik~~ und Körperbildung.

Rhythmik

Seminar für Musikerziehung.

1. Geschichte der musikalischen Erziehung,
2. Praktische Musikerziehung,
3. Rhythmische Erziehung,
4. Methodik der Gehörbildung,
5. Methodik des Gesanges,
6. Methodik des Violinspiels,
7. Klaviermethodik,
8. Vortragslehre,
9. Klavierlehre,
10. Einführung in den Unterricht,
11. Praktische Übungen in Einzelgruppen,
12. Psychologie,
13. Allgemeine Pädagogik,

14. Experiment-

14. Experimentelle Pädagogik und Psychologie.

Der Hochschule sind Vorklassen der Orchesterschule angegliedert, die vom Deutschen Musikverband unterstützt werden. Zur Aufnahme in die Orchesterschule ist das Bestehen einer Prüfung notwendig, die nach den Grundsätzen der Psychotechnik geregelt ist. Diese Prüfung umfasst die Feststellung der Intelligenz, der Beobachtungsgabe, der Konzentration, der optischen, akustischen und musikalischen Auffassung. Für diese Prüfung ist ein weitreichendes Prüfungsmaterial vorhanden., das stetig ausgebaut wird. Ausser der psychotechnischen Prüfung findet eine rein musikalische vor dem gesamten Kollegium statt.

Der wissenschaftliche Unterricht ist Klassenunterricht und gewährleistet die Möglichkeit zum erfolgreichen Besuch von wissenschaftlichen Hochschulkursen.

Der Hochschule ist weiter angegliedert eine

Schauspielschule.

in der uua. auch ein Kursus für Mitglieder der Staatstheater vorgesehen ist. Dieser bietet den im Vertragsverhältnis mit den Staatstheatern stehenden Mitgliedern die Möglichkeit, ihr sprachtechnisches Können dauernder Kontrolle und Lehrbehandlung zu unterwerfen.

Ferner ist der Hochschule ein Phonogramm-Archiv angegliedert. In diesem Archiv wird die Musik exotischer Völker in Lautaufnahmen gesammelt. Das Archiv umfasst über 10 000 Aufnahmen aus allen Ländern und bildet die Grundlage für die Veröffentlichungen der vergleichenden Musikwissenschaft. Vom Phonogramm-Archiv

Archiv werden auch Reisende ausgesandt, die ihre Aufnahmen wieder dem Archiv zuführen.

Der

Staats- und Domchor

ist der Hochschule gleichfalls unterstellt. Er bildet einen Teil der dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung unterstellten Anstalten. Er ist bestimmt

- a) als Musterchor für Chorgesang zu dienen,
- b) den Chorgesang bei Gottesdiensten und liturgischen Andachten und bei besonderen feierlichen Anlässen der Domkirche auszuführen,
- c) Konzertaufführungen und Uebungen im allgemein erzieherischen und unterrichtlichen Interesse der Hochschule für Musik zu veranstalten und
- d) auf Anordnung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bei feierlichen Staatshandlungen mitzuwirken.

Von 1923 bis 1926 gestaltete sich der Besuch der

Vollstudierenden

an der Staatlichen Akademischen Hochschule für Musik folgendermassen:

im Schuljahr 1923/24 gegen 450 Damen und Herren

" " 1924/25 " 450 " " "

" " 1925/26 " 512 " " "

im Sommersemester 1926 507 " " "

II. Akademische Meisterschulen für musikalische Komposition.

Ueber ihre Entstehung siehe oben Seite 2.

Die 1882 vom Ministerium ernannten ersten Vorsteher der
Meisterklassen

Meisterklassen waren Grall, Kiel, Bargiel und Taubert.

In der weiteren Entwicklung berief das Kultusministerium auf Anträge der Musik-Sektion der Akademie der Künste zu Vorstehern der Meisterklassen

Heinrich von Herzogenberg

Martin Blumner

Max Bruch

Engelbert Humperdinck

Friedrich Gernsheim

Richard Strauss

Georg Schumann (seit 1913 tätig)

Auf Initiative des Ministeriums wurden an die Meisterschulen für musikalische Komposition berufen

Ferruccio Busoni

Hans Pfitzner (seit 1920 tätig)

Arnold Schönberg (seit 1925 tätig).

Jede Meisterschule steht unter selbstständiger Leitung

eines Komponisten, welcher vom Minister angestellt wird und nur diesem verantwortlich ist.

Aufnahme in die Meisterschulen finden in der Regel nur solche kompositorisch begabte Studierende, die eine gewisse Reife und Selbstständigkeit erreicht haben.

Den Schülern der Meisterschulen ist der Besuch der an der Hochschule für Musik gehaltenen musikwissenschaftlichen Vorträge und veranstalteten Aufführungen unentgeltlich gestattet.

Die Preussische Akademie der Künste veranstaltet alljährlich Konzerte, in denen die Vorsteher der Meisterklassen geeignete

Kompositionen

Kompositionen ihrer Studierenden zur Aufführung kommen lassen.

III. Staatliche Akademie für Kirchen- und Schulmusik .

Die für die deutsche Kultur und deutsches Volkstum unschätzbare wichtige Anstalt ist hervorgegangen aus dem 1822 gegründeten "Institut für Kirchenmusik".

Als erster Leiter dieses dem Preussischen Kultusministerium unterstellten "Königlichen" Instituts wirkte von 1822 bis 1832 Karl Friedrich Zelter. Der Unterricht wurde unter Führung von Zelter ^{und} den Musikern Bernhard Klein und August Wilhelm Bach mit 8 Schülern begonnen und erstreckte sich auf die Uebung von kirchlichen Gesängen, Generalbass, einfachen und doppeltem Kontrapunkt, Orgelspiel, und Orgelbau. Durch Zelter erhielten die Schüler eine Anweisung zur Komposition und Lehrmethode. Als Lehrer des Klavierspiels traten Karl Gottlieb Reissiger und Eduard August Grall in das Institut ein.

Ein Zusammenhang mit der Akademie der Künste bestand damals nicht. Die offizielle Bezeichnung der Anstalt als "Akademisches" Institut wurde erst 1875 vollzogen.

Unter A.W.Bach's Leitung (1832-1869) erhielt das Königliche Institut für Kirchenmusik seine besondere Schulgesetze, er führte eine Aufnahmeprüfung und öffentliche Konzerte ein. Das Institut sollte die Aufgabe erfüllen, junge Leute zu Organisten,

Kantoren

Kantoren, Gesang- und Musiklehrer an Gymnasien und Schullehrer-Seminaren auszubilden. Durch königliche Willensäußerung aufgefördert, wurde dem Stundenplan des Instituts ab 1839 auch die Erziehung im liturgischen Gesang eingefügt.

Um das Jahr 1850 konnte das Institut als die musikpädagogische Zentralanstalt Preussens gelten. Als pädagogisch bedeutendste Persönlichkeit dieser Periode muss neben Grell der weit bekannte und verdienstvolle Klaviermeister Albert Löschhorn genannt werden. Durch Grell's Initiative wurde das Studium der strengen Vokalmusik in erhöhtem Masse gepflegt, die nach seinem Rücktritt (1853) durch eine stark einseitige Betonung der Orgelmusik verdrängt wurde, wie auch das Studium im a cappella-Gesang vernachlässigt wurde. Erst einer weit späteren Periode des Instituts, durch die schöpferische Tat Carl Thiel's und Hermann Kretzschmar's, war es vorbehalten,

diesem für den Kirchen- und Schulmusiker gleich bedeutungsvollen Gebiet an der Anstalt eine hervorragende Kulturstätte zu bereiten.

Unter der Leitung von A. Haupt (1869 - 1891) einem berühmten Orgelmeister, blieb bedauerlicherweise die Vernachlässigung des Gesang- und Chorwesens bestehen, sodass die musikalische Sektion der Königlich Akademie der Künste 1870 die nachdrückliche Forderung stellte: Es müsse für eine stärkere Kultivierung des gesanglichen und chorischen Studiums gesorgt werden.

Im Jahre 1881 erfolgte die Einführung des Gregorianischen Gesanges.

Gesanges als Unterrichtsfach.

Unter Robert Radecke's Leitung (1892 - 1907) wurde die Anstalt einer glücklichen Entwicklung entgegengeführt. Radecke überragte seine Vorgänger bei weitem an Vielseitigkeit und Tiefe der praktischen musikalischen Bildung, wie auch an Erfahrung des Pädagogen.

Nicht nur Preussen, sondern auch die anderen deutschen Staaten liessen es sich angelegen sein, ihre musikalisch befähigten Schullehrer dem Institut zur künstlerischen Weiterbildung zuzuweisen.

An neuen Lehrkräften traten ein:

Carl Thiel (für gregorianischen Gesang und Musikgeschichte)

Arthur Egidi (für Orgel)

Hermann Schröder (für Violine, Partitur und Ensemblespiel)

Theodor Krause (für Gesang).

Die Gesangsstunden wurden wesentlich erhöht, die Studierenden erhielten eine theoretische Unterweisung in der Methodik des Schulgesanges und eine Einführung in den liturgischen Chorgesang.

In eine entscheidende, organisatorisch vollkommen neue Epoche trat das akademische Kircheninstitut durch die Berufung Hermann Kretzschmar's zum Direktor der Anstalt.

Er vereinigte in sich den Musikgelehrten universeller Bedeutung mit der schöpferischen Kraft des genialen Organizers. Die von

ihm

ihm eingeführte Reform erstreckte sich auf Erweiterung des Unterrichtszweckes, Verlängerung der Studienzeit, Forderung besserer Vorbildung für die Aufnahme, gründliche Einführung in die Methodik des Schulgesanges, Einrichtung eines eigenen Knabenchores und unter Beaufsichtigung des Gesangsllehrers Anleitung zum Schulgesang-Unterricht nach festen, methodischen Grundsätzen. Unter Anweisung einer stimm-ärztlichen Autorität wurden die Studierenden in die wichtigsten anatomischen und physiologischen Kenntnisse der Sprech- und Atemwerkzeuge eingeführt und mit den Forderungen über die Behandlung jugendlicher Stimmen bekanntgemacht. Der theoretische Unterricht wurde umgestaltet und wesentlich erweitert.

Mit der Gründung eines aus solistischen Stimmen bestehenden Madrigal-Chores, dessen Leitung Professor Carl Thiel oblag (sie liegt auch heute noch in seinen Händen), wurde endlich der Weg beschritten, die grosse Kultur-Epoche der alten a cappella-Musik, ebenso die a cappella Schöpfungen der Neuzeit für den künstlerischen Erziehungsplan der Anstalt fruchtbar zu machen.

Die Leistungen dieses Madrigalchores unter Thiel's Studium wurden zu Chor-Kundgebungen höchsten und reinsten Stils, für die Studierenden der Anstalt eine unerschöpfliche Quelle wichtiger, grundlegender Erkenntnisse. In 10 bis 12 Vortragsabenden jährlich wurde

wurde den Studierenden Gelegenheit gegeben, im öffentlichen Auftreten Sicherheit zu gewinnen und sich über Fortschritte und Leistungen ausweisen zu können. Im Zusammenarbeiten von Staatsbehörden und Kircheninstituten wurden von einer dazu berufenen Kommission Lehrpläne für die höheren Lehranstalten eingeführt und für eine Besserstellung der Gesanglehrer Sorge getragen. Im Jahre 1913 wurden auch die Volkshochschulen in diese Reform mit einbezogen.

Neben dem Ausbau eines umfassenden Chorstudiums setzte sich Kretschmar nachdrücklich dafür ein, die Organisten im Interesse einer Vertiefung musikalisch kirchlicher Arbeit zu selbstständig produktivem, improvisatorischen Orgelspiel zu erziehen.

Die Hauptlehrkräfte dieser Periode waren: Professor Carl Thiel, Professor Georg Rolfe, Universitätsprofessor Dr. Johannes Wolf, Arthur Egidi.

An den staatlichen Prüfungen für Gesanglehrer an höheren Lehranstalten, Organisten und Chordirigenten haben sich bis zur Gegenwart nicht nur die Studierenden der Anstalt, sondern in steigendem Masse auch Bewerber aus Preussen und anderen deutschen Staaten beteiligt.

Anlässlich der Hundertjahr-Feier des Akademischen Kircheninstituts wurde der Anstalt 1922 vom preussischen Staat die Bezeichnung

Staatliche Akademie für Kirchen- und Schulmusik verliehen.

Am

Am 1. Oktober 1922 trat Direktor Kretschmar in den Ruhestand
sein Nachfolger wurde

Professor Carl Rhiel.

Die Neuordnung des höheren preussischen Schulwesens und die
mit ihr einsetzenden neuen Ziele der **Schulmusik**
brachten auch für die staatliche Akademie für Kirchen- und
Schulmusik notwendigerweise bedeutsame Reformen, die in ihrer
letzten Wirkung zur Einführung einer
Prüfung für das künstlerische Lehr-
amt an höheren Schulen
führte. Die Zulassung zum Studium in die Abteilung für Schulmusik
erfolgt seit Ostern 1925 nur auf Grund der abgelegten Reifeprüfung
einer preussischen höheren Lehranstalt und einer musikalischen
Aufnahmeprüfung. Die Dauer des Studiums beträgt 3 Semester, von
denen 2 auf etwaiges Universitätsstudium angerechnet werden
können. Auch die Bedingungen für die Studierenden der Kirchen-
musik sind nach der Ordnung vom 24. November 1925 in Beziehung auf d
das praktische, theoretische, liturgische und musikwissenschaft-
liche Studium wesentlich erhöht worden. Die Dauer des Studiums an
dieser Abteilung erstreckt sich in der Regel auf 4-6 Semester.

Der Gesamt-Lehrplan

der Akademie umfasst:

Musiktheorie, Komposition

Instrumentation

Einrichtung Alterer Musik

Improvisation und Musik-Diktat

Partituranal

Partiturspiel

Stimmbildung und Sologesang

Chorgesang und Chorleitung

Klavierspiel

Orgelspiel

Violinspiel

Orchesterübungen.

Lehrplanmässige Vorlesungen und Uebungen

in

Musikgeschichte

Musik-Aesthetik

Instrumentenkunde

Liturgik (einschl. gregorianischer Choral)

Chorliteratur

Stimmphysiologie und Stimm-Hygiene

Musikerziehung

Methodik der Schulmusik

Sprecherziehung

praktische Unterrichtsübungen für höhere Lehranstalten
und Volksschulen (Jugendmusikschule).

Ausserdem sind zur Ausbildung für Lehrer an Volksmusik-
schulen besondere Kurse angegliedert. Und endlich sind freie
Vortagsreihen eingerichtet auf den Gebieten liturgischer,
musikwissenschaftlicher, physiologischer und pädagogischer
Erziehung.

Die

Die der Akademie organisch angegliederte
Jugendmusikschule

unter Leitung von Professor Fritz Jöde, dem hauptsächlichsten Bahnbrecher und Förderer der deutschen Jugendbewegung, bezweckt die Wiedererwerbung einer edlen Volksmusik durch gründliche, über den Rahmen des heutigen Schulmusikunterrichts hinausgehende Musikunterweisung und gemeinsame Pflege des durch sie erworbenen Kulturgutes.

Unterricht und Arbeit der Jugendmusikschule soll hinführen zu einem Singkreis, indem sie ihren Abschluss findet.

Die

Pädagogische Abteilung

der Akademie für Kirchen- und Schulmusik macht es sich zur Aufgabe, die Talente der musikalisch begabten Schüler in höheren Lehranstalten gesanglich und musikalisch in einmütigem Streben und in gleicher Richtung mit der höheren Schule weiterszuführen. Der Unterricht wird unentgeltlich erteilt.

In besonderem Hinweis sei betont, dass die Staatliche Akademie für Kirchen- und Schulmusik es sich neben der Ausbildung der Schulmusiklehrer zur besonderen Aufgabe macht, der

musikalischen Jugendbewegung Wegweiserin und Führerin zu sein. Es ist kein Zweifel, dass die Jugendbewegung von Anfang an in der Musik einen der stärksten Bundesgenossen in ihrem Streben zur geistigen Erneuerung erblickt,

und

und es bleibt eines ihrer wesentlichen Verdienste, dass sie den Weg zum alten echten Volklied wiedergefunden hat.

Die über ganz Deutschland verbreiteten

Musikantengilden

Fritz Jüde's dürfen als ein erfreuliches Zeichen der Erneuerung gelten. Beachtenswert ist auch die Arbeit der Musikantengilden in den verschiedenen Bünden der deutschen Jugendbewegung, ferner in den religiösen, politischen, Wirtschafts- und Kulturv Verbänden, die eine ausgesprochene Tendenz zur Versöhnung, zur Vergemeinschaftlichung durch die Musik haben.

Die Gesamtzahl der Lehrkräfte an der Staatlichen Akademie für Kirchen- und Schulmusik beträgt einschl. des Direktors gegenwärtig 27 Damen und Herren.

Die Gesamtzahl der Studierenden beiderlei Geschlechts hat sich seit 1913 ungefähr verdreifacht, sie betrug im Wintersemester 1926/27

96 Vollstudierende
und 41 Hospitanten.

IV. Hochschule für Musik in Köln a/Rhein

Direktor:

Professor Walter Braunfels

Die Hochschule für Musik in Köln wurde als Nachfolgerin des durch eine ruhmvolle Tradition ausgezeichneten Kölner Konservatoriums

torium im Oktober 1925 eröffnet; sie umfasst:

Eine Abteilung für Komposition und Theorie der Musik und Rhythmik einschl. Geschichte und Stilgeschichte der Musik (2 Professuren, 4 Dozenten).

Eine Kapellmeisterschule (2 Professuren).

Eine Abteilung für Klavier, Cembalo und Orgel (4 Professuren, 6 Dozenten).

Eine Abteilung für Violine, Violoncello (3 Professuren).

Eine Abteilung für Orchesterinstrumente einschl. Harfe und Kontrabass (14 Dozenten).

Eine Abteilung für Gesang (4 Professuren).

Eine Opernschule (3 Dozenten).

Angegliedert sind der Hochschule für Musik:

Eine Abteilung für Kirchenmusik (5 Dozenten).

Eine Abteilung für Schulmusik (1 Professur und 1 Dozent).

Eine Orchesterschule (die Dozenten sind die gleichen wie bei der Abteilung für Orchesterinstrumente).

Zu Beginn des Wintersemesters 1926 waren die Studierenden der Kölner Hochschule (Damen und Herren) folgendemassen verteilt:

Klavier	49	
Gesang	59	
Streichinstrumente	43	
Blasinstrumente	6	(nur Herren)
Orgel	8	(nur Herren)
Theorie	1	
Komposition	10	(darunter 1 Dame)
Kapellmeister	22	(" " ")

Abteilung

Abteilung für Kirchenmusik	16
Abteilung für Schulmusik	20
Opernschule	20
Rhythmik	6 (nur Damen).

V. Institut für Kirchen- und Schulmusik
an der Albert - Universität in Königsberg/Pr.

Die Anfänge der Kirchenmusik-Pflege an der Königsberger Universität reichen zurück bis auf ihre 1544 durch Herzog Albrecht erfolgte Gründung. Seine kunstbegeisterte Fürsorge veranlasste es, dass von Anfang an die Musikwissenschaft an der Universität vertreten war. Als ihr erster Repräsentant gilt Thomas Horner, seine wichtige Schrift "de ratione componendi cantus" (die zugleich der erste Königsberger Notendruck war) erschien 1545.

Mit der Umordnung der alten "Facultas artium" verschwand Ende des 16. Jahrhunderts die Musikwissenschaft als selbstständiges Fach. Das damalige Ende der Musikwissenschaft an der Universität hing zusammen mit der Emanzipation der Studenten aus der mittelalterlichen rd Lebensordnung der Universität.

Mit dem 17. Jahrhundert setzt an der Universität die Pflege der

praktischen Musik
ein durch das geschichtlich bedeutsame Zusammenwirken des
"Professor eloquentiae" Simon Dach mit dem damals bedeutendsten
Königsberger

Königsberger Komponisten Heinrich Albert, der Leiter eines studentischen

Collegium musicum

war.

So z.B. wurde im Jubiläumsjahre 1644 ein Festspiel von Bach mit der Musik von Albert durch Studenten aufgeführt. Das gesellige Musizieren der Studenten führte zu einer besonderen Blüte des deutschen Barockliedes. Die wichtigsten Komponisten Albert, Weichmann, Kaldenbach, und Waber waren selbst Studenten oder standen in engeren Beziehungen zu studentischen Kreisen. So entstand im 18. Jahrhundert die Funktion des

akademischen Musiklehrers, der die Studierenden auf ihren Wunsch in der praktischen Musikübung und in theoretischen Kenntnissen zu fördern hatte. Seit jener Zeit sind die tüchtigsten praktischen Musiker Königsbergs aus diesen Kreisen hervorgegangen.

Auf diesem in jahrhundertelangen festgefügtten Fundament der Musikpflege an der Königsberger Universität entsteht auf Antrag des Ministeriums

1811

das Institut für Kirchenmusik und Gesang.

Es diente von Beginn an der musikalischen Ausbildung der Theologen, Kirchenmusiker und Schullehrer. So bestand schon in

Aleser

744

dieser Zeit eine Verbindung von Kirchen- und Schulmusik. Das Institut gliederte sich vom Jahre 1823 ab in ein

Sing - Institut
und Institut für Kirchenmusik.

Im Jahre 1833 erliess das Ministerium die Verfügung, dass "den Studierenden der Theologie und Pädagogik aufgegeben sei, wenigstens ein Semester hindurch dem Singunterricht an der Universität beizuwohnen."

Als hervorragender Musikerzieher und Leiter des Kircheninstituts und Singinstituts Mitte des 19. Jahrhunderts ist Fr. Schmidt zu nennen.

Im letzten Dezennium des 19. Jahrhunderts war an den beiden Instituten die Beziehung zur Schulmusik nicht mehr aufrecht erhalten worden.

Die Musikwissenschaft begann Ende des 19. Jahrhunderts an den Universitäten wieder festen Fuss zu fassen, sie führte in mannigfacher Beziehung zu einer reichen Entwicklung der Musikforschung, in Königsberg ist sie seit 1922 wieder vertreten, wobei auch die Gründung des

musikwissenschaftlichen Seminars erfolgte. Im Zusammenhang mit diesem entstand ein vokales und instrumentales Collegium musicum. Damit wurde die alte Tradition der praktischen Musikübung der Studierenden wieder aufgenommen.

Mit der Einbeziehung der Musikwissenschaft, deren habilitierter Vertreter des Faches auch zum "akademischen Musiklehrer" ernannt wurde, erhielt die Universität eine einheitliche Neuorganisation ihrer Musikpflege. Im Einverständnis mit der theologischen Fakultät

Fakultät wurde die musikalische Ausbildung der Theologie-Studierenden erweitert und vertieft. Die musikwissenschaftlichen Vorlesungen und Übungen gaben dazu das wissenschaftliche Fundament.

Zwei Jahre später konnte der traditionelle Zusammenhang mit der

Schulmusik

wieder hergestellt werden.

Durch einen Ministerial-Erlass vom 22. Mai 1924 wurde die Ausbildung für das

künstlerische Lehramt an

höheren Schulen

eine Laufbahn für mature Studierende. Damit war die Umgestaltung des alten Kircheninstituts zum

Institut für Kirchen- und Schulmusik

vollzogen.

Gegenwärtig wird das Institut von 25 Studierenden besucht, ihre Ausbildung ist eine umfassende und steht unter der Führung von 6 Lehrkräften.

Leiter des Instituts ist der derzeitige Vertreter der Musikwissenschaft und akademische Musiklehrer an der Universität Dr. Müller-Blattau.

Die staatlichen musikalischen Bildungsanstalten in Preußen.

Die ⁴Preussische ⁴Akademie der Künste ~~und~~ ~~der~~
Musiksektion ³der

Die von Freiherrn vom Stein in Zeiten schwerer politischer Bedrängnis begonnene Reform der Preussischen Staatsverwaltung, die von Hardenberg, Altenstein und Wilhelm v. Humboldt fortgesetzt wurde, führte zuerst zu der Begründung einer staatlichen Vertretung der Tonkunst und zu einer amtlichen Aufsichtsstelle für diesen für die Gesamtkultur der Nation so wichtigen Kunstzweig, dessen hohe Bedeutung Wilhelm v. Humboldt mit den Worten betonte: "Kunstgenuss ist einer Nation durchaus unentbehrlich, wenn sie noch irgend für etwas Höheres empfänglich bleiben soll; durch welche Kunst ^{aber} ^{aber} ~~ist~~ derselbe sich bis zu den untersten Volksklassen hin reiner und mächtiger verbreiten als durch die Musik."

Wilhelm v. Humboldt wurde der erste Leiter des ²neugegründeten ~~Departements für Wissenschaft und Kunst~~ ^{Kultus- und Unterrichts-} bei dem Ministerium des Innern, aus ~~dem~~ ²später das Preussische Kultusministerium entstand. Sein Berater auf dem Gebiete der Tonkunst war der Direktor der Singakademie Karl Friedrich Zelter, der dem Ministerium eine ausführliche Denkschrift eingereicht hatte, in der ~~er~~ die Notwendigkeit einer behördlichen Vertretung der Tonkunst ^{überzeugen-} der Weise begründet ^{nicht} hatte. Die Möglichkeit der Schaffung einer solchen Stelle bot sich bei der Akademie der Künste, die seit ihrer 1696 erfolgten Gründung durch den Kurfürsten Friedrich III ausschließlich den bildenden Künsten, dem Kunsthandwerk und den

mechanischen

mechanischen Wissenschaften diene. Es wurde zunächst im Jahre 1809 eine Professur für Musik bei der Akademie begründet, die von ^{W.} Humboldt auf Goethes Fürsprache hin Zelter, der ~~mit~~ ^{seit} 1806 der Akademie ~~ist~~ bereits als Ehrenmitglied angehörte, übertragen wurde. Diese Professur bildete die Keimzelle zu einer wohl schon von Wilhelm v. Humboldt geplanten eigenen Sektion für Musik ~~bei der Akademie~~, die ein Jahr nach Zelters Tod 1833 ins Leben gerufen wurde. Den Mitgliedern dieser neuen Sektion lag die Pflicht ob, auch Unterricht auf musikalischem Gebiet zu erteilen. So war die neugegründete Sektion nicht nur „oberste Musikbehörde des Staates“, sondern zugleich die erste „staatliche Schule für musikalische Komposition“. Die unterrichtliche Tätigkeit der Mitglieder legte wiederum den Grund zur Begründung einer eigenen Lehranstalt für die Tonkunst, die 1869 als „Lehranstalt für ausübende Tonkunst“ begründet wurde, während für das Gebiet der musikalischen Komposition 1882 (nach dem Muster der 1875 begründeten Meisterateliers für die bildenden Künste) vier „Akademische Meisterschulen“ für musikalische Komposition geschaffen ~~wurden~~ ^{wurden}, die ohne Zusammenhang mit der Lehranstalt direkt der Akademie unterstellt ~~wurden~~ ^{sind}. Die am 1. September 1869 begründete Lehranstalt für ausübende Tonkunst erhielt später die Bezeichnung „Akademische Hochschule für Musik“. Bei der Reform der Akademie der Künste von 1875 wurde ~~auch~~ ^{auf} das 1822 ~~von~~ ^{Si. Reich} Zelter ~~begründete~~ ^{gegründete} „Institut für Kirchenmusik“ in ~~den Verband~~ der Unterrichtsanstalten der Akademie aufgenommen.

Die Musiksektion der Preussischen Akademie der Künste ist nach dem heute gültigen Statut „eine zur Förderung der Musik berufene“

berufene Staatsanzalt. ~~Der Aufgabenkreis umfasst:~~

Der Senat der Sektion, der zum Teil aus gewählten, zum Teil aus amtlich bestellten Mitgliedern besteht, ist technische Kunstbehörde und ~~fachlich begutachtender~~ ^{Kunstkommission} Beirat des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. *Es ist der Kunstkommission*

Es ist beauftragt, die Angelegenheiten der Musik zu prüfen und zu empfehlen.
Der derzeitige Vorsitzende der Musiksektion ist Professor Dr. h. c. Georg Schumann, der zugleich als Vorsitzender der Senatssektion fungiert.



Georg Schumann

*Georgische
Anstalt
für Kunst*

Staatliche Akademische Hochschule für Musik
in Berlin.

149

Direktor:

Professor Franz Schreker

Stellvertretender Direktor:

Professor Dr. Georg Schünemann.

Die staatliche akademische Hochschule für Musik in Berlin
umfasst 10 Abteilungen und zwar:

1. die Abteilung für Komposition und Theorie der Musik, einschl.
Geschichte und Stilgeschichte der Musik,
2. die Abteilung für Gesang (Ausbildung für Oper, Oratorium und
Konzert),
3. die Abteilung für Geige und Violoncello,

4. die Abteilung für Klavier und Orgel,
5. die Abteilung für Orchesterinstrumente einschl. Harfe und Kontrabass,
6. die Kapellmeisterschule (Ausbildung von Kapellmeistern für Oper, Oratorium, Chor und Konzert),
7. Seminar für Musikerziehung,
8. die Opernschule (Ausbildung von Sängern und Sängerinnen für Oper und Singspiel),
9. die Opernchorschule (Ausbildung von Chorsängern für Oper und Singspiel),
10. die Orchesterschule,

In allen Abteilung^{en} wird sowohl für ausübende Kunst wie für Lehrberuf ausgebildet.

Zur Aufnahme in die Hochschule ist das Bestehen einer Prüfung erforderlich.

Der Instrumentalunterricht und der Unterricht im Sologesang wird als Einzelunterricht erteilt.

Die pflichtmäßigen Nebenfächer für alle Schüler sind:

1. Klavier
2. Theorie der Musik
3. Geschichte der Musik
4. Instrumentenkunde für Theorie, Klavier - und Instrumental-
klassen
5. Gehörbildung.

Die Gesangschüler erhalten ausserdem wöchentlich klassenweise

1 Stunde

- 1 Stunde Theorie der Gesanglehre,
1 Stunde Anatomie, Physiologie und Hygiene des Stimmorgans,
1 Stunde Italienisch,
1 Stunde Deklamtion,
1 Stunde Rhythmik und Körperbildung (fakultativ). Schüler, die für Oper geeignet sind, treten in die Operschule ein. Diese Schüler erhalten wöchentlich Unterricht in:
1. Sprechübungen,
 2. Gesang,
 3. Partienstudium,
 4. Rhythmische Studien und Gehörbildung,
 5. Italienisch,
 6. Gymnastik,
 7. Dramt. Unterricht,
 8. Stilbildung,
 9. Vorträge über Bühnenbild und Bühnenkostüm,
 10. Körperbildung.

Schüler, die für den Opernchor geeignet sind, erhalten in der Opernchorschule wöchentlich Unterricht in:

1. Sprechübungen,
2. Partienstudium,
3. Klavier,
4. Dramt. Unterricht,
5. Rhythmik und Körperbildung.

Seminar für Musikerziehung.

1. Geschichte der musikalischen Erziehung.

2. Praktische

2. Praktische Musikerziehung,
3. Rhythmische Erziehung,
4. Methodik der Gehörbildung,
5. Methodik des Gesanges,
6. Methodik des Violinspiels,
7. Klaviermethodik,
8. Klavierlehre,
9. Vortragslehre,
10. Einführung in den Unterricht,
11. Praktische Übungen in Einzelgruppen,
12. Psychologie,
13. Allgemeine Pädagogik,
14. Experimentielle Pädagogik und Psychologie.

Der Hochschule sind Vorklassen der Orchesterschule angegliedert, die vom Deutschen Musikverband unterstützt werden. Zur Aufnahme in die Orchesterschule ist das Bestehen einer Prüfung notwendig, die nach den Grundsätzen der Psychotechnik geregelt ist. Diese Prüfung umfasst die Feststellung der Intelligenz, der Beobachtungsgabe, der Konzentration, der optischen, akustischen und musikalischen Auffassung. Für diese Prüfung ist ein weitreichendes Prüfungsmaterial vorhanden, das stetig ausgebaut wird. Ausser der psychotechnischen Prüfung findet eine rein musikalische vor dem gesamten Kollegium statt. Der wissenschaftliche Unterricht ist Klassenunterricht und gewährleistet die

Möglichkeit

Möglichkeit zum erfolgreichen Besuch von wissenschaftlichen Hochschulkursen.

Der Hochschule ist weiter angegliedert eine Schauspielschule.

in der u.a. auch ein Kursus für Mitglieder der Staatstheater vorgesehen ist. Dieser bietet den im ^{Verkehr} Staatsverhältnis mit den Staatstheatern stehenden Mitgliedern die Möglichkeit, ihr Sprachtechnisches Können dauernder Kontrolle und Lehrbehandlung zu unterwerfen.

Ferner ist der Hochschule ein Phonogramm-Archiv angegliedert. In diesem Archiv wird die Musik exotischer Völker in Lautaufnahmen gesammelt. Das Archiv umfasst über 10 000 Aufnahmen aus allen Ländern und bildet die Grundlage für die Veröffentlichungen der vergleichenden Musikwissenschaft. Vom Phonogramm-Archiv werden auch Reisende ausgesendet, die ihre Aufnahmen wieder dem Archiv zuführen.

Der

Staats- und Domchor

ist der Hochschule gleichfalls unterstellt. Er bildet einen Teil der dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung unterstellten Anstalten. Er ist bestimmt

- a) als Musterchor für Chorgesang zu dienen,
- b) den Chorgesang bei Gottesdiensten und liturgischen Andachten und bei besonderen feierlichen Anlässen der Domkirche auszuführen,
- c) Konzertaufführungen und Uebungen im allgemein ersicherischen und unterrichtlichem Interesse der Hochschule für Musik zu veranstalten und

d) auf

Von 1923 bis 1926 gestaltete sich der Besuch der

an der Staatlichen Akademischen Hochschule für Musik folgender-
massen:

" " 1924/25 " 450 " " "

Im Sommersemester 1926	507	"	"	"
------------------------	-----	---	---	---

1000

1872

Char. L. H.
quadrang.
Wife (Lun)
II ally.

Utah in (Luzon) high above. This 1882.
full page

AKADEMIE DER KÜNSTE ZU BERLIN

WB. PARISER PLATZ 4.

A

2
Aufgaben in die Hauptaufgaben finden in der Regel
mit jeder Hauptaufgabe bezogene Nebenfragen, die eine
genauere Kunde und Vollständigkeit notwendig haben.

1
Jede Hauptaufgabe trägt einen selbstständigen Charakter
nicht nur in sich, sondern auch von Nebenfragen angeordnet
wird und jeder Kunde verantwortlich ist.

Dem Kunden der Hauptaufgabe ist der Umfang der an ihn
verpflichtet für die Hauptaufgabe selbstständig und selbstständigen
Arbeiten und verantwortlichen Auffassungen innewohnend
gefordert.

Die vorstehende Abhandlung der Hauptaufgabe selbstständig
allgemein Hauptaufgabe, in denen die Hauptaufgabe der
Hauptaufgabe zugehörigen Hauptaufgabe ist
Nebenfragen zur Auffassung kommen lassen.

steher der Meisterklassen waren Grell, Kiel, Bargiel und Taubert.

In der weiteren Entwicklung berief das Kultusministerium auf Anträge der Musik-Sektion der Akademie der Künste zu Vorstehern der Meisterklassen

Heinrich von Herzogenberg

Martin Blumner

Max Bruch

Engelbert Humperdinck

Friedrich Gernsheim

Richard Strauss (~~aus langer Zeit tätig~~)

Georg Schumann (seit 1913 tätig)

Auf Initiative des Ministeriums wurden an die Meisterschulen für musikalische Komposition berufen

Feruccio Busoni

Hans Pfitzner (seit 1920 tätig)

Arnold Schönberg (seit 1925 tätig)

Die Preussische Akademie der Künste veranstaltet alljährlich Konzerte, in denen die Vorsteher der Meisterklassen geeignete Kompositionen ihrer Studierenden zur Aufführung kommen lassen.

*Vielf.
Luttk. A*

III, Staatliche Akademie für Kirchen- und Schulmusik

Die für deutsche Kultur und deutsches Volkstum unschätzbare wichtige Anstalt ist hervorgegangen aus dem 1822 gegründeten "Institut für Kirchenmusik".

Als erster Leiter dieses dem Preussischen Kultusministerium unterstellten "Königlichen" Instituts wirkte von 1822 bis 1832

Karl

Karl Friedrich Zelter. Der Unterricht wurde unter Führung von Zelter den Musikern Bernhard Klein und August Wilhelm Bach mit 8 Schülern begonnen und erstreckte sich auf die Uebung in kirchlichen Gesängen, Generalbass, einfachem und doppeltem Kontrapunkt, Orgelspiel und Orgelbau. Durch Zelter erhielten die Schüler eine Anweisung zur Komposition und Lehrmethode. Als Lehrer des Klavierspiels traten Karl Gottlieb Reissiger und Eduard August Grell in das Institut ein.

Ein Zusammenhang mit der Akademie der Künste bestand damals nicht. Die offizielle Bezeichnung der Anstalt als "Akademisches" Institut wurde erst 1875 vollzogen.

Unter A.W. Bach's Leitung (1832 bis 1869) erhielt das Königliche Institut für Kirchenmusik seine besonderen Schulgesetze, er führte eine Aufnahmeprüfung und öffentliche Konzerte ein. Das Institut sollte die Aufgabe erfüllen, junge Leute zu Organisten, Kantoren, Gesang- und Musiklehrer an Gymnasien und Schullehrer-Seminaren auszubilden. Durch königliche Willensäußerung aufgefordert, wurde dem Stundenplan des Instituts ab 1839 auch die Erziehung im liturgischen Gesang eingefügt.

Um das Jahr 1850 konnte das Institut als die musikpädagogische Zentralanstalt ^{Preussens} gelten. Als pädagogisch bedeutendste Persönlichkeit dieser Periode muss neben Grell der weit bekannte und verdienstvolle Klaviermeister Albert Lüschhorn genannt werden. Durch Grell's Initiative wurde das Studium der strengen Vokalmusik in erhöhtem Masse gepflegt, die nach seinem Rücktritt

(1863)

[1853) durch eine stark einseitige Betonung der Orgelmusik verdrängt ^{wurde, wie} auch das Studium im a cappella-Gesang vernachlässigt wurde. Erst einer weit späteren Periode des Instituts, durch die schöpferische Tat Carl Thiel's und Hermann Kretschmar's, war es vorbehalten,

diesem für den Kirchen- und Schulausiker gleich bedeutungsvollen Gebiet an der Anstalt eine hervorragende Kulturstätte zu bereiten.

Unter der Leitung von A. Haupt (1869 - 1891) einem berühmten Orgelmeister, blieb bedauerlicherweise die Vernachlässigung des Gesang- und Chorwesens bestehen, sodass die musikalische Sektion der Königlich Akademischen Künste 1870 die nachdrückliche Forderung stellte: Es müsse für eine stärkere Kultivierung des gesanglichen und chorischen Studiums gesorgt werden.

Im Jahre 1881 erfolgte die Einführung des Gregorianischen Gesanges als Unterrichtsfach.

Unter Robert Radecke's Leitung (1892 - 1907) wurde die Anstalt einer glücklichen Entwicklung entgegengeführt. Radecke überragte seine Vorgänger bei weitem an Vielseitigkeit und Tiefe der praktischen musikalischen Bildung, wie auch an Erfahrung des Pädagogen.

Nicht nur Preussen, auch die anderen deutschen Staaten liessen es sich angelegen sein, ihre musikalisch befähigten Schullehrer dem Institut zu künstlerischer Weiterbildung zuzuwenden.

An neuen Lehrkräften traten ein:

Carl Thiel (für gregorianischen Gesang und Musikgeschichte)

Arthur Egidi (für Orgel)

Hermann Schröder (für Violine, Partitur und Ensemble-spiel)

Theodor Krause (für Gesang)

Die Gesangstunden wurden wesentlich erhöht, die Studierenden erhielten eine theoretische Unterweisung in der Methodik des Schulgesangs und eine Einführung in den liturgischen Chorgesang.

In eine entscheidende, organisatorisch vollkommen neue Epoche trat das akademische Kircheninstitut durch die Berufung Hermann Kretzschmar zum Direktor der Anstalt. Er vereinigte in sich den Musikgelehrten universeller Bedeutung mit der schöpferischen Kraft des genialen Organisators. Die von ihm eingeführte Reform erstreckte sich auf Erweiterung des Unterrichtszieles, Verlängerung der Studienzeit, Forderung besserer Vorbildung für die Aufnahme, gründliche Einführung in die Methodik des Schulgesangs, Einrichtung eines eigenen Knabenchores, und unter Beaufsichtigung des Gesanglehrers Anleitung zum Schulgesang-Unterricht nach festen, methodischen Grundsätzen. Unter Anweisung einer stimm-ärztlichen Autorität wurden die Studierenden in die wichtigsten anatomischen und physiologischen Kenntnisse der Sprech- und Atemwerkzeuge eingeführt und mit den Forderungen über die Behandlung jugendlicher Stimmen bekanntgemacht. Der theoretische Unterricht wurde umgestaltet und wesentlich lich.

lich erweitert.

Mit der Gründung eines aus solistischen Stimmen bestehenden Madrigal-Choris, dessen Leitung Professor Carl Thiel oblag (sie liegt auch heute noch in seinen Händen), wurde endlich der Weg beschritten, die grosse Kultur-Epoche der alten acappella Musik, ebenso die acappella Schöpfungen der Neuzeit für den künstlerischen Erziehungsplan der Anstalt fruchtbar zu machen.

Die Leistungen dieses Madrigal-Chaors unter Thiel's ~~ausführ-~~
~~tem~~ Studium wurden zu Chor-Kundgebungen höchsten und reinsten Stils, für die Studierenden der Anstalt eine unerschöpfliche Quelle wichtiger, grundlegender Erkenntnisse. In 10-12 Vortragsabenden jährlich wurde den Studierenden Gelegenheit gegeben, im öffentlichen Auftreten Sicherheit zu gewinnen und sich über Fortschritte und Leistungen ausweisen zu können. Im Zusammenarbeiten von Staatsbehörde und Kirche^{an} Institut wurden von einer dazu berufenen Kommission Lehrpläne für die höheren Lehranstalten eingeführt und für eine Besserstellung der Gesanglehrer Sorge getragen. Im Jahre 1913 wurden auch die Volksschulen in diese Reform mit einbezogen.

Neben dem Ausbau eines umfassenden Chorstudiums setzte sich Kretschmar nachdrücklichst dafür ein, die Organisten im Interesse einer Vertiefung musikalisch kirchlicher Arbeit zu selbstständig produktivem, improvisatorischem Orgelspiel zu ersiehen.

ersiehen.

Die Hauptlehrkräfte dieser Periode waren: Professor Carl Thiel, Professor Georg Rolfe, Universitätsprofessor Dr. Johannes Wolf, Arthur Egidi.

An den staatlichen Prüfungen für Gesanglehrer an höheren Lehranstalten, Organisten und Chordirigenten haben sich bis zur Gegenwart nicht nur die Studierenden der Anstalt, sondern in steigendem Masse auch Bewerber aus Preussen und anderen deutschen Staaten beteiligt.

Anlässlich der Hundertjahr-Feier des Akademischen Kircheninstituts wurde der Anstalt 1922 vom preussischen Staat die Bezeichnung

Staatliche Akademie für Kirchen- und Schulmusik verliehen.

Am 1. Oktober 1922 trat Direktor Kretzschmar in den Ruhestand, sein Nachfolger wurde

Professor Carl Thiel.

Die Neuordnung des höheren preussischen Schulwesens und die mit ihr einsetzenden neuen Ziele der Schulmusik brachten auch für die staatliche Akademie für Kirchen- und Schulmusik notwendigerweise bedeutsame Reformen, die in ihrer letzten Wirkung zur Einführung einer

Prüfung für das künstlerische Lehramt an höheren Schulen

führte. Die Zulassung zum Studium in der Abteilung für Schulmusik erfolgt seit Ostern 1925 nur auf Grund der abgelegten Reifeprüfung einer preussischen höheren Lehranstalt und einer musikalischen Aufnahmeprüfung. Die Dauer des Studiums beträgt

8 Semester,

8 Semester, von denen 2 auf etwaiges Universitätsstudium angerechnet werden können. Auch die Bedingungen für die Studierenden der Kirchenmusik sind nach der Ordnung vom 24. November 1925 in Beziehung auf das praktische, theoretische, liturgische und musikwissenschaftliche Studium wesentlich erhöht worden. Die Dauer des Studiums an dieser Abteilung erstreckt sich in der Regel auf 4-6 Semester.

Der Gesamt-Lehrplan

der Akademie umfasst:

Musiktheorie, Komposition
Instrumentation
Einrichtung älterer Musik
Improvisation und Musik-Diktat
Partiturspiel
Stimmbildung und Sologesang
Chorgesang und Chorleitung
Klavierspiel
Orgelspiel
Violinspiel
Orchesterübungen.

Lehrplanmäßige Vorlesungen und Übungen

in

Musikgeschichte
Musik-Aesthetik
Instrumentenkunde
Liturgik (einschl. gregorianischer Choral)
Chorliteratur

Stimmphysiologie

Stimmphysiologie und Stimm-Hygiene

Musikersziehung

Methodik der Schulmusik

Sprechersziehung

praktische Unterrichtsübungen für höhere Lehranstalten
und Volksschulen (Jugendmusikschule).

Ausserdem sind zur Ausbildung für Lehrer an Volksmusikschulen
besondere Kurse angegliedert. Und endlich sind freie Vortrags-
reihen eingerichtet auf den Gebieten liturgischer, musikwissen-
schaftlicher, physiologischer und pädagogischer Erziehung.

Die der Akademie organisch angegliederte

Jugendmusikschule

unter Leitung von Professor Fritz Jöde, dem hauptsächlichsten
Bahnbrecher und Förderer der deutschen Jugendbewegung, bezweckt
die Wiedererwerbung einer edlen Volksmusik durch gründliche,
über den Rahmen des heutigen Schulmusikunterrichts hinausgehende
Musikunterweisung und gemeinsame Pflege des durch sie erworbenen
Kulturgutes.

Unterricht und Arbeit der Jugend-
musikschule soll hinführen zu einem
Singkreis, in dem sie ihren Abschluss
findet.

Die

pädagogische Abteilung

der Akademie für Kirchen- und Schulmusik macht es sich zur Auf-
gabe, die Talente der musikalisch begabten Schüler höherer
Lehranstalten geänglich und musikalisch in einmütigem Streben
und

und in gleicher Richtung mit der höheren Schule weiterzuführen.
Der Unterricht wird unentgeltlich erteilt.

In besonderem Hinweis sei betont, dass die Staatliche Akademie für Kirchen- und Schulmusik es sich neben der Ausbildung der Schulmusiklehrer zur besonderen Aufgabe macht, der

musikalischen Jugendbewegung Wegweiserin und Führerin zu sein. Es ist kein Zweifel, dass die Jugendbewegung von Anfang an in der Musik einer der stärksten Bundesgenossen in ihrem Streben zur geistigen Erneuerung erblickt, und es bleibt eines ihrer wesentlichen Verdienste, dass sie den Weg zum alten, echten Volklied wiedergefunden hat.

Die über ganz Deutschland verbreiteten

Musikantengilden

Fritz Jöde's dürfen als ein erfreuliches Zeichen der Erneuerung gelten. Beachtenswert ist auch die Arbeit der Musikantengilden in den verschiedenen Bünden der deutschen Jugendbewegung, ferner in den religiösen, politischen, Wirtschafts- und Kulturverbänden, die eine ausgesprochene Tendenz zur Versöhnung, zur Vergemeinschaftlichung durch die Musik haben.

Die Gesamtzahl der Lehrkräfte an der Staatlichen Akademie für Kirchen- und Schulmusik beträgt einschl. des Direktors gegenwärtig 27 Damen und Herren.

Die Gesamtzahl der Studierenden beiderlei Geschlechts hat sich seit 1913 ungefähr verdreifacht, sie betrug im Wintersemester 1926/27

96 Vollstudierende

und 96 Vollstudierende
41 Hospitanten.

IV.

Hochschule für Musik in Köln/Rhein

Direktor:

Professor Walter Braunfels

Die Hochschule für Musik in Köln wurde als Nachfolgerin
des durch eine ruhmvolle Tradition angesehnen Kölner
Konservatoriums im Oktober 1925 eröffnet; Sie umfasst:

Eine Abteilung für Komposition und Theorie der Musik und
Rhythmik einschl. Geschichte und Stilgeschichte der Musik
(2 Professuren, 4 Dozenten).

Eine Kapellmeisterschule (2 Professuren).

Eine Abteilung für Klavier, ^mCembalo und Orgel (4 Professuren),
6 Dozenten).

Eine Abteilung für Violine und Violoncello (3 Professuren).

Eine Abteilung für Orchesterinstrumente einschl. Harfe und
Kontrabass (14 Dozenten).

Eine Abteilung für Gesang (4 Professuren).

Eine Opernschule (3 Dozenten).

Angegliedert sind der Hochschule für Musik:

Eine Abteilung für Kirchenmusik (5 Dozenten).

Eine Abteilung für Schulmusik (1 Professur und 1 Dozent).

Eine Orchesterschule (die Dozenten sind die gleichen wie
bei der Abteilung für Orchesterinstrumente).

Zu

Zu Beginn des Wintersemesters 1926 waren die Studierenden der Kölner Hochschule (Damen und Herren) folgendermassen verteilt:

Klavier	49
Gesang	59
Streichinstrumente	43
Blasinstrumente	6 (nur Herren)
Orgel	8 (nur Herren)
Theorie	1
Komposition	10 (darunter 1 Dame)
Kapellmeisterschule	22 (" " ")
Abteilung für Kirchenmusik	16
Abteilung für Schulmusik	20
Opernschule	20
Rhythmik	6 (nur Damen)

V.

musik
Institut für Kirchen- und Schulmusik
an der Albert-Universität in Königsberg/Pr.

Die Anfänge der Kirchenmusik-Pflege an der Königsberger Universität reichen zurück bis auf ihre 1544 durch Herzog Albrecht erfolgte Gründung. Seine kunstbegeisterte Fürsorge veranlasste es, dass von allem Anfang an die Musikwissenschaft an der Universität vertreten war. Als ihr erster Repräsentant gilt Thomas Harnax, seine wichtige Schrift "de ratione componendi cantus" (die zugleich der erste Königsberger Notendruck war)

erschienen

erschien 1545.

Mit der Umordnung der alten "Facultas ^{artium} ~~scientiarum~~" verschwand Ende des 16. Jahrhunderts die Musikwissenschaft als selbstständiges Fach. Das damalige Ende der Musikwissenschaft an der Universität hing zusammen mit der Emanzipation des Studenten aus der mittelalterlichen Lebensordnung der Universität.

Mit dem 17. Jahrhundert setzt an der Universität die Pflege der

praktischen Musik ein durch das geschichtlich bedeutsame Zusammenwirken des "Professor eloquentiae" Simon Dach mit dem damals bedeutendsten Königsberger Komponisten Heinrich Albert, der Leiter eines studentischen

Collegium musicum

war.

So z.B. wurde im Jubiläumsjahre 1644 ein Festspiel von Dach mit der Musik von Albert durch Studenten aufgeführt. Das gesellige Musizieren der Studenten führte zu einer besonderen Blüte des deutschen Barockliedes. Die wichtigsten Komponisten Albert, Weichmann, Kaldenbach und Weber waren selbst Studenten oder standen in engeren Beziehungen zu studentischen Kreisen. So entstand im 18. Jahrhundert die Funktion des

akademischen Musiklehrers, der die Studierenden auf ihren Wunsch in der praktischen Musikübung und in theoretischen Kenntnissen zu fördern hatte. Seit jener Zeit sind die tüchtigsten praktischen Musiker Königsbergs

aus

aus diesen Kreisen hervorgegangen.

Auf diesem in jahrhundertelangen festgefügtten Fundament der Musikpflege an der Königsberger Universität entsteht auf Antrag des Ministeriums

1811

das Institut für Kirchenmusik und Gesang.

Es diente von Beginn an der musikalischen Ausbildung der Theologen, Kirchenmusiker und Schullehrer. So bestand schon in dieser Zeit eine Verbindung von Kirchen- und Schulmusik. Das Institut gliederte sich vom Jahre 1823 ab in ein

Sing-Institut

und

Institut für Kirchenmusik.

Im Jahre 1833 erliess das Ministerium die Verfügung, dass "den Studierenden der Theologie und Pädagogik aufzugeben sei, wenigstens ein Semester hindurch dem Singunterricht an der Universität beizuwohnen".

Als hervorragender Musikerzieher und Leiter des Kircheninstituts und Singinstituts Mitte des 19. Jahrhunderts ist Fr. Sämman zu nennen.

Im letzten Dezennium des 19. Jahrhunderts war an den beiden Instituten die Beziehung zur Schulmusik nicht mehr aufrecht erhalten worden.

Die Musikwissenschaft begann Ende des 19. Jahrhunderts

an

an den Universitäten ^{wieder} ~~wieder~~ festen Fuss zu fassen, sie führte in mannigfacher Beziehung zu einer reichen Entwicklung der Musikforschung, in Königsberg ist sie seit 1922 wieder vertreten, wobei auch die Gründung des

musikwissenschaftlichen Seminars erfolgte. Im Zusammenhang mit diesem entstand ein vokales und instrumentales Collegium musicum. Damit wurde die alte Tradition der praktischen Musikübung der Studierenden wieder aufgenommen.

Mit der Einbeziehung der Musikwissenschaft, deren habilitierter Vertreter des Faches auch zum "akademischen Musiklehrer" ernannt wurde, erhielt die Universität eine einheitliche Neuorganisation ihrer Musikpflege. Im Einverständnis mit der theologischen Fakultät wurde die musikalische Ausbildung der Theologiestudierenden erweitert und vertieft. Die musikwissenschaftlichen Vorlesungen und Übungen gaben dazu das wissenschaftliche Fundament.

Zwei Jahre später konnte der traditionelle Zusammenhang mit der

Schulmusik

wieder hergestellt werden.

Durch ein Ministerial-Erlass vom 22. Mai 1924 wurde die Ausbildung für das

künstlerische Lehramt an höheren Schulen

eine Laufbahn für mature Studierende. Damit war die Umgestaltung des alten Kircheninstituts zum

Institut

Institut für Kirchen- und Schulmusik

vollzogen.

Gegenwärtig wird das Institut von 25 Studierenden besucht, ihre Ausbildung ist eine umfassende und steht unter der Führung von 6 Lehrkräften.

Leiter des Instituts ist der derzeitige Vertreter der Musikwissenschaft und akademische Musiklehrer an der Universität:
Dr. Müller-Blattau.

W. Taubert

den 27. April 1927

J. Nr. 560

Auf die Anfrage vom 27.v.Mts. erwidern wir ergebenst,
dass es leider nicht möglich ist, Ihnen die Erben des Musikdirek-
tors Wilhelm Taubert anzugeben. Wir haben Ihren Brief wunschge-
mäss an das Einwohnermeldeamt Berlin abgegeben.

Der Präsident

Im Auftrage



Herrn

Alfred Re i f e n b e r g

M ü n c h e n

Kaiserstr. 54,1

Mr. R

772

Ab mit 1. April
5 Uhr

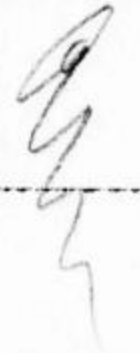
J.Nr. 560

den 27. April 1927

Anliegend übersenden wir Ihnen ein Schreiben des Musik-
schriftstellers Alfred Reifenberg aus München, Kaiserstr. 54,1
mit der Bitte, Nachforschungen darüber anzustellen, ob Erben des
in Berlin verstorbenen Musikdirektors Wilhelm Taubert vorhanden
sind. Wir bitten Reifenberg von dort aus zu benachrichtigen.

Der Präsident

Im Auftrage



An das

Einwohnermeldeamt

Berlin

14 17

773
Berlin, den 26. April 1927

Urschriftlich

dem Herrn Preussischen Minister für Wissenschaft,
Kunst und Volksbildung

Berlin W 8

überreicht
Der Präsident

G. L. Schwan

ergebenst zurückgereicht mit der Befürwortung, dem Komponisten
Hermann Wunsch in Anerkennung seines ernsten und erfolgreichen
Schaffens, sowie mit Rücksicht auf seine dauerndebedrängte
wirtschaftliche Lage aus dem Hilfsfonds des Ministeriums
eine einmalige Unterstützung gewähren zu wollen.

Senat der Preussischen Akademie der Künste
Sektion für Musik
Der Vorsitzende

Kunze

M H

Für Randerlasse des Ministeriums.

Tag und Nr. des Eingangs:

Zahl der Anlagen:

Kurze Inhaltsangabe:

Datum und Nr. des Erlasses:

Der Erlaß ist gerichtet an

und enthält folgenden Text:

Ihr Kunsen ist sehr
 unzufrieden mit dem
 hier durchgeführten
 da er jedoch ein
 unterrichtungs
 sein das er aus der
 sehr Freude der
 sein sehr unterrichtungs
 94. 10. 1897
 H. H. H.

Frist für die Rückgabe:

J. Nr. 407

9. April 1927

Auf das Schreiben vom 28. Februar d. Js.
erwidern wir ergebenst, daß der Senat nicht in
der Lage ist, Gutachten irgendwelcher Art an Pri-
vatpersonen abzugeben.

Die vorgelegten Lieder folgen anbei zurück.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

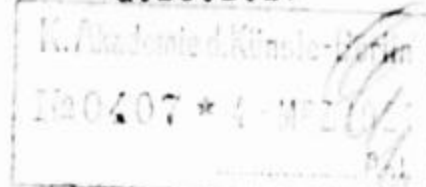
ern

Eduard A l s l e b e n

N i e n b u r g / S a a l e



d. 28.2.27



Alsbögen
8.11.27

Akademische Meisterschulen
für musikalische Komposition,
Charlottenburg.

Bitte beiliegende Lieder zu prüfen, ob selbige sich zur
Vertonung eignen. Ohne gegenseitige Vergütung darf darüber verfügt
werden. Ich behalte mir, für gute Vertonungen Preise zu stiften.

Hochachtungsvoll

Eduard Alsbögen

776

9. April 1927

Die uns ohne Anschreiben eingesandten Kompositionen lassen wir Ihnen anliegend wieder zugehen.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

[Signature]

Herrn

Domorganisten

Johannes K o r b

Halberstadt

M H

J. Nr. 419

den 5. April 1927

Betr. Die Errichtung einer Privatschule
für ~~Bayern~~ Musik mit anschließendem
Seminar (Dallorze) durch Fräulein
Nottebohm in Halle a/S.

Ueberreicht
Der Präsident
Im Auftrage

Von seiten des Senats besteht kein
Bedenken, die Anschließung eines Semi-
nars an die Privatanstalt von Fräulein
Nottebohm in Halle zu empfehlen. Es lie-
gen uns mehrere sehr günstige Urteile
über die Leistungen der Anstalt vor,
außerdem hatten einige Mitglieder des Se-
nats Gelegenheit sich persönlich von der
erfolgreichen Arbeit der Anstalt zu über-
zeugen.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

H. H. H.

An
den Herrn Minister für
Wissenschaft, Kunst und
Volkebildung

Berlin

----- *M. H.*

Der Preussische Minister
für Wissenschaft, Kunst und
Volksbildung

U IV Nr. 20092

Bei Beantwortung wird um Angabe
der Geschäftsnummer gebeten.

Berlin W 8 den 3. März 1927.

Unter den Linden 4
Telefon: Zentrum 11340-11343

Abschrift.

Die Regierung
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen. Mersburg, den 7. Februar 1927.
II c G. 473.

Betrifft: Die Errichtung einer Privatschule für Rhythmik mit an-
schließendem Seminar (Dalcroze) durch Fräulein Hedwig Nottebohm,
in Halle a.S.

60 Anlagen und 1 Heft.

Dem Fräulein Hedwig Nottebohm in Halle a.S. ist mit unse-
rer Genehmigung vom Schulrat für Halle I B unterm 15. Juli v. Js. ¹
ein Unterrichtserlaubnisschein für Musik, rhythmische Gymnastik
Plastik und Gehörbildung ausgestellt worden. Sie bittet jetzt
unter Vorlage der entsprechenden Nachweise über ihre bisherige
Ausbildung und praktische Tätigkeit um die Genehmigung zur
Leitung einer Privatschule für Rhythmik (Gymnastik-Musik) mit
anschließendem Seminar (Dalcroze). Die Anstalt soll die Bezeich-
nung „Nottebohm-Schule für Rhythmik (Gymnastik-Musik) mit an-
schließendem Seminar (Dalcroze)“ führen.

Die Antragstellerin hat nach den beigelegten Anlagen 4, 5a,
5b und 5c die Prüfung als Lehrerin der Methode Jaques-Dalcroze
und die große Diplomprüfung für rhythmische Gymnastik, plastische
Körperbildung und Musik (Gehörbildung und Improvisation auf dem
Klavier) bestanden.

Der zuständige Schulrat hat sich für die Berücksichtigung
des

des Antrages ausgesprochen; von uns wird der Antrag gleichfalls befürwortet.

Wir bitten um Entscheidung,

ob wir dem Gesuche des Fräuleins Nottebohm, ebenso wie bei Erteilung der Genehmigungen zur Errichtung der Musikschulen und Musikseminare, auf Grund des Erlasses vom 2. Mai 1925 - U IV 10612 VII, VIII D. 1 - entsprechen dürfen, oder ob die Entscheidung des Herrn Ministers in jedem Einzelfalle einzuholen ist, gegebenenfalls ob eine generelle Regelung hinsichtlich solcher Rhythmik- und Tanzseminare zu erwarten ist.

gez. Grützner. gez. Volokheim.

An den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Berlin 7 8.

Abschriftlich mit allen Anlagen (diese g.R.)

an

den Senat der Akademie der Künste,
Sektion für Musik,

hier

mit dem Ersuchen um gefällige gutachtliche Äußerung hinsichtlich des an der Privatschule für Rhythmik angeschlossenen Seminars (Dalcroze).

Im Auftrage

gez. Nentwig.



BEGLAUBIGT

L. Nentwig

MINISTERIAL-KANZLEISEKRETÄR

779

Fräulein Nottebohm ist offenbar eine
früher Rhythmik- und Tanzschülerin. Sie hat
den Fall nach ein wenig der Leitung der
privat. Schule.
Die Unterrichts- und Erziehungs- des Ministers, dass für das
einige Unterricht in der Schule des in der Privatschule
Errichtung v. Musikschulen auf einer Privatschule, sondern in der
müßte Vornahme d. Vornahme (April) in der Schule, aber in
Folge abzuwarten sollte.

Ich bin die Sitzung am 28. / 4.
zu den Sitzungen. Die Sitzungen
in der Akademie ist der Minister des
Sachverhalts mit dem Minister
in der Sitzung. Auftrage des Ministers
sind zu befolgen zu befolgen.
Grazie

Handwritten signature/initials

J. Nr. 331

den 5. April 1927

Betr. Internationale Musik-
ausstellung in Genf.

Uebersieht
Der Präsident
Im Auftrage

Handwritten signature

Mit Bezug auf den Erlaß vom 12.
Februar d. Js. - U IV Nr. 10328 - beehren
wir uns zu berichten, daß der Unter-
zeichnete bereit ist, anlässlich der Inter-
nationalen Musik-Ausstellung in Genf für
die Einrichtung einer Normalstimmung ein-
zutreten.

Vielleicht läßt sich durch die
Deutsche Gesandtschaft in Bern baldigst
die Feststellung erreichen, ob und zu
welchem Zeitpunkt die Ausstellungsleitung
eine Diskussion über die Normalstimmung
im Rahmen ihrer Darbietungen einzufragen
bereit wäre.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

Handwritten signature

An
den Herrn Minister für
Wissenschaft, Kunst und
Volksbildung
Berlin W 8

Der Preussische Minister
für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung

U IV Nr. 10328

Bei Beantwortung wird um Angabe
der Geschäftsnummer gebeten.

Berlin H S den 12. Februar 1927.
Unter den Linden 4

K. Akademie d. Künste - Berlin
№ 0331 * 12. FEB 1927

Auf den Bericht vom 22. Januar d. Js. 64, betreffend die interna-
tionale Musikausstellung in Genf, stelle ich Euer Hochwohlgeboren
anheim, dem Vorschlage des Herrn Geheimrats Planck zu folgen, wenn es
gelingt, eine praktisch erfahrene Persönlichkeit zu finden, die in ge-
eigneter Form für die Einrichtung einer Normalstimmung eintreten kann.

An
den Herrn Präsidenten der
Akademie der Künste

Im Auftrage
gez. Nentwig.

Berlin.

15. II. 27

BESLAUBNOT

MINISTERIAL-SEKRETARIAT

Anbitt
Antennensonde
Mischel. Lin. Mollus. (Mischel. Verruc.)
in Zerst

In Zerst von ... geben von der
Anweisung, entlieh der Zerst. Mischel. Lin. Mollus.
die Lagen der Verruc. Mischel. Lin. Mollus. sind
geschliffen Mischel. Lin. Mollus. zu lassen.
Jens Prof. Dr. Georg Lehmann für den Fund von
Lamm. Mischel. Lin. Mollus., diese Aufg. zu übernehmen
sollte der Nach. genügt sein sollt. die Lagen geschliffen
Mischel. Lin. Mollus. (Mischel. Lin. Mollus.) zu übernehmen.
Weillm. Lipt. für die Lagen geschliffen Mischel. Lin. Mollus.
Verruc. (die Lagen Mischel. Lin. Mollus.) zu übernehmen
Jens Prof. Dr. Georg Lehmann für den Fund von
Lamm. Mischel. Lin. Mollus., diese Aufg. zu übernehmen
sollte der Nach. genügt sein sollt. die Lagen geschliffen
Mischel. Lin. Mollus. (Mischel. Lin. Mollus.) zu übernehmen.

Der Fund, Mischel. Lin. Mollus.
Mischel. Lin. Mollus.
In Zerst

OK.

den Herrn Minister
Wissenschaft, Kunst und
Völkervermittlung
H. v. L. v. W.

Das vom Vorsitzenden namens
überreicht mit dem Zertifikat, mündlich
inmündlich einen bekannten Ringen mit
dem Inhalt der Dreyer: in Dreyer:
manipuliert zu managen, das die Abhandlung
des Min. Ministerium als genügendes Kaufverbot
für das Problem der Kommod. Min. und
entsprechend der Kaufverbot
Minist. der Kultur, wappender Minister.

Die Sitzung wird geschlossen

sp.

ab Hm 2 2. April
W. H. H.

Preussische Akademie der Künste

Berlin W 8, den 4. April 1927
Pariser Platz 4

J. Nr.: 381

Urschriftlich mit 2 Anlagen

Ueberreicht
Der Präsident
Im Auftrage

dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und
Volkebildung

B e r l i n

mit dem Erwidern ergebenst zurückgereicht, daß sich der Senat
grundsätzlich gegen die Abhaltung von regelmäßigen Gesangs-Wett-
streiten ausgesprochen hat, da von diesen Veranstaltungen eine
Kunstförderung nicht erwartet werden kann.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

94. Hamann

klap mm 049. 1A-
h. 1: 10533

AKADEMIE DER KÜNSTE ZU BERLIN

WB, PARISER PLATZ 4.

- 1. Schumann 5. Reinhold
- 2. Schubert 6. Hoffmann
- 3. Thiel gen. Thiel
- 4. Schubert

Herrn Dr. von Schumann
zur Circulation unter den Mitgliedern
d. Kunstvereins, dass bei der
Kunst, d. Kunst zur Kunst, gefallt
zu werden.

SS.

186

**Reichsverband
Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer E. V.**

Fernsprecher: Ausfüß 9386

Berlin, den 25. März 1927.
W 57, Zietenstraße 27

1927.

26. MRZ 1927

Betrifft:

Dict.: Do./Se.

Obige Kennworte sind in der
Antwort anzugeben

An die

„Akademie der Künste“,

Berlin W. 8.

Pariserplatz 4.

Im Auftrage von Herrn Ebel überreichen wir Ihnen in
Anlage 15 Denkschriften..

Hochachtungsvoll

H. F. Tönnies



M 14

Denkschrift zum Preußischen Erlaß vom 5. Mai 1925.

An den

Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung

Berlin W

Unter den Linden 4

Der „Reichsverband Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer“ E. V. hat durch seine Vertreter an den Vorarbeiten zum Preußischen Erlaß vom 2. Mai 1925 teilgenommen und die Wünsche und Forderungen des Berufsstandes nachdrücklich in allen Sitzungen zum Ausdruck gebracht. Es muß anerkannt werden, daß nicht nur viele Anregungen, sondern auch wichtige Forderungen unserer Ständesvertreter im Erlaß erfüllt worden sind, so daß nach gewissenhafter Prüfung des Gesetzes die Vertreter aller den „Vereinigten Musikpädagogischen Verbänden“ angeschlossenen Organisationen sich auf den Boden des Erlasses stellten. Andererseits erkannten die erfahrenen Führer der Berufsorganisationen, daß nicht nur bedeutungsvolle Forderungen der Verbände unerfüllt blieben, daß der Erlaß auch Lücken und Schwächen zeige, deren Abstellung angestrebt werden müsse. Sowohl die „V. M. V.“ wie der R. D. T. M. wandten sich in ausführlichen Eingaben mit ihren Bedenken, Wünschen und Forderungen an das Ministerium, und es sei erneut betont, daß die „Vereinigten Musikpädagogischen Verbände“ bereits mehrere Denkschriften (deren wichtigste dann später in Nr. 411 der „Deutschen Tonkünstler-Zeitung“ veröffentlicht worden ist) im Wortlaut festgelegt hatten, bevor im Sommer 1925 in der Öffentlichkeit eine scharfe Opposition gegen den Erlaß einsetzte.

Die Erfahrungen der letzten anderthalb Jahre haben gezeigt, daß unsere Kritik am Erlaß berechtigt war. Noch heute halten wir die in der letzten ausführlichen Denkschrift vom 9. September 1925 niedergelegten Wünsche und Anregungen zum Erlaß vollinhaltlich aufrecht! Aber die Folgezeit mit ihrer reichen praktischen Erfahrung hat noch die Berechtigung weiterer Forderung dargetan, und so gestattet sich der „Reichsverband“, gestützt auf diese Erfahrungen einerseits, sowie auf die zahlreichen, uns von unseren Unterverbänden übermittelten Anträge andererseits, dem Herrn Minister vorerst nachfolgende Ausführungen mit der dringenden Bitte um sorgsame Ueberprüfung und weitgehendste Beachtung dieser dringlichsten Forderungen ergebenst zu unterbreiten:

A. Allgemeines.

1. Der „Preußische Erlaß“ ist von den Berufsorganisationen seit 30 Jahren von der Regierung gefordert, jedoch nicht als Gesetz gegen den Berufsstand, sondern für denselben.

Das Ministerium verfolgt zweifelsohne mit dem Erlaß vom 5. Mai 1925 die Absicht, dem kulturtragenden Berufsstand der Musikerzieher durch ein Schutzgesetz zu helfen. Der Erlaß kann in diesem Sinne ausgelegt werden. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß nachgeordnete Behörden den Erlaß nicht immer sinngemäß handhaben, so daß vielerorts verständliche Beunruhigung in den Kreisen der Berufsgenossen herrscht. Wir fordern daher klare Bestimmungen der Rechtslage der Musiklehrer gegenüber dem Erlaß vom 5. Mai 1925 und erwarten, daß das Ministerium an Stelle der Beschwerde auf dem Dienst-Aufsichtswege den Musiklehrern das Recht eines gerichtlichen Einspruchs zugesteht. Solange diese Rechtssicherheit gegenüber dem Erlaß nicht geschaffen ist, erwarten wir, daß von Zwangsmaßnahmen abgesehen wird.

2. Für die Durchführung des „Preußischen Erlasses“ haben sich die Ständesorganisationen der Musiklehrer dem Ministerium zur Verfügung gestellt, da ohne diese Mitarbeit die Schulbehörden die aus dem Erlaß erwachsenen Aufgaben unmöglich erfüllen können.

Vielorts werden Klagen laut, daß es den Behörden an Zeit und an geeigneten Mitarbeitern für die Durchführung des Erlasses fehlt. Im Erlaß fehlen Anweisungen für die Regierungsbeamten, die Vertreter der Berufsverbände zur Mitarbeit heranzuziehen. Selbst die Fachberater machen von ihrer Pflicht (Vergl. Anlage V Nr. 6), sich Berater und Mitarbeiter aus den Verbänden benennen zu lassen, oft nur sehr bescheiden Gebrauch. Wir bitten daher dringend, in den Nachtragsbestimmungen den Behörden und den Fachberatern eine ständige Zusammenarbeit mit den Berufsorganisationen zur Pflicht zu machen. Wir sind überzeugt, daß dadurch zukünftig viele Unzuträglichkeiten bei der Durchführung des Erlasses behoben werden können.

B. Besonderes.

a) Die Unterrichtserlaubnis.

1. Alle Musiklehrer bis zum 40. Lebensjahr (vom 1. April 1925 gerechnet) sind zur Beibringung ihres Befähigungsnachweises zu verpflichten. Nur ältere Musiklehrer, die eine mindestens zehnjährige hauptberufliche Unterrichtstätigkeit nachweisen, sind hiervon befreit.

Neben dieser, schon in den Vorverhandlungen zum Erlaß von den Verbänden erhobenen Forderung bestehen wir auf der Überprüfung auch aller älteren Lehrkräfte, die sich nicht nach dem Erlaß vom 3. Mai 1922 gemeldet haben. (Vergl. Anlage I Absatz II Nr. 4.)

2. Die für die Unterrichtserlaubnis nötigen fachlichen Nachweise müssen ausführlich und auf das sorgsamste umschrieben werden.

Zurzeit herrscht in der Praxis bei der Erteilung der Unterrichtserlaubnis stärkste Willkürlichkeit. Der Erlaß hat in dieser Hinsicht eine empfindliche Lücke, deren gewissenhafte Abstellung dringend gefordert werden muß. Vor allem ist festzulegen, daß zukünftig neben der Ausbildung im Hauptfach für jeden Musiklehrer Kenntnisse in den theoretischen und pädagogisch-methodischen Fächern nachzuweisen sind.

3. Die jederzeitige Widerruflichkeit des Unterrichtserlaubnisscheines entspricht zwar den überkommenen gesetzlichen Vorschriften, verträgt sich aber nicht mit der Würde des Berufsstandes und muß fallen.

In keinem Berufsstand, auch nicht in dem der staatlich geprüften Lehrer an öffentlichen Schulen, ist es möglich, eine einmal erlangte berufliche Qualifikation (eine solche ist an sich auch die Unterrichtserlaubnis) dem Inhaber wieder abzuspochen. Wir fordern daher Bestimmungen im Erlaß, daß die Unterrichtserlaubnis nur auf Grund eines Disziplinarverfahrens, gegen dessen Entscheidung die Berufung an die ordentliche Gerichte möglich ist, entzogen werden kann. Damit fallen auch die unverständlichen nicht zu Unrecht als „schikanös“ bezeichneten Vorschriften über die jährliche Vorlage des Unterrichts-Erlaubnisscheines, dessen erneute Vorlage lediglich beim Wechsel des Aufsichtsbezirkes berechtigt erscheinen kann.

4. Die Unterrichtserlaubnis an Hochschüler ist zu beschränken. Soweit ihnen aber Vergünstigungen gewährt werden, sind solche auch den älteren Berufsstudenten der anerkannten Konservatorien zuzusprechen.

Auch alle Musikstudenten, die Unterricht erteilen wollen, bedürfen der staatlichen Erlaubnis. Nur älteren und fortgeschrittenen Studierenden ist auf Grund eingehender Zeugnisse des Direktors ausnahmsweise auf dem ordnungsmäßigen Wege die Unterrichtserlaubnis zuzusprechen, wenn die wirtschaftliche Notlage des Studierenden es dringend geboten erscheinen läßt. Die Stundenzahl ist tunlichst zu beschränken.

5. In Orten, in denen genügend Privatmusiklehrer vorhanden sind, wird weder an Volksschullehrer und an Beamte (ehemalige Hoboisten) noch an Nebenberufler (Handwerker, die Gelegenheitsmusik machen) die Unterrichtserlaubnis erteilt.

Der Erlaß ist ohne Grund in übertriebenem Maße um die Musikpflege in den kleinen Orten besorgt. Wir können nachweisen, daß Volksschullehrer, die nicht einmal auf dem Seminar in den Musikfächern etwas Hervorragendes leisteten, zu ihrer musikalischen Fortbildung jedoch nicht das geringste getan haben, zahlreiche Privatschüler in der Musik unterrichten, während die qualifizierten Privatmusiklehrer des Ortes schwerste Not leiden. Wir bestehen gemäß unserer im Vorjahr dem Herrn Minister eingereichten Denkschrift über den Musikunterricht durch Volksschullehrer, daß den Lehrern nur auf dem Lande die Unterrichtserlaubnis für diesen ländlichen Bezirk erteilt werden darf, daß aber auch in den kleinen Orten die Bedürfnisfrage bei der Erteilung der Unterrichtserlaubnis an Nebenberufler auf das sorgsamste und stets in Fühlung mit den Berufsverbänden geprüft werde.

6. Die staatlich geprüften Musiklehrer an Höheren Lehranstalten erhalten den Unterrichtserlaubnisschein für ihr Hauptfach. Im übrigen gelten für sie die allgemeinen Bestimmungen über die Erteilung von Privatunterricht.

Gerade die Musiklehrer an Höheren Lehranstalten könnten berufen sein, durch ihr loyales Verhalten gegenüber den Privatmusiklehrern der großen wirtschaftlichen Not in unserem Stände aufzuhelfen. Ihre gesicherte finanzielle Position läßt es durchaus berechtigt erscheinen, daß die Behörde die Zahl der wöchentlich erlaubten Privatstunden (heute sind es acht) auf sechs oder gar, wie es von manchen Vertretern unseres Standes gefordert wird, auf vier oder fünf herabsetzt. Vor allem aber muß die Schulbehörde streng darauf dringen, daß die Musiklehrer, wie es nachweislich hier und da festgestellt ist, nicht die Instrumentalschüler im Massenunterricht vereinen, um sie durch den mangelhaften Ersatz unzureichenden Klassenunterrichts dem sorgfältig erteilten Privatunterricht systematisch zu entziehen. Wir sind überzeugt, daß diese berechtigten Wünsche der Privatmusiklehrer auch bei den Schulmusiklehrern, mit denen wir gewillt sind, Hand in Hand an dem wichtigen Werk der Musikerziehung zu arbeiten, volles Verständnis finden werden.

7. Die Kreisschulräte, die die Meldungen der Musiklehrer entgegennehmen und die Unterrichtserlaubnisscheine aushändigen, sind anzuhalten, sich in ihrer Arbeit durch Fachmusiker beraten zu lassen.

Ist den Kreisschulräten durch den Erlaß auch kein entscheidender Einfluß bei der Erteilung der Unterrichtserlaubnis eingeräumt, so wird ihre Mitarbeit doch oft die Beratung durch Fachvertreter nötig erscheinen lassen. Wenn auch in sehr vielen Bezirken bereits eine Zusammenarbeit der Schulräte mit den Verbandsvertretern mit Erfolg eingerichtet ist, so erscheint es doch geboten, daß behördlicherseits die Kreisschulräte angehalten werden, diese wichtige Mitarbeit der Verbände überall durchzuführen.

8. Für die Ausstellung des Unterrichtserlaubnisscheines ist im Staate eine einheitliche Gebühr festzulegen, die möglichst niedrig gehalten sein muß.

Noch heute verfährt man in dieser Hinsicht in den Regierungen verschieden. Eine Gebühr von 10 Mk. erscheint unbedingt zu hoch. Es soll gern anerkannt werden, daß in den meisten Bezirken die Grundgebühr auf 3 Mk. herabgesetzt ist, doch muß unbedingt eine einheitliche Regelung erfolgen und an-

gestrebt werden, die Gebühr im Hinblick auf die große Notlage im Musiklehrerstand auf den geringsten Satz herabzusetzen.

b) Die Privatmusiklehrerprüfung.

1. Die „Staatliche Anerkennung“ darf auf keinen Fall eine Ausnahmeerscheinung sein. Der „Bremererlaß“ vom Januar 1926 muß sofort fallen. Allen ausreichend qualifizierten Musikerziehern muß die Staatliche Anerkennung zugesprochen werden.

Es hat in den Kreisen der Privatmusiklehrer mit vollem Recht aufs äußerste verwundert, daß die einzige bisher erschienene Ausführungsbestimmung ein „Bremererlaß“ war (der eine Vergünstigung für den Privatmusiklehrer illusorisch machte!), die Verfügung nämlich, daß die Staatliche Anerkennung nur in ganz besonderen Ausnahmefällen zu verleihen sei. Wenn diese Beschränkung weiter besteht, werden 1930 nach den Vorschriften des Erlasses zahlreiche Lehrkräfte an Konservatorien und Musikseminaren ihr Lehramt aufgeben müssen; bei dem heutigen Stand der Dinge werden sie brotlos. Zur Ablegung der Staatsprüfung sind sie zu alt, oder es fehlt ihnen bei ihrem schweren Beruf die Zeit und die Kraft zur Vorbereitung. Da ihnen aber die Staatliche Anerkennung nicht zugesprochen ist, sind sie den staatlich-geprüften gegenüber entrechtet. Dabei haben die allermeisten eine der Musiklehrer-Prüfungen bestanden, die bekanntlich bis zur Einführung der Staatsprüfung von den verschiedenen musikpädagogischen Verbänden abgenommen wurden.

Da diese Prüfung — die Prüfungsordnungen und der Vergleich mit den bisher abgelegten Staatsprüfungen beweisen es — der Staatsprüfung in hohem Grade gleichwertig ist, so fordern wir, daß einerseits allen Tonkünstlern, die eine Lehrerprüfung nach der Prüfungsordnung der „Vereinigten Musikpädagogischen Verbände“, des „Reichsverbandes Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer“, des „Verbandes der Direktoren deutscher Konservatorien und Musikseminare“, des „Deutschen Konservatorienverbandes“ und des „Deutschen Musikpädagogischen Verbandes“ abgelegt haben, andererseits auch den geprüften Absolventen der staatlichen und anerkannten Musikhochschulen und Konservatorien und allen Tonkünstlern, sofern sie sich über eine längere und erfolgreiche Unterrichtstätigkeit ausweisen können, die Staatliche Anerkennung zugesprochen wird.

Ganz abgesehen davon, daß die Berechtigung dieser Forderung nicht angezweifelt werden kann, hat nur mit ihrer Erfüllung der Staat die bestimmte Aussicht, den gesamten Nachwuchs zur Ableistung der Staatsprüfung heranzuziehen, da die Jugend dann den stärksten Anreiz hat, den „Staatl. Anerkannten“ gegenüber „konkurrenzfähig“ zu sein.

Zu dieser Frage bitten wir auch die in Anlage I beigefügte Denkschrift vom 28. Februar 1927 zu beachten.

2. Bei der staatlichen Prüfung für Privatmusiklehrer muß das theoretische und praktische Examen zu verschiedenen Zeitpunkten (im Abstand von einem halben oder ganzen Jahr) abgelegt werden können.

Hierdurch wird eine Überlastung der Examinanden vermieden, die gerade für sensitive Naturen verhängnisvoll werden kann.

3. Der Examinand darf nicht gezwungen werden, in dem Bezirk, in dem er seinen Wohnsitz hat, sich zur Prüfung zu melden, sondern der Examinator muß ihm freigestellt sein.

Genau so, wie sich jeder Studierende seine Universität und damit auch seine Examinatoren wählen kann, muß ein musikalischer Prüfling ein größeres Selbstbestimmungsrecht haben, als ihm in den jetzigen Bestimmungen eingeräumt wird. In kleineren Städten wird ohne Zweifel öfter der Fall eintreten, daß ein Lehrer des Prüflings unmittelbarer Konkurrent des Examinators sein wird, und es besteht somit die Gefahr, daß sich gewisse Einseitigkeiten der Beurteilungen herausstellen werden.

4. Das Fach „Musikwissenschaft“ und „Musikerziehung“ bedarf einer präziseren Formulierung.

Vor allem muß bei dem Fach „Musikerziehung“ mehr als es geschieht auf die Bedeutung der Prüfungsfächer „Pädagogik und Methodik“ hingewiesen werden.

5. Der staatlich anerkannte, pädagogisch durchgebildete Tonkünstler muß in den Bestimmungen deutlicher als ein mit den Seminaren gleichberechtigter Vorbereiter für das Examen anerkannt werden.

Der tüchtige Privatlehrer wird in kurzer Zeit einen großen Teil seiner Existenzbasis verloren haben. Nur noch ausgesprochene Liebhaber werden ihn sonst zu Unterrichtszwecken aufsuchen.

6. Die Examinatoren müssen zur Hälfte aus den Kreisen der staatlich anerkannten Privatlehrer genommen werden.

Nur so wird der Gefahr begegnet, daß der befähigte Privatpädagoge immer mehr an Bedeutung für die Musikpflege verliert.

7. Jede Prüfungskommission ist angehalten, nach dem Examen sämtliche Themen der musiktheoretischen Arbeiten bekanntzugeben.

Nur so erhalten der Vorbereiter und die Studierenden ein klares Bild über die gestellten Anforderungen.

8. Verbands- und Seminarleiter werden (wie es durch das Entgegenkommen mancher Regierungsvertreter bereits geschehen ist) offiziell als Zuhörer bei den Prüfungen zugelassen.

Nur dann können sie den Tonkünstlern ihres Bezirkes die notwendigen Aufklärungen über wichtige Fragen der Examina geben.

9. Die staatlich anerkannten Seminare bilden (ebenso wie alle staatlich anerkannten Privatschulen) eigene Prüfungskommissionen, die unter dem Vorsitz eines von der Regierung benannten staatlichen Prüfungskommissars die Prüfung abnehmen.

Bei den von den Provinzialschulkollegien gebildeten Prüfungskommissionen müssen nicht nur die Hauptlehrer der Prüfungen, sondern auch die Lehrer der verbindlichen Nebenfächer zumindest mit beratender Stimme zugelassen werden. Dem Lehrer im Hauptfach ist beschließende Stimme zuzubilligen.

10. Den Seminarschülern, die bezüglich ihrer Schulbildung nicht den Voraussetzungen für die Zulassung zur Staatsprüfung genügen, muß während der Seminarzeit Gelegenheit gegeben werden, die Lücken auszufüllen und ihre wissenschaftliche Erziehung durch eine besondere Prüfung zu erweisen.

Wir bitten, daß in den Nachtragsbestimmungen die Möglichkeit solcher Nachprüfung — etwa wie der Vorprüfung zur Aufnahme in Fachseminare oder einer Externen-Prüfung für die „Mittlere Reife“ — aufgezeigt wird.

11. Es ist bei der Prüfung ein besonderes Prädikat zu schaffen, das bei hervorragenden Leistungen im Hauptfach die vorzugsweise Eignung zur Erteilung von Ausbildungsunterricht (Unterricht auf der Oberstufe) bescheinigt.

Es ist nachzuprüfen, ob es sich empfiehlt, die Staatsprüfung für Elementar- und Ausbildungsunterricht gesondert abzuhalten. Die Schaffung des vorgeschlagenen Reifeprädikates dürfte hier vielleicht als eine geeignete Form erscheinen.

12. Es ist wünschenswert, daß die Musikberater nicht lediglich aus den Kreisen der Schulmusiklehrer, auch allerdings nicht einseitig aus den Reihen der Konservatoriumsdirektoren und Seminarleiter genommen werden, sondern daß vorzugsweise nach jeder Richtung hin unabhängige, allseitig anerkannte Tonkünstler dieses Amtes ausüben.

Die Liste der bis jetzt amtierenden Fachberater läßt diese Forderung durchaus berechtigt erscheinen. Befremdend mutet es weiterhin an, daß unter den zahlreichen Fachberatern in Preußen glücklich eine einzige Frau ist, obgleich mehr als die Hälfte der Arbeit auf dem Gebiete der privaten Musikerziehung in Frauenhänden liegt.

Die wichtige Arbeit der Fachberatung erscheint uns nur gewährleistet, wenn bei jedem Regierungsbezirk ein Gremium von drei Fachberatern ernannt wird, die in gemeinsamer Arbeit und unter ausdrücklicher Zusammenarbeit mit den Berufsvertretungen ihre bedeutsamen Aufgaben lösen. In diesem Gremium sei stets eine Frau und ein freistehender Tonkünstler vertreten.

c) Musikschulen.

1. Es erscheint wichtig, die Vorschriften über den Unterricht an Musikschulen genauer zu kennzeichnen.

Vor allem muß jeder Massenunterricht im Ausbildungsfach dadurch verhindert werden, daß in einer Unterrichtsstunde durchweg nur zwei, höchstens aber drei Schüler unterrichtet werden dürfen.

2. Die Konzession zur Leitung und zum Betrieb einer Musikschule wird nicht widerruflich erteilt.

Unsere Forderung entspringt aus derselben Begründung, die bereits für die Erteilung des Unterrichtserlaubnischeines geltend gemacht ist. (Vergl. dazu Absatz B, Nr. 3.)

3. Die Gebühren für die Konzessionserteilung sind wesentlich herabzusetzen.

Diese Gebühren erscheinen ganz ungewöhnlich hoch, wenn man bedenkt, daß die Musikschulinhaber durch Krieg und Inflation völlig verarmt sind und ihr Berufsstand wie kaum ein zweiter im Staate unter der Wirtschaftsnot am drückendsten leidet. Wir bitten daher dringend um eine Herabsetzung der Gebühren und in allen dringenden Fällen um Ermäßigung oder um Erlaß derselben.

4. Bei Neugründung von Musikschulen ist die Bedürfnisfrage gewissenhaft zu prüfen, auch sind vor jeder Entscheidung die Landesorganisationen zu hören.

Wir verweisen auf die musterhafte Handhabung der behördlichen Prüfung der Bedürfnisfrage auf dem Gebiet des Konzert-Agenturwesens, bei dem keine Konzession gegen den Einspruch der Berufsverbände ausgesprochen wird.

5. Auch alle dem Musikschulwesen ähnlichen Einrichtungen, wie beispielsweise die Volksmusikschulen, sind unter die Vorschriften des Erlasses zu stellen.

Wir erkennen dankbar an, daß das Ministerium durch sein Eingreifen verhindert hat, daß der Betrieb in den Volksmusikschulen sich zu einem Musikschul- oder Konservatoriumsbetrieb im überkommenen Sinne ausgestaltet hat. Der „Reichsverband Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer“ E. V. hat mit den Leitern der Volksmusikschulen ein bindendes Abkommen getroffen, das wir in Anlage dem Herrn Minister zur Kenntnis bringen, und das als Ergebnis der im Ministerium eingeleiteten Verhandlungen anzusehen ist. Das Abkommen wird veröffentlicht werden, und wir erwarten, daß die Regierungen ihr Augenmerk auf eine absolut loyale Durchführung der Vereinbarungen richten.

Vergleiche hierzu die „Vereinbarung“ in Anlage 2.

6. Wir bitten dringend, daß die Behörden erneut auf die Bestimmung des Erlasses verwiesen werden, in der Uebergangszeit unnötige Härten in der Handhabung des Erlasses zu vermeiden.

a) Wir erwarten, daß den bestehenden Musikschulen gegenüber weitgehende Rücksicht geübt wird in allen Fragen der Unterrichtsräume. Die unerhörte Raumnot, besonders in den Großstädten, läßt es berechtigt erscheinen, daß im Augenblick von zukünftig berechtigten Anforderungen (Schaltung von zwei Toiletten, Ausmaß der Räume) abgesehen wird. Man lasse den bestehenden Musikschulen, die nachgewiesenerweise oft durch die Wohnungsämter gezwungen worden sind, einen Teil ihrer Unterrichtsräume zu Wohnzwecken herzugeben, Zeit zum Wiederaufbau etwa bis zum Jahre 1935.

b) In dieser Uebergangszeit vermeide man tunlichst auch Härten in der Schilderfrage und bezüglich der oft jahrelang geführten Bezeichnungen und Namen der Musikschulen.

c) Auch Ungerechtigkeiten in den Konzessionsurkunden müssen vermieden werden. Es kann unmöglich angehen, daß in den Urkunden ein Tanzverbot nach Musikaufführungen ausgesprochen wird, solange ein solches Verbot für öffentliche Schulen im Deutschen Reiche nicht besteht.

d) Ebenso wenig kann es zulässig sein, daß sich der Musikschulleiter bei der Aushändigung der Konzessionsurkunde durch Unterschrift verpflichten muß, alle etwaigen Neubestimmungen gegenüber den Musikschulen von vornherein anzuerkennen. Der „Reichsverband Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer“ ersucht den Herrn Minister dringend um Abstellung dieser ebenso ungerechten wie überflüssigen Maßnahme.

d) Fachberatung.

1. Zu Fachberatern wolle man vorzugsweise Persönlichkeiten mit ausreichender Erfahrung im Musikunterricht berufen.

Die Zugehörigkeit zu irgendeiner musikalischen Organisation darf kein Grund der Ablehnung sein. Vielmehr werden dem Fachberater seine Erfahrungen im Verbandsleben oft wichtige Dienste leisten können. Es wäre auch unverständlich, weshalb eine ehrenamtliche Mitarbeit in einer Landesorganisation zum Wohle des gesamten Berufsstandes die Eignung zum amtlichen Fachberater mindern sollte, da doch die gesetzliche Regelung im Erlaß vom 5. Mai 25 den Ausdruck der Verbandsbestrebungen darstellen sollte und das Vertrauen weitester Kreise der Berufsgenossen der Regierung schon eine beachtenswerte Legitimation bedeuten darf.

2. Es ist unbedingt anzustreben, daß die Stellungen der amtlichen Fachberater in hauptamtliche umgewandelt werden.

Wir verweisen hier auf die weiter oben (vergl. Absatz A, Nr. 2 und Absatz B, a) Nr. 7 und b) Nr. 12) erhobenen Forderungen über die Fachberatung; in dem vorgeschlagenen Gremium der drei Fachberater könnte der eine hauptamtlich angestellt sein, während mit den beiden Stellvertretern eine ähnliche Bindung zu schaffen ist, wie sie bisher im Erlaß vorgesehen ist.

3. Die Fachberater sind anzuweisen, in größtem Umfange die Berufsvertreter zur Mitarbeit heranzuziehen.

Nur so besteht die Aussicht, daß die Fachberatung den an sie gestellten umfangreichen Anforderungen nachzukommen vermag. Diese Mitarbeiter sind gleichfalls (wie gerichtliche Sachverständige) zu vereidigen, und ihre Arbeit ist ihnen einerseits nach Bezirken, andererseits entsprechend ihrer speziellen musikalischen Eignung zuzuweisen. Den Kreis- und Stadtschulräten sind gleichfalls Mitarbeiter aus den Kreisen der Berufsvertreter zur Seite zu stellen.

Mit den obigen Ausführungen glaubt der „Reichsverband Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer“ die dringende Notwendigkeit einer gewissenhaften Ueberprüfung des Preußischen Erlasses dargetan zu haben. Zum Schluß seien noch einige Wünsche allgemeiner Art ausgesprochen, die uns für die Durchführung des Erlasses bedeutungsvoll erscheinen. Erstens halten wir es für sehr empfehlenswert, wenn bei allen Provinzial-schulkollegien ein Hauptdezernat für Privatmusikunterricht geschaffen wird, und zweitens bitten wir zu überlegen, ob nicht die öffentlichen Schulen mehr als bisher bei der Durchführung des Erlasses in Anspruch genommen werden können. Einmal könnten durch Umfragen in den Schulen alle Musiklehrer festgestellt werden, die sich der Meldepflicht entzogen haben, eine Maßnahme, die zur Auffindung und Erledigung unlauterer Elemente führen würde. Und weiter, und diese positive Maßnahme erscheint uns wichtiger, könnten in den Schulen amtlich die im Schulbezirk befindlichen staatlich genehmigten Konservatorien, Musikschulen und Seminare ebenso bekannt gegeben werden, wie die im Bezirk wohnenden Privatmusiklehrer. Diese letztere Einrichtung würde überall das Gefühl bestärken, daß das Gesetz zur Regelung der Privatmusikerziehung zum Segen für unseren Berufsstand und zur Förderung auch seiner vitalen Interessen geschaffen ist.

Der Hauptvorstand des Reichsverbandes Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer

Komponist Arnold Ebel. Seminarleiterin Maria Leo.
Musikdirektor Willy Rott. Violinvirtuose Otto Nikitits.
Pianist Oscar Casterra. Dr. Maria Theresia Schmücker.
Musikdirektor Max Pohl. Kammer Sänger Prof. Albert Fischer.
Prof. Dr. Georg Schumann. Prof. Freiherr E. N. v. Reznicek.
Prof. Kurt Schubert. Katharina Ligniez.

Der Beirat des Reichsverbandes

Prof. Dr. H. W. v. Waltershausen. Städt. Musikdirektor Carl Holtschneider.

Denkschrift vom 28. Februar 1927

über die Verleihung der „Staatlichen Anerkennung“.

Eine Versammlung von geprüften, diplomierten Privatmusiklehrkräften in Berlin bittet den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, bei der zu erwartenden Aenderung des preußischen Erlasses über den Privatmusikunterricht vom 2. 5. 1925 der Forderung um Gleichstellung aller vor 1925 entsprechend geprüften Privatmusiklehrkräften stattzugeben.

Der Antrag wird durch folgende Punkte begründet:

1. Wir können eine Ausbildung in der Musik nachweisen, die an Zeit, Umfang und Art im wesentlichen die gleiche war, wie sie jetzt als Vorbedingung für die staatliche Prüfung angesehen wird, und es werden in der Berufsausübung dieselben Anforderungen an uns gestellt wie an die staatlich geprüften Lehrkräfte. Unsere Ausbildung fand zum größten Teil an Anstalten statt, die auch heute — ohne nennenswerte Umstellung — auf die eben inzwischen unter staatliche Aufsicht gestellten Prüfungen vorbereiten.
2. Das Ergebnis unserer jahrelangen Arbeit, die in alle zum musikalischen Lehrberuf jetzt als erforderlich geltenden Gebiete eindrang, wurde von uns durch erfolgreiche Ablegung einer Prüfung gezeigt.
3. Die Prüfung fand vor anerkannt erstklassigen Musikpädagogen, Wissenschaftlern und ausübenden Künstlern statt, deren Urteil unserer Meinung nach noch heute maßgebend ist. Namen wie Eduard Behm, Kurt Schubert, Maria Leo, Alexis Hollaender, Wilhelm Klatte, Xaver Scharwenka, Arnold Ebel, Robert Kahn u. a. m. bürgen dafür.
4. Die Prüfungsordnungen sind im wesentlichen von den staatlichen Prüfungskommissionen übernommen worden; sie waren damals von Persönlichkeiten und unter Gesichtspunkten aufgestellt, die bereits auf die jetzt in der Durchführung befindlichen Reformen im Privatmusikunterricht hinielen.
5. Zu diesen rein sachlichen Gründen kommen solche wirtschaftlicher und sozialer Art:
 - a) Da wir vor 1925 Geprüften nach der augenblicklichen Fassung des Erlasses unserer bisherigen Berechtigungen zum Teil verlustig gehen — z. B. an Konservatorien keine Anstellung mehr finden sollen —, also vor der Allgemeinheit als nicht genügend qualifiziert hingestellt werden, so bedeutet das eine schwere Beeinträchtigung unseres Rufes und eine allmählich sich daraus entwickelnde wirtschaftliche Schädigung.
 - b) Unseres Erachtens besteht in der staatlichen Verfügung ein Mißverhältnis zwischen unserer Bewertung und derjenigen der nicht eigentlich für den musikalischen Lehrberuf Vorbereiteten; die unterschiedslose Zuerkennung des Unterrichtserlaubnisscheines hebt jene gewissermaßen, während sie uns auf eine, den von uns erfüllten Vorbedingungen nicht gemäße Stufe herabdrückt.

Wir betonen nochmals, daß wir uns mit objektiver Selbsteinschätzung denen an die Seite stellen, die die Möglichkeit hatten, ihre Prüfung vor einer staatlichen Kommission abzulegen. Daß uns diese Gelegenheit fehlte, lag an der politischen und wirtschaftlichen Notlage unseres Volkes seit 1914.

Wir dürfen unser Studium moralisch beinahe höher einschätzen, weil der äußere Antriebs der staatlichen Verfügung fehlte und das Verantwortungsgefühl dem Beruf gegenüber in den meisten Fällen wohl das Primäre war.

Unseres Wissens ist bei Eintritt einer staatlichen Regelung in anderen Berufen in dem von uns geforderten Sinne verfahren worden. Die bisherigen Maßnahmen auf dem uns betreffenden Gebiete können nur unsere Arbeitsfreudigkeit und eine natürliche Weiterentwicklung unserer Laufbahn hemmen.

Wir bekennen uns an sich durchaus zu dem Erlaß, dessen kulturelle Bedeutung infolge seiner volkerzieherischen Tendenz wir voll und ganz würdigen; andererseits stehen wir auf dem Standpunkt, daß es nicht im Sinne des Erlasses sein kann, nur die Musikunterricht Suchenden und einen Teil der Lehrerschaft zu schützen und gerade diejenigen nicht entsprechend zu berücksichtigen, die mit zu den Trägern der ganzen Entwicklung der Musikunterrichtsreform gehören.

Wir beantragen daher nochmals die staatliche Anerkennung aller gleichwertig geprüften Privatmusiklehrkräfte — nicht im Sinne einer Anerkennung honoris causa, die wir nicht beanspruchen, — sondern im Sinne einer durch unsere Vorbildung bedingten dauernden Gleichberechtigungserklärung.

Wir wissen uns mit unserer Forderung einig mit allen in gleicher Lage befindlichen Kollegen und Kolleginnen in Berlin und im Reich.

Unterschriften.

Auf Grund der Verhandlungen vom 19. Januar 1927 im „Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung“ ist durch die gewählte Kommission folgende

Vereinbarung zwischen dem „Reichsverband Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer“ E. V. und den Leitern der Volksmusikschulen

getroffen worden:

1. Die Leiter der Volksmusikschulen verpflichten sich, in neu herauszugebenden Prospekten zum Ausdruck zu bringen, daß ihre Erziehungsstätten nicht Einrichtungen im Sinn der Musikschulen sind, sondern daß im Mittelpunkt ihrer Arbeit der Singkreis steht, und daß das Instrumentalspiel lediglich soweit getrieben wird, wie es im Dienste der Jugendmusikbewegung als einer Singbewegung nötig ist. Ein Instrumentalunterricht im Sinne der Konservatoriumsausbildung wird nicht erteilt, vornehmlich liegt eine solistische Ausbildung im Klavierspiel nicht im Rahmen der Arbeit. Daher wird in den Volksmusikschulen Klavierunterricht überhaupt nicht gegeben. Auch solche Schüler der Volksmusikschulen, die in den übrigen Instrumentalfächern eine weitergehende Ausbildung erstreben, sollen an Mitglieder des R. D. T. M. (Privatlehrer oder Musikschulen) durch die Ortsgruppenleitung oder durch die Stellenvermittlung gewiesen werden.

2. Die Leiter der Volksmusikschulen verpflichten sich, die Honorarvorschriften des „Reichsverbandes Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer“ E. V. zur Durchführung zu bringen. Dasselbe gilt für die Vorschriften für die Ferienbezahlung und für die von den „Vereinigten Musikpädagogischen Verbänden“ getroffenen Tarifvereinbarungen (Lehrerhonorare).

3. Die Leiter der Volksmusikschulen verpflichten sich, bei ihrem Unterrichtsbetrieb die Vorschriften des Preußischen Erlasses vom 2. Mai 1925 zu erfüllen. Sie sind bereit, Lehrkräfte, die sich für die Arbeit an den Volksmusikschulen eignen, aus dem Mitgliederkreis des R. D. T. M. anzustellen. Auch empfehlen sie den an Volksmusikschulen tätigen Lehrkräften und ihren Leitern die Erwerbung der Mitgliedschaft des R. D. T. M. Die Vorschriften des Erlasses, bezw. die Vereinbarungen der „Vereinigten Musikpädagogischen Verbände“ über die Schülerzahl in den einzelnen Unterrichtsstunden haben für die Volksmusikschulen dieselbe Gültigkeit, wie für die Musikschulen der Verbände.

1. Der „Reichsverband Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer“ E. V. verpflichtet sich, in seinen Kreisen auf den Wert und die Bedeutung der Jugendmusikbewegung hinzuweisen, und sucht durch den Zusammenschluß mit den Führern und Lehrern der Volksmusikschulen Fragen der Musikerziehung in gegenseitigem Einvernehmen zu fördern.

2. Der R. D. T. M. erkennt an, daß die Erfassung und Zusammenfassung weiter Volkskreise, vornehmlich der unbemittelten Schichten der Bevölkerung, zu Singkreisen und zu einer allgemeinen musikalischen Erziehung in den Volksmusikschulen eine Kultur- und Aufgabe von hoher Bedeutung für unser stark gefährdetes Musikleben ist, die nicht nur die Beachtung und Förderung durch den Berufsstand der Musikerzieher, sondern auch durch Staat und Behörden verdient.

3. Nach Aufklärung vieler Mißverständnisse und nach Schaffung aller Voraussetzungen für eine fruchtbringende Zusammenarbeit wird der R. D. T. M. bemüht sein, Angriffe gegen die Jugendbewegung, soweit sie sich nicht auf streng sachlichem künstlerischen, pädagogischen oder wissenschaftlichen Gebiet bewegen, zu unterbinden. Die Vereinbarung wird in der Deutschen Tonkünstlerzeitung und in der Musikantengilde bekanntgegeben.

Die Mitglieder der Kommission

Arnold Ebel, Städt. Musikdirektor Carl Holtschneider,
Professor Fritz Jöde, Musikdirektor Max Pohl,
Dr. Hermann Reichenbach, Prof. Dr. Georg Schünemann

4. 11. 1927
H. 11

111

21. März 1927

Die uns ohne Anschreiben eingesandte Kom-
position erhalten Sie anliegend zurück.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

Ge. H. Hagen

Herrn

Arthur H a g e

D ü s s e l d o r f

Behrenstr. 63 II

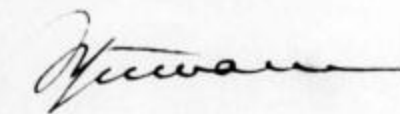
792

den 17. März 1927

Das Reichskartell deutscher Berufsmusiker-Verbände erließ im vergangenen Jahre eine Resolution, die sich zum Teil gegen die Vertreter gewerbemäßigen Musizierens wandte, deren Hauptberuf auf anderem Gebiete liegt. Wir bitten um möglichst umgehende konkrete Angaben, die sich auf diesen Mißstand beziehen, damit wir dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung unter eingehender Begründung über die Angelegenheit berichten können.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende



An

das Reichskartell deutscher
Berufsmusiker-Verbände

Berlin W 57

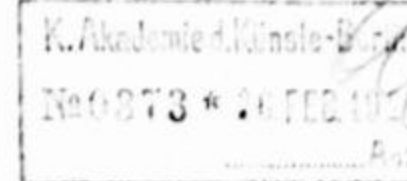
Bülowsstr. 104

Im H

Der Preußische Minister
für Wissenschaft, Kunst und
Volksbildung

Berlin W 8 den 22. Februar 1927.

U IV Nr. 20064 U III D.



Am Donnerstag, den 10. März 1927

vormittags 10 Uhr

findet im Großen Sitzungssaal des Ministeriums für Wissenschaft,
Kunst und Volksbildung, Unter den Linden 4 eine Besprechung über
die Auswirkungen des Erlasses vom 2. Mai 1925 über den Privatmu-
sikunterricht statt. Der Besprechung wird beiliegende Tagesord-
nung zugrunde gelegt.

Joh ersuche ergebenst, hierzu einen oder zwei Vertreter zu
entsenden, und mir deren Namen rechtzeitig schriftlich mitzutei-
len.

Im Auftrage

An

den Herrn Präsidenten der Akademie
der Künste,

Sektion für Musik

in Berlin W

Pariser Platz

Handwritten notes:
1. Hr. Dr. Lippmann
herrschaften f. d. v.
Joh. Lippmann und Frau
folgend.
2. Joh.
Berlin, d. 11. März 1927.
Hr. Dr. Lippmann
Hr. Dr. Lippmann
Hr. Dr. Lippmann

T a g e s o r d n u n g

für die Besprechung über das Privatmusikunterrichtswesen

am 10. März 1927, vorm. 10 Uhr.

-----o-----

1. Erlaubnisschein für die Erteilung von Privatunterricht in der Musik.
 - a) Nachweis der fachlichen Vorbildung durch praktische Vorführungen und die hierbei zu stellenden Anforderungen (II, 3 b.)
 - b) Erteilung des Erlaubnisscheines an Volksschullehrer und Schulamtsbewerber - vergl. II, 11 c und Landtagsdrucksache Nr. 3163 -.
 - c) Unterscheidung der Erlaubnisscheine nach Unterricht für Anfänger, Fortgeschrittene usw.
2. Privatmusiklehrerprüfung.
 - a) Zuerkennung des Prüfungszeugnisses ohne Ablegung der Prüfung nach III, 3 (Staatl. Anerkennung). Wirkung des Erlasses vom 7. Januar 1926 -U IV 138 09-.
 - b) Anerkennung auf Grund der Reifeprüfung der staatlichen Hochschulen für Musik.
 - c) Anfertigung der Klausurarbeiten am Anfang der Privatmusik-lehrerprüfung.
 - d) Zulassung von Lehrern der Prüflinge und sonstiger Zuhörer zu den Prüfungen (§ 2 Abs. 2 letzter Satz d. Prüfungsordnung), Musikberater und Prüfungen.
 - e) Wiederholung der Prüfung in obligatorischen Nebenfächern im Falle der Erweiterungsprüfung (§ 15 d. Prüfungsordnung).
 - f) Anerkennung außerpreussischer Prüfungszeugnisse (Danzig, Mecklenburg-Schwerin).
3. Lehrlingskapellen.
4. Musiklehranstalten.

-----oOo-----

U IV Mr. 15779

Berlin H S den 10. Januar 1927.
Hinter den Linden 4
Fernsprecher: Zentrum 11340-11343

K. Akelund & K. Lundberg
No 0055 - 11 JAN 1971

Unterschrift.

Abschrift auf den Bericht vom 28. Dezember 1926 - Nr.
775 - zur gefälligen Kenntnisnahme.

Im Auftrage

An
den Senat der Akademie der Künste,
Sektion für Musik,
hier.

1.
John
Larkin, Sr. W. King Wm.
Wm. Larkin Jr. Wm. King
Wm. Larkin

W mit Hpt. Auf. 19.9.14 - Hpt. Auf.
7.10.16. Hpt. Auf.
Hpt. Auf.

J. Nr. 915
129, 144

den 5. März 1927

Ueberreicht
Der Präsident

NK

Urschriftlich nebst Anlagen

dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und
Volksbildung

Berlin W 8

mit nachstehendem Bericht ergebenst zurückgereicht.

Der Senat richtete zunächst am 16. Dezember v. Js. an das
Berliner Polizeipräsidium die Anfrage, nach welchen Grundsätzen bei
der Erteilung der Aufenthaltsbewilligung für ausländische Gewerbe-
treibende (Musiker und Kapellen) dort verfahren würde. Der Senat
nahm in diesem Schreiben gleichzeitig Bezug auf den Erlaß des Herrn
Ministers des Innern vom 21. Januar 1924 - IV b 5019 -.

Auf dieses Schreiben antwortete das Polizeipräsidium am 10.
Januar d. Js. in dem Sinne, daß ausländische Musiker hinsichtlich
der Erteilung von Aufenthaltserlaubnis nach den Grundsätzen für
"ausländische Angestellte in nicht leitender Stellung" behandelt
würden. Demgemäß würde vor Erteilung der Aufenthaltserlaubnis das
Landesarbeitsamt gutachtlich gehört. Der Erlaß vom 21. Januar 1924
gelte der Form nach nicht mehr, an seine Stelle wäre mit wesentlich
gleichem Inhalt der Erlaß vom 14. April 1925 - IV E 205 (Min. Blt. I. V
S. 473) getreten.

Auf

M. H.

Auf dieses Schreiben richtete der Senat am 14. Januar d. Js. eine erneute Anfrage an das Polizeipräsidium, ob dem Landesarbeitsamt, das gutachtlich gehört würde, Berufsmusiker für die fachliche Beurteilung der einzelnen Fälle zur Verfügung ständen. Sollte dies nicht der Fall sein, so stelle der Senat formell den Antrag, sich zwecks Entscheidung in jedem einzelnen Falle mit den entsprechenden musikalischen Berufsorganisationen in Verbindung zu setzen, die in Berlin ihren Sitz hätten.

Am 22. Januar d. Js. traf hierauf vom Polizeipräsidium die Antwort ein, daß das Landesarbeitsamt seine Entscheidungen nach gutachtlicher Äußerung Berliner Berufsmusiker treffe. Dieser Bescheid war nur allgemein gehalten und enthielt keine näheren Angaben darüber, ob und welchen Organisationen vom Landesarbeitsamt zu Entscheidungen herangezogen würden. Im Januar wurde von einem Mitgliede des Senats über die Angelegenheit der Auslands-Musiker gutachtliche Äußerungen hiesiger Organisationsstellen in Aussicht gestellt, die jedoch dem Senat zurzeit noch nicht vorliegen.

Der Senat reicht gleichzeitig die Ränderlasse vom 29. September 1926 - U IV Nr. 14203 und 7. Oktober 1926 - U IV Nr. 14275 - ergebenst zurück, die sich auf die Bekämpfung des Jazzband-Unwesens beziehen. Ganz zweifellos wäre das Landesarbeitsamt in der Lage, den Auswüchsen ausländischer Jazzmusik entscheidend zu begegnen und damit wenigstens einen Teil der erschreckenden Ausländerkonkurrenz zu beseitigen.

Senat, Sektion für Musik

Der Vorsitzende

Georg Meißner

Der Preussische Minister
für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung

U IV Nr. 10462

Bei Beantwortung wird um Angabe
der Geschäftsnummer gebeten.

Berlin W S den 17. Februar 1927

Unter den Linden 1
Reichsarchiv-Zentralamt 11340-11343

100856 * 24 FEB 1927

*Es erinnert an die Entscheidung des Reichsarchivs
Zulassung vom 30. Oktober 1926 - U IV 14411, betreffend die
Zugabe des Reichsarchivs Lintfer Schriftführerverband
Berlin wegen des Musizieren von Lauten und Pöhlern
im öffentlichen
gog. Kentwig*

*Die
Herrn Präsidenten
der Akademie der Künste*

*in
Berlin*

*Bitte um Aufführung der
des betr. Vorgangs. Aufzeichnung
4.3.27*

BEGLAUBIGT.

MINISTERIAL-KANZLEIOBERSEKRETÄT.

Für Randerlasse des Ministeriums.

Tag und Nr. des Eingangs: 4. 11. 16 - Nr. 215 -

Zahl der Anlagen: 1 Aufl.

Kurze Inhaltsangabe: Brief Karl N. H. v. Hoffmann an
im Hof gegen die kaiserliche Verfügung und
Antrag.

Datum und Nr. des Erlasses: 20. 10. 16. Nr. 1441 16 A

Der Erlass ist gerichtet an: Karl v. Hoffmann v. G. H. v. Hoffmann

und enthält folgenden Text:
zu Hoffmann
vom Brief.
H. Hoffmann

1297. 10. 16 - Nr. 1441 16 A
1298. 19. 9. 16 - Nr. 14203
Bismarck v. Hoffmann

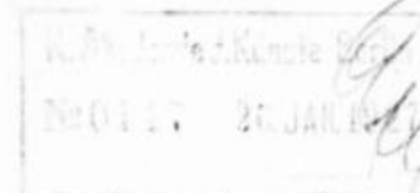
Frist für die Rückgabe: 1 Monat

Der Polizeipräsident.

Abteilung IA.Fremdenamt.

Tgb.Nr. 18 IA,Fr.A.Allg.27.
=====

799
Berlin, den 24. Januar 1927.



Ausstellung
An

26. I 27, die Akademie der Künste

Berlin W. 8.
=====

Pariser Platz 4

Zum gefälligen Schreiben vom 14. Januar 1927

- J. Nr. 62 -
=====

Wie das Landesarbeitsamt mitteilt, werden von ihm, bevor es seine Gutachten über die Frage der Erteilung von Aufenthaltserlaubnis für ausländische Musiker erstattet, Berufsmusiker gehört.

In Vertretung:

gez. Goehrke.



Beglaubigt:
Ungalski
Kanzlei-Assistent.

Der Minister
für Wissenschaft, Kunst und
Volksbildung.

UV Nr. 14411 ²⁶ A.

Berlin 28. Sep.

Ministerium der Kunst

Nr. 0915

200
1. Oktober 1926

Urchriftlich mit 1 Anlage g.R.

an den Vorstand der Akademie der Künste,
Vakanz für Musik

Berlin

zum Leih.

Zu Auftrage

Wentz

Nach 1 Monat!

Bordr. 55 ee.

3/10

20. 10. 1926
Bwip ²³/₁₀

REICHS-KARTELL
deutscher Berufsmusiker Verbände
Sitz: Berlin W.57. Bülowstr.104
Telefon: Nollend.7112.

14 291
n. p. bis
OKT. 1926

GK Bittt über ...
14/10/26

RESOLUTION!

14 291
n. p. bis
H. p. Hestl.

In der, vom Reichs-Kartell deutscher Berufsmusiker Verbände, einberufenen Massenprotestversammlung, die von ca. 3 000 Musikern besucht war, wurde am 5. Oktober in den Kammersälen, Teltowerstr. 1 der Beschluss gefasst, von der Regierung zu fordern, sich endlich unseres Gesamtberufsstandes anzunehmen. Jeder Stand hat seinen gesetzlichen Schutz, nur wir nicht. Wer in schamhafter Weise durch Nebenberuf unseren Berufskollegen das Brot wegnehmen will, kann und tut es ohne weiteres.

Die Ausländer kommen von allen Ländern zu uns, um hier leben zu können, üben sie Musik aus. Die meisten Ausländer sind gar keine Berufsmusiker!

Wir ersuchen die Zureise ausländischer Musiker solange aufzuhalten, bis das Aussenministerium durch Vorstellung bei den fremden Staaten überall deutschen Musikern die Einreise erlaubt.

Den Nebenberuflern (Beamten und Konfektionären) das gewerbsmäßige Musizieren sofort und ganz zu verbieten und einen Erlaubnisschein (Konzession oder Gewerbeschein) einzuführen, den nur der organisierte Berufsmusiker erhalten darf und nur der soll seinen eigenen erlernten Beruf ausführen, und nicht alle anderen mit.

Die Konfektionäre und Beamten sollen Nachts ruhen um beim Tag voll ihre übernommenen Pflichten erfüllen zu können.

Musik ist unser Beruf, lasst uns unser Brot!
Wir dürfen ja auch keine anderen freien Berufe ausüben, ohne polizeiliche Erlaubnis und ohne Gewerbeschein.

Wir stellen den dringenden Antrag uns endlich gesetzlich zu schützen oder Schutzverfügungen zu treffen. Wenn keine Gesetze vorhanden sind, die uns schützen, dann müssten solche nach Verhandlungen mit dem Völkerbund sofort geschaffen werden.

Das Reichs-Kartell

Kapellmeister Paul Juchaczewski
I. Vorr.

14.10.26

Hochachtungsvoll
Herrn Minister für Verkehrswesen

mit nachstehendem Tarifantrag zu beauftragen.
Der Antrag ist eingeleitet am 16. September 1926 an das
Verkehrsministerium. In demselben wird die Aufhebung der
Gebühren für die Führung der Eisenbahnverkehrsbescheinigung für
ausländische Eisenbahnverkehrsbescheinigungen (Kupons) in
Deutschland beantragt. Der Antrag ist am 21. Januar
1927 - IV E 2019.

Am 11. Januar 1927 ist dem Antragsteller
beantwortet worden, dass die Eisenbahnverkehrsbescheinigung
für ausländische Eisenbahnverkehrsbescheinigungen (Kupons)
in Deutschland nicht mehr geführt werden soll. Der Antragsteller
ist demnach zu beauftragen, die Führung der Eisenbahnverkehrsbescheinigung
für ausländische Eisenbahnverkehrsbescheinigungen (Kupons) in
Deutschland zu beauftragen.

Der Antrag ist am 21. Jan. 1927 an das Verkehrsministerium
eingeleitet worden. Der Antrag ist am 14. April 1927 - IV E 2019 / M. Bl. i. V.
S. 473 (Zust.)

Am 14. Jan. 1927 ist dem Antragsteller
beantwortet worden, dass die Eisenbahnverkehrsbescheinigung
für ausländische Eisenbahnverkehrsbescheinigungen (Kupons)
in Deutschland nicht mehr geführt werden soll. Der Antragsteller
ist demnach zu beauftragen, die Führung der Eisenbahnverkehrsbescheinigung
für ausländische Eisenbahnverkehrsbescheinigungen (Kupons) in
Deutschland zu beauftragen.

Die Eisenbahnverkehrsbescheinigung für ausländische Eisenbahnverkehrsbescheinigungen (Kupons) in Deutschland ist am 16. September 1926 an das Verkehrsministerium eingeleitet worden. In demselben wird die Aufhebung der Gebühren für die Führung der Eisenbahnverkehrsbescheinigung für ausländische Eisenbahnverkehrsbescheinigungen (Kupons) in Deutschland beantragt. Der Antrag ist am 21. Januar 1927 - IV E 2019.

Am 11. Januar 1927 ist dem Antragsteller beantwortet worden, dass die Eisenbahnverkehrsbescheinigung für ausländische Eisenbahnverkehrsbescheinigungen (Kupons) in Deutschland nicht mehr geführt werden soll. Der Antragsteller ist demnach zu beauftragen, die Führung der Eisenbahnverkehrsbescheinigung für ausländische Eisenbahnverkehrsbescheinigungen (Kupons) in Deutschland zu beauftragen.

Für Runderlasse des Ministeriums.

Tag und Nr. des Eingangs: 9. 10. 1916 - Nr. 829

Zahl der Anlagen: 5

Kurze Inhaltsangabe: Eingabe des Reichsausschusses
gegen die Rückgabe der
Kriegsgefangenen.

Datum und Nr. des Erlasses: 4. 10. 1916. Nr. 1425

Der Erlass ist gerichtet an: Senat, Reichsausschuss

und enthält folgenden Text:
zu gef. Besprechung als Punkt in
der Sitzung vom 1. 11. 1916.

H.
Gy. Hentze

Frist für die Rückgabe: 4 Tage

Für Runderlasse des Ministeriums.

Tag und Nr. des Eingangs: 27. 4. 1886. Nr. 874

Zahl der Anlagen: 1

Kurze Inhaltsangabe: Erlaubnis, Bekanntschaft in Haft zu lassen.
Hof Jagdhaus Kassel.

Datum und Nr. des Erlasses: 29. 9. 1886. Nr. 14203

Der Erlass ist gerichtet an Kassel, Hof für Jagd
und enthält folgenden Text: zu gfl. Bekanntschaft wegen der Bekanntschaft
in Haft zu lassen. H.
aufgefordert. - vgl. in der gfl. Befehl
Hof v. Kassel

H.
gfl. Kassel

Frist für die Rückgabe: 4 Tage

207

Verhandelt in der Preussischen Akademie der Künste Sitzung
des Senats, ~~Sektion für Musik.~~

Berlin, den 12. Januar 1927
Beginn der Sitzung: 6 Uhr 30

Anwesend
unter dem Vorsitz des
Herrn Prof. Schreker

die Herren:

Amsdorffer
Schumann
Kohn
Faulmann
Faubert
v. Dauszmann
Thiel
Seiffert
Schreker
Kam

Aussprache über den Ministerialerlass
für Privatmusiklehrer.

Herr Ministerialdirektor Montwig war zur
Sitzung eingeladen, konnte jedoch wegen ander-
weitiger Verpflichtung nicht erscheinen. Es
handelt sich zunächst darum, welche Stellung
die Akademie in dem neu entstandenen Konflikt
zwischen gewissen Organisationen und dem
Ministerium einzunehmen habe. Von mehrfacher
Seite wird betont, dass das Ministerium die Ge-
ne-
reitswilligkeit erklärt haben soll, Änderungen
des Erlasses auf Grund neuer Verhandlungen
mit den Organisationen vorzunehmen.

Professor Schreker schlägt vor, dass sol-
che Senatsmitglieder, die sachliche Einwände
gegen den Erlass zu machen haben, ihre Beden-
ken und Vorschläge schriftlich formulieren
und diese dem Senat der Musiksektion vorlegen
sollen (in ungefähr 3 Wochen).

Es liegt ein Schreiben des Magistrats
der Stadt Frankfurt a/M vor, der das Ministe-

rium

M. H.

plus um einen Ausschuss für das diesjährige Musikfest der Internationalen Gesellschaft für neue Musik, das in Frankfurt a/M. stattfinden soll, bittet. Zugleich beabsichtigt der Magistrat der Stadt Frankfurt a/M. eine Ausstellung "Musik im Leben der Völker" zu veranstalten. Nach allgemeiner Aussprache beschliesst der Senat das Gesuch des Magistrats der Stadt Frankfurt a/M. um einen Ausschuss für das Musikfest der Internationalen Gesellschaft für neue Musik nicht zu befürworten, da er die bisherige Tätigkeit der Internationalen Gesellschaft für neue Musik als nicht produktiv und fördernd anerkannt hat.

Der Schriftsteller Verfol soll eingeladen werden, etwa Ende Februar oder Anfang März einen Vortrag zu halten über "Verdi und die neue Oper". Auch diesem Vortrage soll möglichst eine Diskussion folgen.

Schluss der Sitzung 7 1/2 Uhr.

Bauszorn
Schreker

Verhandelt in der Preussischen Akademie der Künste Sitzung
Senats und der Genossenschaft, Sektion für Musik.

Anwesend
unter dem Vorsitz des
Herrn Prof. Schumann

die Herren:
Amersdorffer
Schönberg
v. Bauszorn
Seiffert
Schreker
Schumann
Taubert
Taubmann
v. Reznizek

Berlin, den 27. Dezember 1926
Beginn der Sitzung: 5 Uhr 15 Min.

1. Punkt: Statut des Beethoven-Preises.

Herrn Professor Seiffert erscheint die Bestimmung unter "e": "Stellvertretung des Ordinarius für Musikwissenschaft an der Berliner Universität" verbesserungsbedürftig er meint, die Stellvertretung solle auch durch eine Persönlichkeit einer anderen preussischen Universität. Der Senat beschliesst, hierüber dem Ministerium Vorschlag zu unterbreiten. Professor vertritt den Standpunkt, dass die freien Komponisten auch von der Akademie folgen müsse (Bestimmung unter "f") über diesen Punkt sollen die Wünsche des Senats dem Ministerium mitgeteilt werden. Die betreffenden Bestimmungen im Beethoven-Preis-Statut müssten dann lauten: Die Kuratoriumsmitglieder zu a) im Absatz " die Benennung des (f) müsste gestrichen werden. Durch Zettelwahl sollen vier

Beim H

Beschädigte Seiten

des Senats in das Kuratorium des Beethoven-Preises gewählt werden. Professor Thiel vermisst im Statut die Einbeziehung des Direktors der Akademie für Kirchen- und Schulmusik.

Durch Zettelwahl erhielten Schumann 9, Schönberg 7, Thiel 5 Stimmen. Es wird Stichwahl vorgenommen zwischen Kahn, Pfitzner und Taubmann. Bei der Stichwahl entfallen auf Pfitzner 4, Taubmann 3 und Kahn 2 Stimmen. Folglich ist Pfitzner gewählt. Es folgt die Wahl des Stellvertreters (ebenfalls geheim). Es entfallen auf Taubmann 2, Seiffert 3, Kahn 3 und Bauszner 1 Stimme. Es folgt Stichwahl zwischen Kahn und Seiffert. Seiffert wird mit 6 Stimmen gewählt. Die gewählten Senatoren nehmen die Wahl an. Pfitzner erhält die Nachricht von seiner Wahl schriftlich. Es folgt die Wahl der beiden Genossenschaftsmitglieder. v. Reznizek wird mit 6 Stimmen gewählt. Weiter entfallen 1 Stimme auf Kaun, 2 auf Schillings, 2 auf Taubmann, 2 auf Kahn. In der Stichwahl erhalten: Schillings 2, Taubmann 2 und Kahn 3 Stimmen, somit ist Kahn gewählt. Zum Vertreter der Genossenschaft wird Taubmann mit 6 Stimmen gewählt. Eine Stimme fiel auf Juon. Kahn soll schriftlich gefragt werden, ob er bereit sei die Wahl anzunehmen.

Als Eventualvorschlag für einen "freien" Komponisten soll dem Herrn Minister Hindemith genannt werden. Die eventuelle Stellvertretung wird durch Zettelwahl festgestellt. Es entfallen 3 Stimmen auf Tiessen, 2 auf Butting.

Es soll innerhalb der Akademie eine Beethoven-Feier veranstaltet werden, möglichst am 25. März. Herr Professor Seiffert wird

wird einstimmig gebeten, die Festansprache zu halten. Seiffert ist einverstanden. Vorgesehen sind für die Mitwirkung das Klingler-Quartett (cis-moll) und das Schumann Trio. In dieser Feier soll die Verkündigung der Verleihung des Beethoven-Preises durch den Präsidenten erfolgen. Für den 20. Januar ist der erste Diskussionsabend mit einem Vortrag von Arnold Schönberg über "Tonalität" in Aussicht genommen. Die Veranstaltung ist ein interner Abend der Akademie (ohne Presse) gedacht. Für Anfang Februar wird ein Konzert mit "mechanischen Musikvorträgen" mit anschliessender Diskussion geplant.

Professor Schumann bittet den Senat zu erwägen, von seiten der Akademie der Stadt den Bau eines neuen Saales für grosse Aufführungen dringend zu empfehlen, als Ersatz dafür, dass der Plan eines Beethoven-Monuments fallen gelassen wurde. Schumann ist bereit, sich namens der Akademie in dieser Sache mit dem Magistrat in Verbindung zu setzen. Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung soll gesetzt werden: Aussprache über den Musiklehrererlass. Ministerialdirektor Wentwig soll besonders gebeten werden, dieser Genossenschaftssitzung beizuwohnen.

Schluss der Sitzung 7²⁰ Uhr.

gez. Georg Schumann

gez. von Bauszern

Heft 17. Prüfung, Ausbildung und
Zeichensysteme an den höheren Lehranstalten.
Amtliche Bestimmungen. Herausgegeben von
Herrn Oberregierungsrat Professor Dr. Paul
Waltner Göttingen. (176 Seiten.)

Heft 18. Die Grundschule in Preußen. Be-
stimmungen. Herausgegeben und erläutert von
Walter Landé. (258 Seiten.)

Heft 19 u. 20. Richtlinien für die Lehrpläne
Schulen Preußens. Mit Anmerkungen und
Vorschlägen herausgegeben von Ministerialrat
Grundständiges und Methodisches. Teil I.
Beide Teile zusammen.

Heft 21. Die Prüfungen für Landwirte an
Landwirtschaftlichen Hochschulen in Preußen.
Herausgegeben und erläutert von Dr. Otto Bened.

Heft 22. Die Aufbauschule in Preußen.
Bestimmungen. Herausgegeben und erläutert von
Ministerialrat Walter Landé. (176 Seiten.)

Heft 23. Schülerheime. Sammlung der
Bestimmungen über die bestehenden Schülerheime
von Ministerialrat Landé und Amtsrat
(180 Seiten.)

Heft 24. Privatunterricht in der Musik.
Bestimmungen. Herausgegeben von Professor
Zweite Auflage.

Heft 25. Studium ohne Reifeprüfung in
den höheren Lehranstalten. Bestimmungen.
Herausgegeben von Dr. Otto Bened.

Heft 26. Bestimmungen über die Mittelschulen.
Mit einer Sammlung einschlägiger Erlasse
von Ministerialrat Dr. Stolze und
Landé.

Heft 27. Die Leiter und Lehrer an den höheren
Lehranstalten in Preußen. Die Bestimmungen
über ihre Stellung. Gesammelt und erläutert von
Walter Landé und Amtsrat Walter
Teil I.

Druck von Otto Walter, Berlin S. 2.

Immer im Museum 1271
Weidmannsche Taschenausgaben
von
Verfügungen der Preussischen Unterrichtsverwaltung
Herausgegeben v. Oberstudienrat Dr. Hans Göttinger u. Ministerialrat Walter Landé
Heft 24

Privatunterricht in der Musik

Amtliche Bestimmungen

Herausgegeben von

Professor Leo Reitenberg

Referent im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung

Dritte Auflage.



Berlin
Weidmannsche Buchhandlung
1925

Weidmannsche Taschenausgaben

von Verfassern der Preussischen Unterrichtsverwaltung

Seit 1. April 1924

Oberbiblioth. Dr. Hans Walther u. Ministerialrat Walter Lamb

Seit 1. April 1924 mit dem neuen Verzeichnis der Weidmannschen Taschenausgaben ist das Verzeichnis der Weidmannschen Taschenausgaben neu bearbeitet worden. Es enthält die Verzeichnisse der Weidmannschen Taschenausgaben für die Jahre 1924 und 1925.

Seit 2. April 1924 mit dem neuen Verzeichnis der Weidmannschen Taschenausgaben ist das Verzeichnis der Weidmannschen Taschenausgaben neu bearbeitet worden. Es enthält die Verzeichnisse der Weidmannschen Taschenausgaben für die Jahre 1924 und 1925.

Seit 3. April 1924 mit dem neuen Verzeichnis der Weidmannschen Taschenausgaben ist das Verzeichnis der Weidmannschen Taschenausgaben neu bearbeitet worden. Es enthält die Verzeichnisse der Weidmannschen Taschenausgaben für die Jahre 1924 und 1925.

Seit 4. April 1924 mit dem neuen Verzeichnis der Weidmannschen Taschenausgaben ist das Verzeichnis der Weidmannschen Taschenausgaben neu bearbeitet worden. Es enthält die Verzeichnisse der Weidmannschen Taschenausgaben für die Jahre 1924 und 1925.

Seit 5. April 1924 mit dem neuen Verzeichnis der Weidmannschen Taschenausgaben ist das Verzeichnis der Weidmannschen Taschenausgaben neu bearbeitet worden. Es enthält die Verzeichnisse der Weidmannschen Taschenausgaben für die Jahre 1924 und 1925.

Seit 6. April 1924 mit dem neuen Verzeichnis der Weidmannschen Taschenausgaben ist das Verzeichnis der Weidmannschen Taschenausgaben neu bearbeitet worden. Es enthält die Verzeichnisse der Weidmannschen Taschenausgaben für die Jahre 1924 und 1925.

Weidmannsche Taschenausgaben

von

Verfassern der Preussischen Unterrichtsverwaltung

Herausgegeben v. Oberbiblioth. Dr. Hans Walther u. Ministerialrat Walter Lamb

Heft 24

Privatunterricht in der Musik

Ämtliche Bestimmungen

Herausgegeben von

Professor Leo Reitenberg

Referent im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung

Zweite Auflage.



Berlin

Weidmannsche Buchhandlung

1925

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
1. Vorwort	5
2. Privatunterricht in der Musik	9
3. Aufsicht über den Privatmusikunterricht	69
4. Anmerkungen	81
5. Sachregister	88

Vorwort.

Die Bestimmungen über den „Privatunterricht in der Musik“ vom 2. Mai 1925 bilden einen Teil der Maßnahmen, die in der dem Preussischen Landtag vorgelegten „Denkschrift über die gesamte Musikpflege in Schule und Volk“¹⁾ in Aussicht genommen wurden. Es mußten erst die Vorschläge der Denkschrift berücksichtigt werden, die eine Reform des Musikunterrichts in der Schule anbahnen. Der Ausbau des „Instituts für Kirchenmusik“ zu einer „Akademie für Kirchen- und Schulmusik“²⁾ gab in Verbindung mit der „Prüfungsordnung für das künstlerische Lehramt an höheren Lehranstalten“ vom 22. Mai 1922³⁾ die Grundlage für den künstlerischen und pädagogischen Bildungsweg des Musiklehrerstandes in der Schule. Der Musiklehrer wurde dem wissenschaftlichen Fachlehrer gleichgestellt. Nach dieser Neuordnung ist der Musikunterricht im Sinne der „Denkschrift“ an den höheren Lehranstalten durchgeführt. Der „Schulmusikerlaß“⁴⁾ und die neuen Lehrpläne für den Musikunterricht an höheren Lehranstalten von 1925⁵⁾ geben den leitenden Gedanken Ausdruck, die das Erziehungs Wesen unserer Zeit erfüllen und bestimmen.

In der Schule ist von jeher die Musikerziehung nach festen Richtlinien gepflegt und beaufsichtigt worden, sei es durch

¹⁾ Anmerkungen siehe am Schlusse des Bandes.

die Kirche, wie in der älteren Zeit, sei es durch den Staat, der mit der Lehrerbildung auch die Pflicht einer gewissenhaften musikalischen Berufserziehung übernommen hat. Die staatliche Verantwortlichkeit für alle Aufgaben des privaten Unterrichtswesens führte erst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu allgemeinen gesetzlichen Maßnahmen, die die gesamte wissenschaftliche, künstlerische, gewerbliche und kaufmännische Ausbildung — in Lehranstalten und durch Einzelunterricht — umfaßten.⁶⁾ Nach diesen Verordnungen wird die Ausübung des Privatunterrichts von der Erteilung eines Unterrichtserlaubniszeichens abhängig gemacht. Es wird das „Erfordernis der nachzuweisenden Qualifikation für diejenigen Personen“ festgelegt, „welche Privatschulen und Pensionsanstalten errichten oder ein Gewerbe daraus machen, Lehrstunden in den Häusern zu geben“. Ohne Zeugnis der örtlichen Aufsichtsbehörde darf keine Schul- und Erziehungsanstalt errichtet, „auch ohne dasselbe niemand zur Erteilung von Lehrstunden als einem Gewerbe zugelassen werden“. In einer Ministerialinstruktion wird von den Leitern der Privatschulen die Ablegung einer Prüfung verlangt. Außerdem haben sie ihre sittliche Unbescholtenheit durch Zeugnisse nachzuweisen. Die Genehmigung der Regierung wird durch einen Erlaubnischein unter Widerruf erteilt. Die Lehranstalten unterstehen der Aufsicht der Ortschulbehörde. Die Privatlehrer müssen sich über ihre Befähigung und „ihre sittliche Tüchtigkeit für Unterricht und Erziehung“ ausweisen. Sie erhalten von der Ortschulbehörde einen „für ein Jahr gültigen, jedoch widerruflichen Erlaubnischein zur Erteilung von Privatunterricht“. Auch sie werden von der Schulbehörde beaufsichtigt.

Diese Bestimmungen bilden nach wie vor die gesetzliche Grundlage für die Regelung des privaten Unterrichtswesens. Weitere Anordnungen sind in späteren Jahren hin-

zugekommen.⁷⁾ Während für den wissenschaftlichen, gewerblichen und kaufmännischen Unterricht eingehende Ausführungsanweisungen von der Staatsregierung erlassen wurden, fehlten auf dem Gebiet der Musikerziehung bisher Richtlinien, die diesen wichtigen Teil des Unterrichtswesens einheitlich regelten. Dadurch ergaben sich Unklarheiten und Schwierigkeiten in der Behandlung aller einschlägigen Fragen sowohl bei den amtlichen Stellen wie im Kreise der Lehrenden und der weiteren Öffentlichkeit. Über diese Zustände ist von den beteiligten Behörden, vom Landtag und von den musikpädagogischen Verbänden, von der Tages- und Fachpresse seit Jahrzehnten ein überaus umfangreiches Material vorgelegt worden, das in enger Fühlung mit allen an dieser Frage interessierten Kreisen beraten wurde.⁸⁾ Die bereits im Jahre 1914 getroffene Regelung wurde durch den Ausbruch des Krieges in ihrer Wirkung völlig unterbunden.⁹⁾ Die Verordnung vom 5. Mai 1919 stellte der Musikunterricht unter die Vorschriften der Bundesratsbekanntmachung vom 2. August 1917. Da die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse einen genauen Überblick über das gesamte musikalische Unterrichtswesen in Stadt und Land nicht zuließen, wurde der Musikunterricht durch die Verordnung nur insoweit erfasst, „als es sich um die Ausbildung zu gewerblichen und musikalischen Leistungen handelt, bei denen ein höheres Interesse der Kunst nicht obwaltet“.¹⁰⁾

Um den behördlichen Organen Einblick in die verschiedenartigen Bedingungen zu geben, unter denen Musiklehrern und Privatmusiklehrern ihren Beruf ausüben, ist zunächst die Meldepflicht für Einzellehrer und Leiter von Musikschulen und die Anlage von Verzeichnissen durch die zuständigen Schulräte angeordnet worden (§. 70). Auf Grund dieser Meldungen

richt allgemein und damit auch für das Gebiet der Musik geregelt. Diese Maßnahme ist durch weitere Verfügungen in dem Sinne ergänzt und erweitert worden, daß für die Ausübung des Privatunterrichts die Erwerbung eines Unterrichtserlaubnis-scheins erforderlich ist (Min.Bl. f. d. i. Verw. 1841 S. 218). Den Musikunterricht berührte praktisch diese Regelung nicht in dem gleichen Maße wie andere Gebiete des privaten Unterrichts. Die Gründung künstlerisch bedeutsamer Musiklehranstalten auf privater Grundlage, die sowohl Kräfte für Konzert und Oper als auch für den Lehrberuf ausbildeten, sicherte Künstlern und Lehrern eine geachtete Stellung im öffentlichen Musikleben. Eine eingehendere Ausgestaltung und Handhabung der bisherigen Vorschriften erschien deshalb bis in das erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts nicht erforderlich (vergl. auch Erlaß vom 16. Januar 1908 — U III C 2081 U IV —, Zentrbl. S. 360).

Klagen und Beschwerden über den Privatunterricht in der Musik nahmen aber in den folgenden Jahren einen so großen Umfang an, daß eine erneute Prüfung der gesamten musikalischen Unterrichtsverhältnisse auch mit Rücksicht auf die steigende Bedeutung der Musikpflege in Schule, Haus und Leben notwendig wurde. Die unmittelbar vor dem Kriege in Aussicht genommene Regelung (vergl. Erlaß vom 25. Juni 1914 — U IV 5999 U III D —) konnte erst nach eingehender Feststellung der in der Nachkriegszeit wesentlich veränderten Verhältnisse wiederaufgenommen werden und fand ihren ersten Niederschlag in dem Erlaß über die Einführung der Meldepflicht für Einzellehrer und Leiter von Musik-

schulen vom 3. Mai 1922 — U IV 10087 —. Das hier eingereichte Material hat eine geeignete Grundlage für die „Allgemeinen Bestimmungen“ ergeben.

2. Die weitere Ausgestaltung der Ordnung für den Privatunterricht in der Musik hat die Aufgabe, die Unterrichtsuchenden vor Benachteiligung durch unzulänglichen oder schädlichen Unterricht zu bewahren, befähigte Lehrkräfte zu schützen und ungeeignete fernzuhalten. Die Schwierigkeiten machen sich auf diesem Gebiete besonders bemerkbar, da das Publikum nicht immer die Eignung eines Musiklehrers zu beurteilen oder nachzuprüfen vermag und das Angebot an Lehrkräften durch Angehörige anderer Berufszweige erheblich verstärkt wird. Aber diese Zustände haben auch musikpädagogische Vereine und Verbände Klage geführt und ein umfangreiches Material durch musikpädagogische Kongresse, in Fachblättern, Eingaben und Denkschriften den zuständigen Stellen vorgelegt. Der Landtag hat wiederholt, zuletzt durch Beschluß des Hauptausschusses vom 15. September 1924, staatliche Maßnahmen für dieses Gebiet gefordert. So notwendig Verordnungen zur Beseitigung aller dieser Zustände sind, so verbürgen sie allein doch nicht den Weg zu einer dauernden Gesundung der Verhältnisse. Hand in Hand damit muß eine nachdrückliche Förderung anerkannter Musikpädagogen und Kräftigung einer neuen Generation von Musiklehrern gehen, damit eine entscheidende Wende im Gesamtwerk der Musikerziehung erreicht werden kann. Denn die Aufgabe des privaten Musikunterrichts sollte nicht die äußerliche Aneignung technischer Fertigkeiten sein, vielmehr muß die

Erziehung zur Menschlichkeit mit und durch Musik für alle, die jugendlichen Musikliebhabern und Musikfreunden Unterricht erteilen, ein leitender Gedanke bleiben.

3. Daß diese hohen künstlerischen und ethischen Aufgaben bereits erkannt sind, zeigt sich in der zielbewußten Arbeit vieler führender Künstler und Pädagogen. Ihnen durch behördliche Maßnahmen Freiheit und Wirkungsmöglichkeiten einzuengen, kann nicht Zweck der vorliegenden Bestimmungen sein. Vorschriften und Verfügungen sollten bei anerkannten Lehrern die Leistungen und nicht die äußeren Bedingungen berücksichtigen. Daher soll auch bei der Durchführung der Bestimmungen nicht ein allgemein gültiger Maßstab angelegt werden, vielmehr sind die Verschiedenheit der Verhältnisse in Stadt und Land, die verschiedene Stufung der Anforderungen und Ziele zu beachten. Die vorgesehene Übergangszeit soll Härten vermeiden und die Möglichkeit schaffen, Erfahrungen zu sammeln.

4. Zur Beratung der Behörden bei den sich aus der Durchführung der vorgesehenen staatlichen Maßnahmen ergebenden musikalischen Fragen ist in den Bestimmungen die Hinzuziehung von Fachberatern vorgesehen. Da der bisher bei den Oberpräsidenten bestellte Fachberater schon jetzt wegen des Umfanges des ihm zugewiesenen sachlichen und räumlichen Gebietes nicht in der Lage ist, den an ihn heran tretenden Anforderungen voll zu entsprechen, ist die Bestellung eines Fachberaters (Staatlichen Musikberaters) für jeden Regierungsbezirk und den

Stadtkreis Berlin in Aussicht genommen. Für die Tätigkeit des Musikberaters gelten bis auf weiteres die beigelegten Richtlinien (Anlage V).

Ich vertraue, daß alle beteiligten Behörden sich die Durchführung der vorliegenden Bestimmungen über den Privatunterricht in der Musik in verständnisvollem Zusammenhalt mit den maßgebenden, im Musikleben stehenden Persönlichkeiten und mit den sonstigen Fachkreisen nach Kräften anlegen sein lassen. Dann ist zu erwarten, daß die mit diesen Bestimmungen verfolgten Ziele der allgemeinen Musikerziehung und Musikpflege sich auch voll erreichen lassen.

Berlin, den 2. Mai 1925.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst u. Volksbildung.
B e c k e r.

An die Regierungen, die Provinzialschulkollegien, den Herrn Oberpräsidenten in Magdeburg für die Stolbergischen Grafschaften. — Abdruck erhalten ferner sämtliche Herren Oberpräsidenten und der Herr Regierungspräsident in Sigmaringen. —
U IV 10612 U II, U III D. 1.

Anlage I.

Allgemeine Bestimmungen über die Erlaubnis zur Erteilung von Privatunterricht in der Musik.

I. Musiklehranstalten.

A.

1. Zur Errichtung von privaten Musiklehranstalten ist die staatliche Genehmigung erforderlich. Wer eine solche Anstalt errichten will, hat die Erteilung der Genehmigung bei der Regierung, in deren Bezirk die Anstalt errichtet werden soll (in Berlin beim Provinzialschulkollegium), nachzusuchen. Auch für bereits bestehende Anstalten ist, sofern der Leiter nicht schon die erforderliche Erlaubnis der Regierung besitzt, diese Genehmigung nachträglich einzuholen.

Das Gesuch muß enthalten:

- a) den Namen dessen, für den die Genehmigung zur Leitung beantragt wird, unter Beifügung eines Lebenslaufes und der Nachweise, aus denen seine sittliche und fachliche Befähigung zur Leitung hervorgeht,
- b) eine Darstellung der beabsichtigten Lehrgegenstände, der Lehrgänge und Lehrziele,
- c) die Beschreibung der Anstaltsräume (insbesondere Zahl, Lage und Größe),
- d) die beabsichtigte Bezeichnung der Anstalt,

- e) den Nachweis, daß die zum Betriebe erforderlichen finanziellen und sachlichen Mittel gesichert sind,
- f) Bestimmungen über Annahme und Entlassung von Schülern und über das zu entrichtende Schulgeld sowie sonstige Gebühren,
- g) nähere Angaben über den vermögensrechtlichen Träger der Anstalt, falls er nicht zugleich Leiter der Anstalt ist.

2. Nach Erteilung der Genehmigung sind etwaige Änderungen der in dem Antrage enthaltenen Angaben der zuständigen Regierung (in Berlin dem Provinzialschulkollegium) alsbald anzuzeigen.

Diese Vorschrift gilt auch für die bei Inkrafttreten dieser Bestimmungen bereits genehmigten Anstalten.

3. Die Regierung (in Berlin das Provinzialschulkollegium) hat die vorgelegten Anträge eingehend zu prüfen und dabei außer der Frage des Bedürfnisses vornehmlich folgende Gesichtspunkte zu beachten:

Die Genehmigung kann nur Einzelpersonen erteilt werden, die die sittliche und fachliche Befähigung besitzen und sich hierüber genügend ausweisen. Auch die Vorlage polizeilicher Führungszeugnisse kann verlangt werden.

Ausgeschlossen ist die Erteilung der Genehmigung an Personen, die nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte oder die in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Personen, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sollen in der Regel die Genehmigung, eine Schule zu leiten, nicht erhalten.

An Ausländer soll die Erlaubnis nur ausnahmsweise erteilt werden.

Die Schulräume müssen billigen Anforderungen entsprechen. Nötigenfalls ist vom Antragsteller die Vorlage einer Grundrissfigge im Maßstabe 1:100 zu fordern.

Wieweit die Regierung (in Berlin das Provinzialschulkollegium) noch weiterer Unterlagen für die Entscheidung bedarf, bleibt jeweilig ihrem Ermessen überlassen. Vor der Entscheidung hat die Regierung (in Berlin das Provinzialschulkollegium) fachkundige Persönlichkeiten, jedenfalls den Musikberater, gutachtlich zu hören.

4. Die Genehmigung ist widerruflich zu erteilen.

5. Die Musiklehranstalten unterstehen der Aufsicht der Regierung (vergl. § 1 des Gesetzes, betreffend die Beaufsichtigung des Unterrichts- und Erziehungswesens, vom 11. März 1872 — Gesefsamml. S. 183 —) und in Berlin der Aufsicht des Provinzialschulkollegiums (vergl. § 45 des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920 — Gesefsamml. S. 123 —).

Die Regierung (in Berlin das Provinzialschulkollegium) kann auch zur Ausübung ihrer Aufgabe als Aufsichtsbehörde nachgeordnete Dienststellen, den Musikberater und erforderlichenfalls auch andere fachkundige Persönlichkeiten heranziehen. Die Beauftragten der Aufsichtsbehörden haben die Befugnis, die Anstalten jederzeit zu besichtigen.

6. Gegen die Verfügungen der Regierung (in Berlin des Provinzialschulkollegiums) ist Beschwerde im Aufsichtswege gegeben.

B.

Es sind zu unterscheiden:

1. Konservatorien der Musik.

a) Zur Führung der Bezeichnung „Konservatorium“ ist eine besondere Genehmigung durch die Regierung (in Berlin das Provinzialschulkollegium) erforderlich, die widerruflich erteilt wird.

Die Bezeichnung „Konservatorium“ kann nur eine Anstalt erhalten, an der staatlich geprüfte oder staatlich anerkannte (vergl. III Nr. 2 u. 3) Lehrer unterrichten. Ferner muß an diesen Anstalten Unterricht in mehreren Fächern (Klavier, Gesang, Violine, Theorie u. a.) von verschiedenen Fachlehrern erteilt werden; neben oder in Verbindung mit dem Gesang- oder Instrumentalunterricht muß jeder Schüler theoretische Unterweisung erhalten, auch muß die allgemeine musikalische Bildung möglichst gepflegt werden.

b) Wer nach dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen ein Konservatorium leitet oder leiten will, muß die staatliche Privatmusiklehrerprüfung (PMP.) erfolgreich abgelegt haben. Neben dem Hauptfach hat er die Lehrbefähigung in mindestens zwei weiteren Zusatzfächern zu erwerben. Die Aufsichtsbehörde kann ausnahmsweise auch solche Antragsteller berücksichtigen, denen das Recht zusteht, sich als „staatlich anerkannt“ (III Nr. 3) zu bezeichnen.

c) Für diejenigen Anstalten, die am 1. Oktober 1924 bereits die Bezeichnung „Konservatorium“ geführt hatten, ist den Leitern die Weiterführung dieser

Bezeichnung zu gestatten, auch wenn die vorstehend genannten Anforderungen nicht erfüllt sind, jedoch unter der Voraussetzung, daß bis spätestens zum 1. April 1930 die vorgeschriebene Prüfung von dem bisherigen Leiter der Anstalt abgelegt oder ihm bis dahin die Befugnis zugeprochen ist, sich als staatlich anerkannt zu bezeichnen.

Die Verlängerung der genannten Frist bedarf meiner Zustimmung. Wo die Leistungen einer solchen Anstalt erheblich hinter den an ein Konservatorium zu stellenden Anforderungen zurückbleiben, oder wo sonstige wichtige Gründe vorliegen, ist die Weiterführung der Bezeichnung „Konservatorium“ zu untersagen.

d) Falls der Leiter eines Konservatoriums ausscheidet, fällt die Befugnis zur Bezeichnung der Anstalt als Konservatorium fort, wenn nicht binnen sechs Monaten die Leitung einem staatlich geprüften Musiklehrer übertragen wird. Dies gilt auch für die unter c genannten Konservatorien.

Die Bestimmung unter b, Satz 3, findet entsprechende Anwendung.

2. Musikseminare.

a) Zur Vorbereitung für den Beruf des Privatmusiklehrers, insbesondere für die Ablegung der Prüfung (PMP), sind besondere Einrichtungen mit der Bezeichnung „Musikseminar“ zulässig. Diese Einrichtungen können mit Konservatorien verbunden sein. Um die Bezeichnung „Musikseminar“ allein oder in Verbindung mit einem Konservatorium führen zu dürfen, ist die Genehmigung der Re-

gierung (in Berlin des Provinzialschulkollegiums) erforderlich.

b) Wer ein nicht mit einem Konservatorium verbundenes Musikseminar leiten will, muß die staatliche Privatmusiklehrerprüfung (PMP) erfolgreich abgelegt haben. Neben dem Hauptsach hat er die Lehrbefähigung in mindestens zwei weiteren Zusatzfächern zu erwerben. Die Aufsichtsbehörde kann auch solche Antragsteller berücksichtigen, denen das Recht zusteht, sich als „staatlich anerkannt“ (III Nr. 3) zu bezeichnen.

Bei Musikseminaren, die am 1. Oktober 1924 bereits bestanden, kann die Anwendung der Bestimmung des vorstehenden Absatzes bis zum 1. April 1930 unterbleiben. Wo die Leistungen einer solchen Anstalt erheblich hinter den an ein Musikseminar zu stellenden Anforderungen zurückbleiben oder wo sonstige wichtige Gründe vorliegen, ist die Weiterführung der Bezeichnung „Seminar“ zu untersagen.

c) Musikseminare, bei denen eine Ausbildung gemäß den Prüfungsbestimmungen gewährleistet ist, können auf Grund der nachgewiesenen unterrichtlichen Leistungen von der Regierung (in Berlin vom Provinzialschulkollegium) förmlich als Musikseminare staatlich anerkannt werden. Damit erhalten sie die Befugnis, ihrem Namen den Zusatz beizufügen:

„Anerkannt durch Verfügung der Regierung
zu (des Provinzialschulkollegiums
in Berlin) vom“

Vor der Erteilung dieser Befugnis ist an mich zu berichten.

d) Vom 1. April 1930 an darf die Bezeichnung „Seminar“ überhaupt nur geführt werden, wenn eine Anstalt als Musikseminar staatlich anerkannt ist. Der unter c genannte Zusatz ist alsdann gegenstandslos.

3. Musikschulen.

Die Bezeichnung „Musikschule“ führen alle übrigen Anstalten, an denen mehrere Fachlehrer regelmäßig als Lehrkräfte tätig sind. Liegt diese Voraussetzung nicht vor, so gelten die Bestimmungen über Einzellehrer.

4. Leiter von Musikkapellen.

Wer als Leiter einer Musikkapelle noch nicht genügend musikalisch vorgebildete Jugendliche anleiten will, hat für die Erlangung der erforderlichen Erlaubnis die sittliche und fachliche Befähigung zur erfolgreichen Unterweisung dieser Jugendlichen nachzuweisen. Wie der Nachweis im Einzelfall zu erbringen ist, bleibt dem Ermessen der Regierung (in Berlin dem Provinzialschulkollegium) überlassen, die über die Erteilung der Erlaubnis befindet. Wer die staatliche Privatmusiklehrerprüfung abgelegt hat, bedarf keines weiteren Nachweises über seine fachliche Befähigung.

Bei der Führung der Aufsicht ist besonders darauf zu achten, daß die Unterweisung der Jugendlichen sachgemäß erfolgt.

II. Privatmusiklehrer

1. Wer Musikunterricht an privaten Musiklehranstalten oder an einzelne Schüler erteilen will, hat unter Mitteilung von seinem Vorhaben beim zuständigen Schulrat die Erteilung eines Unterrichtserlaubnischeines zu beantragen.

2. Dem Antrage sind ein Lebenslauf, eine Darstellung der fachlichen Bildung, gegebenenfalls Prüfungs- und polizeiliche Führungszeugnisse beizufügen.

3. Die erforderliche fachliche Vorbildung kann dargetan werden

- a) durch das Zeugnis eines staatlichen Prüfungsausschusses über die erfolgreiche Ablegung der Privatmusiklehrerprüfung (PMPL) für das in dem Zeugnis bezeichnete Hauptfach oder
- b) durch andere Nachweise, aus denen sich die ausreichende fachliche Befähigung erkennen läßt. Die Nachweise können gegebenenfalls auch durch praktische Vorführungen ergänzt werden. Der Regierung (in Berlin dem Provinzialschulkollegium) bleibt es überlassen, welche Unterlagen und Nachweise, zu denen auch praktische Vorführungen gehören können, im einzelnen Falle für nötig befunden werden. Dabei sind die örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Die Anforderungen für die staatliche PMPL sind nicht zugrunde zu legen.

4. Diejenigen Antragsteller, die am 1. Oktober 1924 bereits Privatunterricht in der Musik erteilt

und das 35. Lebensjahr überschritten haben, bedürfen des fachlichen Befähigungsnachweises nicht. Jedoch können Antragsteller, die es unterlassen haben, sich ordnungsmäßig entsprechend der Vorschrift des Ministerialbeschlusses vom 3. Mai 1922 — U IV 10087. 1. U III D usw. — zur Eintragung in die Liste der Einzellehrer anzumelden, zum Nachweise ihrer fachlichen Vorbildung angehalten werden.

5. Der Schulrat hat die bei ihm eingehenden Anträge der Regierung (in Berlin dem Provinzialschulkollegium) vorzulegen.

6. Die sittliche Zuverlässigkeit des Antragstellers ist bei allen Anträgen sorgfältig zu prüfen. Ausgeschlossen ist die Erteilung eines Unterrichtserlaubnißscheines an Personen, die nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte oder die durch Gerichtsbeschuß in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind. An Ausländer soll ein Erlaubnißschein nur ausnahmsweise erteilt werden.

7. Hat die Regierung auf Grund ihrer Prüfung gegen die Erteilung eines Erlaubnißscheines keine Bedenken, so ist der Schulrat zu seiner Ausstellung zu ermächtigen. Die Ausstellung erfolgt gemäß den Weisungen der Regierung.

8. In dem Erlaubnißschein ist anzugeben: der Vor- und Name, der Geburtstag, der Geburtsort des Lehrers, sowie das Fach, für das die Erlaubnis erteilt wird.

9. Wer bereits einen Unterrichtserlaubnißschein besitzt, der nicht von dem für seinen Wohnort zuständigen Schulrat ausgestellt ist, hat diesen dem zuständigen Schulrat zur Eintragung in die für

Musikschul- und Einzellehrer angelegte Liste (vergl. Erlass vom 3. Mai 1922, Absatz 2 — Zentrbl. für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen Seite 224 —) vorzulegen.

10. Der Unterrichtserlaubnißschein wird nur widerruflich erteilt und ist vor Ablauf jedes Kalenderjahres dem Schulrat zur Verlängerung vorzulegen. Zur Verlängerung ist eine Vorlage an die Regierung in der Regel nicht erforderlich.

11. Von der Einholung eines Unterrichtserlaubnißscheines sind befreit:

- a) diejenigen, die mit Rücksicht auf ihre pädagogische und tonkünstlerische Tätigkeit durch Beschluß der Regierung (in Berlin des Provinzialschulkollegiums) von der Beibringung eines Unterrichtserlaubnißscheines ausgenommen werden. Vor der Beschlußfassung hat die Regierung (in Berlin das Provinzialschulkollegium) den staatlichen Musikberater zu hören. Der Musikberater hat auch von Amts wegen den Regierungen (in Berlin dem Provinzialschulkollegium) Vorschläge hierfür zu unterbreiten. Dem Schulrat ist von einem solchen Beschluß Kenntnis zu geben;
- b) die an einer Hochschule für Musik (Akademie oder Institut für Kirchen- und Schulumusik) oder an einer Universität (Technische Hochschule) beschäftigten Musiklehrkräfte;
- c) die an öffentlichen Schulanstalten tätigen Musiklehrer, sowie diejenigen öffentlichen Lehrer, welche die Lehramtsprüfung für ein Musikfach abgelegt haben;

- d) die Studierenden einer Hochschule für Musik, einer Akademie oder eines Instituts für Kirchen- und Schulmusik, falls sie sich über ihre fachliche und sittliche Befähigung durch ein Zeugnis des Direktors ihrer Anstalt ausweisen können;
- e) Hauslehrer, Erzieher und Erzieherinnen hinsichtlich der Erteilung von Musikunterricht in der Familie, in deren Haus sie angestellt sind.

III. Staatliche Prüfung für Privatmusiklehrer (PMP.)

1. Für die in den vorstehenden Bestimmungen genannte staatliche Prüfung für Privatmusiklehrer gilt eine von mir erlassene Prüfungsordnung nebst den dazu gehörigen Ausführungsbestimmungen (Anlagen III, IV).

2. Mit der erfolgreichen Ablegung der Prüfung ist das Recht verbunden, sich als staatlich geprüfter Klavier-, Violin-, Gesang-, Kompositions- usw. Lehrer zu bezeichnen. Es wird damit zugleich die fachliche Befähigung zur Erteilung von Unterricht in dem im Prüfungszeugnis genannten Hauptfache an Konservatorien und an Musikseminaren erworben, zur Leitung von Konservatorien und Musikseminaren, falls die Lehrbefähigung außer dem Hauptfache in zwei Zusatzfächern erworben ist.

3. Auf Antrag kann Musiklehrern, die sich in künstlerischer und pädagogischer Beziehung in besonderem Maße bewährt haben, ohne Ablegung der staatlichen Prüfung nach Anhörung des Prüfungsausschusses

vom Provinzialschulkollegium das Prüfungszeugnis mit den hiermit verbundenen Berechtigungen verliehen werden. Sie erhalten dadurch die Befugnis, sich als „staatlich anerkannt“ zu bezeichnen.

IV.

Die durch Erlass vom 3. Mai 1922 — U IV 10087 usw. — angeordneten Verzeichnisse der Privatmusiklehrer und Privatmusiklehranstalten sind durch die Schulräte weiterzuführen und auf dem laufenden zu halten, mit der Maßgabe, daß in sie alle Privatmusiklehrer und Privatmusiklehranstalten aufzunehmen sind, soweit erstere nicht gemäß II, 11 dieser Bestimmungen von der Einholung des Unterrichtserlaubnischeines befreit sind.

V.

Die Vorschriften zu II (Unterrichtserlaubnischein), ausgenommen 3a, sowie zu III, 3 (Anerkennung als Musiklehrer) treten am 1. Juni 1925 in Kraft, die übrigen Vorschriften am 1. April 1926. Jedoch sind die Maßnahmen zur Einrichtung der Prüfungsausschüsse alsbald zu treffen und nach erfolgter Einrichtung von Prüfungsausschüssen können auch Prüfungen schon vor dem 1. April 1926 abgenommen werden.

Berlin, den 2. Mai 1925.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst u. Volksbildung.
B e d e r.

Anlage II.

Ausführungsanweisungen zu den Allgemeinen Bestimmungen über die Erlaubnis zur Erteilung von Privatunterricht in der Musik.

Allgemeines.

Zu 1: Musiklehranstalten. Als private Musiklehranstalten kommen in Zukunft nur Konservatorien, Musikseminare und Musikschulen in Frage, daneben unter den bei I B 4 genannten Voraussetzungen auch Musikkapellen. Hochschulen für Musik sowie Akademien oder Institute für Kirchen- und Schulumusik können nur als öffentliche Anstalten begründet werden. Sie fallen daher nicht unter die Vorschriften dieser Allgemeinen Bestimmungen, die sich nur mit den Privatanstalten befassen.

Die Bezeichnung „Konservatorium“ ist in der Praxis häufig mißbräuchlich verwendet worden. In Zukunft soll die Bezeichnung „Konservatorium“ nur geführt werden dürfen, wenn die Anstalt den erhöhten Anforderungen an Leiter und Lehrkräfte, an Lehrpläne und Einrichtungen entspricht (vgl. I B 1). Auf die Durchführung der diesbezüglichen Bestimmungen wird daher besonderer Wert zu legen sein.

Übergangsbestimmungen für bereits bestehende Konservatorien sind nicht zu entbehren, daärten

sozialer Art vermieden werden müssen; jedoch muß von der Möglichkeit, die die Musikpflege und Musikerziehung schädigenden Kräfte an der Weiterführung eines Konservatoriums zu hindern, gegebenenfalls schnell und durchgreifend Gebrauch gemacht werden.

Die Musikseminare (I B 2) können vorläufig noch in zwei verschiedenen Formen bestehen. Solchen Seminaren nämlich, die ihre Einrichtungen den in der Prüfungsordnung gedachten Aufgaben und Zielen anpassen und entsprechende Leistungen aufweisen, kann die staatliche Anerkennung auf Antrag verliehen werden. Hierdurch erhalten sie die Berechtigung, ihrer Bezeichnung den Zusatz zu geben: „Anerkannt durch Verfügung der Regierung usw.“ Eine andere Form dieses Zusatzes ist nicht zulässig, insbesondere auch nicht die Abkürzung „Staatlich anerkanntes Seminar“. Vom 1. April 1930 ab ist der Zusatz gegenstandslos und wird zweckmäßig allgemein fortzulassen sein, da nach diesem Zeitpunkt unter der Bezeichnung „Musikseminar“ ausnahmslos ein staatlich anerkanntes Musikseminar zu verstehen ist.

Was die übrigen Musikschulen (I B 3) angeht, ist es ohne Belang, in welcher Form (Einzel- oder Klassenunterricht) der Unterricht erteilt wird. — Vorbedingung ist lediglich, daß mehrere Fachlehrer als Lehrer an einer Schule regelmäßig tätig sind. Bei der Beaufsichtigung von Musikschulen wird darauf Rücksicht zu nehmen sein, ob der Leiter die staatliche Prüfung erfolgreich abgelegt hat oder staatlich anerkannter Lehrer ist, oder ob diese Voraussetzung in der Vorbildung nicht zutrifft. Die Ablegung der Prüfung ist dem Schulleiter nahelegen, wo die Verhältnisse es angezeigt erscheinen lassen.

Sollte sich ein Bedürfnis für eine unterschiedliche Bezeichnung der Schulen je nach Leistung und Umfang herausstellen, so werde ich zu gegebener Zeit ergänzende Bestimmungen in Erwägung ziehen.

Nur die in den Bestimmungen angegebenen Namen Konservatorium, Musikseminar, Musikschule sind anzuwenden. Andere Bezeichnungen, wie Hochschule, Akademie, Pädagogium, Höhere Musikschule und ähnliche, sind unstatthaft. Zusätze, die zur näheren Kennzeichnung der Anstalt oder zur Unterscheidung dienen, z. B. Klavierschule, Violinschule, Orchesterschule, Gesangschule, Altes Konservatorium, B. sche Musikschule, können zur Genehmigung vorgeschlagen werden. Bei der Genehmigung ist auch über den gewählten Namen einer Musiklehranstalt zu befinden. Auch nachträgliche Änderungen in der Bezeichnung der Anstalt unterliegen besonderer Genehmigung.

Besonderes.

Zu I A 1g. Es ist nicht erforderlich, daß der Konzessionsträger zugleich der vermögensrechtliche Träger des Unternehmens (Unternehmer) ist, nur muß die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens von dem Antragsteller dargetan werden. Der Erteilung der Erlaubnis steht nicht entgegen, daß der Antragsteller Angestellter des Unternehmens ist. Der Schulbehörde gegenüber bleibt für den Betrieb der Konzessionsträger allein verantwortlich.

Bei der Prüfung der Anträge und bei der Führung der Aufsicht ist auf eine angemessene Entschädigung der Lehrkräfte zu achten. Die wirtschaftliche Lage des Unternehmens, die Verzinsung des Betriebs-

kapitals und der Betriebsmittel sind dabei in Rechnung zu stellen.

Selbst wenn die wirtschaftliche Grundlage des Unternehmens (vermögensrechtlichen Trägers) gesichert erscheint, können Gründe, die in der Person des Unternehmers liegen, zur Ablehnung des Genehmigungsantrages oder zum Widerruf der erteilten Genehmigung führen, z. B. das Vorleben des Unternehmers, unlauterer oder auf Ausbeutung der Schüler gerichteter Handel mit Lehrmitteln (Noten und Instrumenten) oder eine gegen die guten Sitten verstoßende Ausnutzung der Angestellten.

Zu I A 2. Alle Genehmigungen und Änderungen sind von der Regierung dem zuständigen Schulrat zur Eintragung in das nach dem Erlass vom 3. Mai 1922 geführte Verzeichnis mitzuteilen.

Zu I A 3 und 5 Abs. 1. Lehrpläne, Ankündigungen, Bedingungen und dergl. sind nach Anfordern der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Die Ankündigungen usw. müssen Angaben über Lehrgänge, ihre Dauer, Stundenzahl, Kosten des Unterrichts, Anmelde- und Abgangsvorschriften u. dergl. enthalten. Bei Veröffentlichungen dürfen keine irreführenden Angaben gemacht werden. Änderungen im Lehrplan und in der Schulorganisation unterliegen der Genehmigung. Die Zahl der gleichzeitig von einer Lehrkraft unterrichteten Schüler soll dem Lehrgegenstand angepaßt sein und darf die Erreichung des Lehrziels nicht behindern.

Von den Anstalten ausgestellte Zeugnisse sind wahrheitsgemäß abzufassen. Sie sollen insbesondere über Dauer des Unterrichts und Art der Ausbildung Auskunft geben. Derartige Schriftstücke sind lediglich

als Zeugnisse zu bezeichnen. Ausdrücke wie „Diplom“ und ähnliche sind unstatthaft.

Es ist erwünscht, daß am Schlusse eines jeden Schuljahres der Schulaufsichtsbehörde ein Jahresbericht nach Maßgabe des Vordruckes A eingereicht wird. Die Schulaufsichtsbehörde kann erforderlichen Falles die Berichtsvorlage anordnen.

Zu I A 4. Der Genehmigungsurkunde ist der Vordruck B zugrunde zu legen. Ein Abdruck der Allgemeinen Bestimmungen über die Erlaubnis zur Erteilung von Privatunterricht in der Musik ist der Genehmigungsurkunde beizufügen. Die Ausfertigung unterliegt einer angemessenen Verwaltungsgebühr nach der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung vom 29. Dezember 1923.

Zu I A 5 Abs. 2. Bei dem Besuch der Anstalten steht dem Beauftragten der Schulaufsichtsbehörde das Recht zu, vom Leiter, von den Lehrern und Schülern über alle den Unterricht und den Betrieb der Anstalt berührenden Fragen Auskunft einzuholen. Auch Anstellungsverhältnisse, Lehrfragen, Lernmittel, Beschaffenheit der Schulräume, Instrumente usw., kurzum alle die Anstalt betreffenden Verhältnisse, unterliegen der Besichtigung und Prüfung der zum Besuch der Anstalt Beauftragten.

Zu I B 1. Es ist darauf zu halten, daß bei Konservatorien wenigstens in den Hauptsächern ausschließlich staatlich geprüfte oder anerkannte Lehrkräfte tätig sind.

Aus der nach dem Erlaß vom 3. Mai 1922 vom Schulrat zu führenden Liste der Privatmusiklehreranstalten ist von den Regierungen (in Berlin Pro-

vinzialschulkollegium) mit einer besonderen Nachweisung der Konservatorien zum 1. April jeden Jahres, erstmalig zum 1. April 1926, vorzulegen. Die Veränderungen dieser Nachweisung sind bei den späteren Vorlagen unter besonderem Abschnitt zu erläutern.

Zu I B 2. Die staatliche Anerkennung als Musikseminar kann nur dann erfolgen, wenn die Einrichtung und Führung der Anstalt die Gewähr für eine ordnungsmäßige Ausbildung der Schüler bietet. Bei Stellung des Antrages auf staatliche Anerkennung ist eine Seminarordnung vorzulegen, die in den musikpädagogischen Grundzügen den Forderungen der Ordnung für die Privatmusiklehrerprüfung zu entsprechen hat. Sie soll insbesondere umfassen:

1. Allgemeine Bestimmungen über die Einrichtungen des Musikseminars.
2. Anweisungen für die Aufnahme.
3. Lehrplan und Lehrziel.
4. Lehrpersonal (mit Angabe der Vorbildung der einzelnen Lehrkräfte).
5. Instrumentarium und Bücherei.

Die Seminarordnung bedarf der Genehmigung.

Bis auf weiteres wird über den Antrag auf staatliche Anerkennung eines Musikseminars in der Regel nicht vor Ablauf von zwei Jahren entschieden, innerhalb deren die sachgemäße Durchführung der Seminarordnung zu prüfen ist. Die Anerkennung wird widerruflich auf die Dauer von drei Jahren erteilt. Diese Anträge können alsbald, insbesondere auch vor dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen, vorgelegt werden.

Zu I B 3. Die Bezeichnung „Musikschule“ oder „Musikschule für Klavier“ und ähnliches darf vom Einzellehrer nicht geführt werden. Ob der Unterricht in der Wohnung des Lehrers oder des Schülers stattfindet, ist bei dieser Frage unerheblich.

Zu I B 4. Die hier genannten Musikkapellen (Musiklehrer) sind im Sinne dieses Erlasses als Musiklehranstalten anzusehen, jedoch liegen bei ihnen die Verhältnisse so verschieden, daß den Regierungen ein den jeweiligen örtlichen und musikalischen Verhältnissen angepaßtes Vorgehen überlassen werden kann. Hierbei ist es dringend geboten, daß die Bedeutung derartiger Kapellen für die Musikpflege auf dem Lande und in kleineren Orten gebührend gewürdigt und daher bei Prüfung der fachlichen Befähigung des Leiters der Kapelle der besonderen Lage des Falles Rechnung getragen wird.

Zu den Jugendlichen gehören nicht nur alle Personen unter 21 Jahren, sondern auch diejenigen im höheren Alter, die nach Lage der Verhältnisse des Schutzes vor Benachteiligung bedürftig sind.

Soweit die Gewerbeordnung in ihren Bestimmungen über das Lehrlingswesen in Frage kommt, bleibt sie unberührt.

Zu II 3. Ist die erforderliche Vorbildung sowie die sittliche Zuverlässigkeit nachgewiesen, so darf die Erteilung des Unterrichtserlaubnischeines nicht verweigert werden.

Zu II 3b. Im Interesse der allgemeinen Musikpflege auf dem Lande und in kleineren Orten ist ein schonendes Vorgehen der Regierung angezeigt. Der Maßstab der fachlichen Vorbildung ist den

örtlichen Verhältnissen anzupassen. Die Anwendung des Erlasses darf nicht dazu führen, daß das Musizieren auf dem Lande und in kleineren Orten unterbunden wird, selbst wenn dort der Unterricht von musikalisch geringer geschulten Kräften (Handwerkern, Gewerbetreibenden und dergl.) erteilt wird. Ich lege ganz besonderes Gewicht darauf, daß diese Gesichtspunkte von den nachgeordneten Behörden sorgfältig beachtet werden.

Zu II 8. Es wird sich empfehlen, daß die Regierung (in Berlin das Provinzialschulkollegium) den Schulräten ein einheitliches Muster für den Unterrichtserlaubnischein mitteilt.

Zu II 10. Wird von einem Musiklehrer, ohne daß ein Wechsel des Wohnsitzes in einen anderen Schulratsbezirk vorliegt, die Verlängerung eines Unterrichtserlaubnischeines nach Ablauf des Jahres, in dem er erteilt oder verlängert ist, unterlassen, so soll in der Regel bei Fortsetzung des Unterrichts erst nach Ablauf des dritten Jahres auf eine erneute Vorlage des Scheines zwecks Verlängerung gedrungen werden.

Zu II 11. Sollten bei den von der Einholung eines Unterrichtserlaubnischeines befreiten Musiklehrern in einzelnen Fällen sich Bedenken ergeben, die außerhalb der künstlerischen Fähigkeiten liegen, z. B. die Art der geschäftlichen Praxis oder andere in der Person des Lehrers liegende Gründe, so kann die Ausübung des Unterrichts untersagt werden. Die Entscheidung hierüber steht der Regierung (in Berlin dem Provinzialschulkollegium) zu.

An sich fallen Volksschullehrer oder Volksschulamtswerber nicht unter die Befreiungsvorschrift zu II 11 c. Jedoch ist es notwendig, daß in ländlichen Verhältnissen dem Volksschullehrer (Schulamtswerber), der vielfach der Träger der Musikpflege ist, unter Anwendung der Bestimmungen unter II 3 a und b und der dazu ergangenen Ausführungsanweisungen nach Möglichkeit entgegenkommen wird, zumal da die Volksschullehrer für ihre Nebentätigkeit schon an sich der Genehmigung der vorgesetzten Behörde bedürfen.

Zur Leitung von musikalischen Vereinsaufführungen und deren Vorbereitung in den Vereinen bedarf es keines Unterrichtserlaubnischeines, es sei denn, daß es sich im Einzelfall bei den Vorbereitungen zu diesen Aufführungen im wesentlichen um Unterrichts- und musikalische Ausbildungszwecke handelt.

Zu III 2. Die Befugnis, sich Musik- oder Kapellmeister zu nennen, wird durch die Ablegung der Privatmusiklehrerprüfung (PMP.) nicht erworben. Daher sind Bezeichnungen wie „staatlich geprüfter Kapellmeister“ und dergl. nicht zulässig. Ob jemand die Befugnis hat, sich Kapellmeister zu nennen, wird durch diese Bestimmungen nicht geregelt und auch nicht berührt.

Zu III 3. Die staatliche Anerkennung bewährter Musiklehrkräfte ist im allgemeinen von besonderen Leistungen auf dem Gebiete der musikalischen Erziehung abhängig. Sie läßt sich durch Lehrerfolge, Herausgabe von instruktiven Werken, organisatorische und ähnliche Tätigkeit nachweisen. Auch abgelegte

Prüfungen, wie die des Musikpädagogischen Verbandes, der Vereinigten Musikpädagogischen Verbände, Zeugnisse von anerkannten Konservatorien und bewährten Lehrkräften und anderes mehr können bei der Anerkennung gewertet werden. Der Antrag auf staatliche Anerkennung als Klavier-, Gesang-, Violin- usw. Lehrer ist von dem Lehrer an das zuständige Provinzialschulkollegium zu richten, das den Prüfungsausschuß gutachtlich zu hören hat. Die Anerkennung kann für Hauptfächer oder auch lediglich für Zusatzfächer ausgesprochen werden und verleiht die Berechtigung zur Unterrichtserteilung in den Fächern, auf die sie sich bezieht. Die staatliche Anerkennung ist ihrem Charakter nach eine Ausnahmemaßnahme, die naturgemäß nur in beschränktem Umfange erfolgen soll. Von jeder Anerkennung ist mir sofort Anzeige zu erstatten.

Die staatliche Anerkennung kann jederzeit widerrufen werden.

Zu IV. Die Bestimmung in Absatz 2 des Erlasses vom 3. Mai 1922, nach der in das Verzeichnis der Privatmusiklehrer nur die Einzellehrer und Einzellehrerinnen aufzunehmen sind, die in der Musik mindestens 5 Schülern Einzelunterricht erteilen oder mindestens 2 Schüler gemeinsam mehr als zweimal wöchentlich unterrichten, ist aufgehoben. Es sind fortan alle Privatmusiklehrer und -lehrerinnen aufzunehmen, soweit sie nicht von der Einholung des Unterrichtserlaubnischeines nach diesen Bestimmungen ausdrücklich befreit sind. Die Ausdehnung der Meldepflicht auf solche Personen, die nur gelegentlich wenigen Schülern Musikunterricht erteilen,

darf zu sachlichen Erschwerungen ihrer Betätigung nicht führen. Vergl. insbesondere die Ausführungsbestimmungen zu II 3 b.

Zu V. Die Bestimmungen treten in volle Wirksamkeit erst am 1. April 1926. Indessen ist es notwendig, die Maßnahmen zur Einrichtung von Prüfungsausschüssen alsbald zu treffen und nach erfolgter Einrichtung von Prüfungsausschüssen auch Prüfungen schon vor dem 1. April 1926 abzunehmen, damit am 1. April 1926 die nötigen Vorbedingungen für die vollständige Durchführung der Bestimmungen gegeben sind. Die Vorschriften über den Unterrichtserlaubnischein und über die Anerkennung als Musiklehrer können unbedenklich vom 1. Juni 1925 ab angewendet werden.

Berlin, den 2. Mai 1925.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst u. Volksbildung.
B e c k e r.

Vordruck A zu Anlage II.

Jahresbericht

des Konservatoriums, Musikseminars
in (Kreis)
für das Schuljahr*)

Inhaber:

Leiter:

Sitz etwa vorhandener Zweiganstalten:

Lehrkräfte.

An de unterrichteten im Berichtsjahr:

Nr.	Vor- und Zuname	Fach	Vorbildung, Prüfung	Wöchentliche Stundenzahl	Zahl der Schüler	Veränderungen des Lehrkörpers innerhalb des Schuljahres
A. Hauptberuflich.						
1						
2						
usw.						
B. Nebenberuflich.						
1						
2						
usw.						

*) Das Schuljahr umfaßt den Zeitraum von . . . bis . . .

Schüler.

Verteilung auf die einzelnen Unterrichtsfächer:

	Zahl der Schüler:
Klavier
Violine
Violoncello
Gesang
Orgel
Blasinstrumente
Theorieklasse
Chorklasse
Orchesterklasse
Weitere Klassen oder Kurse

Gesamtzahl der Schüler, die im Berichtsjahr die Schule besucht haben (hier ist jeder Schüler nur einmal zu zählen):

männlich:
davon unter 18 Jahren . . .	über 18 Jahre . . .
weiblich:
davon unter 18 Jahren . . .	über 18 Jahre . . .
zusammen:
davon unter 18 Jahren . . .	über 18 Jahre . . .

Inventar usw.

Zahl der Musikinstrumente:

Klaviere, darunter . . . Flügel
Violen
Violoncelli
Kontrabässe
Blasinstrumente (Einzelangaben)
Anderer Instrumente
(namentlich aufzuführen)	

Ist eine Notenbibliothek vorhanden?

Nähere Angaben über Notenmaterial:

.....

Ist mit der Schule ein Vertrieb von Musikalien, Instrumenten (auch Teile oder Zubehör, wie Saiten usw.), Unterrichtswerken, oder sonstiger Art verbunden? (Möglichst genaue Angaben.)

Bemerkungen: Hier ist u. a. über Veränderungen im Unterrichtsbetriebe und sonstige bemerkenswerte Vorfälle zu berichten; auch sind Angaben über Schulgeldsätze und die Regelung der Vergütungen an die Lehrer erwünscht.

Vordruck B zu Anlage II.

Genehmigungsurkunde.

Für Herrn — Frau — Fräulein —
geboren am in, wohn-
haft in, erteilen wir auf den Antrag
vom widerruflich die Erlaubnis zur Er-
richtung, Fortführung und Leitung des ein
in dem Hause zu

D. führt den Namen

Herr — Frau — Fräulein — ist
verpflichtet, die beigelegten, von dem Minister für
Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erlassenen
„Allgemeinen Bestimmungen über die Erlaubnis
zur Erteilung von Privatunterricht in der Musik“
sowie alle späteren Vorschriften zu befolgen.

Außerdem werden folgende Genehmigungs-
bedingungen gestellt:
.

Die Erlaubnis gilt nur für die in dieser Urkunde
genannte Person und ist nicht übertragbar.

Diese Erlaubnis erlischt, wenn d.
nicht binnen sechs Monaten nach Aushändigung dieser
Genehmigung eröffnet worden ist oder wenn der
Betrieb während der Dauer von sechs Monaten ge-
ruht hat.

Anlage III.

Ordnung für die Privatmusiklehrerprüfung (PMP.).

§ 1.

Einteilung und Gegenstand der Prüfung.

Die Prüfung umfaßt einen pädagogischen und
einen künstlerischen Teil.

In der pädagogischen Prüfung hat der
Bewerber*) nachzuweisen, daß er sich mit der musi-
kalischen Erziehungs- und Unterrichtslehre vertraut
gemacht hat und im praktischen Unterricht hin-
reichend ausgebildet ist.

In der künstlerischen Prüfung hat der
Bewerber das erreichte Maß seiner Ausbildung in
dem gewählten Hauptfach und in den verbindlichen
Nebenfächern darzutun.

Hauptfächer sind:

- a) Gesang,
- b) Klavier,
- c) Orgel,
- d) Violine,
- e) Violoncello,

*) Die Bezeichnung „Bewerber“ umfaßt, wenn nicht
Bewerber und Bewerberinnen ausdrücklich getrennt sind,
auch die Bewerberinnen.

- f) Baute,
- g) Orchesterinstrumente,
- h) Komposition und Theorie,
- i) Rhythmische Erziehung.

Verbindliche Nebenfächer sind für die Hauptfächer zu a bis g und i:

- a) Musikerziehung,
- b) Theorie,
- c) Gehörbildung,
- d) Musikgeschichte.

Für Gesang, Orgel, Violine, Violoncello, Rhythmische Erziehung und Orchesterinstrumente ist außerdem Klavier, für Baute Gesang als Nebenfach verbindlich. Für das Hauptfach Komposition und Theorie sind die verbindlichen Nebenfächer Musikerziehung, Klavier, Gehörbildung und Musikgeschichte.

Nach Wahl der Bewerber können folgende Fächer als Zusatzfächer Gegenstand der Prüfung sein:

- a) Musikwissenschaft,
- b) Musikpsychologie,
- c) Musikästhetik,
- d) Musikalische Akustik,
- e) Gehörbildung,
- f) Instrumentation,
- g) Instrumentenkunde,
- h) Dirigieren.

Wer die Prüfung in einem Haupt- und den dazugehörigen verbindlichen Nebenfächern bestanden hat, kann sich im Anschluß an diese Prüfung oder später in weiteren Haupt- und Zusatzfächern prüfen lassen (Erweiterungsprüfung).

§ 2.

Prüfungsausschüsse.

Die Prüfung wird vor einem staatlichen Prüfungsausschuß abgelegt, der aus mindestens fünf Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden besteht. Zum Vorsitzenden ist vom Provinzialschulkollegium ein Mitglied des Provinzialschulkollegiums oder einer Regierung zu bestellen. Die Prüfungsausschüsse werden in jeder Provinz von dem Provinzialschulkollegium an den hierfür geeigneten Orten eingerichtet, für Sigmaringen von dem Provinzialschulkollegium in Koblenz.

Die Bestellung der Mitglieder der Prüfungsausschüsse erfolgt widerruflich für die Dauer von zwei Jahren durch das Provinzialschulkollegium nach Anhörung des staatlichen Musikberaters und bedarf der Bestätigung durch den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Die Ausschußmitglieder sind erstmalig zu bestellen für die Rechnungsjahre 1925 und 1926. Zur Prüfung kann auf Antrag des Bewerbers die Lehrkraft, die den Bewerber im Hauptfache zuletzt unterrichtet hat, mit beratender Stimme zugezogen werden. Die Aufsicht über die Tätigkeit des Prüfungsausschusses führt das Provinzialschulkollegium.

§ 3.

Bedingungen der Zulassung.

Für die Zulassung zur Prüfung ist in der Regel erforderlich, daß der Bewerber mindestens das Abgangszeugnis eines Gymnasiums oder Oberlyzeums, die Versetzung in die Obersekunda einer höheren

Lehranstalt, den erfolgreichen Besuch eines Lehrer- oder Lehrerinnenseminars oder die abgeschlossene Bildung an einer anerkannten Mittelschule oder einer anerkannten höheren Mädchenschule nachweisen oder ein sonstiges Prüfungszeugnis erbringen kann, durch das die mittlere Reife zuerkannt wird. Ausnahmen können nach Anhörung des Prüfungsausschusses vom Provinzialschulkollegium zugelassen werden.

Der Bewerber muß das 19. Lebensjahr vollendet haben, wenn er die Prüfung in einem Instrumentalfach ablegen will. Für die Zulassung zu den anderen Fächern als Hauptfach (Gesang, Komposition und Theorie, Rhythmische Erziehung usw.) ist die Vollendung des 22. Lebensjahres erforderlich. Die Zulassung ist ferner davon abhängig, daß der Bewerber den Nachweis einer mindestens dreijährigen ordnungsmäßigen Fachausbildung erbringen kann. Der Bewerber soll in der Regel eine besondere zweijährige Ausbildung an einem Musikseminar nachweisen. Aber Ausnahmefälle, in denen die musikalische Vorbildung von diesen Forderungen abweicht, entscheidet das Provinzialschulkollegium.

Ausländer können nur ausnahmsweise zu der Prüfung zugelassen werden.

Personen, die nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind, sind von der Prüfung ausgeschlossen.

§ 4.

Meldung zur Prüfung.

Die Meldung zur Prüfung ist schriftlich an das Provinzialschulkollegium zu richten, in dessen Bezirk der Bewerber entweder seinen Wohnsitz hat oder im

letzten Halbjahre seinen ständigen Aufenthalt gehabt hat. In der Meldung sind das Hauptfach und die etwaigen Zusatzfächer anzugeben, in denen der Bewerber die Prüfung ablegen will.

Der Meldung sind beizufügen:

- a) ein von dem Bewerber verfaßter Lebenslauf mit Angabe der Schulbildung sowie des Ganges und Umfangs seiner Fachbildung. Bei der Prüfung in der Komposition und Theorie sind eigene Kompositionen und Arbeiten aus dem Gebiet der Theorie einzureichen;
- b) die Zeugnisse und Nachweise, die nach § 3 für die Zulassung gefordert werden;
- c) die Zeugnisse über bereits früher abgelegte Prüfungen;
- d) ein polizeiliches Führungszeugnis;
- e) ein Verzeichnis der zum Zwecke der Ausbildung durchgearbeiteten Werke (Klavier, Violine, Gesang, usw. Kompositionen).

§ 5.

Zulassung zur Prüfung.

Auf Grund der Meldung entscheidet das Provinzialschulkollegium nach Anhörung des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses über die Zulassung.

Die Zulassung ist zu versagen, wenn die in §§ 3 und 4 gestellten Anforderungen nicht erfüllt sind oder begründete Bedenken gegen die sittliche Unbescholtenheit des Bewerbers bestehen.

Gegen die Versagung der Zulassung kann der Bewerber binnen zwei Wochen die Entscheidung des Oberpräsidenten herbeiführen.

§ 6.

Hauptfach.

Anforderungen sind:

a) In Gesang: Beherrschung der Funktionen der Atmung und Technik der Atmung, Sprechton und Gesangston, Vokalisation, Tonbildung und musikalischer Vortrag; Vertrautheit mit der Konzert- und Opernliteratur; Vortrag klassischer und neuerer Lieder oder Arien, Bombastfingen, Vorsingen von Tönen, Vokalisieren und improvisierten Abungen und Sätzen; Beherrschung eines ausreichenden Schatzes deutscher Volkslieder; Grundlagen der Physiologie und Anatomie der Stimme; Vertrautheit mit der Sprechkunde und der Aussprache italienischer und lateinischer Texte.

b) Bei Instrumenten: Beherrschung des Instruments in technischer und musikalischer Hinsicht; Tonleiter und Akkordspiel sowie Fertigkeit in den speziellen Anforderungen, die an ein Instrument in der Konzert- und Sololiteratur und in der neueren Orchestermusik gestellt werden.

Der Bewerber hat eine Anzahl der von ihm durchgearbeiteten Werke (mindestens drei) vorzutragen und muß in der Lage sein, sie formal und inhaltlich zu analysieren (für Klavier etwa in der Schwierigkeit von Bachs Wohltemperiertem der Schwierigkeit von Beethovens Sonaten, Chopins Etüden; für Violine etwa Etüden von Kreutzer, Rode, Konzerte von Brahms, Spohr; für Violoncello etwa Werke von Grünmayer, Klengel, Konzerte von Wolfmann, Romberg u. a.). Bombastspiel mittelschwerer Stücke; bei Orchesterinstrumenten: Blattspiel von

schwierigeren Stellen der Orchesterliteratur; Übersicht über Bau und Eigenart des Instruments; Kenntnis der wichtigsten Unterrichtsliteratur seines Hauptfaches; Darstellung des methodischen Weges im Unterricht; Aufstellung eines Lehrplans; Kenntnis der physiologischen Grundlagen beim Spiel des Instruments.

c) In Komposition und Theorie: Vorlage eigener Kompositionen; Ausarbeiten einer Skizze zu einem Vokal- oder Instrumentalsatz; Improvisieren am Klavier nach gegebenen Motiven; Ausführung eines strengen kontrapunktischen Satzes; Entwurf einer Fuge; Kenntnis der verschiedenen Satzarten; freie Ausführung einer Klavierbegleitung zu einer gegebenen Liedmelodie; Kenntnis der Instrumentation; Übung im Transponieren und im Partiturspiel leichter klassischer Werke.

d) In Rhythmischer Erziehung: Kenntnis der verschiedenen Methoden rhythmischer Gymnastik und Erziehung; Übung in der Improvisation und in der körperlichen Darstellung verschiedener Rhythmen; Umsetzung gestellter musikalisch-rhythmischer Aufgaben in Körperbewegung; Improvisieren von Aufgaben und von musikalisch einfacheren Formen am Klavier; Vertrautheit mit der Atemführung und Stimmführung; Beherrschung des vierstimmigen Satzes; anatomische Kenntnisse.

§ 7.

Verbindliche Nebenfächer.

Anforderungen sind:

a) In Musikerziehung: Übersicht über die allgemeine Entwicklung der musikalischen Er-

ziehung im 18. und 19. Jahrhundert; Kenntnis der neueren Lehrmethoden; Stellungnahme zu den Grundfragen der Methodik. Der Bewerber muß in der Lage sein, die produktiven Kräfte des Kindes im Musikunterricht anzuregen und zu entwickeln. Er muß die schöpferischen Kräfte, die zum musikalischen Erleben und Gestalten drängen, im Unterricht verwerten können dergestalt, daß Instrument und Stimme als äußere Mittel einer gefestigten musikalischen Vorstellung erscheinen. Kenntnis der Phrasierung, Agogik, Dynamik, Rhythmik; Vertrautheit mit den Grundbedingungen des musikalischen Vortrags (einschließlich der älteren Literatur). Der Bewerber soll ein unbezeichnetes oder fehlerhaft herausgegebenes Stück mit Fingersatz, Ornamentik, Phrasierung und Dynamik für den Unterricht einrichten können. Er soll über die Grundlagen der musikalischen Physiologie und Pädagogik sowie der allgemeinen Jugendpsychologie unterrichtet sein. Kenntnis des älteren und neueren deutschen Volksliedes.

b) In Theorie: Kenntnis der Elementarmusiklehre, der Intervalle und Akkorde, der Skalen und Modulation; Harmonisieren einer gegebenen Melodie im vierstimmigen Satz oder Aussetzen eines Generalbasses; Transposition eines kurzen leichten Satzes.

c) Gehörbildung: Nachschreiben gesungenen oder gespielter Melodien, Hören einfacher Akkordfortschreitungen; Sicherheit im Bestimmen falscher Töne beim Vorspielen von Werken der klassischen Literatur. Bewerber, die Klavier als

Hauptfach gewählt haben, müssen einen leichteren Satz vom Blatt singen.

d) In Musikgeschichte: Kenntnis der allgemeinen Entwicklung der Musikgeschichte unter besonderer Berücksichtigung der Zeit von 1600 an; Vertrautheit mit dem Leben und den Werken der großen deutschen Meister; eingehende Beschäftigung mit der Geschichte und Literatur des Hauptfaches; Kenntnis der Geschichte des deutschen Volksliedes.

e) In Klavier als Nebenfach: Spiel mittelschwerer Stücke; Bomblattspiel einer leichteren Begleitung zu einem Lied oder Konzertstück; Improvisieren eines Klaviersatzes zu einer kleineren Instrumentalübung.

f) In Gesang als Nebenfach: Kenntnisse der Grundzüge der Tonbildung; Vorsingen kleinerer Abungen; Bomblattsingen einer leichten Melodie.

§ 8.

Wahlfreie Zusatzfächer.

Anforderungen sind:

a) In Musikwissenschaft: Kenntnisse in der Musikgeschichte vom Altertum bis zur Gegenwart; Beherrschung eines musikgeschichtlichen Sondergebietes, das der Bewerber frei wählen kann; Vertrautheit mit der Bearbeitung und Aufführungsart älterer Musikwerke; Entwicklung der Notenschrift; Grundzüge der vergleichenden Musikwissenschaft.

b) In Musikpsychologie: Kenntnis der Grundzüge der allgemeinen und der Jugendpsychologie unter besonderer Berücksichtigung der Tonpsychologie.

c) In der Musikästhetik: Kenntnis der grundlegenden musikästhetischen Schriften; Vertrautheit mit den wichtigsten Richtungen der Musikästhetik, mit den Elementen des musikalischen Ausdrucks, der Melodik und der Linienführung; Harmonie und Rhythmus, Homophonie, Polyphonie, Dur und Moll, Tonarten, vokale und instrumentale Formen, Programm- und absolute Musik.

d) In der musikalischen Akustik: Der Bewerber muß mit der Tonentstehung bei den verschiedenen Instrumenten und der menschlichen Stimme, mit Physiologie und Anatomie des Gehörs, mit den Theorien der Konsonanz und Dissonanz, mit Weiterbildung, der Theorie der Ober-Differenz- und Summationstöne, der verschiedenen Arten der Stimmung vertraut sein.

e) In Gehörbildung: Beherrschung der verschiedenen Methoden der Gehörbildung; Kenntnis der Probleme bei der musikalischen Begabungsprüfung; Fähigkeit, Melodien und Akkorde, auch vierstimmige Sätze mit Alterationen und Modulationen aufzufassen und nachzuschreiben. Ausarbeitung eines Lehrplans für begabte und weniger begabte Schüler; Improvisationsübungen zur Gehörbildung, zur Rhythmik und Metrik in der Musik; Darstellung rhythmischer Übungen. Methodik der rhythmischen Erziehung; Beherrschung der Theorie bis zum vierstimmigen Satz.

f) In Instrumentation: Genaue Kenntnis der Orchesterinstrumente und ihrer Verwendung in klassischen, romantischen und modernen Orchesterwerken; Eigenart, Bau und Technik der verschiedenen Instrumente; Übertragung eines vorgelegten Klavier- oder Liedsatzes für Orchester; Partiturspiel eines klassischen oder neueren Chor- oder Orchesterstückes; Transponieren einer vorgelegten Klavierbegleitung; die Hauptwerke der Instrumentationslehre.

g) In Instrumentenkunde: Vertrautheit mit der Geschichte der verschiedenen Instrumente, mit ihrer Gruppierung und Entwicklung, ihrem Bau und ihrer technischen Eigenart; Kenntnis der wichtigsten Instrumentenbauer; Einblick in die Geschichte der Instrumententechnik; Instrumenten-Akustik; Übersicht über die instrumentenkundliche Literatur und die wichtigsten Studienwerke für Orchesterinstrumente, einschließlich Klavier und Orgel.

h) In Dirigieren: Praxis des Chor- und Orchesterdirigierens; Abhalten einer Probe, Einstudieren eines vorgelegten Stückes, auch einer Konzertbegleitung; Hornblattspiel einer Orchester- oder Opernpartitur; Transponieren eines Klavier- oder Liedsatzes; Beherrschung der Instrumentation und der Theorie einschließlich des Kontrapunktes; gewandtes Blattspiel eines schwereren Klavierauszuges; Korrepetition mit einem Solisten.

§ 9.

Die Prüfung umfaßt Unterrichtsproben, Klausurarbeiten, die mündliche und praktische Prüfung.

§ 10.

Unterrichtsproben.

Wenigstens in einem der gewählten Haupt- oder Zusatzfächer ist eine Unterrichtsprobe mit Anfängern und Fortgeschrittenen abzuhalten. Die Themen der Unterrichtsproben sind den Bewerbern spätestens einen Tag vorher bekanntzumachen.

§ 11.

Klausurarbeiten.

Für jedes Hauptfach und jedes Zusatzfach ist eine Klausurarbeit zu fertigen. Ebenso ist für eins der verbindlichen Nebenfächer Musikerziehung, Theorie und Musikgeschichte eine Klausurarbeit zu fertigen; für Gehörbildung ist ein Musikdiktat auszuarbeiten.

§ 12.

Ergebnis der Prüfung.

Das Ergebnis der Prüfung ist von dem gesamten Prüfungsausschuß festzustellen. Hierbei können Mängel im Hauptfach durch gute Leistungen in den Nebenfächern nicht ausgeglichen werden. Innerhalb der Nebenfächer ist ein Ausgleich von schwachen Leistungen in einem Fach durch gute Leistungen in einem anderen statthaft.

Die Urteile sind für jedes Fach in: „Nicht genügend“, „Genügend“, „Gut“, „Mit Auszeichnung“ zusammenzufassen. Außerdem ist ein Gesamturteil abzugeben.

Die Entscheidung erfolgt durch Mehrheitsbeschluß.

Bei Stimmengleichheit gibt der Vorsitzende den Ausschlag.

Die Lehrbefähigung gilt nur für das Hauptfach oder für die gewählten Zusatzfächer.

§ 13.

Zeugnis.

Aber das Ergebnis der Prüfung ist dem Bewerber ein Zeugnis auszustellen.

Hat der Bewerber die Prüfung bestanden, so ist das Ergebnis ohne Begründung mit genauer Angabe der Hauptfächer, der Nebenfächer und der Zusatzfächer sowie der für sie erteilten Einzelurteile zu bezeichnen und sodann das Gesamturteil, das die Prüfung erhalten hat, anzuführen.

Das Zeugnis über das Ergebnis der Prüfung ist von dem Prüfungsausschuß auszufertigen.

Hat der Bewerber die Prüfung nicht bestanden, so ist in dem darüber auszustellenden Zeugnis festzusetzen, vor welchem Zeitpunkte die Prüfung nicht wiederholt werden darf.

Zugleich kann in dem Zeugnis bestimmt werden, daß der Bewerber bei der Wiederholungsprüfung in denjenigen Fächern, in denen dem Bewerber bei der Prüfung das Prädikat „Gut“ zuerkannt wurde, nicht erneut zu prüfen ist.

§ 14.

Wiederholungsprüfung.

Zur Wiederholungsprüfung kann ein Bewerber in der Regel nur zweimal zugelassen werden.

Für die Wiederholungsprüfung ist der Prüfungsausschuß zuständig, bei dem die erste Prüfung abgelegt worden ist. Der Meldung ist außer den in § 4 bezeichneten Nachweisen die Bescheinigung über das Ergebnis der ersten Prüfung beizufügen. Bei der Wiederholungsprüfung ist zu verfahren wie bei der ersten Prüfung. In der Regel ist die ganze Prüfung zu wiederholen, soweit nicht gemäß § 13 eine Ausnahme zugelassen ist.

§ 15.

Erweiterungsprüfung.

Wer die Privatmusiklehrerprüfung bestanden hat, kann durch eine Erweiterungsprüfung noch in anderen Fächern eine Lehrbefähigung nachweisen.

Bei der Erweiterungsprüfung kann die Meldung entweder bei dem Provinzialschulkollegium erfolgen, in dessen Bezirk die Hauptprüfung abgelegt ist, oder bei dem Provinzialschulkollegium, das jetzt örtlich für den Bewerber zuständig ist.

Welche Nachweise für die Zulassung zur Prüfung beizubringen sind, unterliegt dem Ermessen des Provinzialschulkollegiums.

Die Erweiterungsprüfung kann in der Regel nur einmal wiederholt werden.

§ 16.

Gebühren.

1. Für die Ablegung der Prüfung ist eine Gebühr zu entrichten, über deren Höhe die Ausführungsbestimmungen zur PMP. das Nähere ergeben.

2. Die Gebühren sind sofort nach der Zulassung zur Prüfung an die von dem Provinzialschulkollegium bezeichnete Stelle zu zahlen. Wenn ein Bewerber durch gültige Zeugnisse nachweist, daß er durch Krankheit oder andere nicht vorherzusehende Hindernisse gendtigt ist, eine begonnene Prüfung aufzugeben, so werden die eingezahlten Gebühren zu $\frac{1}{2}$ zurück-erstattet. In allen übrigen Fällen bleiben sie verfallen, gleichviel ob die Prüfung zu Ende geführt ist oder nicht.

Berlin, den 2. Mai 1925.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst u. Volksbildung.
B e c k e r.

Anlage IV.

Ausführungsbestimmungen zur Ordnung für die Privatmusik- lehrerprüfung (PMP.).

I. Die in der Prüfungsordnung gestellten Aufgaben und Ziele kennzeichnen nur in allgemeinen Umrissen die Anforderungen, die an die Bewerber zu stellen sind. Von einer genau festgelegten Regel für Prüfungsstücke und Aufgaben ist abgesehen; denn weniger die Gleichartigkeit der einzelnen Leistungen als die musikalische und pädagogische Eignung soll in der Prüfung maßgebend sein. Im Mittelpunkt der Prüfungsordnung steht daher die Erziehung zum musikalischen Leben und Erleben. Wichtiger als die Anhäufung von Wissensstoff und äußerliches Studium um der Technik willen ist das Hinführen zu einem persönlichen, mitschaffenden Anteilnehmen am musikalischen Werden und Gestalten. Diese Forderung gilt nicht nur für die Ausbildung in der Musik als Beruf, sondern überhaupt für jede ernste musikalische Erziehung. Denn gerade die private Musikpflege in Haus und Verein ist für den Stand und die Entwicklung der Musik von wesentlicher Bedeutung.

II. Zu § 1: Die Prüfung erstreckt sich auf Haupt-, Neben- und Zusatzfächer.

Die bei den Hauptfächern unter § angeführten Orchesterinstrumente umfassen alle Instrumente, die zum modernen Symphonieorchester gehören, darunter Schlagzeug in seiner Gesamtheit. Die Zusatzfächer (Musikwissenschaft, Musikpsychologie, Musikalische Ästhetik, Musikästhetik, Gehörbildung, Instrumentation, Instrumentenkunde, Dirigieren) sind wahlfrei und setzen die Prüfung in einem Hauptfach voraus. Die Anforderungen, die vorgesehen sind, kennzeichnen auch die Zusatzfächer als Hauptfächer. Jeder Bewerber kann die Prüfung in mehreren Hauptfächern (Zusatzfächern) ablegen.

Das Prüfungsgeschäft zerfällt in vier Teile: Klausuren, praktische Prüfung, Unterrichtsproben, mündliche Prüfung. In welcher Reihenfolge diese Teile genommen werden, bleibt dem Ermessen des Prüfungsausschusses überlassen. Eine Unterbrechung der Prüfung ist unzulässig. Indessen kann der Bewerber zurücktreten, solange noch nicht zwei Teile erledigt sind. Tritt er später zurück, so gilt die Prüfung als nicht bestanden. In Fächern, für die gemäß III, 3 der Allgemeinen Bestimmungen die Lehrbefähigung durch staatliche Anerkennung ausgesprochen ist, gilt die Prüfung als abgelegt und bestanden.

III. Zu § 2: Die Prüfungsausschüsse werden durch das Provinzialschulkollegium nach Bedarf in denjenigen Orten gebildet, die sich durch ein reges Musikleben und musikalisches Unterrichtswesen auszeichnen. Es empfiehlt sich, in jeder Provinz zunächst nur an zwei bis drei Orten einen Prüfungsausschuß einzurichten. In einigen Provinzen wird dem Bedarf schon durch Errichtung eines Prü-

prüfungsausschusses genügt werden können. Die Prüfung ist in geeigneten Räumen abzuhalten. In Betracht kommen in erster Reihe staatliche Räume; doch ist es unbedenklich und vielfach erwünscht, daß auch andere öffentliche Räume verwendet werden, soweit es sich ohne besondere Kosten ermöglichen läßt. Die Prüfung kann aber auch je nach Lage der Verhältnisse in staatlich anerkannten Seminaren stattfinden, sofern hierdurch finanzielle Belastungen nicht entstehen, noch die Durchführung der Prüfung erschwert wird. Bis zum 1. April 1930 können ausnahmsweise Prüfungen auch in den Räumen von Konservatorien abgehalten werden, wenn die betreffende Anstalt bewährte Seminareinrichtungen seit längerer Zeit besitzt und für diese einen Antrag auf staatliche Anerkennung ordnungsmäßig eingereicht hat.

Die Zahl der Prüfungen hängt von dem Bedürfnis ab. Bis auf weiteres wird es genügen, daß an einem Orte nicht mehr als zweimal im Jahre Prüfungen abgehalten werden. Bestehen in der Provinz mehrere Prüfungsausschüsse, ist darauf zu achten, daß die Termine nicht zusammenfallen. Auf diese Weise wird es möglich sein, im Interesse der gleichmäßigen Durchführung der Prüfungsbestimmungen Mitglieder eines Prüfungsausschusses auch für einen anderen Prüfungsausschuß zu bestellen.

Die für die Prüfungsausschüsse vorgesehene Zahl von fünf Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden ist eine Mindestzahl. Bei der Beteiligtheit des Prüfungsgebietes muß Sorge getragen werden, daß im Bedarfsfalle weitere Mitglieder für besondere Fächer herangezogen werden können.

Ich lege Wert darauf, daß die ersten Prüfungen nach der Ordnung für die Privatmusiklehrerprüfung spätestens im Herbst dieses Jahres stattfinden können. Ich ersuche deshalb die Provinzialschulkollegien, mir Vorschläge für die zu bildenden Prüfungsausschüsse und die als Mitglieder zu berufenden Persönlichkeiten binnen längstens acht Wochen vorzulegen. Die Vorschläge sind in Form einer Liste einzureichen. In diese Liste sind soviel Persönlichkeiten aufzunehmen, daß erforderlichenfalls für alle Prüfungsfächer geeignete Vertreter vorhanden sind, die sich zur Teilnahme an den Prüfungen bereit erklärt haben. Sofern es nicht möglich ist, für alle Fächer unzweifelhaft geeignete Vertreter zu benennen, ersuche ich, mir zu berichten, damit von hier eine Ergänzung der Liste veranlaßt werden kann. Auch im übrigen behalte ich mir die Entsendung von besonderen Beauftragten vor. Hinsichtlich der Deckung der persönlichen und sächlichen Kosten der Prüfungsausschüsse bemerke ich, daß hierfür lediglich die aufkommenden Prüfungsgebühren zur Verfügung stehen und daß Staatszuschüsse nicht bereitgestellt werden können.

Bei jedem Prüfungsfach müssen wenigstens zwei Mitglieder des Prüfungsausschusses zugegen sein. Über den Verlauf und das Ergebnis der einzelnen Teile der Prüfung ist ein Protokoll zu führen. Ein Prüfling, der von einem Mitgliede des Prüfungsausschusses vorbereitet oder durch private Unterweisung im wesentlichen ausgebildet ist, darf von diesem nicht geprüft werden. Auch aus anderen Gründen persönlicher Beziehungen des Prüfenden zum Bewerber kann das Mitglied des

Prüfungsausschusses die Teilnahme an der Prüfung dieses Bewerbers ablehnen.

IV. Zu § 3, Absatz 2: Bei Volksschullehrern kann auf die musikalische Ausbildung in ihrem Beruf als Lehrer Rücksicht genommen werden. Dies kommt besonders in ländlichen Bezirken in Betracht.

Zu § 3, Absatz 2, vorletzter Satz: Sobald eine hinreichende Zahl staatlich anerkannter Musikseminare vorhanden ist, ist darauf zu halten, daß die zweijährige Ausbildung an einem staatlich anerkannten Musikseminar nachgewiesen wird.

V. Zu § 5: Dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bleibt es überlassen, zur Vorbereitung der Entscheidung über die Zulassung zur Prüfung sachkundige Persönlichkeiten zu befragen.

Nach erfolgter Zulassung sind die Gesuche von dem Provinzialschulkollegium einem Prüfungsausschuß zur weiteren Veranlassung zu überweisen.

Stehen der Überweisung eines Bewerbers an einen Prüfungsausschuß Bedenken entgegen, so ist meine Entscheidung wegen etwaiger Zuweisung des Bewerbers an einen anderen Prüfungsausschuß einzuholen.

Die Verfassung der Zulassung ist dem Bewerber schriftlich mitzuteilen. Die Beschwerde hiergegen ist beim Provinzialschulkollegium anzubringen.

VI. Zu § 7c Satz 2: Wie für jeden Instrumentalunterricht — im Grunde für die gesamte musikalische Erfindung und Wiedergabe — das Melos auf der natürlichen gesanglichen Vorstellung beruht, so ist auch der Klavierlehrer gehalten, bei

der Anleitung seiner Schüler zur Musikalität von der gesanglichen Gestaltung auszugehen. Zu diesem Zweck muß er sich in der Prüfung über seine Fähigkeit, Phrasen, Motive oder Melodien sinngemäß zu singen, ausweisen. Es kommt dabei nicht auf stimmliche Anlage, sondern auf einen natürlichen Vortrag an.

VII. Zu § 7c, letzter Satz: Beim Improvisieren eines Klavierstückes zu einer kleinen Instrumentalübung ist von praktischen Beispielen auszugehen, etwa von einfachen Volksliedstücken, Chorälen oder leichteren Instrumentalstücken aus Elementarschulen.

VIII. Zu § 8h und § 10: Es ist dafür zu sorgen, daß die zur Durchführung der Prüfung erforderlichen Hilfsmittel zur Verfügung stehen, insbesondere für die Prüfung im Dirigieren (§ 8h) Chor, Orchester und Solisten, für die Unterrichtsprüben geeignete Schüler, außerdem Noten und Instrumente u. a.

IX. Zu § 9: Die Dauer der einzelnen Prüfungsabschnitte bleibt dem Ermessen des Prüfungsausschusses überlassen; doch wird im allgemeinen als angemessen und ausreichend zu betrachten sein:

In der mündlichen Prüfung:

für das Hauptfach	$\frac{1}{2}$ Stunde,
für jedes Nebenfach	$\frac{1}{4}$ " "
für jedes Zusatzfach	$\frac{1}{2}$ " "

In der praktischen Prüfung:

für das Hauptfach	$\frac{3}{4}$ Stunde,
für ein Zusatzfach	$\frac{3}{4}$ " "

Für die Klausuren 2 Stunden im Hauptfach und 1 Stunde im Nebenfach für jede Arbeit. Für jede Unterrichtsprobe mindestens eine halbe Stunde.

X. Zu § 12: Über das Ergebnis der Prüfung findet eine mündliche Schlussberatung statt, an der alle Mitglieder des Prüfungsausschusses teilnehmen. Das Ergebnis der Prüfung ist für jedes Haupt-, Neben- und Zusatzfach festzustellen. Außerdem ist das Ergebnis der gesamten Prüfung zusammenfassend zu beurteilen.

XI. Zu § 13: Das Zeugnis ist nach Vordruck 1 auszufertigen. Als Datum des Zeugnisses ist der Tag der Beendigung der Prüfung einzusetzen. Das Zeugnis wird unterschrieben von dem Vorsitzenden und einem Mitglied des Prüfungsausschusses und ist mit dem Siegel des Provinzialschulkollegiums zu versehen. Hat der Bewerber die Prüfung nicht bestanden, so ist das Zeugnis nach Vordruck 2 auszufertigen.

XII. Zu § 15: Bei der Erweiterungsprüfung können Haupt- oder Zusatzfächer in Frage kommen. Zeugnisse über Erweiterungsprüfungen werden nach Vordruck 3 ausgestellt.

XIII. Zu § 16: Bis auf weiteres wird die Gebühr für die Haupt- und Wiederholungsprüfung auf je 75 RM. festgesetzt. Bei der Erweiterungsprüfung beträgt die Gebühr für jedes Fach 30 RM.

Berlin, den 2. Mai 1925.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst u. Volksbildung.
Becker.

Vordrucke zur Ordnung für die Privatmusiklehrerprüfung.

Nr. 1.

Zeugnis über die staatliche Privatmusiklehrerprüfung.

Herr — Frau — Fräulein — (bei mehreren Vornamen ist der Rufname zu unterstreichen), geboren den 1 . . . in, Kreis, unterzog sich der staatlichen Privatmusiklehrerprüfung am (Angabe der Prüfungstage) und hat die Prüfung bestanden. Ihm — Ihr — ist nach dem gesamten Ergebnis der Prüfung das Zeugnis

Genügend, Gut, Mit Auszeichnung bestanden
zuerkannt worden.

Das Ergebnis in den einzelnen Fächern war
für als Hauptfach (folgt Zeugnis
„Genügend“, „Gut“ usw.)

für	als Hauptfach
für	„ „
für	als Nebenfach
für	„ „
für	„ „
für	„ „

für als Zusatzfach
 für " "
 für " "

Herr — Frau — Fräulein — hat
 somit die Lehrbefähigung in
 erworben und ist befugt, sich als staatlich ge-
 prüfte zu bezeichnen.

(Sitz des Prüfungs-, den 19. .
 ausschusses)

Staatlicher Ausschuss für die Privatmusiklehrer-
 prüfung.

Name: Name:

Vorsitzender. Mitglied.

(L. S.)

Nr. 2.

Herr — Frau — Fräulein — (bei mehreren Vor-
 namen ist der Rufname zu unterstreichen)
 geboren den 1. in
 Kreis, unterzog sich der staatlichen
 Privatmusiklehrerprüfung am (Angabe der Prü-
 fungstage)

Er — Sie — hat die Prüfung nicht bestanden.
 Falls er — sie — sich der Prüfung nochmals
 unterziehen will, darf die Meldung nicht vor
 dem 19. . . erfolgen.

In waren die Leistungen:
 „Gut“, „Sehr gut“.

Es wird bestimmt, daß bei einer Wiederholungs-
 prüfung eine nochmalige Prüfung in diesem Fach
 unterbleibt.

(Sitz des Prüfungs-, den 19. .
 ausschusses)

Der Vorsitzende des Staatlichen Ausschusses für die
 Privatmusiklehrerprüfung.

(L. S.)

Nr. 3.

Zeugnis über die Erweiterungsprüfung für Privat-
 musiklehrer.

Herr — Frau — Fräulein — (bei mehreren Vor-
 namen ist der Rufname zu unterstreichen)
 geboren, den 1. in
 Kreis, hat laut Zeugnis vom
 19. . vor dem staatlichen Ausschuss für die
 Privatmusiklehrerprüfung die Staatliche Privat-
 musiklehrerprüfung bestanden.

Am 19. . hat er — sie — eine
 Erweiterungsprüfung für (folgt Bezeichnung der
 Haupt-, Neben- und Zusatzfächer) abgelegt und mit
 (folgt Angabe des Zeugnisses) bestanden. Im
 einzelnen erhielt er — sie —

für als Hauptfach (folgt Zeugnis
„Genügend“, „Gut“ usw.)
für als Hauptfach
für „ „
für als Nebenfach
für „ „
für „ „
für „ „
für als Zusatzfach
für „ „
für „ „

Herr — Frau — Fräulein — hat
somit die Lehrbefähigung in
erworben und ist befugt, sich als staatlich ge-
prüfte zu bezeichnen.

(Sitz des Prüfungs-
ausschusses), den 19..

Staatlicher Ausschuß für die Privatmusiklehrer-
prüfung.

Name: Name:

Vorsitzender. Mitglied.

(L. S.)

Anlage V.

Richtlinien für die Tätigkeit der staatlichen Musik- berater (bisher Fachberater für den Privatmusikunterricht).

1. Der staatliche Musikberater wird in der Regel
für einen Regierungsbezirk oder den Stadtkreis Berlin
jeweilig auf ein Rechnungsjahr unter Vorbehalt des
Widerrufs, erstmalig bis Ende März 1926, bestellt.
Seine Tätigkeit ist ehrenamtlich. Er bezieht lediglich für
die ihm durch die Bearbeitung seiner Obliegenheiten er-
wachsenden Unkosten einschließlich etwaiger Reisekosten
eine Pauschvergütung, deren Höhe nach Maßgabe der
verfügbaren Mittel alljährlich durch den Minister
für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung festgesetzt
und auf Anweisung der zuständigen Regierung (in
Berlin des Provinzialschulkollegiums) gezahlt wird.

2. Der Musikberater hat in musikalischen Fragen
vor allem auf dem Gebiete des Privatunterrichts
in der Musik, des Orchester- und des Chorgesang-
wesens, der Regierung (in Berlin dem Provinzial-
schulkollegium und Polizeipräsidentium) Gutachten zu
erstatten und sie zu beraten, auf Erfordern auch
dem Oberpräsidenten insbesondere über das Orchester-
und das Chorgesangswesen zu berichten.

3. In besonderen Fällen hat sich der Musik-

berater auf Ersuchen auch zur Besprechung am Orte der genannten Behörden einzufinden.

4. Im Auftrage der Regierung (in Berlin des Provinzialschulkollegiums) hat der Musikberater auch örtliche Besichtigungen vorzunehmen oder Verhandlungen zu führen.

5. Selbständiger Anordnungen hat der Musikberater sich zu enthalten, jedoch muß er wichtige Beobachtungen im Musikleben unaufgefordert den Behörden mitteilen; ferner kann er auch von sich aus Anregungen den Behörden zu weiterem Befinden übermitteln.

6. Der Musikberater soll seine Tätigkeit in Fühlung mit den in Betracht kommenden Fachverbänden ausüben und sich für etwaige Verhandlungen Vertrauensmänner von den Verbänden namhaft machen lassen.

7. Jeder Musikberater hat über seine Tätigkeit und Erfahrungen zum 5. Januar jedes Jahres — erstmalig zum 5. Januar 1926 — der Regierung (in Berlin dem Provinzialschulkollegium) einen Hauptbericht zu erstatten. Die Regierungen (in Berlin das Provinzialschulkollegium) legen die Hauptberichte, mit ihrer Außerung versehen, zum 1. Februar jedes Jahres dem Oberpräsidenten vor; dieser reicht die Berichte gesammelt und mit seiner Stellungnahme zum 1. März jedes Jahres an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ein.

Berlin, den 2. Mai 1925.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst u. Volksbildung.
Becker.

Aufsicht über den Privatmusikunterricht.

Die bisher für die Aufsicht über den Privatmusikunterricht bestehenden Anordnungen (vergl. Erlasse vom 16. Januar 1908 [Zentrbl. S. 360], vom 25. Juni 1914 — U IV 5999 usw. — und vom 5. Mai 1919 — U III B 6630 usw. —) haben Lehrenden und Lernenden noch nicht den hinreichenden Schutz gegeben, den die Fachkreise und Berufsvertretungen im Interesse der Kunst und ihrer eigenen Tätigkeit für nötig halten. Es ist in dem mir unterstellten Ministerium mündlich und schriftlich wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Erhaltung und Förderung der deutschen Musikpflege zum großen Teil abhängig ist von einer gewissenhaften musikalischen Anleitung weiter Volkskreise und von den Leistungen des privaten Musikunterrichts. Die Wichtigkeit und Dringlichkeit dieser erzieherischen Aufgaben veranlassen mich zu besonderen Maßnahmen. Um eine gesunde Weiterbildung und Fortentwicklung des Musikunterrichts in die Wege zu leiten, erscheint es mir zunächst erforderlich, eine laufende Aufsicht über das Gesamtgebiet des privaten Musikunterrichtswesens in seinen mannigfachen Abstufungen und Verschiedenheiten zu schaffen. Ich bestimme deshalb folgendes:

Die Kreisschulräte legen für ihren Aufsichtsbezirk zwei auf dem laufenden zu haltende Verzeichnisse an. In das eine (Muster 1) sind die zurzeit im Bezirk vorhandenen und später neu hinzukommenden Musikschulen einzutragen, in das andere (Muster 2) die zurzeit im Bezirk vorhandenen und später neu hinzukommenden Einzellehrer und Einzellehrerinnen, die in der Musik mindestens fünf Schülern Einzelunterricht erteilen oder mindestens zwei Schüler gemeinsam mehr als zweimal wöchentlich unterrichten.

Zu den in das Verzeichnis Muster 1 aufzunehmenden Musikschulen gehören auch die Kapellen, die ihren künstlerischen Nachwuchs (Lehrlinge) selbst ausbilden. Für die Aufnahme der Musikschulen in das Verzeichnis ist es ohne Belang, ob sie die Bezeichnung Konservatorium, Akademie, Seminar, Musikschule oder dergl. führen.

Zu den in das Verzeichnis Muster 2 einzutragenden Einzellehrern und Einzellehrerinnen gehören auch beamtete Personen, die den Musikunterricht außeramtlich als Nebenbeschäftigung betreiben.

Um die erstmalige Anlegung der Verzeichnisse zu ermöglichen, sind die Leiter der vorhandenen Musikschulen sowie die vorhandenen Einzellehrer und Einzellehrerinnen durch öffentliche Bekanntmachung aufzufordern, binnen drei Monaten vom Tage der Bekanntmachung ab ihre Anstalten bzw. sich selbst bei dem zuständigen Kreisschulrat zur Eintragung in die Verzeichnisse

schriftlich oder mündlich zu melden. Bei dieser Meldung sind anzugeben

a) von den Leitern der Musikschulen hinsichtlich ihrer Anstalten:

genaue Bezeichnung und Sitz der Anstalt, Adresse des Leiters und Inhabers; außerdem ist eine Auskunft darüber erforderlich, ob eine behördliche Erlaubnis für die Musikschule und ihre Lehrer erteilt ist, gegebenenfalls wann und von welcher Behörde;

b) von den Einzellehrern und -lehrerinnen:

Vor- und Zuname, Geburtstag, -Jahr, -Ort und -Kreis, die von ihnen vertretenen musikalischen Lehrfächer (Klavier, Flöte, Violine, Gesang, Theorie usw.) sowie genaue Adresse; außerdem ist eine Auskunft darüber erforderlich, ob und gegebenenfalls wann und von welcher Behörde sie die Genehmigung zum Unterrichten erhalten haben, auf Grund welcher Vorbildung sie ihre Lehrtätigkeit ausüben sowie ob und gegebenenfalls wann sie sich einer musikalischen Fachprüfung unterzogen haben. Beamtete Personen haben auch ihr Hauptamt genau zu bezeichnen.

Neben dem Verzeichnis der Musikschulen (Muster 1) haben die Kreisschulräte für jede Musikschule ein ausführliches Kartenblatt nach ~~Muster 3 anzulegen und auf dem laufenden zu halten.~~ Die Kartenblätter sind von dem Leiter der Anstalt ordnungsgemäß auszufüllen. Die Vorbrude für die Kartenblätter werden den Anstalts-

leitern in der Regel alsbald nach der Anmeldung der Anstalt zum Verzeichnis vom Kreisschulrat oder, sofern die Anmeldung zum Verzeichnis durch eine musikpädagogische Organisation (siehe weiter unten) bewirkt ist, von dieser zugesandt werden und sind von den Anstaltsleitern nach Ausfüllung dem Kreisschulrat bzw. der betreffenden Organisation zurückzusenden.

Für möglichst Verbreitung der hiernach wegen der Anmeldung der Musikschulen und Einzellehrkräfte zu den Verzeichnissen und wegen der Ausfüllung der Kartenblätter für die Musikschulen zu erlassenden Bekanntmachung in den beteiligten Kreisen, sei es durch die amtlichen Blätter (Kreisblätter usw.) oder auf andere geeignete Weise, ist Sorge zu tragen. In der Bekanntmachung werden die für die einzelnen Kreise zuständigen Kreisschulräte genau zu bezeichnen sein. Da die Verzeichnisse und Kartenblätter nicht nur zur Aufnahme der bei Erscheinen des Erlasses vorhandenen Musikschulen und Einzellehrer dienen, sondern auch die später neu hinzukommenden Musikschulen und Einzellehrer und Lehrerinnen sowie die sonstigen Veränderungen nachweisen sollen, ist es wichtig, wenn in der Bekanntmachung schon jetzt hervor gehoben wird, daß Musiklehrer oder Musikschulen, die den Unterricht neu aufnehmen, die Anmeldung zu den Verzeichnissen binnen drei Monaten nach Beginn der Tätigkeit unmittelbar beim Kreisschulrat zu bewirken haben und daß ferner alle Änderungen bei den eingetragenen Schulen und Einzellehrern auch in bezug auf die im Kartenblatt gemachten Angaben spätestens vier

Wochen nach Eintritt der Veränderung ebenfalls unmittelbar dem Kreisschulrat anzuzeigen sind. Die Aufforderung zur Anmeldung der Zugänge und sonstigen Veränderungen wird zweckmäßig in regelmäßigen Zeitabständen zu wiederholen sein.

Zur Sicherung der Durchführung sämtlicher Anordnungen wird endlich in den Bekanntmachungen darauf hinzuweisen sein, daß die weitere Leitung einer Anstalt bzw. die weitere Erteilung des Musikunterrichts untersagt werden kann, wenn die vorgeschriebenen Meldungen unterbleiben oder nicht rechtzeitig erfolgen oder die erforderlichen Angaben nur unvollständig oder unrichtig der zuständigen Stelle genannt werden.

Erstmalig zum 1. Januar 1923 sind mir Übersichten über die Musikschulen und über die in den einzelnen Kreisschulratsbezirken vorhandenen und angemeldeten Musiklehrer und Lehrerinnen nach beiliegenden Mustern einzureichen.

Nach Eingang dieser Übersichten behalte ich mir vor, weitere Bestimmungen über die Zulassung zum Musikunterricht zu treffen.

Ich lege Wert darauf, daß die Bearbeitung der Angelegenheiten, die sich auf die Musikpflege beziehen, künftig bei der Bezirksregierung bzw. dem Provinzialschulkollegium in einem Dezernat vereinigt und daß dieses Dezernat einer Kraft übertragen wird, die hierfür als besonders geeignet anzusehen ist. Wenn auch die Bearbeitung geschäftsmäßig zur Abteilung für Kirchen- und Schulwesen gehört, so erlaube ich, die Auswahl des Dezernenten für die musikalischen Angelegenheiten

nicht auf die Mitglieder dieser Abteilung zu beschränken.

Es ist erwünscht, falls es erforderlich wird, auch den Rat von Sachverständigen, im Musikleben stehenden Persönlichkeiten heranzuziehen. Dabei werden die im Bezirk vorhandenen musikpädagogischen Organisationen den Regierungen usw. gute Dienste leisten. Späterer Erwägung bleibt vorbehalten, ob für einen oder mehrere Regierungsbezirke zusammen besondere Fachberater zu bestellen sind. Dieser Erlaß gelangt auch im Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung zum Abdruck. Mehrabdrücke für die Kreis Schulräte usw. sind außerdem beigelegt.

Zur Erleichterung der erstmaligen Aufstellung der Verzeichnisse habe ich den in der Anlage aufgeführten größeren musikpädagogischen Organisationen anheimgegeben, für ihre Mitglieder die Anmeldung in Form von Listen zu bewirken und ihre Bereitwilligkeit hierzu den einzelnen Bezirksregierungen bzw. dem Provinzialschulkollegium hier alsbald unmittelbar zu erklären. Sogleich nach dieser Bereitwilligkeitserklärung werden die Organisationen sowohl bezüglich der Musikschulen als auch bezüglich der Einzellehrer (-Lehrerinnen) für jeden Regierungsbezirk bzw. für Groß-Berlin je eine besondere Nachweisung nach Muster 1 und 2 aufzustellen und der Regierung usw. zu übersenden haben. Auf Grund der Nachweisung Muster 1 wird die Regierung — das Provinzialschulkollegium — die erforderlichen Kartenblätter für die Musikschulen den Organisationen zuzusenden haben. Die Organisationen werden die Kartenblätter ihren Mit-

gliedern, also den Leitern der Anstalten, zur Ausfüllung zugehen lassen und die Kartenblätter nach Wiedereingang, für jeden Regierungsbezirk gesammelt, den einzelnen Regierungen wieder zustellen. Aufgabe der Regierung usw. wird es dann sein, das eingehende Material (Kartenblätter und Auszüge aus den Nachweisungen) an die zuständigen Kreis Schulräte zu verteilen.

Die Vordrucke für die Kartenblätter werden von hier geliefert. Der Bedarf ist so bald als möglich dem Sekretariat U IV meines Ministeriums, gesammelt für jeden Regierungsbezirk bzw. für Groß-Berlin, mitzuteilen.

Berlin, den 3. Mai 1922.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst u. Volksbildung.
Boelke.

An die Regierungen, die Verwaltungsstelle der Regierung Oppeln in Breslau, das Provinzialschulkollegium in Berlin (für Groß-Berlin). —
U IV 10087. 1. U III D, U III B, U III C, G I, G II.

Verzeichnis der Ausflüschulen einschl. Lehrlingskapellen.

[Fortsetzung.]

Seminare, Musikschiulen und dergl.).

lapellen

Verzeichnis der Einzellehrer und -lehrerinnen, die in der Musik
Einzelunterricht erteilen.

[Fortsetzung.]

<p>a) Auf Grund welcher Vorbildung wird die Lehrtätigkeit ausgeübt?</p>	<p>Auf welche besonderen Zweige erstreckt sich der Musikunterricht?</p> <p>(Klavier, Flöte usw.)</p>	<p>Bemerkungen</p> <p>(auch Angabe, ob es sich um beamtete Personen handelt, die den Unterricht außeramtlich als Nebenbeschäftigung betreiben, gegebenenfalls Angabe des Hauptamtes)</p>
<p>b) Ist eine musikalische Nachprüfung abgelegt, gegebenenfalls wann?</p>	<p>9</p>	<p>10</p>

Gartenblatt Nr.

1. Name der Anstalt:
2. Inhaber:
3. Leiter:
4. Vorbildung des Leiters:
5. Anzahl und Größe (nach cbm) der Räume, in denen Musikunterricht erteilt wird:
6. Zahl und Art der für Ausbildungszwecke vorhandenen Musikinstrumente: (3. B.: 2 Flügel, 3 Klaviere, 4 Violinen usw.)
7. Unterrichtsfächer:
8. Obligatorische Unterrichtsfächer:
9. Wieviel Schüler werden in einer Stunde in den einzelnen Fächern unterrichtet? (3. B.: Violine 6, Klavier 5, Theorie 10 usw.)
10. Zahl der Lehrkräfte: männlich: weiblich:
11. Namen der Lehrkräfte:
12. a) Vorbildung der Lehrkräfte: (Die Beisugung von Zeugnissen zur Einsichtnahme ist erwünscht.)
b) Wieviel der unter 10. aufgeführten Lehrkräfte haben eine Fachprüfung abgelegt? — In welchem Jahre ist die Prüfung abgelegt?
13. Zahl der Schüler bzw. Lehrlinge (in Musikkapellen)

	männl.	weibl.
im Alter bis zu 14 Jahren
von über 14 Jahren bis zu 21 Jahren
von über 21 Jahren
zusammen
14. Zahl der Gehilfen in Musikkapellen:
15. Finden Aufführungen der Schüler statt? — Öffentlich oder privat?
16. Werden Gehilfen aus öffentlichen Kassen bezogen? — Gegebenenfalls aus welchen Kassen und in welcher Höhe?

Für die Richtigkeit der Angaben:

(Unterschrift)

als Leiter der Anstalt bezw. der Kapelle.

അർഹിത

Winter 4.

über die in den einzelnen Kreis-Bezirken des Regierungs-
bezirks vorhandenen Musikschulen (Konservatorien,
Seminare usw.) einschl. der Lehrlingskapellen.

[illegible]

[Fortsetzung.]

Die in Spalten 6a und 6b aufgeführten Schüler und Schülerinnen befinden sich im Alter			Bemerkungen
bis zu 14 Jahren	von über 14 Jahren bis zu 21 Jahren	von mehr als 21 Jahren	(auch darüber, wieviel Musikschulen und Lehrlingskapellen Schülern aus öffentlichen Klassen erhalten und wieviel von den Lehrkräften - Sp. 5a und 5b - eine musikalische Fachprüfung abgelegt haben)
7a	7b	7c	8

vatorien, Seminare usw.).

lapellen.

Muster 5.

Übersicht
über die in den einzelnen Kreis/schulratsbezirken des Regierungs-
bezirks vorhandenen Privatmusiklehrer und -lehrerinnen.

Laufende Nr.	Bezeichnung des Kreis- schulrats- bezirks	Gesamtzahl der vorhandenen Einzellehrer		Von den in Sp. 3a und 3b aufgeführten Einzellehrern		
		m.	w.	sind wieviel be- amte Personen, die den Musik- unterricht außer- amtlich als Nebenberuf betreiben?	haben wieviel behördliche Erlaubnis zum Musik- unterricht?	haben wieviel eine musi- kalische Fach- prüfung abgelegt?
1	2	3a	3b	4	5	6

[Fortsetzung.]

Von den in Sp. 3a und 3b aufgeführten Einzellehrern erteilten Unterricht für					
Gesang	Tasten- instru- mente (Klavier, Harmo- nium usw.)	Blas- instru- mente	Seiten- instru- mente (Geige, Cello, Laute usw.)	Son- stiges	Bemerkungen
Zahl der Lehrer					
7	8	9	10	11	12

Anmerkungen.

¹⁾ Denkschrift über die gesamte Musikpflege in Schule und Volk vom 25. April 1923 — U IV 11145 U III A, U III, U II, U II W. 1. — Die Denkschrift gliedert sich in die Abschnitte: „Probleme der gegenwärtigen Musikpflege“, „Musik und Schule“ und „Musik und Volk“.

²⁾ Erlass vom 8. Juli 1922 — U IV 11478 U III, U III C, U III A, U III, G I, G II —.

³⁾ Prüfungsordnung für das künstlerische Lehramt an höheren Lehranstalten vom 22. Mai 1922 — U IV 10758 II, U II, U II W —. Weidmannsche Taschenausgaben Heft 13 S. 50.

⁴⁾ Schulmusikerlass — U II 456, U IV —. Weidmannsche Taschenausgaben Heft 8.

⁵⁾ Richtlinien für die Lehrpläne der höheren Schulen Preußens. Weidmannsche Taschenausgaben Heft 19/20.

⁶⁾ Vgl. a) Allerhöchste Kabinettsorder vom 10. Juni 1834, betreffend die Aufsicht des Staates über Privatanstalten und Privatpersonen, die sich mit dem Unterrichte und der Erziehung der Jugend beschäftigen, b) Instruktion zur Ausführung der Kabinettsorder vom 10. Juni 1834, die Beaufsichtigung der Privatschulen, Privaterziehungsanstalten und Privatlehrer sowie der Hauslehrer, Erzieher und Erzieherinnen betreffend, vom 31. Dezember 1839.

⁷⁾ Der Ministerialinstruktion folgt am 5. Juli 1841 ein Erlass, in dem es heißt:

„Demnach zunächst Eltern und Erzieher verpflichtet sind, die Sittlichkeit der für ihre Kinder und Böglinge anzunehmenden Musik- und Tanzlehrer zu prüfen, so hat doch auch, wie die königliche Regierung in ihrem Verichte vom 25. Januar d. Js. richtig bemerkt, die Polizeibehörde ihrerseits ein Interesse dabei, manche Individuen von dem Privatunterrichte in Musik und Tanz gänzlich auszuschließen, indem den Privatleuten nicht immer die Mittel zu Gebote stehen,

Weidmannsche Taschenausgaben, Heft 24. 2. Aufl.

sich über die Sittlichkeit solcher Personen genügend zu unterrichten. Die königliche Regierung wird daher nach ihrem Antrage ermächtigt, auch auf diese in der Instruktion vom 31. Dezember 1839 (Min. Bl. 1840 S. 94 bis 97) nicht ausdrücklich genannten Lehrer die Bestimmungen derselben anzuwenden und solche demgemäß, insofern sie nicht schon bei öffentlichen Schulen angestellt sind, anzuhalten, daß sie nach den §§ 14 und 15 den Erlaubnisschein zur Erteilung des Privatunterrichts nachsuchen müssen."

Im Schulaufsichtsgesetz vom 11. März 1872 wird bestimmt:

§ 1.

Unter Aufhebung aller in einzelnen Landesteilen entgegenstehenden Bestimmungen steht die Aufsicht über alle öffentlichen und Privat-Unterrichts- und Erziehungsanstalten dem Staate zu.

Demgemäß handeln alle mit dieser Aufsicht betrauten Behörden und Beamten im Auftrage des Staates.

§ 2.

Die Ernennung der Lokal- und Kreisschulinspektoren und die Abgrenzung ihrer Aufsichtsbezirke gebührt dem Staate allein.

Der vom Staate den Inspektoren der Volksschule erteilte Auftrag ist, sofern sie dies Amt als Neben- oder Ehrenamt verwalten, jederzeit widerruflich.

Alle entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben.

§ 3.

Unberührt durch dieses Gesetz bleibt die den Gemeinden und deren Organen zustehende Teilnahme an der Schulaufsicht sowie der Artikel 24 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850.

§ 4.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten wird mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt."

*) Der „Musikpädagogische Verband“, der bereits im Jahre 1903 einen „Ersten Musikpädagogischen Kongress“ ins Leben rief, versuchte aus „eigener Kraft und aus

eigener Entschliebung eine Wandlung vielfach beklagter Zustände im Unterrichtswesen herbeizuführen". Die Hauptfragen, um die sich die Bewegung gruppierte: Lehrziele, Prüfungsordnung, Prüfungskommissionen, zeigen den Weg, den die Lehrenden von Anfang an einschlugen: durch die Einführung einer Prüfung eine neue Generation von Musiklehrern zu schaffen, „an dem die Halbbildung, die Schär der Unberufenen im Musiklehrerstande allmählich scheitert" (Anna Morich, Zweiter Musikpädagogischer Kongress, 6. Oktober 1904). Die folgenden Kongresse beweisen, daß mit der Einführung von „Verbandsprüfungen" eine wesentliche Steigerung des Interesses in Fachkreisen und in der Öffentlichkeit einsetzte. Stützte sich der Reichstagsabgeordnete Lattmann in seinem Vortrage auf der Generalversammlung von 1909 auf die Kabinettsorder von 1834 und die Ministerialinstruktion von 1839, so wurde vom Ministerium mitgeteilt, daß die alten Bestimmungen ohne Zweifel noch zu Recht bestünden, daß aber ihre Anwendung vornehmlich bei neu zu errichtenden Musikinstituten in Betracht zu ziehen sei (Erlaß vom 16. Januar 1908 — III C 2081 U IV —). Die Hoffnung des Verbandes, „daß der Staat zunächst die Reorganisation der Schulgesangsprüfungen vollenden und erst dann der Sache des Privatmusikunterrichts näherzutreten würde" (Zweiter Verbandskongress), erfüllte sich insofern, als 1909 der Lehrplan für den Gesangsunterricht an der höheren Mädchenschule, 1910 die Prüfungsordnung für Gesanglehrer und -lehrerinnen an den höheren Schulen Preußens und 1914 der Lehrplan für den Gesangsunterricht an den preussischen Volksschulen erschienen.

Landtagsprotokolle. Bericht des Ausschusses für das Unterrichtswesen vom 23. Januar 1924, Drucksachen Nr. 7460. Hauptausschuß des Preuß. Landtages. 289. Sitzung, 15. September 1924, Antrag Nr. 166.

*) Vgl. Verbot der Bezeichnung von Privatschulen als „staatlich genehmigt" im Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen, Jahrgang 1912 S. 293.

Über Begriff der Jugend und des Privatunterrichts im Sinne der Kabinettsorder vom 10. Juni 1834 und der Staatsministerialinstruktion vom 31. Dezember 1839 vgl. Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen, Jahrgang 1913 S. 266.

Erlaß an die Regierungen vom 29. Mai 1913:

„In den Kreisen der Privatmusiklehrer, in der musikalischen Fachpresse und in den Tageszeitungen wird seit geraumer Zeit und mit zunehmender Dringlichkeit darüber Klage geführt, daß auf dem Gebiete des Privatmusikunterrichts erhebliche Mängel bestehen. Diese auch in Eingaben an die Staatsbehörden und im Landtage zum Ausdruck gebrachten Beschwerden gehen insbesondere dahin: Es sei eine erhebliche Zahl minderwertiger Privatmusikschulen vorhanden, deren Leiter und Lehrer weder musikalisch noch pädagogisch hinreichend vorgebildet seien und die im geschäftlichen Verkehr vor unlauteren Nachschüssen, namentlich irreführender Reklame, nicht zurückscheuten. Derartige Anstalten bereiteten nicht nur den Unterrichtserfolg, sondern übten vielfach auch auf die soziale Lage der Musiklehrer nachteilige Wirkungen aus. Als eine Form solcher Unterrichtsbeteiligung komme auch die mit Instrumentenhandel verbundene vor. Aber auch die für eigene Rechnung tätigen Einzellehrer ermangelten vielfach genügender allgemeiner, musikalischer und pädagogischer Vorbildung; dadurch werde abgesehen von den unzureichenden Unterrichtsergebnissen auch die Stellung der besser ausgebildeten Lehrer beeinträchtigt.

Es ist mir erwünscht, darüber unterrichtet zu sein, wie weit diese und ähnliche Klagen als berechtigt anzuerkennen sind. Euere Hochgeboren (Hochwohlgeboren) / Das königliche Provinzialschulkollegium ersuche ich daher ergebenst, sich darüber zu äußern, ob und welche Mängel auf den in Rede stehenden Gebieten dort hervorgetreten und ob und welche Maßnahmen zu deren Beseitigung erforderlich sind. Dabei wollen Euere Hochgeboren (Hochwohlgeboren) / wolle das königliche Provinzialschulkollegium unter Bezugnahme auf den Erlaß vom 16. Januar 1908 (Zentrbl. S. 360) insbesondere berichten, in welchem Umfang und mit welchem Erfolge schon bisher von den durch die Allerhöchste Kabinettsorder vom 10. Juni 1834 und die Ministerialinstruktion vom 31. Dezember 1839 begründeten Aufsichtsbefugnissen Gebrauch gemacht worden ist. Zur Beurteilung werden vornehmlich die Verhältnisse in größeren Städten in Betracht zu ziehen sein.“

Erlaß an die Regierungen vom 14. Juli 1913:

Die auf den Erlaß vom 29. Mai d. Js. — U IV 6072 I/II U III D — eingegangenen Berichte, betreffend Mängel auf dem Gebiete des Privatmusikunterrichts, lassen es mir erwünscht erscheinen, zunächst weitere Unterlagen darüber zu gewinnen, wie weit es sich empfiehlt, von den durch die Allerhöchste Kabinettsorder vom 10. Juni 1834 und die Ministerialinstruktion vom 31. Dezember 1839 begründeten Aufsichtsbefugnissen gegenüber den Privatmusikschulen und Privatlehrern der Musik einen umfassenderen Gebrauch zu machen, als es in Gemäßheit des Erlasses vom 16. Januar 1908 (Zentrbl. S. 360) in der überwiegenden Zahl der Aufsichtsbezirke zurzeit der Fall ist. Es kommt dabei in Betracht, für die Behandlung des Privatmusikunterrichts allgemeine Bestimmungen gleicher Art aufzustellen, wie sie für die zum Geschäftsbereiche der Handels- und Gewerbeverwaltung gehörenden Gebiete des Privatunterrichts in dem Rund-erlasse des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 15. Februar 1908 (Hand. Min. Bl. S. 67) nebst dem Begleit-erlasse vom gleichen Tage — IV 12922 — ergangen sind.

Euere Hochgeboren (Euere Hochwohlgeboren) / Das königliche Provinzialschulkollegium ersuche ich hiernach um eine gefällige gutachtliche Äußerung darüber, ob und mit welchen Maßgaben eine Übertragung der in den bezeichneten Erlassen des Herrn Handelsministers aufgestellten Grundsätze auf das Gebiet des Musikunterrichts nach den dortigen Erfahrungen angängig erscheint. Dabei werden auch die schutzwürdigen Interessen der auf diesem Unterrichtsgebiete tätigen Personen sowie die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse, wie sie namentlich auf dem Lande und in kleineren Orten einerseits, in größeren Städten andererseits bestehen, nicht außer acht zu lassen sein. Ferner ersuche ich um eine gefällige Äußerung, ob im Falle der Anwendung jener Grundsätze besondere Maßnahmen, etwa Prüfungen, zum Nachweise der beruflichen Befähigung des Schulleiters und der Lehrer (Nr. II des veröffentlichten Erlasses vom 15. Februar 1908; Handelsministerialerlaß vom 28. März 1912 — Hand. Min. Bl. S. 175 —) angezeigt erscheinen, ob insbesondere etwaige Prüfungskommissionen in Anlehnung an staatliche Stellen oder an bestehende Musikschulen zu organisieren sein würden.

Schließlich wolle Euer Hochgeboren (Euer Hochwohlgeboren) / das Königliche Provinzialschulkollegium ermitteln, welche Privatmusikschulen im dortigen Bezirke bestehen und wie weit deren Verhältnisse im allgemeinen als befriedigend angesehen werden können."

Erlaß an die Regierungen vom 25. Juni 1914:

"Die über den Privatmusikunterricht mir erstatteten Berichte haben mir Anlaß gegeben, die in Betracht kommenden Fragen zum Gegenstand einer Beratung von Sachverständigen zu machen.

Dabei ist es als wünschenswert bezeichnet worden, daß für Musiklehrer die Möglichkeit eröffnet werde, ihre fachgemäße Ausbildung durch Ablegung einer fakultativen staatlichen Prüfung nachzuweisen. Als Voraussetzung der Zulassung zu dieser Prüfung ist außer genügender musikalischer und pädagogischer Vorbildung bei männlichen Bewerbern der Besitz der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst, bei Bewerberinnen das Schulzeugnis eines Lyzeums angenommen worden.

Sinsichtlich der Musikschulen ist es bei den Beratungen als erforderlich angesehen worden, daß gegenüber Anstalten jeder Art die Vorschriften der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 10. Juni 1834 und der Staatsministerialinstruktion vom 31. Dezember 1839 zur Durchführung gebracht werden. Außerdem ist angeregt worden, unter den Musikschulen die höheren, der allseitigen Ausbildung von Künstlern dienenden von den übrigen in der Weise zu scheiden, daß nur ihnen die Befugnis zuerkannt wird, sich die Bezeichnung als „Konseratorium" oder eine andere auf eine höhere Musiklehranstalt hinweisende Benennung beizulegen. Als Konseratorien in diesem Sinne würden nach den Vorschriften der Sachverständigen nur solche Anstalten anzulassen sein, die eine höhere allseitige Ausbildung für sämtliche Gebiete der Tonkunst bezwecken und nach ihren persönlichen und sachlichen Einrichtungen dauernd gewährleisten. Voraussetzung der Zulassung als Konseratorium würde sein, daß, von besonders zu genehmigenden Ausnahmefällen abgesehen, der Leiter und die Lehrer der Anstalt die vorerwähnte staatliche Musiklehrerprüfung bestanden haben. Um Härten zu vermeiden,

würden gegenüber bestehenden Anstalten Übergangsvereichtungen vorzusehen sein.

Die Königliche Regierung / Das Königliche Provinzialschulkollegium wolle sich hierzu und insbesondere unter eingehender Darlegung der bei den einschlägigen Anstalten bestehenden Verhältnisse darüber äußern, ob und gegebenenfalls welche Anstalten im dortigen Aufsichtsbezirk bestehen, die als Konseratorien in dem gedachten Sinne anzusehen sind. Auch ersuche ich, zu berichten, ob nach den dortigen Erfahrungen die angeordnete Scheidung von Musikschulen und Konseratorien durchführbar erscheint."

Erlaß an die Regierungen vom 10. Dezember 1914:

"Infolge des Krieges hat die Erwerbstätigkeit der Privatmusiklehrer und -lehrerinnen eine starke Einbuße erlitten, so daß viele von ihnen in eine wirtschaftliche Notlage geraten sind. Es erscheint daher erwünscht, daß vollbeschäftigte Lehrer und Lehrerinnen an Schulen in solchen Orten, in denen verhältnismäßig ausgebildete Privatmusiklehrer und -lehrerinnen in ausreichendem Maße vorhanden sind, gegenüber Angeboten von Privatmusikunterricht für die Dauer des Krieges möglichst Zurückhaltung üben und die Übernahme jedenfalls da ablehnen, wo dadurch die Erwerbstätigkeit Arbeitsloser geschädigt werden würde."

¹⁰⁾ Bundesratsbekanntmachung vom 2. August 1917 (RGBl. S. 683). Verordnung des Ministers für Landwirtschaft, des Ministers des Innern, des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 5. Mai 1919.

Sachverzeichnis.

Die Zahlen bedeuten die Seiten.

- A.**
Akademie für Kirchen- und Schulmusik 5, 23, 24, 26.
Allgemeine Bestimmungen über die Erlaubnis zur Erteilung von Privatunterricht in der Musik 14.
Alter, für die Leitung von Musiklehranstalten 15; für die Befreiung vom fachlichen Befähigungsnachweis 22.
Ankündigungen 29.
Aufsicht der Ortschulbehörde nach der Instruktion von 1839 6, 9; der Regierung 16; des Provinzialschulkollegiums 16; in der Unterweisung von Jugendlichen 20; Pflichten beim Besuch der Anstalten 30.
Ausländer 16, 22.
B.
Befähigung für Leiter und Lehrer an Privatschulen 6.
Beschwerderecht 16.
Befähigung der Musiklehranstalten 16.
Bezeichnung von Musiklehranstalten 28.
Bundesratsbekanntmachung vom 2. August 1917 7.
C.
Chorgesang 67.
D.
Denkschrift über die gesamte Musikpflege in Schule und Volk 5, 9, 69.
E.
Entschädigung der Lehrkräfte 28.
Errichtung von Musiklehranstalten 14.
Erweiterungsprüfung 54, 62, 65.
F.
Fachberater s. Musikberater.
G.
Gebühren 54, 62.
Genehmigungsurkunde 30; Vor- und Inhalt 40.
Gefühle zur Errichtung oder Leitung von Musiklehranstalten, Anlage und Inhalt 14; Änderungen 15; Prüfung der Anträge 15.
Gewerbeordnung 32.
H.
Hauslehrer 24.
Hochschule für Musik 23, 24, 26.

- I.**
Jahresbericht 30; Vor- und Inhalt 37.
Institut für Kirchen- und Schulmusik 23, 24, 26.
K.
Kabinettsorder von 1834 6, 9, 69.
Kapellmeister 34.
Konservatorium 17; Genehmigung 17; Bedingungen für die Bezeichnung 17; Übergangszeit 17; Unterweisung 18; Änderung in der Leitung 18; Verbindung mit Musikinstrumenten 18; private Anstalten 26; Beschäftigung von staatlich geprüften oder anerkannten Lehrkräften 30; Nachweisung 31; Abhaltung von Prüfungen 58.
Konzessen 28.
L.
Landtag, Vorlage der Denkschrift 5, 9, 11; Protokolle 83.
Lehrpläne 29.
Lehrpläne für den Musikunterricht an höheren Lehranstalten 5.
M.
Meldepflicht für Einzellehrer und Leiter von Musikschulen 6, 10; Versäumnis der Meldung 22; Weiterführung der Verzeichnisse 25; Eintragung von Genehmigungen und Änderungen 29; Aufhebung der Bestimmung in Absatz 2 des Erlasses vom 3. Mai 1922 35.
Meldung zur Prüfung 44.
Ministerialinstruktion von 1839 6, 9, 81.
Musikberater 12, 13, 16, 23; Richtlinien 67.
Musikergesetz, ältere durch die Schule 5.
Musiklehrer an Konservatorien 17; staatlich geprüfte oder staatlich anerkannte 17; Unterrichtsverlaubnisschein 21; Befreiung vom Befähigungsnachweis 22; an Schulen 23; staatlich geprüfte 24.
Musiklehranstalten 14; staatliche Genehmigung 14, 16; Errichtung 14; Unterweisung 17; private Anstalten 26.
Musikpädagogische Vereine 11, 55, 68, 82.
Musikkapelle, deren Leiter Jugendliche unterweist 20; Nachweis der Befähigung 20; Bewertung als Musiklehranstalten 32; Jugendliche 32.
Musikpflege 20, 27.
Musikseminar 18; Genehmigung 19; Bedingung für die Leitung 19; Übergangszeit 19; Unterweisung 19; staatliche Anerkennung 19, 31; Seminarordnung 31; Abhaltung von Prüfungen 58; Ausbildung 60.

O.
Orchester 67.
Ortschulbehörde f. Musikl.

P.
Privatmusiklehrer f. Musiklehrer;
Privatmusiklehrerprüfung 17.
verbindlich für Leiter und
Lehrer an Konservatorien 17;
Vorbereitung an Musikseminaren 18; Leitung von Musikseminaren 19; zur Erlangung
des Unterrichtsverlaufszeichens
21; allgemeine Bestimmungen
24, 41; Ausführungsbestimmungen
und Vorbrude 56.

Privatunterricht in der Musik,
allgemeine Entwicklung 6; Ein-
teilung des Erlasses vom 2. Mai
1925 9; Klagen und Be-
schwerden 10; Aufgaben und
Ziel 11; Freiheit und Wir-
kungsmöglichkeit innerhalb der
Bestimmungen 12; Durch-
führung des Erlasses 13.

Prüfung für Leiter von Privat-
schulen nach der Instruktion
von 1839 6; für Musiklehrer
f. Privatmusiklehrerprüfung.

Prüfungsbeurteilung 42, 57.
Prüfungsordnung für das künst-
lerische Lehramt 5, 81.

R.
Regierung. Sitz von Regierungen
sind: Königsberg, Gumbinnen,
Allenstein, Danzig, Marien-

werder, Berlin, Potsdam,
Frankfurt, Stettin, Köslin,
Stralsund, Posen, Bromberg,
Breslau, Liegnitz, Oppeln,
Magdeburg, Merseburg, Erfurt,
Stolbergische Grafschaften,
Schleswig, Hannover, Oldes-
heim, Lüneburg, Stade,
Osnabrück, Aurich, Münster,
Minden, Arnberg, Cassel,
Weisbaden, Koblenz, Düssel-
dorf, Köln, Trier, Aachen,
Sigmaringen.

S.
Schulaufsichtsgesetz von 1872 82.
Schulmusikerklass 5.

Schullehrer 23, 34, 60.

Schulräume 16.

Staatlich anerkannte Musik-
lehrer 17, 19, 25.

Staatliche Anerkennung von
Musikseminaren 19, 20; von
Musiklehrkräften 34, 35.

T.
Theorie der Musik 17.

U.
Übergangszeit, allgemeine Be-
stimmungen 12; für die Be-
zeichnung von Konservatorien
17; für die Leitung von Musik-
seminaren 19; für Konser-
vatorien 27; für Musikseminare
27.

Unberührt 23.
Unterrichtsverlaufschein nach
der Instruktion von 1839 6, 9;
nach dem Erlass vom 2. Mai
1925 21; Nachweise für die
fachliche Befähigung 21; Aus-
stellung des Scheines 22, 32;
Verlängerung 23, 33; Be-
freiungen 23; Anpassung an
örtliche Verhältnisse 32, 33;
Unterlagung 33; Leitung von
Vereinsaufführungen 34.

V.
Technische Hochschule 23.

W.
Verordnung vom 5. Mai 1919,
betr. den Privatunterricht 7.

Verwaltungsgebühr 30.
Verzeichnis nach dem Erlass vom
3. Mai 1922 f. Meldepflicht.

Z.
Wiederholungsprüfung 53.
Wirtschaftliche Grundlagen einer
Musikheftanstalt 29.

3.
Zeitpunkt für das Inkrafttreten
der Bestimmungen 25, 36.
Zeugnisse 29, 30, 53, 62.
Zulassung zur Prüfung 43, 45, 60.

Trud von Otto Walter in Berlin S 14.

- Heft 7. Die Bestimmungen über Studienoffiziere in Preußen im Anschluß an die Ordnung der Ministerien für das Lehramt an höheren Schulen in Preußen vom 24. April 1924. Herausgegeben und erläutert von Ministerialrat Walter Lande und Amtsrat Walther Gantzer. Zweite, erweiterte Auflage. (128 Seiten.) Geb. 2 M.
- Heft 8. Die Reform des Musikunterrichts an den höheren Lehranstalten in Preußen. (Der Ministerialerlass vom 14. April 1924.) Herausgegeben von Musiklehrer Hermann Horstmann. (46 Seiten.) Geb. 1,20 M.
- Heft 9. Prüfungsordnung für Musiklehrer (Maler- und Zeichnerinnen). Vom 25. August 1924. Herausgegeben von Turnrat Dr. W. G. H. (14 Seiten.) Geb. 0,80 M.
- Heft 10. Der Personalabbau im preussischen Schulwesen. Sammlung der Bestimmungen, zusammengestellt von Ministerialrat Walter Lande. (VIII u. 184 Seiten.) Geb. 3,80 M.
- Heft 11. Stundentafeln zur Neuordnung des preussischen höheren Schulwesens. Amtliche Ausgabe. (20 Seiten.) Geb. 0,40 M.
- Heft 12. Die Prüfungen für Kaufleute an den Universitäten und Handelshochschulen in Preußen. Herausgegeben und erläutert von Dr. Otto Benede. Dritte, wiederum erweiterte Auflage.
- Heft 13. Prüfung, Ausbildung und Aufstellung der Musiklehrer an den höheren Lehranstalten in Preußen. Amtliche Bestimmungen, herausgegeben und erläutert von Professor Leo Reikensberg und Amtsrat Walther Gantzer. (104 Seiten.) Geb. 3,80 M.
- Heft 14. Die Vorschriften über Reise- und Umzugskosten im Bereiche der preussischen Unterrichtsverwaltung. Zusammengestellt und herausgegeben von Amtsrat Walther Gantzer. (316 Seiten.) Geb. 6 M.
- Heft 15. Die Vorschriften für die Lehrer aus dem abgetretenen Gebiet. Sammlung der Bestimmungen. Zusammengestellt von Regierungsrat Dr. Georg Rudolph. (204 Seiten.) Geb. 5,40 M.
- Heft 16. Die Frauenschule mit angegliederten Lehrgängen. Amtliche Bestimmungen. Zusammengestellt und mit einem Anhang herausgegeben von Ministerialrätin Dr. Margret Heinemann und Amtsrat Walther Gantzer. (250 Seiten.) Geb. 6 M.

Bestand:

Preußische

Akademie der Künste

AKTE 1144

ENDE